



Partei der Europäischen Linken

Gegen die Macht der Banken! Für die Solidarität der Völker!

Rede von Pierre Laurent, Vorsitzender der Partei der Europäischen Linken und Nationalsekretär der Französischen Kommunistischen Partei, am 15. Januar 2012 in der Volksbühne in Berlin

**Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen,**

es ist noch nicht zu spät, euch allen ein gutes Jahr 2012 zu wünschen, das, wie ich hoffe, das Jahr sein wird, in dem die Völker die Früchte der kraftvollen Rebellionen und der Entwicklungen ernten werden, die sie im Jahre 2012 angestoßen haben.

Mit allen menschlichen Widersprüchen, im Angesicht der einflussreichen Mächte, mit wunderbaren Fortschritten und manchmal beunruhigenden Folgen war 2011 das Jahr der Rückkehr der Völker auf die politische Bühne. Ja, es sind die Völker, die Geschichte machen, und in diesem Jahr sind sie sich ihrer Kraft bewusst geworden. Es war ein Jahr, in dem sich die Tunesier erhoben, obwohl es keiner erwartet hatte, und das Regime Ben Ali begruben. In Europa revoltierten die Indignados, die Empörten, gegen skandalöse Lebensbedingungen und forderten wirkliche Demokratie ein. Messen wir die Wirkung dieser Bewegungen! Was für eine Hoffnung!

Für 2012 wollen wir uns wünschen, dass auf diesem Marsch für die Emanzipation der Menschen, für den Frieden, die Demokratie, die Rechte und die Freiheiten aller neue Strecken zurückgelegt werden. Und es wird niemanden erstaunen, dass wir, die linken Kräfte in Europa und der Welt, hart arbeiten werden, um dazu beizutragen. Ich bin sicher, unsere Freundschaft und unsere gemeinsamen Kämpfe werden uns dabei sehr helfen!

In dieser ganz neuen und sehr ernsten Krise lauern reale Gefahren. Besonders in Europa mit der Reform der Verträge, die Nicolas Sarkozy und Angela Merkel vorbereiten und die sie am 1. März ohne jede Beteiligung der Völker in Kraft setzen wollen! Wir sehen klar: Seit drei Jahren sind die Mächte des Geldes außer Rand und Band und wollen ihre Krise von den europäischen Völkern bezahlen lassen. Und was ist das Ergebnis? Die Krise hält unvermindert an. Heute will das Duo Merkozy noch weiter und noch schneller vorgehen. Sie er-

dolchen hinterrücks die Souveränität der Völker. Das ist eine Schande!

Sie wollen die politischen Entscheidungen der Staaten durch automatische Sanktionen und das Recht des Eingriffs der EU in die nationalen Haushalte direkt kontrollieren. Sie wollen eine autoritäre Zentralisierung der Entscheidungen in Wirtschafts- und Haushaltspolitik. In Wahrheit sind sie dabei, die EU noch mehr den Finanzmärkten zu unterwerfen, ohne Debatte und ohne Abstimmung. Wir weisen diesen Autoritarismus zurück und verlangen Referenden überall dort, wo die Verfassungen es zulassen.

Wenn es nach ihnen geht, ist die Zukunft Europas die Dominanz der mächtigsten Länder über die anderen.

Für sie sollen in Zukunft die Banker die Macht ausüben.

Das ist nicht das Europa, das wir wollen!

Wir wollen das nicht zulassen, weil wir Demokratie und Entscheidungsfreiheit verteidigen.

Wir wollen das nicht zulassen, denn dieser Vertrag hat nur ein Ziel: allen europäischen Bürgerinnen und Bürgern für viele Jahre eine Sparpolitik aufzuerlegen.

Wir wollen das nicht, weil der Sparkurs die Rezession verursacht, weil er den Abbau von sozialen Rechten der Arbeitnehmer, Massenarbeitslosigkeit und Prekarität für alle europäischen Bürgerinnen und Bürger, vor allem für Frauen und junge Menschen bedeutet.

Im Gegensatz zu dem, was sie behaupten, wachsen die Schulden dadurch sogar noch weiter an. Sarkozy hat seit August in Frankreich zwei Sparpakete durchgesetzt, und was ist passiert? Frankreich hat am Freitag seine AAA-Einstufung eingebüßt. Das dient nicht gerade dazu, die Märkte zu beruhigen. Die kriegen nie genug.

Nötig ist, Ihren Appetit zu beschneiden und endlich den Völkern zu dienen statt der Finanzwelt.

Das einzige Mittel, um aus der Krise herauszukommen, sind Beschäftigung, die Bewahrung und Entwicklung der öffentlichen Dienstleistungen, soziale Absicherung auf hohem Niveau, angemessene Löhne, das Recht der Arbeitnehmer, über die Organisation der Arbeit und strategische Entschei-

In dieser Ausgabe

- EL zur Eurokrise
- Zum außenpolitischen Regierungskonzept
- Wahlen in Spanien, Russland Kroatien und Ägypten
- Ein Jahr Arabellion
- Petersberg II und Afghanistan



dungen ihrer Unternehmen mitzubestimmen. Wenn ich die Indignados und die Gewerkschaften höre, wenn ich alle Bestrebungen bedenke, die sich aus den Widerstandsbewegungen der Völker ergeben, dann bin ich überzeugt, dass diese Vorschläge weit über unsere Organisationen hinaus geteilt werden.

Ihr habt Recht, dieses Treffen „GegenBankenMacht“ zu nennen. Die Macht über die Banken zurückzuholen, die Statuten und Aufgaben der Europäischen Zentralbank (EZB) zu ändern, dies sind die ersten Aufgaben, die umzusetzen sind, um zum einen das Problem der Staatsschulden zu lösen und zum anderen einen Ausweg aus der Krise zu ermöglichen.

In den kommenden Monaten wird die Partei der Europäischen Linken eine völlig neue Initiative starten. Mit allen Kräften, die dazu bereit sind, wird der Vorschlag einer europäischen Bürgerinitiative für die Schaffung eines sozialen, solidarischen und ökologischen Entwicklungsfonds auf den Weg gebracht, einer öffentlichen Bank, deren einziger Zweck die Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen sowie von Projekten zur Arbeitsplatzbeschaffung und von Industrieprojekten ist, die die Wirtschaft wiederbeleben und zugleich den notwendigen ökologischen Umbau sicherstellen. Das ist eine schwierige Aufgabe. Während eines Jahres muss dafür eine Million Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern gesammelt werden. Diese Arbeit ist aber notwendig, um zu zeigen, dass es auch andere Möglichkeiten gibt, und um eine große öffentliche Debatte über die Art und Weise zu führen, wie Geld einzusetzen ist. Denn es ist nicht Sache der Finanzwelt, Gesetze zu machen. Nein, es sind nicht die altgedien-

ten Banker, wie die der Lehman Brothers oder die von Goldman Sachs, die regieren sollen!

Was ist das für eine Demokratie, wenn Regierungen ohne Wahlen eingesetzt werden? Was ist das für eine Volkssouveränität, wenn die Länder, die sich in den größten Schwierigkeiten befinden, unter die Vormundschaft der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und des IWF gestellt werden?

Ihr kennt sicher die Devise der Europäischen Union: „Einheit in der Vielfalt.“ Findet ihr, sie hat in einem Europa nach dem Geschmack von Sarkozy einen Sinn? Nein, den hat sie nicht. Sie haben nur ein einziges Modell, und ihr einziges Projekt ist es, die Völker Europas zu spalten.

Merkel hat die Griechen schon mehrfach als faul bezeichnet. Jetzt sind die Franzosen dran. Seit einer Woche läuft bei uns eine Medienkampagne, die behauptet, dass unser Land in der Krise steckt, weil die Franzosen weniger arbeiten als die Deutschen. Fallen wir nicht auf diesen Versuch herein, uns auseinander zu bringen. Die Wahrheit ist: Wir stehen vor den gleichen Gefahren – wir und alle anderen Völker Europas.

Wir lassen uns von Sarkozy und Merkel keine Lehren erteilen. Die Gefahr sind sie, weil sie mit ihren rassistischen Kampagnen den Aufstieg der populistischen und extremen Rechten befördern. Wir wissen, wo das hinführen kann – Krieg eingeschlossen. Vergessen wir doch nicht, dass die imperialistischen Kriege 2011 zugenommen haben. Die Logik des Krieges ist kein Ausweg! Der einzig mögliche Weg ist die Solidarität der Völker!

Inhalt

● Partei der Europäischen Linken	1	→ Krunoslav Stojaković:	
→ Rede des EL-Vorsitzenden Pierre Laurent in Berlin	1	Kroatien wählt den Wandel	38
→ Von der Sitzung des EL Vorstandes in Berlin	3	→ Hans-Georg Schleicher: 100 Jahre ANC	42
● Internationale Politik Der LINKEN	7	→ Europäische Erfahrungen mit politischem Streik	46
→ Kieler Erklärung der Parlamentarier der LINKEN	7	→ Jochen Weichold:	
→ Wolfgang Gehrcke:		Grüne Auswege aus den Krisen	47
Außenpolitik ist Antikriegspolitik	8	→ Erklärung des Weltsozialforums 2012	50
→ Wolfgang Gehrcke zum außenpolitischen		● Internationale Umschau	51
Regierungskonzept	9	→ Die russische Gesellschaft, wie sie ist	51
→ GFP über Gestaltungsmächte	10	→ Putins Eurasische Union	52
→ Erklärung zur Nahostpolitik der LINKEN	11	→ Bruno Mahlow: Brzezinskis Schachspiel	53
→ Eckpunkte zur Syrien-Politik	12	→ Manfred Schünemann:	
→ Studiendelegation der LINKEN in China	13	Janukowitschs Zwischenbilanz	55
● Aus der internationalen Linken	18	→ Bernd Schneider: Handel mit China	59
→ Dominic Heilig:		→ Helma Chrenko: Zur Gründung der CELAC	60
Keine Trendwende für Europas Linke	18	→ CELAC-Gründungserklärung von Caracas	62
→ Griechische Linke auf getrennten Wegen	19	→ Gebt Guantanamo an Kuba zurück!	65
→ VIII. Kongress von Rifondazione Comunista	19	● Analyse	67
→ 6. Kongress der Italienischen Kommunisten	21	→ Boaventura de Sousa Santos:	
→ Dominic Heilig: Spanien hat gewählt	22	Briefe an die Linken	67
→ Linkspartei Schwedens wählte neue Führung	27	→ Isabel Rauber:	
→ Murat Cakir: Kongresspartei der Türkei entsteht	29	Für einen zivilisatorischen Wandel	70
→ Issam Haddad: Parlamentswahl in Ägypten	31	→ Karin Kulow/Heinz-Dieter Winter:	
→ RLS: Was ist links in Osteuropa?	32	Ein Jahr Arabellion	73
→ Russland: Protestbewegung und Linke	34	→ Diethelm Weidemann:	
→ Wladimir Fomenko: Duma-Wahl in Russland	35	Petersberg II und Afghanistan	77
→ Holger Politt: Zum Zustand von Polens Linker	36	→ Lars Leschewitz: Kirche und Staat in Polen	79
		→ Annotation: EU am Ende?	83



Weil wir heute der Ermordung Rosa Luxemburgs gedenken, möchte ich eine kleine Anekdote vortragen. 1914 erklärte Kautsky, der es schwer hatte, die Haltung der sozialdemokratischen Partei (die Bewilligung der Kriegskredite – d. Ü.) zu rechtfertigen, in seiner Zeitung, dass eine internationale Organisation nur sinn- und wirkungsvoll ist, wenn Frieden herrscht. Anders gesagt, müsse in Kriegszeiten jede Sektion der Internationalen ihre eigenen Entscheidungen treffen. Rosa Luxemburg entgegnete ihm in ihrem herrlich sarkastischen Ton, dass er damit wohl zur berühmten Formel des Manifests einen Satz hinzufügen wolle: „Proletarier aller Länder vereinigt euch ... in Friedenszeiten ... und in Kriegszeiten schneidet euch die Kehle durch!“

Rosa hatte recht. Die Lösung liegt in der Solidarität und der Einheit der Kräfte des Widerstands!

Die Lösung liegt weder im Zusammenschluss jeder Nation um die eigenen Interessen, noch im verschärften Wettbewerb der europäischen Staaten. Diejenigen, die das befürworten, sagen ihren Bürgerinnen und Bürgern: „Krise bedeutet Krieg! Also gehorcht den Märkten und schneidet euch gegenseitig die Kehle durch!“

Ich möchte hier die Freundschaft der Partei der Europäischen Linken, der Französischen Kommunistischen Partei und der französischen Linksfront mit der LINKEN und allen kritischen Kräften in Deutschland betonen.

Während Merkel und Sarkozy die Spaltung der Völker organisieren, bringen die Abgeordneten der Linksfront und der LINKEN in ihre Parlamente eine gemeinsam verfasste Gesetzesinitiative zur Schaffung des Europäischen Fonds für soziale, solidarische und ökologische Entwicklung ein, von dem ich gesprochen habe.

Nächste Woche, wenn Nicolas Sarkozy seine neuen Angriffe auf Gewerkschaften und Arbeitswelt ankündigt, werden Jean-Luc Mélenchon, der Präsidentschaftskandidat der Linksfront, und Oskar Lafontaine in Metz gemeinsam eine Kundgebung abhalten. Frankreich und Deutschland, das ist nicht Merkozy, das sind wir!

Und wir wollen noch weiter gehen. Wir wollen alle Widerstandskräfte in allen europäischen Ländern miteinander ins Gespräch bringen. Gestern hat der Vorstand der Partei der Europäischen Linken beschlossen, gemeinsam mit den Kräften, die die Sparpolitik ablehnen und Demokratie und soziale Entwicklung in Europa wollen, einen alternativen europäischen Konvent für einen Ausweg aus der Krise zu organisieren. Wir wollen Gewerkschafter, politische Kräfte, Vereinigungen für bürgerliche Rechte und Freiheiten, Forscher und Intellektuelle zusammenbringen, um zu zeigen, dass Alternativen in Europa möglich sind.

In den kommenden Monaten und Jahren werden wir daran arbeiten, Sarkozy, Merkel, Monti, Papademos und alle jene bloßzustellen, die den Märkten statt den Frauen und Männern unserer Länder dienen. Wir werden sie demaskieren und eine reale Alternative auf der Linken anbieten.

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen, für 2012 wünsche ich euch, wünsche ich uns großartige Erfolge! *(Übersetzung aus dem Französischen: Andreas Günther, Daniel Sheffer)*

Von der Sitzung des Parteivorstandes der Partei der Europäischen Linken am 14. Januar 2012 in Berlin

Erklärung: Um den Finanzmärkten die Stirn zu bieten und aus der Krise herauszukommen, müssen wir die Linke vereinen, die Kämpfe verstärken und die Macht der Völker zurückerobern

Mit den Beschlüssen des europäischen Gipfels vom 9. Dezember 2011, der durchgreifenden Sparpolitik und der autoritären Überwachung von Mitgliedstaaten tritt die EU in eine neue Phase der Krise ein. Die Europäer haben an der Krise des Finanzkapitalismus und der Ausweglosigkeit, in welche die neoliberale Konstruktion der Verträge die EU geführt hat, genug gelitten. Im Dienste der Märkte und auf der Grundlage eines neoliberalen Konsens setzen die führenden Politiker der EU und die nationalen Regierungen den Sparkurs fort, um die Bürger für die Krise des Banken- und Finanzsystems zahlen zu lassen. Durch den Angriff auf die sozialen Rechte und die Kürzung öffentlicher Ausgaben, durch Privatisierungen und die Weigerung, die Rolle der Europäischen Zentralbank zu ändern, haben sie eine Explosion von Massenarbeitslosigkeit und Unsicherheit besonders unter Frauen und jungen Menschen erzeugt. Alle die genannten neoliberalen Maßnahmen sind bereits im Vertrag von Lissabon enthalten, beschlossen von europäischen Liberalen, Konservativen und Sozialdemokraten. Die Schuldenlast der Staaten wächst; sie gefährdet die Existenz der Eurozone und der EU. In Griechenland und Italien wurden Regierungen der „Nationalen Einheit“ aus rechten und sozialdemokratischen Kräften, im Falle Griechenlands einschließlich der extremen Rechten, eingesetzt, ohne die Wähler zu befragen.

Nicolas Sarkozy und Angela Merkel wollen ihre dem Kapital dienende Politik noch schneller und härter vorantreiben. Ab 1. März beabsichtigen sie eine verdeckte Änderung der Europäischen Verträge in Form einer „internationalen Vereinbarung für eine gestärkte Wirtschaftsunion“ einzuführen. Ein solcher Schritt würde zu einer autoritären Zentralisierung der politischen Entscheidungen auf europäischer Ebene führen, die nationalen Haushalte unter Aufsicht stellen sowie automatisches Sparen und Sanktionen nach sich ziehen, die als verschärfte „Goldene Regel“ in allen Verfassungen verankert werden sollen. Das alles könnte angenommen werden, ohne die Völker zu befragen. Dies ist ein gravierender Angriff auf die Volkssouveränität, die Rechte der Arbeitnehmer und die öffentlichen Dienstleistungen. Das Duo „Merkozy“ möchte die EU und ihre Mitgliedstaaten zwingen, für die nächsten Jahre auf jeglichen sozialen Fortschritt zu verzichten und sich der Instrumente zu berauben, die es der EU ermöglichen, auf Dauer aus der Krise herauszukommen. Die Partei der Europäischen Linken lehnt diesen Vertragsentwurf ab und fordert die Abhaltung von Referenda oder Volksbefragungen in allen Ländern der EU.

Durch dieses Abgleiten auf antidemokratische und antisoziale Positionen werden Egoismus und Ängste erzeugt, wird der Boden bereitet für die Kräfte der extremen Rechten, für Demagogen und Reaktionäre, die die Demokratie und die Welt der Arbeit bedrohen. Es ist kein Zufall, dass ehemalige



Banker auf Schlüsselposten von Regierungen berufen werden, dass in Ungarn auf Betreiben des Populisten Victor Orban das Wort „Republik“ aus dem Namen des Landes verschwunden ist und dass es Anzeichen für ein Erstarken solcher Kräfte in vielen europäischen Ländern gibt.

Die EL und ihre Parteien waren an allen Kämpfen beteiligt und haben gegen dieses Europa der Sparpolitik und der Diktatur der Märkte eine klare Position bezogen. Wir haben die Kämpfe der Gewerkschaften in allen Bereichen und beim Generalstreik unterstützt und daran teilgenommen. Wir haben an der Seite der Bewegung der „Empörten“ gestanden, die alternative soziale Praktiken der Teilhabe, der Transparenz und Solidarität entwickeln. Wir haben zur Bildung von Widerstandsfronten gegen die Sparmaßnahmen aufgerufen und einen großen Beitrag zur Bestrafung von Regierungen, die diese Sparpolitik betreiben, an der Wahlurne geleistet. In einigen Ländern sind EL-Mitgliedsparteien mit Repressalien und „legalen“ Versuchen konfrontiert, sie unter Rückgriff auf historisch falsche Klischees der antikommunistischen Ideologie aufzulösen.

Ungeachtet dieser Hindernisse haben wir konkrete Vorschläge erarbeitet, wie man aus dieser Krise dauerhaft herauskommen und die Europäische Union verändern kann. Sie folgen drei Hauptprinzipien, die von Kräften weit über die EL hinaus geteilt werden.

Ohne sie gibt es für uns kein Entkommen aus der Krise: Ablehnung der Sparpolitik, Verteidigung von sozialer Entwicklung und Solidarität der Völker. Der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Entwicklung der Produktionsmittel unter Berücksichtigung hoher Standards der sozialen Rechte und des Umweltschutzes muss Priorität eingeräumt werden. Die Löhne, das Niveau der sozialen Sicherheit und die sozialen Standards insgesamt sind tendenziell nach oben anzugleichen. Die Schulden der Staaten müssen radikal umstrukturiert werden, und durch Maßnahmen zur Herstellung von Steuergerechtigkeit ist sicherzustellen, dass die Einkünfte aus Vermögen und Kapital zum Schutz, zur Weiterentwicklung und Finanzierung der öffentlichen Dienstleistungen herangezogen werden.

Demokratische Kontrolle der Finanzen: Die Völker müssen die Kontrolle über die Staatsschulden ausüben und bestimmen können, welche annulliert werden sollen. Die Europäische Zentralbank muss den Staaten zu niedrigen Zinsen Geld leihen, um die öffentlichen Investitionen von den Finanzmärkten zu befreien. Die Völker müssen die Kontrolle über Kredite und Geldemission besitzen, es muss eine demokratische Kontrolle der Banken geben, eine Änderung des Auftrags der Europäischen Zentralbank und die Schaffung von öffentlichen Bankenzentren.

Schutz und Entwicklung der Demokratie in Europa: Alle Entscheidungen, die die Zukunft Europas betreffen, dürfen nur durch den Volkswillen in jeglicher Form (Wahlrecht, öffentliche Debatten, Volksentscheide, Europäische Bürgerinitiativen) sowie durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente getroffen werden.

2012 müssen neue Etappen durchschritten werden. Wir müssen neue Perspektiven eröffnen, wir müssen zeigen, dass die Neugründung Europas auf einer sozialen, demokratischen und ökologischen Grundlage möglich ist. Im öffentlichen Widerstand, in den Vorschlägen linker politischer Organisationen und Gewerkschaften, in den Reflexionen der Intellektuellen werden die Konturen einer alternativen Politik sicht-

bar. Übereinstimmungen werden sich zeigen, wenn Initiativen unternommen werden, um sie zu konkretisieren. Die Zeit ist reif, um unsere Kräfte für den Gegenschlag zu bündeln.

Wir engagieren uns im Kampf gegen die Ratifizierung der internationalen Vereinbarung von „Merkozy“ in jedem Land und in ganz Europa. Wir kämpfen für Referenda oder Volksbefragungen in unseren jeweiligen Ländern. Wir schlagen vor, dass die Parlamentarier unserer Parteien einen gemeinsamen Beschluss in allen nationalen Parlamenten sowie im Europäischen Parlament einbringen, in dem sie diese Vereinbarung ablehnen. Wir fordern die Parlamentarier unserer Länder auf, diesen gemeinsamen Vorschlag zu vervielfachen, wie es die LINKE im Bundestag und die Front de Gauche in der französischen Nationalversammlung in Frankreich mit ihren Initiativen getan haben.

Wir wollen einen offenen Dialog mit allen politischen, sozialen Organisationen und Gewerkschaftsverbänden sowie mit demokratischen Kräften, Intellektuellen und Aktivisten von Bewegungen führen; mit all denen, die sich der Sparpolitik entgegenstellen und nach anderen Wegen aus der Krise suchen. Sollten die führenden Politiker der EU versuchen, die Vereinbarung von „Merkozy“ anzunehmen, schlagen wir vor, am 30. und 31. März einen alternativen europäischen Gipfel für einen Ausweg aus der Krise zu organisieren.

Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Bürger sich in die europäischen Entscheidungen einmischen, um ihre politische Freiheit und ihre Souveränität zurückzugewinnen. Wir werden die Kämpfe weiter unterstützen und uns an ihnen beteiligen. Wie die EL auf ihrem letzten Kongress beschlossen hat, werden wir einen Vorschlag zu einer europäischen Bürgerinitiative einreichen, in dem es heißen wird: Das Ziel der Initiative besteht darin „die Sparpolitik und die Finanzmärkte zu bekämpfen, das Geld in den sozialen Fortschritt umzuleiten und die Bürger in den Stand zu versetzen, dass ihre Vorschläge auf demokratischem Wege Gehör finden“. Genau gesagt, fordert die EL einen „Europäischen Fonds für soziale und ökologische Entwicklung und Solidarität oder eine Europäische Volksbank, ausschließlich dafür gedacht, öffentliche Investitionen für soziale und ökologische Entwicklung und den Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen zu ermöglichen“. Der Vorsitz der EL wird mit den Kräften in Europa Kontakt aufnehmen, die eine solche Initiative gemeinsam organisieren können. Er wird eine Liste von Erstunterzeichnern vorschlagen, die diese Forderung der Europäischen Kommission unterbreiten. Die Volksinitiative wird im März veröffentlicht. Die Unterschriftensammlung dafür soll von Mai 2012 bis Mai 2013 durchgeführt werden.

Mehr als je zuvor gilt „Einigkeit macht stark“. Die EL wird sich dafür einsetzen, dass die Europäische Union zu einer Union der Bürger, zu einem Akteur für weltweiten Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit wird.

*(Übersetzung aus dem Englischen:
Uta Wegner, Andreas Günther)*

Die antikommunistische und antidemokratische Offensive in Europa muss sofort gestoppt werden

Die Partei der Europäischen Linken (EL) verurteilt die heutzutage übliche Tendenz, die demokratischen Prinzipien und Werte in Europa bewusst rückgängig zu machen. Die EL verurteilt das Fehlen einer angemessenen Reaktion der offiziellen Strukturen der Europäischen Union und des Europarates auf konkrete Vorfälle in einigen europäischen Mitgliedstaat-



ten, deren Führungskräfte Stillschweigen als Ermutigung für weiteres antidemokratisches Handeln ansehen.

Die sogenannte „Platform of European Memory and Conscience“ („Plattform für europäische Erinnerung und Bewusstsein,“) wurde mit der einzigen Absicht gegründet, ein Zentrum des antikommunistischen und antidemokratischen Kampfes aufzubauen. Das wurde am 14. Oktober 2011 anlässlich des Gipfeltreffens der Regierungschefs der Visegrád-Gruppe (Ungarn, Tschechien, Polen und Slowakei) in Prag vertraglich vereinbart. Die Hauptidee dieser Plattform ist, dem sowjetischen und dem Naziregime die gleiche Verantwortung für die Verbrechen des 20. Jahrhunderts zuzuweisen.

Durch die „Verdammung des Kommunismus“ in Osteuropa versucht eine Anzahl der dortigen Regierungen die kriminellen Regime reinzuwaschen, die mit Hitler kollaborierten und im Nürnberger Prozess verurteilt wurden, und zugleich kommunistische und linke Parteien in Europa zu verbieten. Im Innenministerium der Tschechischen Republik wurde bereits eine besondere Arbeitsgruppe gebildet, die den Boden für ein mögliches Verbot der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens bereiten soll.

Im Herbst 2011 verkündete der Vorsitzende der Parlamentsfraktion der in Ungarn regierenden Fidesz-Partei die Absicht, das ungarische Strafgesetzbuch dahingehend zu ändern, dass alle während der Regierung János Kádár von ungarischen Amtsträgern als Repräsentanten „der vormaligen sozialistischen Besatzung“ vorgenommenen Handlungen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit angesehen werden können.

In Estland verleiht der Präsident alljährlich einen offiziellen Preis an Veteranen der Waffen-SS, und im Haushalt des Verteidigungsministeriums sind Mittel für die Unterstützung von Naziveteranen eingestellt. Um ihren Status zu legalisieren, bereitet der estnische Verteidigungsminister für das Frühjahr 2012 einen Gesetzentwurf vor, mit dem den estnischen Veteranen, die in Hitlers Armee gekämpft haben, der Status von „Kämpfern für die Freiheit Estlands“ verliehen werden soll.

In Lettland sind immer noch über 14 Prozent der Bevölkerung „Staatenlose“, die von der lettischen Regierung nicht als Minderheit anerkannt werden und dadurch in ihren grundlegenden Bürgerrechten wie dem Wahlrecht eingeschränkt sind.

Litauen ist der „Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen“ bisher nicht beigetreten, so dass die nationalen Minderheiten in den letzten Jahren bei der Durchsetzung ihrer Rechte erhebliche Rückschläge hinnehmen mussten. Kürzlich wurde im litauischen Seimas ein Gesetzentwurf eingebracht, das sowohl den „Kämpfern gegen die erste Besatzung 1940–1941“ als auch „jenen, die gegen das Besatzungsregime 1944–1990“ kämpften, den Status „Teilnehmer an der Widerstandsbewegung gegen die Sowjetbesatzung“ verleiht. Der Prozess gegen den Vorsitzenden der Sozialistischen Volksfront Litauens A. Paleckis, der es wagte, die sowjetische Besatzung zu bestreiten und in einem Rundfunkinterview die Ereignisse vom 13. Januar 1991 in Vilnius einen „Bruderkampf“ zu nennen, ist immer noch im Gange.

Der rumänische Präsident nimmt sich die Freiheit, öffentlich die Taten des Kriegsverbrechers und Hitler-Komplicen General Ion Antonescu zu rechtfertigen und zu verherrlichen.

In Moldova wird das Gedenken an die Gefallenen des Zweiten Weltkriegs in ein Gedenken an die Opfer stalinistischer Unterdrückung umbenannt, während die Vertreter der regierenden Koalition vom Podium des Parlaments die Notwendigkeit betonen, alle in Moldova verbliebenen sowjetischen Denkmäler zu beseitigen. Einige Vertreter der Behörden verlangen und beharren weiterhin auf einem Verbot der größten Partei Moldovas, der Partei der Kommunisten der Republik Moldova, von kommunistischen Symbolen sowie der medialen Verbreitung und Vertretung von „falschen Werten der Sowjetzeit“.

Die EL drängt den Europäischen Rat, die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, das Ministerkomitee und die Parlamentarische Versammlung des Europarates, diesem Rückschritt in Hinblick auf demokratische Werte und Prinzipien in den oben genannten Ländern Aufmerksamkeit zu schenken und umgehend angemessene Massnahmen zu ergreifen, um solche antidemokratischen Praktiken im Europarat und den Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu beenden und künftig zu vermeiden.

Wir wiederholen nochmals unseren Aufruf an alle demokratisch gesinnten Menschen, aktiv zu handeln und nicht zuzulassen, dass die „braune Pest“ in Europa wiederbelebt wird.

Steuern die türkischen Behörden auf einen Bürgerkrieg mit dem kurdischen Volk zu?

Erklärung des EL-Vorsitzenden Pierre Laurent

Der türkische Ministerpräsident Erdogan hat in 17 Städten, darunter Istanbul, Diyarbakir und sogar Van, das nach einem schweren Erdbeben wiederaufgebaut werden muss, eine breite, systematische Aktion von Verhaftungen und Repressalien gegen Kurden in Gang gesetzt. Sie betraf besonders Personen, die sich gegen einen militärischen Konflikt wenden und für eine friedliche Lösung eintreten.

Wie kann der türkische Regierungschef behaupten, er kämpfe gegen den Terrorismus, wenn er Spannungen und Gewalt im eigenen Land verschärft? Durchsucht wurden u. a. das Rathaus von Diyarbakir und Leyla Zanas Haus. Brutale, demütigende Repressalien solchen Ausmaßes lassen uns darüber nachdenken, ob die Türkei einen Bürgerkrieg anstrebt. Die Frage liegt auf dem Tisch. Abgeordnete der BDP, der demokratischen Partei des kurdischen Volkes, weisen mit Nachdruck auf diese gefährliche Eskalation hin.

Will sich die EU angesichts solch unerträglicher Gewalt, der beharrlichen Verweigerung von Freiheit, Frieden und der Achtung der Rechte eines Volkes weiter in Schweigen hüllen und damit zur Mitschuldigen werden?

Gegen jegliches militärische Eingreifen in Syrien – ob von der NATO oder von anderer Seite

Die Europäische Linke fordert ein sofortiges Ende der Gewalt in Syrien und unterstützt einen wirksamen Prozess friedlicher Verhandlungen, um Demokratie und soziale Gerechtigkeit für alle Syrer ungeachtet ihrer Religion und ethnischen Zugehörigkeit zu erreichen.

Die Partei der Europäischen Linken verurteilt die brutale Unterdrückung der für Freiheit und Demokratie kämpfenden Volksbewegungen durch das syrische Regime. Wir rufen die syrische Regierung und andere beteiligte Kräfte auf, Gewalt und Blutvergießen unverzüglich zu beenden. Wir unterstüt-



zen einen Prozess der Demokratisierung und sozialen Gerechtigkeit, der die Religionsfreiheit und Souveränität garantiert. Wir treten für einen sozialen und politischen Wandel ein, der der wachsenden Armut und der Marginalisierung der syrischen Bevölkerung ein Ende setzt. Die Eskalation der Gewalt schafft die Voraussetzungen für einen allgemeinen Bürgerkrieg, der für die Menschen zur Katastrophe wird und auch auf die Nachbarstaaten übergreifen kann.

Die EL wird verstärkte Anstrengungen unternehmen, den demokratischen, progressiven und linken sozialen und politischen Kräften in Syrien zu helfen, um in dem andauernden sozialen und politischen Konflikt zu einem gerechten und friedlichen Ergebnis zu kommen.

Zugleich werden wir in allen internationalen Gremien (Europäisches Parlament, die nationalen Parlamente der EU, soziale Bewegungen etc.) den von imperialistischen Kräften bereits in Betracht gezogenen militärischen Strategien entgegenwirken.

Der Kampf geht weiter!

Glückwunsch an das tunesische Volk zum ersten Jahrestag des Sturzes von Ben Ali

Die Europäische Linke (EL) gratuliert dem tunesischen Volk zu ihrem ersten Jahr der Freiheit von der Diktatur. Der Mut der im letzten Winter in Tunesien protestierenden Demonstranten machte das früher Udenkbare möglich: Am 14. Januar 2011 musste der Diktator Ben Ali nach Saudi-Arabien fliehen. Dies zog eine Reihe von Aufständen und politischen Veränderungen nach sich, die immer noch nicht abgeschlossen sind. Die Europäische Linke (EL) sieht darin ein klares Zeichen dafür, dass die wahre politische Macht beim Volk ist und bleiben wird. Die Tapferkeit des arabischen Volkes in seinem Kampf für Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Demokratie ist ermutigend und beispielhaft für den Kampf in vielen europäischen Ländern gegen die Diktatur der neoliberalen Marktideologie.

Uns beunruhigt, dass reaktionäre Kräfte in Tunesien, Ägypten und anderen arabischen Ländern versuchen könnten, von den Rebellionen zu profitieren und die reichen und mächtigen Länder die Arabischen Revolutionen für ihre Zwecke nutzen, um eigene Interessen zu verfolgen und in der Region die Kontrolle zu übernehmen. Es ist unsere Aufgabe, weiterer militärischer Einmischung in der Region vorzubeugen und die Europäische Union daran zu hindern, den arabischen Ländern wirtschaftliche und politische Beziehungen aufzudrängen, die nur die Armut vergrößern und die demokratische Freiheit verringern werden.

Der so genannte Arabische Frühling hat für die arabischen linken und progressiven Kräfte einen Raum geschaffen, um die Politik in ihren Ländern zu organisieren, zu mobilisieren und zu verändern und darüber hinaus Menschen in der ganzen Welt zu inspirieren. Es kann daher als globaler Kampf angesehen werden, diesen Raum zu verteidigen und alle Versuche von Unterdrückung und Konterrevolution abzuwehren. Der Erfolg des revolutionären Prozesses in den arabischen Ländern hängt zu einem großen Teil von der wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere der Verhinderung des weiteren Anwachsens der Armut ab. In diesem Kampf um ökonomische und politische Gerechtigkeit steht die Europäische Linke an der Seite der revolutionären Kräfte in den arabischen Ländern. Der Kampf geht weiter!

Die EL unterstützt die demokratischen Kräfte in Ungarn

Seit dem 2. Januar sind Tausende Ungarn auf die Straße gegangen, um an vielen Orten gegen das Inkrafttreten der „Orban-Verfassung“ zu demonstrieren. Die Manifestationen gegen dieses rückwärtsgewandte und undemokratische Gesetz gehen weiter.

Die Situation gibt in der Tat zu großer Sorge Anlass. Die ungarische Regierung geht in ihrem autoritärem Streben so weit, selbst das Wort „Republik“ aus der offiziellen Staatsbezeichnung zu entfernen. Arbeiterrechte sind bedroht, es wird alles getan, um Aktionen von Gewerkschaften und linken Organisationen zu unterbinden. Dass auch die rechtsextreme Partei Jobbik das Grundgesetz unterstützt, hat dazu geführt, dass das Recht der Frauen zur Kontrolle über den eigenen Körper eingeschränkt wird, dass alle Formen des Zusammenlebens, die nicht den traditionellen Standards des Familienlebens entsprechen, diskriminiert und für weitere Wellen von Rassendiskriminierung Tür und Tor geöffnet werden.

Ungarn wird heute von antidemokratischen Praktiken, einer erzkonservativen Politik und einer verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Situation beherrscht. Darum bringt es Orban fertig, „EU raus!“ zu rufen und vom IWF Geld zu fordern. Die Regierung kann von der Größe Ungarns reden, so lange sie will, ihre Politik läuft auf Einsparungen, Steuererhöhungen und niedrige Einkommen hinaus. Im Grunde betreibt sie eine Politik, wie sie die „Troika“ überall in Europa durchsetzen möchte. Hier zeigt sich das wahre Gesicht des Populismus: Er ist eine Gefahr für die Völker.

Die Partei der Europäischen Linken bekräftigt ihre nachdrückliche Unterstützung für die demokratischen Kräfte Ungarns in ihrem Kampf zur Verteidigung ihrer politischen und sozialen Rechte. Sie steht in dabei an der Seite der *Arbeiterpartei Ungarns 2006* und der *Grünen Linken*.

Wir verteidigen überall in Europa die Demokratie gegen die Angriffe von Populisten und Rechtsextremisten!

Gemeinsam verteidigen wir die Freiheit und die Rechte der Völker!

Gemeinsam kämpfen wir gegen Sparpolitik und Marktdiktatur!

*(Übersetzung aus dem Englischen:
Jutta Wegner, Andreas Günther)*



Internationale Politik der LINKEN

„Kieler Erklärung“ der Parlamentarier der LINKEN

Aus: www.die-linke.de

Der Parlamentarier tag der LINKEN, bei dem am 16. und 17. Februar 2012 in Kiel über 150 Abgeordnete aus Europaparlament, Bundestag und Landtagen über Aufgaben und Ziele der LINKEN für eine Politik des Friedens, der Demokratie und sozialen Gerechtigkeit in der Wirtschafts- und Finanzkrise beraten, hat einstimmig folgende „Kieler Erklärung“ beschlossen.

Auch wenn die Kanzlerin Angela Merkel das anders sieht: Die Europäische Idee ist etwas ganz anderes als eine Währung. Ein Blick in die Geschichte erhellt das. Europa war über Jahrhunderte ein einziger Kriegsschauplatz. Nach zwei verheerenden Weltkriegen hat die beginnende europäische Integration zwei Ziele verfolgt. Erstens, die europäischen Nationen sollten enger kooperieren, um Konflikte nicht mehr kriegerisch austragen zu können, zweitens, ein „Sonderweg“ der Bundesrepublik Deutschland sollte ausgeschlossen werden. Davon hat die Bundesrepublik enorm profitiert. So wurde sie von der großen Bürde der Reparationsverpflichtungen befreit. Der Marshallplan konnte daher auch seine Wirkung entfalten. Das „Wirtschaftswunder“ war eine Leistung nicht nur der Deutschen, es resultierte auch aus der Bereitschaft der anderen Völker Europas, dem einstigen Kriegsgegner die Hand zu reichen.

Auch die Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands war verbunden mit Ängsten vor einem zu großen Deutschland, das einen „Sonderweg“ beschreiten könnte. Der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl ließ sich daher darauf verpflichten, die europäische Integration voranzutreiben.

Die Politik, die die Bundeskanzlerin im Verbund mit Sarkozy als „Eurorettung“ offeriert, ist nicht nur ökonomisch falsch. Sie ist vor allem geschichtsvergessen. Jede Nation in der Europäischen Union, die in Not geraten ist, hat gerade seitens Deutschlands ein anderes Herangehen verdient, so wie Deutschland es nach dem Zweiten Weltkrieg selbst erfahren hat. Deshalb muss man der Merkel-Regierung den Vorwurf machen, nationalistisch zu agieren. Sie stärkt die Kräfte der Renationalisierung innerhalb der EU.

Auch die europäische Integrationspolitik war einst ein demokratisches Projekt. Staaten wie Griechenland, Spanien und Portugal wurden Mitglieder der EWG, um den Prozess des Übergangs zur Demokratie ökonomisch zu stabilisieren. Hier wiederholte sich, was auch Zweck der Westintegration der Bundesrepublik Deutschland war: die demokratische Entwicklung stabil zu halten. Heute erleben wir eine europäische Politik, die sich der Mittel des Diktats bedient. Der Fiskalpakt, der gerade geschmiedet wird, belegt das. Die Parlamente, ob in den angeschlagenen Staaten oder in Deutschland, werden von den „Eurorettern“ als Hindernisse angesehen, die möglichst umgangen werden sollen. Aber das Diktat kommt nicht von irgendwoher. Der Umstand, dass einige pri-

vate Ratingagenturen Staaten vorschreiben können, was diese zu tun haben, wird von Merkel und Sarkozy nicht als Problem angesehen, was abgestellt werden muss, sondern als Imperativ, der über den Fiskalpakt durchgestellt wird.

Die Folgen einer Politik, die demokratische Legitimation hinter sich gelassen hat, können wir schon jetzt in Griechenland sehen. Zeitungen sprechen von den „neuen Armen“, von „neuer Armut“. Massenhafter sozialer Abstieg bedeutet, dass der Sozialstaat Platz machen musste für die Eurorettung. Das Markenzeichen des westeuropäischen Kapitalismus, ein zugleich sozialstaatlich verfasster zu sein, wird zur Disposition gestellt. Merkel und Sarkozy verraten all das, wofür die europäische Idee einst stand: für die Überwindung nationaler Borniertheit, für eine Demokratie, für eine bestimmte soziale Sicherheit.

Nach der Einführung des Euro hat man mehrheitlich geglaubt, dass es zu einer Angleichung der Volkswirtschaften innerhalb der Eurozone käme. Inzwischen weiß man, dass es anders gekommen ist. Der Euro hat das ökonomische Auseinanderdriften beschleunigt. Exportorientierte Volkswirtschaften wie die deutsche haben durch eine Lohndumpingpolitik Exportvorteile erzielt gegenüber Volkswirtschaften mit besserer Lohnentwicklung. Wenn das Ziel einer für alle Beteiligten guten Wirtschaftsentwicklung verfolgt werden soll, müssen neben den haushaltspolitischen Zielen auch wirtschafts- und sozialpolitische Ziele europäisch koordiniert werden.

Was Staaten wie Griechenland heute brauchen, ist keine (fiskal-)politische Fremdbestimmung. Sie benötigen aber dringend Programme, mit deren Hilfe die Binnenwirtschaft wieder belebt werden kann. Die Verursacher müssen zur Bezahlung herangezogen werden. Vermögensmillionäre in Europa müssen endlich eine angemessene Vermögenssteuer bezahlen. Erst bei Belebung der Wirtschaft und der Einführung einer solchen Vermögenssteuer kann die Sanierung der Haushalte wieder ein realistisches Projekt sein. Außerdem muss die Abhängigkeit der Staatshaushalte von den Finanzmärkten dringend aufgebrochen werden. Geeignet dafür wäre eine direkte Kreditvergabe an Staaten über eine öffentlich-rechtliche Bank, die ihrerseits Kredite bei der EZB aufnimmt. Schließlich erfordert eine gemeinsame Währung auch eine Koordinierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik, um die Entwicklung der unterschiedlichen Volkswirtschaften in Richtung gemeinsamen Wohlstands zu lenken. Die großen privaten Banken sind zu verkleinern und öffentlich-rechtlich zu gestalten.

All das wäre ein Projekt des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts in Europa. Dafür tritt DIE LINKE, zusammen mit ihren Partnerinnen und Partnern, in Deutschland und in Europa ein.



Für DIE LINKE ist Außenpolitik Antikriegspolitik

„Interview der Woche“ der Fraktion DIE LINKE im Bundestag mit Wolfgang Gehrcke, außenpolitischer Sprecher, am 9. Januar 2012

● Sie sind gerade mit einer Delegation der LINKEN im Nahen Osten: Welche Erfahrungen machen Sie vor Ort?

Der Nahe Osten ist ein Pulverfass. Neue Kriege, neue Gewalt drohen. Die israelische Gesellschaft muss ihre Wagenburg-Mentalität überwinden, wieder mehr Demokratie wagen und ein Verständnis dafür entwickeln, dass Israel ein organischer Bestandteil der Region ist. Von den Palästinenserinnen und Palästinensern erbitte ich, bei dem Weg ihres Präsidenten mit dem Ölweig und dem Antrag auf Vollmitgliedschaft in der UNO für den Frieden zu werben, zu bleiben. Gewalt wird nur immer wieder neue Gewalt zeitigen.

● Der Nahost-Konflikt ist zurzeit zugespitzter als lange zuvor. Welche Möglichkeiten sieht DIE LINKE, eine friedliche Entwicklung zu fördern?

Die Kräfte des Friedens sind heute eher außerhalb der Regierungen zu finden. Die Rechtsregierung in Israel tut alles, um eine Zwei-Staaten-Lösung, von der sie zwar redet, zu sabotieren. Das Nahost-Quartett ist ein vollständiger Ausfall. DIE LINKE ermuntert Friedenskräfte in Israel und Palästina zur Zusammenarbeit. Europaweit müssen konstruktive Lösungsvorschläge auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die Genfer Initiative ist ein solcher Lösungsvorschlag, auch wenn kaum jemand noch daran glaubt, dass er umgesetzt werden kann. DIE LINKE hat im Bundestag vorgeschlagen, als ersten Schritt die diplomatischen Beziehungen zu Palästina aufzuwerten.

● Die Afghanistan-Konferenz in Bonn hat ergeben, dass NATO-Truppen noch bis mindestens 2024 im Land bleiben werden. Welche Zukunft sehen Sie für die Menschen in Afghanistan?

Der Schlüssel für eine Friedenslösung in Afghanistan ist der Abzug der ausländischen Truppen. So lange Afghaninnen und Afghanen den Eindruck haben, dass ihr Land besetzt sei, wird es keinen Frieden geben. Ohne Bundeswehr bleibt die NATO nicht in Afghanistan. Wenn die ausländischen Truppen abziehen, werden die afghanischen Konfliktparteien über Selbstbestimmung und einen Waffenstillstand verhandeln können und müssen. Die Staatengemeinschaft soll beim Aufbau helfen und den Krieg beenden. Mit den 17 Milliarden Euro, die Deutschland bislang in den Krieg investiert hat, hätte sehr viel mehr für den Aufbau und die Entwicklung des Landes erreicht werden können.

● Sie waren im Dezember in Tadschikistan, das eine 1300 Kilometer lange Grenze zu Afghanistan hat, und haben bei einer Konferenz mit Menschen aus der Region diskutiert. Was erwarten sie von Europa und insbesondere von Deutschland?

In Duschanbe, der Hauptstadt Tadschikistans, fand eine von der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisierte Konferenz der strategischen Forschungseinrichtungen der zentralasiatischen Staaten statt. Der Blick aus Zentralasien auf Afghanistan ist ein anderer als der aus Europa. Die zentralasiatischen

Staaten sorgen sich um Stabilität. Zusätzlich spielen die Rechte der Nationalitäten der Tadschiken, Usbeken und Paschtunen in Afghanistan eine große Rolle. Außerdem: Es geht um den Zugriff auf Bodenschätze, Wasser, Gas, Öl und seltene Erden. Die Region ist ungeheuer reich an Bodenschätzen, aber diese sind unterschiedlich verteilt. DIE LINKE hat immer wieder regionale Konferenzen nach dem Muster der KSZE vorgeschlagen. Ohne Indien und Pakistan, China und Russland, ohne die zentralasiatischen Länder und den Iran wird es keinen dauerhaften Frieden in Afghanistan geben.

● Wie könnte der Konflikt mit dem Iran über dessen Atomprogramm friedlich gelöst werden?

Es droht ein Krieg um und gegen den Iran. Die USA und auch Deutschland rüsten die Region gigantisch gegen den Iran auf. Der Iran antwortet mit Raketentests und Militärmärschen. Das Szenario ist bekannt. Für den Irakkrieg mussten Massenvernichtungswaffen in den Händen von Saddam Hussein erfunden werden. Für die Bombardierung von Hanoi im Vietnamkrieg war der Marinezwischenfall in der Tonkin-Bucht der gesuchte Anlass. Es heißt immer, Geschichte wiederholt sich nicht – aber manchmal schon. Der Iran, Israel und die USA müssen jetzt unter Druck gesetzt werden, auch von Europa, zur Vernunft zurückzukehren und zu verhandeln. Die von der UNO für das Jahr 2012 beschlossene Konferenz für einen atomwaffenfreien Nahen Osten ist dringend notwendig. Nur Entmilitarisierung sichert Israel und ein friedliches Nebeneinander in der ganzen Region.

● Die Wahlen in Russland haben gezeigt, dass die Menschen unzufrieden mit ihrer Regierung sind und werfen ihr auch Wahlfälschung vor. Welche Perspektiven gibt es für die russische Bevölkerung und was kann durch außenpolitisches Handeln bewirkt werden?

Es spricht vieles dafür, dass wir es in Russland mit Wahlfälschungen zu tun haben. Das müssen das russische Parlament und die russische Regierung aufklären. Der „Westen“ muss das russische Wahlergebnis auch einmal im Ganzen zur Kenntnis nehmen. Zweitstärkste Kraft ist die Kommunistische Partei und zu den Demokratiedemonstrationen in vielen russischen Städten haben Linke in Russland mit mobilisiert. Putin sollte begreifen, dass nicht die Neureichen, nicht der öffentliche Protz entscheidend ist, sondern dass auch in Russland Reichtum zur Bekämpfung von Armut eingesetzt werden muss. Darüber könnte es einen deutsch-russischen Dialog geben, aber nur, wenn man den Dialogpartner nicht von oben herab behandelt. DIE LINKE will dazu beitragen, dass der Reiseverkehr zwischen Deutschland und Russland künftig visafrei erfolgen kann.

● Wir alle waren vom arabischen Frühling überrascht. Leider hat es bisher nicht für alle Länder eine positive Entwicklung gegeben. Welche Verantwortung sehen Sie für Deutschland, die arabischen Bevölkerungen zu unterstützen und wie müsste das geschehen?

Aus dem „arabischen Frühling“ ist ein arabischer Alptraum geworden. Auf der Positiv-Seite steht, dass Menschen die Erfahrung gemacht haben, dass Verhältnisse geändert werden können. Auf der Negativ-Seite allerdings, dass alte Eliten ihre Macht nicht freiwillig abgeben. Die Befreiung kostet viele Opfer, auch nach der Rebellion. DIE LINKE will mit-



helfen beim Aufbau einer sozialistischen Partei in Ägypten. Wir unterstützen die Bestrebungen in Palästina, linke Kräfte zu vernetzen. Und wir wollen alles tun, damit in Syrien der Bürgerkrieg gestoppt wird. Auch das fordert Dialog. DIE LINKE in Deutschland trägt zur Zusammenarbeit von Linken in Europa und den arabischen Ländern bei. Deutschland muss aufhören, eine doppelbödige Politik zu betreiben, über Demokratie zu reden und mit Despoten zu paktieren. Vor allen Dingen darf Deutschland nicht weiter Waffen in die Region exportieren.

● Was hat sich Ihre Fraktion außenpolitisch für das Jahr 2012 vorgenommen?

Mit Außenpolitik kann man nur selten Wahlen gewinnen, aber man kann mit einer falschen Außenpolitik Wahlen verlieren. DIE LINKE muss Schwerpunkte setzen. Wir wollen ein demokratisches, friedliches und soziales Europa, kein Europa der Finanzhaie und Großbanken. Für DIE LINKE ist Außenpolitik Antikriegspolitik, das heißt Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, eine Friedensregelung für den Nahen Osten und Schluss mit dem Kriegsgeschrei gegen den Iran. Ein Krieg gegen den Iran wäre eine Katastrophe für die Menschheit. DIE LINKE will Abrüstung und auch deshalb müssen Rüstungsexporte verboten und der Rüstungsetat gekürzt werden. Der NATO-Gipfel im April in den USA wird weltweite Gegenaktionen der Linken auslösen. DIE LINKE bleibt dabei: Die NATO soll aufgelöst und durch ein nicht-militärisches Sicherheitssystem ersetzt werden. Und schließlich: Ohne globale soziale Gerechtigkeit wird es keinen Frieden geben!

Ihre wichtigste Gestaltungskraft ist die Macht und die Kraft des Geldes

Rede von Wolfgang Gehrcke zur Unterrichtung der Bundesregierung über das Konzept „Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung“ teilen am 10. Februar 2012

Danke sehr, Herr Präsident. Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Außenminister hat eine außenpolitische Grundsatzdebatte angekündigt. Ich finde, sie ist schon lange überfällig. Ich will sie führen, die Fraktion DIE LINKE auch; also müssen wir sie führen.

Anders als der Kollege Erler stoße ich mich nicht an einzelnen Sätzen des Konzeptes. Die interessieren mich nicht, das Ambiente finde ich nebensächlich. Ich bin der Auffassung, dass das ganze Wesen des Konzeptes falsch ist und in die falsche Richtung geht. Deswegen muss man das Wesen des Konzeptes angreifen. Es geht um die inhaltlichen Differenzen und nicht darum, wie Sie das Konzept vorgestellt haben.

Ich habe den Eindruck, dass Ihr Konzept dem Wesen nach kein Gestaltungskonzept, sondern ein Zerstörungskonzept ist. Das nehme ich sehr ernst. Ich bin der Meinung: Wer heute auf solche Art und Weise mit anderen europäischen Ländern, zum Beispiel Griechenland, umgeht, wer diktiert, dass Löhne und Renten sinken sollen, wer diktiert, welches Steuersystem in den jeweiligen europäischen Ländern durchge-

setzt werden soll, wer den Sparkommissar schicken will, der zerstört die Strahlkraft von Europa und die europäische Idee. Das ist keine Gestaltung, das ist Zerstörung.

Herr Westerwelle, Sie werden es schwer haben, neue strategische Partner in der Welt zu finden, wenn Sie alte Partner so schlecht behandeln. Wie die Bundesregierung in Europa derzeit vorgeht, das ist Zerstörung pur.

In Ihrem Konzept wird deutlich, dass Ihre außenpolitische Philosophie die des freien Welthandels ist. Darin scheiden sich die Geister, das gebe ich zu. Ich sage: Mit uns nicht! Dem wird alles untergeordnet, auch in dem vorliegenden politischen Konzept. Ich werfe Ihnen das gar nicht vor. Aber man darf es doch wohl sagen. Ihre Werte sind die Werte einer weltweiten, kapitalistischen Gesellschaft: Bereicherung, Konkurrenz, Aneignung fremder Arbeit. Um es zugespitzt zu formulieren: Ihre wichtigste Gestaltungskraft ist die Macht und die Kraft des Geldes. Das durchzieht Ihr ganzes Konzept.

Die Globalisierungskritiker und auch wir wollen den sozialen Ausgleich, wir wollen Solidarität statt Konkurrenz, Gerechtigkeit statt Vorteilsnahme. (*Philipp Mißfelder, CDU/CSU: Und Sozialismus!*)

Und Sozialismus. Danke sehr, Herr Kollege Mißfelder, wie konnte ich das vergessen. Das ist das Wesen des Sozialismus.

Um es deutlich zu sagen: Unsere Wege gehen völlig auseinander. Das, was Sie vorgelegt haben, ist nicht Ausdruck neuen Denkens – das war ein Begriff, der die Außenpolitik früher einmal geprägt hat – sondern es ist im Kern altes Denken. Sie beschäftigen sich in Ihrem Konzept nicht mit der Frage, wie das Überleben der Menschen zu sichern ist: Stopp der Rüstungsspirale, Abrüstung, Stopp der Umweltzerstörung, Kampf gegen Armut und Hunger. Und vor allen Dingen das muss in ein solches Konzept hinein: konsequentes Nein zu allen Kriegen.

Ohne eine Antwort auf die großen Fragen der Menschheit ist jedes Konzept ein Konzept von gestern. Sie hätten schon bei Herrn Gorbatschow nachlesen können, was neues Denken ist; was immer man von Gorbatschow hält.

Sie müssen gründlicher darüber nachdenken, auf welche Art und Weise Sie Deutschland präsentieren. Ihr Kollege, der Verteidigungsminister, hat auf der Münchner Konferenz einen weltweiten Führungsanspruch für Deutschland reklamiert. Auch beim Kollegen Mißfelder konnte man eben hören: Wir sind wieder wer, wir bestimmen, wir müssen mit der gewachsenen Verantwortung umgehen.

Thomas de Maizière hat in München gesagt, Deutschland sei in der Lage, zu kämpfen und zu führen. Ich finde, das ist ein markanter Satz, der meinen Eindruck verstärkt. Ich sage in aller Deutlichkeit: Deutsche Großmachtallüren und deutsche Großmachtpolitik waren weder für die Welt noch für unser Land noch für Europa irgendwann gut.

In Europa und in der Welt werden viele Sprachen gesprochen. Ich möchte, dass das so bleibt. Wir leben den Gedanken einer vielfältigen Welt mit unterschiedlichsten Akteuren. Eine Welt, in der nur Deutsch gesprochen wird, ist schändlich, eine solche Welt lehnen wir ab. Das wäre eine einfältige Welt, das wollen wir doch nicht ernsthaft anstreben. Vielmehr geht es darum, für Partnerschaft und Gleichberechtigung zu sorgen.

Ich denke, wenn man Globalisierung gestalten will, muss man auch einmal darüber nachdenken, wie man verhindern



kann, dass auf pflanzliche und menschliche Gene Patente erhoben werden, wie man verhindern kann, dass Nahrungsmittel zu Spekulationsobjekten werden, wie man weltweit Bodenreform befördern kann, wie man die Privatisierung von Wasser und anderen Gemeinschaftsgütern verhindern kann. Das sind heute globale Aufgaben.

Sie sprechen in Ihrem Konzept an – ich sage das, um fair zu bleiben –, welche Staaten vor allen Dingen Ihre Gestaltungspartner sein sollen. Allerdings nehmen Sie da eine andere Gewichtung als ich vor. Ich habe mich gestern mit Studierenden, die in Chile protestieren, getroffen. Diese jungen Frauen sind für mich die Gestaltungspartner in einer neuen Welt wie auch die Indios in Bolivien, die Wanderarbeiter in China, die Jugendlichen auf dem Tahrir-Platz, die Frauen in Afrika, die sich zu Produktionsgenossenschaften zusammenschließen und ich will das noch einmal wiederholen die Streikenden in Griechenland, Spanien und Frankreich.

Gestaltungspartner in dieser Welt sind die Kräfte, die die Welt tatsächlich verändern. Wenn Sie schauen, wer in den letzten Monaten und Jahren die Welt wirklich verändert hat, stellen Sie fest, dass das am wenigsten Staaten waren, sondern solche Kräfte. Mit ihnen müssen wir kooperieren, mit ihnen müssen wir eine neue Form der Zusammenarbeit finden.

Deswegen sage ich: Ihr Aufschlag ist gut. Eine scharfe Debatte ist notwendig. Sie, Herr Westerwelle, aufzurufen, sich vom Weg des Geldes abzuwenden, ist verschwendete Kraft.

Ich möchte, dass wir einen Grundsatzstreit über das Wesen des Konzeptes führen. Ich möchte nicht, dass es so bleibt, wie es vorgestellt wurde.

Schönen Dank.

Die deutsche Außenpolitik im Spiegel der Website german-foreign-policy.com

Die Website german-foreign-policy.com informiert zeitnah mit Kurzanalysen, Interviews und eigenen Kommentaren über die deutsche Außenpolitik und relevante internationale Vorgänge. Außerdem referiert sie aktuelle Studien, Analysen und andere Publikationen deutscher Denkfabriken zu außenpolitischen Fragen. Im Folgenden ein Beitrag als Hintergrundmaterial zur Debatte über das aktuelle „Gestaltungsmächte-Konzept“ der Bundesregierung:

Partners in Leadership

16. Februar 2012, Berlin

(Eigener Bericht) – Mit einer neuen außenpolitischen Strategie sucht die Bundesregierung die Spielräume ihrer globalen Machtpolitik zu erweitern. Das „Gestaltungsmächte-Konzept“, das in der vergangenen Woche nach seiner Verabschiedung durch das Bundeskabinett der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, sieht vor, regionale Führungsmächte in Lateinamerika, in Afrika und in Asien zu Verbündeten zu gewinnen. Mit ihrer Hilfe soll es möglich sein, deutsche Interessen in aller Welt noch stärker als bisher zu verwirklichen. Hintergrund sind die weltweiten Kräfteverschiebungen – so etwa

der Aufstieg Chinas –, aber auch das Berliner Bestreben, sich unabhängig von den USA auf allen Kontinenten einen größeren Einfluss zu sichern. Die Bundesrepublik könne bei dem Versuch, ihre globale Stellung auszubauen, zwar Ressourcen der EU nutzen, dürfe ihre eigenen Ziele jedoch keinesfalls „einer voreiligen Europäisierung“ opfern, heißt es in einer Analyse, mit der das aktuelle „Gestaltungsmächte-Konzept“ vorbereitet wurde. Die Strategie, die umfassende zivile Ressourcen der deutschen Gesellschaft zum Zweck der Einflussexpansion nutzen will, beinhaltet ebenfalls eine starke Ausweitung der polizeilichen und der militärischen Kooperation.

Lange vorbereitet

Das sogenannte Gestaltungsmächte-Konzept, das die Bundesregierung am 8. Februar verabschiedet und anschließend im Auswärtigen Amt öffentlich vorgestellt hat, baut auf jahrelanger Vorarbeit auf. An seiner Erstellung waren unter anderem Vertreter der deutschen Wirtschaft sowie der parteinahen Stiftungen beteiligt; die vom Kanzleramt finanzierte Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) führte ein umfassendes Forschungsprojekt zur Thematik durch. Letzteres ist insofern von aktuellem Interesse, als die in Buchform publizierten Forschungsergebnisse nicht nur detaillierte Länderstudien umfassen und damit die Einschätzung erleichtern, wo die Bundesregierung Stärken und Schwächen ihrer möglichen Kooperationspartner sieht. Die SWP-Veröffentlichung legt zumindest ansatzweise die machtpolitischen Interessen offen, die dem „Gestaltungsmächte-Konzept“ zugrunde liegen, dort aber hinter wohlklingenden Phrasen verborgen werden – schon im Begriff: Wo die Bundesregierung im üblichen Duktus beschönigender PR von „Gestaltungsmächten“ spricht, um deren erkennbares Dominanzstreben hinter einem schwer kritisierbaren Begriff („gestalten“) verschwinden zu lassen, da ist bei der SWP noch relativ offen von „regionalen Führungsmächten“ die Rede.

Nicht voreilig europäisieren

Deutschland werde, heißt es in der SWP-Publikation, sein globales Machtpotenzial nur dann voll ausschöpfen können, wenn es zusätzlich zu seinen bestehenden Bündnissen (EU, NATO) weitere „Koalitionen und Allianzen“ mit einflussreichen Staaten in aller Welt eingee. ¹ Dass dies nötig sei, habe nicht zuletzt das „vorläufige Scheitern“ des Berliner Strebens nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat gezeigt: Die weiterhin fehlende Möglichkeit, dort als Vetomacht agieren zu können, lasse einen alternativen Machtgewinn durch nationale Sonderabsprachen mit eventuellen „neuen, gleichgesinnten Partnern“ wünschenswert erscheinen. Dabei käme eine Kooperation vor allem mit den neu aufstrebenden „regionalen Führungsmächten“ wie etwa Brasilien, Indien oder Südafrika in Frage, die ihre wachsende wirtschaftliche Kraft in politischen Einfluss umzumünzen suchten. Die genannten Staaten übten in ihrer jeweiligen Weltregion eine – wenn auch noch recht unterschiedlich starke – Hegemonie aus, die man, wenn man künftig eng mit ihnen kooperiere, im Sinne deutscher Ziele nutzen könne. Daran, dass es zuvörderst um nationale Interessen geht, lässt die SWP-Publikation keinen Zweifel: Auch bei einer „Kombination“ nationaler und europäischer Schritte gegenüber den „regionalen Führungsmächten“ solle „die Entwicklung eigener Potentiale und Optionen“, heißt es, keinesfalls „einer voreiligen Europäisierung geopfert werden“.



Globale Gestaltungskraft

Das letzte Woche verkündete „Gestaltungsmächte-Konzept“ der Bundesregierung legt nun klare Kriterien dafür fest, an welchen Staaten Berlin ein besonderes Kooperationsinteresse hat. Es gehe um Länder, heißt es in dem Papier, die „eine bedeutende Wirtschaftskraft oder hohe wirtschaftliche Wachstumsraten aufweisen“, die zudem bereit seien, in besonderem Maß Macht auszuüben („einen starken Gestaltungswillen in verschiedenen Politikbereichen zum Ausdruck bringen“) und die darüber hinaus „eine zentrale Bedeutung“ für regionale oder globale Entwicklungen besäßen.² In Absprache mit diesen Ländern wolle man, heißt es weiter, „den Spielraum, die Reichweite und das Wirkungsvermögen unserer gemeinsamen, globalen Gestaltungskraft ... erhalten und ausbauen“. Zu diesem Zweck sollen auch alle politischen Instrumente Europas genutzt werden: „Das Konzept der Bundesregierung integriert bewusst die Ebene der EU und schafft Synergien mit europäischen Konzepten, Strategien und Partnerschaften.“ So könne man etwa an die sogenannten strategischen Partnerschaften der EU mit Brasilien und Mexiko anknüpfen. Dabei gelte freilich: „Deutschland ist für viele der neuen Gestaltungsmächte der wichtigste Handelspartner in der EU“. Dass sich das auf das politische Gewicht Berlins bei den aufstrebenden regionalen Führungsmächten auswirken soll, steht außer Frage.

Eliten für Deutschland gewinnen

In ihre neue „Gestaltungsmächte-Strategie“ sucht die Bundesregierung die jeweiligen nationalen Eliten in möglichst umfassendem Maße einzubeziehen. Hintergrund ist, dass willige Partnerstaaten – durchaus im Interesse eigener Machtentfaltung – gestärkt werden sollen: „Deutschland will zum Aufbau dauerhafter Kapazitäten für nachhaltige individuelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern der neuen Gestaltungsmächte beitragen.“ Zu diesem Zweck gelte es, „das innovative Potenzial und den Einfluss von gesellschaftlichen Akteuren“ für die Kooperation mit den Eliten der regionalen Führungsmächte „zu erschließen“. „Netzwerke“ sollten in Bildung, Wissenschaft und Forschung geknüpft werden – etwa mit Hilfe des Deutschen Akademischen Austauschdiensts (DAAD) und der Alexander von Humboldt-Stiftung, sogenannter Wissenschafts- und Innovationshäuser oder mit Hilfe von Ausgründungen deutscher Universitäten im Ausland. Es sollten außerdem die kulturellen Beziehungen intensiviert werden, etwa mit Hilfe der sogenannten Deutschlandjahre, bei denen zwölf Monate lang in jeweils einem konkreten Land auf öffentlichen Veranstaltungen die deutsche Kultur präsentiert und für sie geworben wird. Es sei, heißt es dazu in der neuen „Gestaltungsmächte-Strategie“, „in unserem politischen und wirtschaftlichen Interesse, die künftigen Fach- und Führungskräfte der neuen Gestaltungsmächte nachhaltig für Deutschland zu gewinnen“.³

Polizei und Militär

Dass es bei der neuen Strategie letztlich um harte Machtfragen geht, das belegt die umfangreiche Passage über Pläne für eine militärische und polizeiliche Kooperation, die dem Publikum ganz wie üblich unter dem wohlklingenden Motto „Frieden und Sicherheit“ präsentiert werden. Die regionalen Führungsmächte seien in aller Regel schon heute bedeuten-

de Truppensteller bei UN-Einsätzen und zumindest teilweise in regionale „Sicherheitsstrukturen“, etwa die militärischen Komponenten der Afrikanischen Union, eingebunden, heißt es dort. Diese Potenziale gelte es zu nutzen. Man werde, in Verbindung mit der NATO und der EU, „zusammen mit den neuen Gestaltungsmächten auf eine erfolgreiche Krisenprävention und Stärkung ihrer Instrumentarien hinwirken“. Die Kooperation im militärischen Bereich soll zudem auf die sonstigen „Sicherheitsbehörden“ ausgedehnt werden. Die Bundesregierung wolle, ist in dem Strategiepapier zu lesen, mittels neuer „Sicherheitsabkommen“ eine „regelmäßige und institutionalisierte Zusammenarbeit“ bei der „Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität“ in die Wege leiten.⁴ „Bilaterale Ausbildungs- und Ausstattungshilfe“ wird ausdrücklich genannt; die Militärkooperation dürfte zudem von steigenden Rüstungsexporten begleitet werden.

Flexibel nutzbar

Die neue „Gestaltungsmächte-Strategie“ ermöglicht Berlin eine durchaus flexible Machtpolitik. Sie eröffnet Spielräume für nationale Alleingänge, welche die Stellung Berlins innerhalb Europas, aber auch gegenüber den USA durchaus stärken können. Sie kann dabei davon profitieren, dass einige der regionalen Führungsmächte, etwa Brasilien, sich ihrerseits gegen die Hegemonie der USA zu profilieren suchen. Schließlich zielt sie vor allem auf Staaten, die sich trotz all ihrer Konflikte prinzipiell auf der Seite des Westens verorten. Damit bietet sie Berlin die Möglichkeit, sich neue Handlungsoptionen unabhängig von den Vereinigten Staaten oder sogar gegen sie zu eröffnen, aber zugleich die Option eines Zusammenschlusses gegen China nicht zu unterminieren. Ein solcher Zusammenschluss könnte aus Berliner Sicht notwendig werden, sollte Washington seine aggressive Politik gegen Beijing in Zukunft verschärfen.

Anmerkungen

- 1 Jörg Husar, Günther Maihold: Einführung: Neue Führungsmächte – Forschungsansätze und Handlungsfelder, in: Jörg Husar, Günther Maihold, Stefan Mair (Hg.): Neue Führungsmächte: Partner deutscher Außenpolitik? Internationale Politik und Sicherheit Band 62, herausgegeben von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Baden-Baden 2009
- 2, 3, 4 „Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung teilen“, Konzept der Bundesregierung

DIE LINKE fordert eine Neuorientierung der deutschen Nahostpolitik

Erklärung zum Abschluss der Delegationsreise von Abgeordneten der LINKEN im Deutschen Bundestag, der Länderparlamente und Vertretern der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Tel Aviv, 11. Januar 2012

Politische Lösungen des Konfliktes Israel – Palästina sind immer noch möglich. Die Lage in den palästinensischen Gebieten ist in vielfacher Hinsicht dramatisch und zusätzlich haben die politischen Umwälzungen in arabischen Ländern neue Herausforderungen hervorgebracht. Eine neue Nahost-Politik ist unverzichtbar. Zum Kern einer solchen neuen Nahost-Politik gehört das Ende der seit 1967 andauernden israelischen Besetzung palästinensischen Territoriums. Diese



Feststellungen gehören zum Fazit einer Delegation von Abgeordneten des Bundestages, der Landtage, aus der Partei DIE LINKE und der Rosa Luxemburg Stiftung nach sieben Tagen intensiver Gespräche und Begegnungen in Israel und Palästina.

Zwei Staaten, die in guter Nachbarschaft miteinander leben, über Grenzen entlang der 1967er Linie verfügen und Ost-Jerusalem als Hauptstadt eines palästinensischen Staates anerkennen – all dies scheint heute wenig realistisch. Um den Friedensprozess neu zu beleben, ist auch deutsches Engagement gefordert. So sollte die Bundesregierung Israel konsequenter auffordern, den Siedlungsbau zu stoppen und den Aufnahmeantrag Palästinas in die UNO unterstützen. Deutschland trägt eine besondere Verantwortung, zur Lösung des Nahost-Konfliktes beizutragen. Deutsche Verantwortung schließt Verantwortung für Israel und die Palästinenserinnen und Palästinenser ein.

Viele Eindrücke dieser Reise haben sich bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern tief eingepreßt. Besonders erschüttert hat die Delegation der Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem. DIE LINKE tritt allen Versuchen der Relativierung der Einmaligkeit des Völkermordes an den europäischen Jüdinnen und Juden entschieden entgegen. Rassismus, Neofaschismus und Antisemitismus, auch darin bestärkt uns diese Reise, muss offensiv und konsequent Widerstand entgegengesetzt werden.

DIE LINKE wird ihre Kontakte in Israel und Palästina weiter ausbauen und den Dialog sowie die Zusammenarbeit mit demokratischen Parteien, Organisationen, NGOs und Initiativen sowie vielen Einzelpersonen ausweiten. Insbesondere die Begegnungen mit Vertretern sozialer Bewegungen in Israel und Palästina haben neue Impulse auch für die aktuellen Auseinandersetzungen in Deutschland und Europa erbracht. Die vielfältigen sozialen Projekte sind nicht nur für alle Beteiligten wichtig, sondern haben auch eine hohe Bedeutung für die Demokratie in Israel und Palästina.

Erstmalig wurde eine Delegation der LINKEN durch den stellvertretenden israelischen Außenminister Daniel Ayalon und von Abgeordneten Kadimas, der größten Oppositionspartei, zu Gesprächen eingeladen. Trotz inhaltlicher Differenzen zwischen der LINKEN und diesen Gesprächspartnern war der Gedankenaustausch sinnvoll und soll fortgesetzt werden.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung wird im Rahmen ihrer Tätigkeit vor Ort gemeinsame israelisch-palästinensische Projekte weiter fördern. Dazu gehören Jugend- und Studentenaustausch, die Förderung alternativer Medienprojekte sowie eine ökologisch verantwortbare Wassergewinnung und gerechte Wasserverteilung. DIE LINKE wird dazu das Gespräch mit Bundesentwicklungsminister Niebel, der einen Israel-Besuch vorbereitet, suchen. Die Delegation appelliert an Minister Niebel, sich eindeutig gegen den Abriss von Schulen durch die israelische Militärverwaltung in den C-Gebieten einzusetzen. Der Abriss von Schulen muss den Widerspruch deutscher Politik finden.

Die Reise nach Israel und Palästina war ein Beitrag, dem Programm der LINKEN, das die geschichtliche Verantwortung Deutschlands für eine friedliche Lösung des Nahost-Konfliktes unterstrichen hat, gerecht zu werden. Die Bundestagsfraktion der LINKEN wird dem Bundestag in diesem Sinne einen Vorschlag für eine europäische Friedenskonferenz zum Nahen Osten unterbreiten. Dies könnte ein Beitrag der Euro-

päischen Union im Rahmen des Nahost-Quartetts sein. Über diese Initiative sprach die Delegation mit dem Generalsekretär der PLO, Abed Rabbo. Zum Frieden im Nahen Osten gehört auch, dass die Linke in Israel, Palästina und Deutschland vor der Gefahr eines Krieges gegen den Iran warnt, auch und gerade weil sie die Politik des Ahmadinedschad-Regimes eindeutig ablehnt.

(Dr. Dagmar Enkelmann, MdB, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag, stellv. Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung; Wilfried Telkämper, Direktor Zentrum für internationalen Dialog und Zusammenarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung; Wolfgang Gehrcke, MdB, außenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag)

Eckpunkte der LINKEN zur Syrien-Politik

*Beschluss des Arbeitskreises Internationale Politik
der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag,
14. Februar 2012*

Demokratischer Wandel

Die syrische Revolution begann im März 2011 als Teil des arabischen Frühlings. DIE LINKE begrüßt es, wenn in den arabischen Ländern Diktatoren durch Bewegungen von innen gestürzt werden. Die LINKE ist solidarisch mit den Kräften des demokratischen Wandels in Syrien. Das Morden und Töten muss ein Ende nehmen. Die Bürgerinnen und Bürger Syriens müssen die Chance bekommen, in einem gewaltfreien Umfeld über die politische und soziale Entwicklung des Landes selbst zu bestimmen. Das schließt die Möglichkeit ein, über die Wege des Wandels, also Wege zur Überwindung des derzeitigen Repressionsapparates, friedlich bestimmen zu können. Dabei unterstützt die LINKE das Selbstbestimmungsrecht von ethnischen und religiösen Minderheiten innerhalb der territorialen Integrität Syriens. Die LINKE arbeitet mit linken syrischen Oppositionsgruppen, mit Demokratinnen und Demokraten in Syrien zusammen.

Schluss mit der Gewalt

Die Regierung des Präsidenten Assad muss das Blutvergießen und insbesondere die Gewalt gegen Zivilisten unverzüglich beenden. Ein Ende der Gewalt – diese Forderung richtet sich zuerst an die Regierung Syriens. Alle Menschen haben das Recht, sich friedlich zu versammeln und für ihre Interessen zu demonstrieren. Das Militär muss in die Kasernen zurück. Folter und Misshandlungen müssen beendet und politische Gefangene freigelassen werden.

Die syrischen Aufständischen müssen ihre militärische Aktionen und Angriffe auf Zivilisten, welche die Beobachtermission der Arabischen Liga vom 24. Dezember 2011 bis zum 18. Januar 2012 in ihrem Abschlussbericht festgestellt hat, einstellen und gewaltfrei für den Wandel kämpfen. Syrien darf nicht weiter in den Bürgerkrieg abgleiten. Darum müssen sämtliche Waffenlieferungen sowohl an die syrische Regierung als auch an die Opposition sofort und vollständig eingestellt werden.



Für Verhandlungen

Um weitere Gewalt zu verhindern, muss verhandelt werden, müssen Gespräche stattfinden. Präsident Assad genießt angesichts seines Agierens gegen die eigene Bevölkerung in den vergangenen Monaten und vor dem Hintergrund der tief enttäuschten Erwartungen auf Reformen nach seinem Amtsantritt bei der LINKEN keine Sympathie. DIE LINKE versteht angesichts der massiven Staatsgewalt einschließlich Panzerinsatz gegen Zivilisten und Artilleriebeschuss auf Wohnviertel, dass es für viele Menschen in Syrien nicht einfach ist, mit Vertretern des Regimes Assad zu verhandeln, aber durch Verhandlungen – auch über Dritte – könnten weitere Tote vermieden werden. Das ist es, was DIE LINKE will.

Vereinte Nationen

Der Weltsicherheitsrat muss sich angesichts der Eskalation von Gewalt und der regionalen Auswirkungen mit der Lage in Syrien befassen. Heute bereits hat der Konflikt destabilisierende Wirkungen auf die Nachbarländer, insbesondere den Libanon. Der Weltsicherheitsrat ist bislang nicht zu einvernehmlichen Vorschlägen für eine Konfliktlösung und zu einem dementsprechenden Resolution gekommen. Diese Bemühungen müssen fortgesetzt werden.

Der Charakter der von der Arabischen Liga vorgeschlagenen Blauhelmission ist unklar. Ein Einsatz nach Kapitel VI der Charta der Vereinten Nationen ist nicht ausdrücklich formuliert. Zudem setzt ein Einsatz nach Kapitel VI der Charta die Zustimmung aller relevanten Konfliktparteien voraus. Eine solche Zustimmung liegt nicht vor. DIE LINKE lehnt diesen Vorschlag, der konfliktverschärfend sein kann, ab.

Angesichts der Lage in Syrien ist die Herbeiführung und Absicherung eines Waffenstillstandes vordringlich. Ein Waffenstillstand kann international vermittelt und überwacht werden. Vereinbart werden kann ein Waffenstillstand hingegen nur zwischen den Konfliktparteien, und dies setzt die Bereitschaft zu Verhandlungen voraus.

Aus Sicht der LINKEN müssten in einer Resolution des Weltsicherheitsrates Regelungen getroffen werden, die eine Entwaffnung aller Zivilpersonen und den Rückzug der Armee in die Kasernen möglich machen und die jegliche Waffenlieferungen nach Syrien unterbinden. Das fordert DIE LINKE von Russland und fordert es auch von der Türkei, den USA, Katar und allen anderen, die offensichtlich syrische Aufständische mit Waffen versorgen. Es müssen Rückkehrmöglichkeiten für Flüchtlinge geschaffen und die Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten und ärztliche Versorgung gesichert werden.

Allen Bürgerinnen und Bürgern Syriens müssen elementare Grundrechte wie das Recht auf Leben, auf Unversehrtheit, auf Koalitions- und Demonstrationsfreiheit sowie auf freie Ausübung der Religion garantiert werden. Ein Gewaltverzicht aller Seiten ist notwendig. Statt weiterer bewaffneter Auseinandersetzungen ist ein Prozess von Wahlen und demokratischen Umgestaltungen vorzuschlagen.

Nach den Erfahrungen der Weltgemeinschaft mit den Resolutionen des Weltsicherheitsrates zum Libyen-Konflikt muss jegliche UN-Resolution klar und eindeutig gewaltsame äußere Einmischung sowie die Androhung von Gewalt ausschließen. Dieser Grundsatz darf nicht im Verlauf des weiteren Verfahrens mit UN-Entscheidungen konterkariert werden. Alle Staaten müssen aufgefordert werden, keinerlei

Waffen und andere Rüstungsgüter nach Syrien und in die Region zu liefern. Die Waffenlieferungen an Syrien einzufrieren hat DIE LINKE auch von Russland gefordert. Deutschland sollte durch ein Verbot von Rüstungsexporten in den Nahen Osten vorangehen. Sanktionen sind auf ein Waffenembargo und auf das Einfrieren von Geldern der syrischen Führungsschicht zu beschränken, um nicht die Bevölkerung zu treffen. Sanktionen sind sinnvoll, wenn sie gezielt und ausschließlich die Fähigkeit zur Gewaltausübung beschneiden.

Die deutsche Haltung zu Syrien

In der Vergangenheit war die deutsche Haltung zu Syrien – unter allen Regierungen – sehr zwiespältig. Deutschland ist die US-Politik der Isolierung Syriens nie vollständig mitgegangen, hat aber in der Abschiebungspolitik und durch das Hinnehmen von Inhaftierungen und Folterungen gerade in sehr schwierigen Bereichen „Zusammenarbeit“ entwickelt. Auch in jüngster Zeit wurden Kettenabschiebungen über Ungarn, darunter auch von Deserteuren der syrischen Armee, durchgeführt. Die Forderungen nach einer weiteren Isolierung Syriens durch den Abzug von diplomatischem Personal und nach Schließung von Botschaften sind kontraproduktiv.

China – Theorie und Praxis

Von Helmut Ettinger, Bereich Internationale Politik beim Parteivorstand der LINKEN

Auf Einladung der Internationalen Abteilung des ZK der KP Chinas besuchte eine Studiendelegation der LINKEN vom 10. bis 20. Dezember 2011 die VR China. Ihr gehörten an: Wulf Gallert, Vorsitzender der Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt und Delegationsleiter, Dr. André Hahn, Vorsitzender der Fraktion im Sächsischen Landtag, Susanne Hennig, MdL, stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Thüringen, Lothar Schnitzler und Ralf Georgi, Mitglieder des Saarländischen Landtages, Horst Kahrs, Leiter des Bereichs Grundsatzfragen und Strategie der Bundesgeschäftsstelle, Andreas Günther, amtierender stellvertretender Leiter des Bereichs Internationale Politik, Dr. Wolfram Adolphi, Chinawissenschaftler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter des MdB Roland Claus, Dr. Helmut Ettinger, Sinologe, und Dr. Lutz Pohle, Repräsentant der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der VR China.

Die Einladung wurde als Antwort auf Besuche mehrerer Studiengruppen der KP Chinas angenommen, die in den vergangenen Jahren bei der LINKEN Fragen des Funktionierens von Demokratie in Partei und Gesellschaft, des europäischen Sozialstaatsmodells, der Rechtsstaatlichkeit, des innerparteilicher Pluralismus und der Vorstellungen von einer künftigen sozialistischen Gesellschaft erörtert hatten. Das Ziel der Teilnehmer aus verschiedenen Strukturen der Partei bestand darin, sich in der Hauptstadt und im Lande über die aktuelle politische und wirtschaftliche Lage, über soziale Probleme sowie das Konzept des Sozialismus chinesischer Prägung und dessen Umsetzung zu informieren.

Der Delegation wurde ein breit gefächertes, sehr gut organisiertes Besuchsprogramm geboten. In Beijing hörte sie drei Vorträge zur Geschichte der KP Chinas, zum Konzept des Sozialismus chinesischer Prägung und zur aktuellen Wirtschaftslage. Im Autonomen Gebiet (Provinz) Guangxi der



Zhuang-Nationalität im äußersten Südwesten des Landes besuchte sie die Städte Guilin, Liuzhou und Nanning sowie im Südosten Chinas die in der Provinz Fujian gelegene Hafenstadt Xiamen. Zwei für deutschsprachige Länder zuständige Mitarbeiter der Internationalen Abteilung im diplomatischen Rang eines Ersten, bzw. Dritten Sekretärs begleiteten sie.

Als erster empfing die Delegation der für die Beziehungen zur LINKEN verantwortliche Leiter der Unterabteilung Westeuropa, Wang Hua zu einem Gespräch mit anschließendem Abendessen. Er begrüßte eine so breit zusammengesetzte Abordnung zu einem längeren Aufenthalt in China als neue, ausbaufähige Form der Zusammenarbeit, durch die der Gedankenaustausch zweier Parteien mit ähnlichen politischen Zielen vertieft werden könne. Ausgelöst durch den Zerfall der Sowjetunion, habe die sozialistische, kommunistische Bewegung in der Welt einen Niedergang erlebt. Der Westen unter Führung der USA habe geglaubt, dass der Sozialismus am Ende sei. Nun stelle man in China erfreut fest, dass verschiedene Kräfte Wege zum Sozialismus erkundeten. Angesichts der aktuellen tiefsten Krise des Kapitalismus sei es dringend erforderlich, nach Alternativen zu diesem System zu suchen. Hier erwarte man viel von den deutschen Genossen, die für starkes theoretisches Denken bekannt seien. Die KP Chinas wolle mehr über das neue Programm der LINKEN wissen. Zugleich erwarte sie einen kritischen Blick auf den Sozialismus chinesischer Prägung.

Zuvor hielt Wang Hua einen zweieinhalbstündigen Vortrag zur Geschichte der KP Chinas. Die PowerPoint Präsentation leitete er mit einem Bild von Karl Marx und einem Foto des Marx-Hauses in Trier ein, in dessen Gästebuch inzwischen die meisten Eintragungen von Chinesen stammten, wie er bei einem Besuch festgestellt habe. Die KP Chinas betrachte Marx als ihren geistigen Vater und bekenne sich seit ihrer Gründung vor 90 Jahren bis heute zum Marxismus. Ohne dessen Einführung in China hätte es keine KP Chinas gegeben, ohne die Anwendung des Marxismus auf chinesische Verhältnisse nicht die Gründung der VR China, ohne die Überwindung dogmatischer Fehler und die Befreiung des Denkens durch Deng Xiaoping nicht den Reform- und Öffnungskurs, ohne Weiterentwicklung des Marxismus nicht die gegenwärtigen Erfolge des Landes. Die KP Chinas habe den modernen Marxismus keineswegs für sich gepachtet, sondern dieser entstehe in jedem Lande in konkreter, den dortigen Bedingungen entsprechender Ausformung.

China betrachte sich nicht als die älteste Zivilisation der Menschheit, verweise aber auf 5 000 Jahre Geschichte und 3 600 Jahre schriftlicher Überlieferung. Der Exkurs führte rasch zur tiefen Demütigung Chinas durch die westlichen Kolonialmächte im 19. Jahrhundert. Seit jener Zeit hätten die progressiven Kräfte zwei Aufgaben zu bewältigen gehabt – Befreiung und Unabhängigkeit zu erreichen sowie das Land stark und sein Volk wohlhabend zu machen. Jene Kraft, die dabei voranging, sei zur politischen Führungskraft Chinas geworden. Mit der Unterstützung dieser Kraft bei der Errichtung einer neuen Gesellschaft habe sich das chinesische Volk für den Sozialismus entschieden.

Trotz enormer Höhen und Tiefen sei es in den vergangenen Jahrzehnten stetig aufwärts gegangen. War in den sechziger Jahren ersehntes Ziel eine Armbanduhr, strebte man in den siebziger Jahren nach Fahrrad, Nähmaschine und Fotoapparat, waren es in den achtzigern einfache Möbel, Fernseher und Kühlschrank, in den neunzigern Handy und Klimaanlage, so

seien die Ziele heute eine Eigentumswohnung, ein Auto und die beste Bildung für die Kinder.

Nicht akzeptieren könne er Präsident Obamas Bemerkung in einer Rede in Australien, wenn alle Chinesen ein Lebensniveau haben wollten wie die Amerikaner oder Australier, dann sei das eine Katastrophe für die Welt. Das sei eine unzulässige Klassifizierung der Menschen. Für China sei das Erreichen angemessener Standards beim Verbrauch von Energie und Lebensmitteln allerdings eine riesige Herausforderung.

Um in einem so großen Land wie China mit einem Fünftel der Weltbevölkerung und gewaltigen Entwicklungsunterschieden eine neue Gesellschaft aufzubauen, bedürfe es einer starken, in sich einigen Führungskraft. Die KP Chinas stelle mit gegenwärtig ca. 84 Millionen Mitgliedern 5 bis 6 Prozent der Bevölkerung. Am Parteaufbau, an der Stärkung der Regierungsfähigkeit der Partei werde hart gearbeitet. Wichtig seien die Entwicklung der Demokratie in der Partei und die Bekämpfung der Korruption. Die Partei sei sich bewusst, dass sie ständig im Fokus der Gesellschaft und der Medien stehe. Keine Partei sei auf die Führungsrolle abonniert. Sie immer wieder neu zu bestätigen sei eine ständige Herausforderung. Die größte Gefahr bestehe darin, sich vom Volk zu lösen und von der Praxis zu entfernen.

Zum Thema Demokratie wies Wang Hua darauf hin, dass von den insgesamt 2,8 Millionen Abgeordneten der Volkskongresse (Parlamente) aller Ebenen 2,6 Millionen auf der Ebene der Gemeinden und Kreise in Personenwahl direkt gewählt werden. Die 0,2 Millionen der oberen drei Ebenen (Bezirk, Provinz, Land) einschließlich der 2 984 Abgeordneten des Nationalen Volkskongresses (NVK) würden von den Abgeordneten der jeweils unteren Ebene gewählt. Der NVK wähle den Staatspräsidenten. Er bestehe nicht aus Fraktionen verschiedener Parteien, sondern aus Delegationen der 32 Provinzen, Autonomen Gebiete und zentral regierten Städte.

Das in den vergangenen 30 Jahren Reform- und Öffnungspolitik Erreichte fasste Wang Hua in fünf Punkten zusammen:

1. China habe den Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft vollzogen. Für Deng Xiaoping sei dabei das Kriterium die Zustimmung der Mehrheit des Volkes gewesen. Hier stimme die KP Chinas mit der LINKEN überein: Ohne Demokratie sei kein Sozialismus möglich.
2. Die chinesische Wirtschaft, die zuvor ein geschlossenes System darstellte, sei zur Außenwelt geöffnet worden.
3. China habe einen Sprung von 20 US-Dollar BIP pro Kopf und Jahr auf 400 Dollar vollzogen. Die durchschnittliche Lebenserwartung stieg von 35 auf 72 Jahre.
4. Die Zahl der Armen sei um 220 Millionen gesunken (UNO und Weltbank gehen nach ihrer Berechnungsmethode von 300 Millionen aus – H. E.)
5. China habe zuvor allein Tischtennis gespielt; jetzt lerne es mit anderen Fußball zu spielen. Es lerne, seine neue Rolle in der Welt wahrzunehmen. Es brauche die Welt, und die Welt brauche China.

Da mit dem Vortrag der geplante Zeitfonds aufgebraucht war, konnte nur während des Abendessens diskutiert werden. Eine entsprechende kritische Bemerkung der Delegation fand im weiteren Programm Berücksichtigung.

Zum Thema Sozialismus chinesischer Prägung, der Geschichte und heutigen Ausprägung dieser Konzeption refe-



rierte Wu Guoyou, Leiter der für die Etappe des Reform- und Öffnungskurses seit 1978 zuständigen Abteilung des Institutes für Parteigeschichte, das als ein bedeutender Thinktank des Landes vorgestellt wurde.

Am Anfang hätten Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre drei große Veränderungen gestanden, die der ideologischen Linie der Partei von der Hauptorientierung auf den Klassenkampf zur Beschäftigung mit den realen gesellschaftlichen Problemen, der politischen Linie von politischen Kampagnen als Hauptaufgabe zur Entwicklung der Wirtschaft als Hauptgegenstand und der organisatorischen Linie, die auf die Ausschaltung der führenden Kräfte der „Kulturrevolution“ und die Rehabilitierung der in dieser Kampagne Repressalien unterworfenen Funktionäre hinauslief. Damit war bis zum 12. Parteitag 1982 der Weg frei für den Reform- und Öffnungskurs. Erste Reformschritte folgten:

Die Industriebetriebe erhielten im Rahmen der Planwirtschaft größere Entscheidungsrechte in Produktions-, Absatz- und Personalfragen. Auf dem Lande wurde der Boden den Bauernfamilien zur langfristigen Nutzung übergeben, ihnen die Verantwortung für Produktion und Vermarktung übertragen. Im politischen Bereich wurde die bisher als „einheitliche Führung“ deklarierte umfassende praktische Führungsrolle der Partei abgeschafft, die Zuständigkeit für die Leitung der Wirtschaft und anderer Sachbereiche der Exekutive, bzw. den Leitern von Betrieben und Institutionen zugesprochen. In der Partei selbst wurde ein Demokratisierungsprozess gestartet – die Praxis der lebenslangen Ausübung von Funktionen beendet (heute gelten maximal zwei Wahlperioden von insgesamt 10 Jahren – H. E.), Beratergremien geschaffen, ein Generationswechsel und ein Verjüngungsprozess der Führungsgremien aller Ebenen eingeleitet.

Da in China der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft nicht, wie von Marx und Engels prognostiziert, aus dem Stadium eines entwickelten Kapitalismus, sondern aus spätféudalen, frühkapitalistischen Verhältnissen heraus begonnen wurde, musste eine relativ lange Anfangsphase ins Auge gefasst werden. Frühere utopische Vorstellungen von einer rascheren Entwicklung wie Maos „Großer Sprung“ wurden verworfen. Für die Anfangsphase wurde eine Drei-Schritte-Strategie entwickelt:

- bis Anfang der 1990er Jahre die Lösung des Problems von Ernährung und Kleidung für alle,
- bis 2000 eine Verbesserung des Lebens für alle in bescheidenem Umfang („bescheidener Wohlstand“),
- bis Mitte des 21. Jahrhunderts Erreichen der heutigen Produktions- und Konsumwerte pro Kopf der Bevölkerung von Staaten mittleren Entwicklungsniveaus.

Die Ziele der ersten beiden Etappen wurden erreicht, weil es gelang, mit durchschnittlichen Zuwachsraten zwischen 9 und 10 Prozent das BIP pro Jahrzehnt zu verdoppeln.

Debatten gab es um das Verhältnis von Plan und Markt, vor allem um die Frage, ob der Markt ein neutrales Instrument oder Wesensmerkmal einer bestimmten Gesellschaft sei. Nach einer Inspektionsreise Deng Xiaopings 1992 durch Südchina setzte sich dessen Auffassung durch, dass der bereits im Spätféudalismus entstandene Markt ein Instrument sei, das jede Gesellschaft nutzen könne.

Da bis zum Jahre 2000 die sozialistische Marktwirtschaft im wesentlichen aufgebaut und für beträchtliche Teile der Bevölkerung ein bescheidener Wohlstand erreicht war, wurde für die folgenden Jahrzehnte angesichts des stark gewachse-

nen Wirtschaftspotenzials die Aufgabe gestellt, ein Gleichgewicht zu erreichen zwischen

- wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung,
- den Lebensverhältnissen von Stadt und Land,
- Wirtschaftsentwicklung, Ressourcen und Umwelt,
- Binnen- und Exportwirtschaft,
- dem Entwicklungsstand der einzelnen Regionen.

Für letzteres Ziel, besonders das Aufholen der Inlandsprovinzen Westchinas, wurden in einem großangelegten Entwicklungsplan verstärkt finanzielle Mittel der Zentralregierung bereitgestellt, beträchtliche steuerliche und andere Vergünstigungen gewährt sowie Patenschaften zwischen fortgeschrittenen und zurückgebliebenen Regionen zur Unterstützung mit Erfahrungen, Finanzen und Personal organisiert, so zwischen Shanghai und dem Autonomen Gebiet Tibet oder der südchinesischen Boom-Provinz Guangdong und dem Autonomen Gebiet Xinjiang.

Nachdem die Strategie zur Entwicklung der Westgebiete gegriffen hat, werden aktuell weitere Ziele ins Auge gefasst:

- die Wiederbelebung und technische Erneuerung der alten schwerindustriellen Basis in Nordostchina,
- ein Aufstieg der an Energieressourcen reichen Provinzen Zentralchinas, wo Energiezentralen und Hochtechnologiezentren mit eigenem Profil entstehen sollen.

China sei heute zwar die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt, liege aber in der Pro-Kopf-Produktion weit zurück. Neben den Erfolgen gebe es nach wie vor gewaltige Probleme, vor allem bei der Überwindung der Unterschiede zwischen arm und reich sowie zwischen den Regionen.

In der Diskussion antwortete Wu auf die Frage nach den Besonderheiten der sozialistischen Marktwirtschaft, diese lägen vor allem in den gesellschaftlichen Verhältnissen und der konkreten Politik in China, vor deren Hintergrund der Markt wirke – der Führungsposition der KP Chinas, die am Ziel der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft festhalte, der Dominanz des Gemeineigentums an Produktionsmitteln und des staatlichen Sektors, der Priorität der Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen, nicht des Profits.

Zu der Frage, ob von den hohen Investitionen ausländischen Kapitals negative Auswirkungen auf die Realisierung der eigenen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik befürchtet würden, erklärte der Referent, Auslandsinvestitionen seien nötig, um eigene Schwachstellen zu kompensieren. Sie vollzögen sich unter Kontrolle des Staates in drei Formen – Joint Ventures, wenn das Kapital des chinesischen Unternehmens nicht ausreiche, technologischer Kooperation, wenn der Partner nicht zu mehr bereit sei, und in einer geringeren Zahl Filialen ausländischer Firmen, also rein ausländischen Betrieben. Alle Gründungen seien genehmigungspflichtig, die Unternehmen hätten sich an das chinesische Recht zu halten und Steuern zu zahlen. China habe immer vom Ausland gelernt, stelle dafür heute keinerlei ideologische Hürden mehr auf, sei aber konsequent dagegen, ausländische wirtschaftliche oder gesellschaftliche Lösungen zu kopieren. Auch seinen eigenen Weg sehe es nicht als Modell für andere. Es sei bereit, Erfahrungen zu vermitteln, kopiert werden sollten sie jedoch nicht.

Gefragt nach der aktuell in westlichen Medien diskutierten Arbeitslosigkeit unter Hochschulabsolventen, antwortete Wu, bis zu 70 Prozent fänden einen Arbeitsplatz. Für die Probleme der restlichen 30 Prozent gäbe es verschiedene Ursa-



chen – Wunsch nach Promotion und akademischer Laufbahn, Unzufriedenheit mit der ersten angetretenen Arbeitsstelle, vor allem aber Unwillen, die Großstädte an der Küste zu verlassen und in weniger entwickelte Inlandsgebiete zu gehen, wo noch zahlreiche Arbeitsplätze unbesetzt seien.

Für ein Gespräch über die wirtschaftliche Entwicklung Chinas und die Ziele des 12. Fünfjahresprogramms (2011 – 2015) stand Bai Jinfu, stellvertretender Leiter der Abteilung Wirtschaft am Institut für Politikforschung, einem weiteren zentralen Thinktank, zur Verfügung. Die Diskussionsgrundlage gab sein Mitarbeiter Liu:

China sei immer noch dabei, die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zu überwinden. Das BIP sei in den ersten drei Quartalen von 2011 um 9,4 Prozent gewachsen. Man habe 550 Mio. Tonnen Getreide geerntet, was zur Selbstversorgung des Landes ausreiche. Das durchschnittliche Jahreseinkommen der Bauern sei das 8. Jahr in Folge gestiegen und betrage jetzt 6 700 Yuan. Die Binnennachfrage werde allmählich zu einer tragenden Kraft der wirtschaftlichen Entwicklung. Der Einzelhandelsumsatz stieg in den ersten zehn Monaten 2011 um 17 Prozent. Der Außenhandelsumsatz habe sich dagegen nur gering erhöht. Die Maßnahmen zur Preiskontrolle zeigten Wirkung: Betrug die Preissteigerung im Januar 6,5 Prozent, waren es im Oktober 5,5 und im November 4,2 Prozent.

Zugleich blieben ernste Probleme weiter bestehen: Angesichts der Schuldenkrise der USA, der Probleme der Eurozone, der hohen Arbeitslosigkeit und des niedrigen Wachstums in den entwickelten Ländern sei die Gefahr einer globalen Rezession gewachsen. Das Tempo der Inflation in China sei zwar zurückgegangen, aber die steigenden internationalen Energie- und Rohstoffpreise sowie die mit dem eigenen Konjunkturpaket in den Markt gepumpten Geldmengen wirkten nach wie vor preistreibend. Die Lage der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die auch in China die meisten Arbeitsplätze schafften, sei durch steigende Lohnkosten, die schrittweise Aufwertung des Yuan und höhere Kreditzinsen schwieriger geworden. Die Umstellung der Wirtschaftsweise (von vorwiegend extensivem zu intensivem Wachstum mit eigener Innovation – H. E.) vollziehe sich zu langsam, das Ziel des 11. Fünfjahresprogramms, dass die Einkommen schneller wachsen müssten als die Wirtschaft, sei verfehlt worden. Energieeinsparung und Reduzierung der CO₂-Emissionen kämen nicht schnell genug voran.

Das 12. Fünfjahresprogramm müsse einen entscheidenden Beitrag zur Umstellung der Wirtschaftsweise, zur Veränderung des Wachstumsmodells leisten:

1. Künftig sollen Binnenkonsum, Investitionen und Export die Haupttriebkraft der Wirtschaftsentwicklung sein. Die Landwirtschaft müsse modernisiert und technisiert, die Urbanisierung vorangetrieben werden.
2. Technologischer Fortschritt und eigene Innovation würden immer wichtiger für ein nachhaltiges Wirtschaften. Die Qualifikation der Menschen und der Leitungstätigkeit erhielten einen höheren Stellenwert.
3. Neben der Wirtschaftsentwicklung werde dem Ausbau des Sozialwesens und der Beschäftigung Priorität zugemessen. Die Einkommen müssten mindestens so rasch wachsen wie das BIP. Durch besondere Förderung von Bildungs- und Gesundheitswesen seien die Unterschiede zwischen Stadt und Land bei diesen grundlegenden Dienstleistungen abzubauen.

4. Noch größere Anstrengungen seien auf die Entwicklung einer energiesparenden, umweltfreundlichen Wirtschafts- und Lebensweise zu richten. Kreislaufwirtschaft und emissionsarme Technologien seien besonders zu fördern.

5. Der Reform- und Öffnungskurs werde beibehalten.

In der Diskussion ging Bai auf die Einkommensentwicklung ein. 2010 habe das Jahresdurchschnittseinkommen in den Städten 36 539 Yuan betragen. Natürlich sei es je nach Provinz unterschiedlich – von 66 000 Yuan in Shanghai bis 30 000 Yuan in seiner Heimatprovinz Heilongjiang (am Amur in Nordostchina – H. E.), ebenso nach den einzelnen Zweigen. In China gelte ein gesetzlicher Mindestlohn, der von den Provinzen anhand ihres Entwicklungsstandes unterschiedlich festgelegt werde. Ein Richtwert seien 1 500 Yuan pro Monat.

Auf eine Frage nach Chinas Umgang mit seinen Devisenreserven erläuterte Bai, die 3,2 Billionen US-Dollar seien keine flüssigen Mittel, sondern größtenteils angelegt. Sie befänden sich im Besitz der Zentralbank, also des Staates. In den USA oder Japan konzentrierten sich Devisenreserven in privater Hand, die höher liegen als die des chinesischen Staates. China müsse seine Mittel gewinnbringend für die Volkswirtschaft einsetzen. Es werde weiterhin vertrauenswürdige Staatsanleihen erwerben. Zugleich rege es Staatsunternehmen an, im Ausland zu investieren. Schließlich werden die Mittel zur Importsteigerung eingesetzt. Hier seien durch die Zurückhaltung der westlichen Partner, China moderne Technologie zu verkaufen, weiterhin Grenzen gesetzt.

Zur Rolle des Marktes in China legte Bai dar, die Krise habe gelehrt, dass die steuernde und lenkende Rolle des Staates verstärkt werden müsse. Nur so könnten negative Auswirkungen überwunden werden. Der Staat betreibe seine makrowirtschaftliche Steuerung aber weniger mit administrativen, als mit ökonomischen, steuerlichen und rechtlichen Mitteln. So würden die steigenden Lebensmittelpreise, die gegenwärtig die Inflation anheizten, durch besondere Förderung der Landwirtschaft, z. B. Subventionen für gewünschte Produktionen, bekämpft, dazu durch Preisempfehlungen für bestimmte Waren. Mit dem Konjunkturprogramm zur Bekämpfung der Krise würden u. a. zukunftsfähige Hochtechnologie-Zweige wie die Entwicklung alternativer Energien gefördert, in die längere Zeit ohne Gewinn investiert werden müsse, wozu nur der Staat in der Lage sei.

Gefragt nach der Geschlechtergerechtigkeit bei Löhnen und Aufstiegschancen, antwortete der Referent, gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer sei in China heute gewährleistet. Bei der Einstellung von Hochschulabsolventen zögen manche Unternehmen allerdings männliche Bewerber vor. Bei den Begegnungen in den Provinzen hatte die Delegation den Eindruck eines geringen Anteils von Frauen am Führungspersonal.

Auf die Vorträge in Beijing, die Besichtigung des Kaiserpalastes und der Großen Mauer, folgte die Reise durch das Land – eine Mischung von Gesprächen mit lokalen Vertretern von Partei und Provinz- oder Stadtregierungen, Betriebsbesichtigungen, Besuchen von Stadtentwicklungsausstellungen, Museen und Sehenswürdigkeiten.

Schwerpunkt war ein fünftägiger Aufenthalt im Autonomen Gebiet (AG) Guangxi der Zhuang-Nationalität, mit ca. 16 Millionen der größten nationalen Minderheit in China, die dort 32,8 Prozent der Bevölkerung stellt, zusammen mit elf weiteren Nationalitäten 38,3 Prozent. Wie in allen fünf AG



Chinas kommt der Regierungschef von der größten Nationalität; der Parteisekretär ist jeweils ein Han-Chinese. Guangxi zählte mit 236,7 km² (zwei Drittel der Fläche Deutschlands) und 51 Mio. Einwohnern bis in die neunziger Jahre zu den unterentwickelten westlichen Provinzen Chinas. Da es über günstige Voraussetzungen (reiche Vorkommen an Nichteisenmetallen, tropisches Klima, 1020 km Außengrenze zu Vietnam, 1595 km Küstenlinie am Südchinesischen Meer mit drei Häfen) verfügt, konnte es die Möglichkeiten mehrerer zentraler Förderprogramme (zur Entwicklung Westchinas, zum Ausbau von Hafenwirtschaft und Seeverkehr sowie zum Aufbau der Freihandelszone China-ASEAN) nutzen und hat heute ein mittleres Entwicklungsniveau erreicht.

Stark beeindruckt war die Delegation von der Stadt Liuzhou (3,68 Mio. Einwohner im Großraum), wo aus einem alten Industriezentrum und Eisenbahnknotenpunkt eine supermoderne, großzügig geplante, grüne Industriestadt mit relativ sauberer Umwelt entstanden ist. Dort wurden ein Autowerk und ein Baumaschinenunternehmen – beides Joint Ventures mit ausländischen Firmen – beschäftigt.

Mit Problemen moderner Landwirtschaft kam die Delegation im Dorf Liangshuijing im Umfeld der Stadt Guilin in Berührung, wo die Bewohner von 66 ehemals sehr armen Dörfern die umliegenden mit Buschwerk bewachsenen Berghänge gerodet haben und dort seit 20 Jahren auf ca. 4000 ha. Plantagen Mini-Orangen, eine sehr beliebte und relativ teure Frucht, züchten, wodurch beträchtlicher Wohlstand in die Gegend eingezogen ist. Die in den Wintermonaten in Plastikplanen zum Schutz vor Kälte und Schädlingen gehüllten Baumreihen, die das Landschaftsbild prägten, lösten kritische Fragen aus, wie nachhaltig und umweltverträglich eine solche Monokultur sein könne. Der Chefagronom wies auf den biologischen Charakter des Anbaus (keinerlei chemische Schutzmittel, ausschließlich Naturdünger), auf die Pflege der Grasnarbe gegen Bodenerosion u. a. Maßnahmen hin. Aufgrund der Spitzenqualität der Früchte sei die Nachfrage in ganz China groß, ein Markteinbruch kaum zu befürchten.

Im Unterschied zu Tibet oder Xinjiang gilt in Guangxi das Zusammenleben der Nationalitäten als relativ konfliktfrei und harmonisch, worauf mehrfach mit Stolz hingewiesen wurde. Auf die Frage nach den Gründen wurde im Zwiegespräch erläutert, die Nationalitäten siedelten hier seit vielen Jahrhunderten konzentriert auf angestammtem Gebiet, hätten keine von den Han unterschiedliche Religion, sondern hingen Buddhismus, Konfuzianismus, Daoismus oder Ahnenkulten an, lebten in Selbstverwaltung, könnten Sprache und Kultur pflegen, genossen die Vorteile der staatlichen Nationalitätenpolitik – Quoten für Legislativ- und Exekutivorgane, für Hochschulen, Befreiung von der Ein-Kind-Ehe u. a. Separatistischen Ideen, die es in der Geschichte durchaus gab (Warlords in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts) sei durch die rasante Entwicklung der letzten Jahrzehnte – auch im Vergleich zu den Nachbarstaaten – der Boden entzogen.

Von sich aus ging der Gastgeber in der Hauptstadt Nanning, Shi Shenglong, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Provinzparteikomitees und Chef der Disziplinungskommission, beim Abendessen auf die Unruhen in der Kleinstadt Wukan in der Nachbarprovinz Guangdong ein, die aufgrund von Pressemeldungen die Delegation bewegten. Die Umwidmung von Ackerflächen für den Bau von Industrieanlagen oder Infrastrukturprojekten mit Umsiedlung der Bauern sei zu einem sehr ernstem Problem geworden. Nicht immer

werde korrekt vorgegangen, die Entschädigungen reichten nicht aus, vor allem aber seien Teile der entwurzelten Landbevölkerung nicht in der Lage, ein völlig anderes Leben zu beginnen. Das Schrumpfen der Anbaufläche sei zudem ein schwerwiegendes nationales Problem. Neuerdings würden die betroffenen Provinzen verpflichtet, für die genutzten Flächen ökologische Substitution zu garantieren. Guangxi, eine nicht allzu dicht besiedelte Gegend, sei da noch in einer günstigen Lage.

Mit der Hafenstadt Xiamen, Provinz Fujian, auf einer Insel an der Taiwan-Straße gelegen, besuchte die Delegation schließlich ein Highlight der Reform- und Öffnungspolitik. Hier wurde bereits Ende 1981 eine der ersten wirtschaftlichen Sonderzonen Chinas eingerichtet. Xiamen mit einer Bevölkerung von 3,5 Millionen hat sich mit durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten des BIP von 17 Prozent und der Finanzeinnahmen von 21 Prozent in den letzten 30 Jahren stürmisch entwickelt. Aus dem ehemals geschlossenen, für Ausländer nicht zugänglichen Hafen ist eine supermoderne, grüne Großstadt mit beeindruckender Architektur, großzügigen Parks und völlig neu gestalteter Wirtschaftsstruktur (Hightec, Maschinenbau, moderne Dienstleistungen wie Logistik, Hafen- und Finanzwirtschaft sowie Tourismus) und einem Außenhandel mit über 200 Ländern, darunter Deutschland, geworden. Mehrfach wurde es für seine Wissenschafts- und Umweltpolitik sowie für gut ausgebaute soziale Netze als „besonders zivilisierte Stadt“ Chinas mit Preisen ausgezeichnet.

Bei einem Besuch im Industrie-Entwicklungsgebiet Huoju (Fackel), wo ein wesentlicher Teil der Hightec-Industrie der Stadt konzentriert ist, zeigte sich, dass Xiamen wesentlich von den umfangreichen Investitionen aus Taiwan profitiert, die etwa ein Drittel aller Investitionen ausmachen. Auf die Frage nach dem Arbeitsklima in taiwanesischen Unternehmen (im Jahr zuvor hatten Selbstmorde von Arbeitern bei Foxconn in der Nachbarprovinz Guangdong in China für Furore gesorgt) wurde erklärt, das Verhältnis sei gut, da ein großer Teil der einst nach Taiwan ausgewanderten Chinesen aus der Provinz Fujian stamme, deren Dialekt spreche, deren kulturelle und religiöse Besonderheiten teile. Auf die Frage nach der Rolle der Gewerkschaften wurde angegeben, diese bestünden in ca. 60 Prozent der Unternehmen. Gegenwärtig bemühten sie sich, Organisationen in den Betrieben mit taiwanesischem Kapital zu gründen, was aber schwierig sei.

Zu der in Sichtweite vor der Küste von Xiamen liegenden, von Taiwan besetzten Insel Jinmen, während der Taiwankrisen der 50er Jahre heftig beschlossenes Gebiet, bestünden seit 2000 regelmäßige Fährverbindungen. Einwohner von Xiamen könnten ohne Formalitäten dorthin fahren, Auswärtige und Ausländer brauchten eine Genehmigung.

In dem perfekt organisierten dreitägigen Besichtigungsprogramm war der einzige etwas misslungene letzte Punkt – der Besuch an der Xiamen-Universität, schließlich eher eine Fußnote. Das Gespräch dort führte der Leiter der Deutsch-Abteilung des Sprachinstituts – in perfektem Deutsch, aber mit wenig Aussagefähigkeit zur chinesischen Hochschulpolitik. Für deutsche Linke kaum verständlich – die an chinesischen Hochschulen üblichen Studiengebühren von ca. 6000 Yuan pro Jahr. Im Zwiegespräch wurde erklärt, diese seien nach dem „Vorbild“ des amerikanischen Systems ins Land gekommen und inzwischen sehr umstritten. Daher habe man sie seit mehreren Jahren nicht erhöht. Sie seien für Familien



mit Durchschnittsverdienst bei einigem Sparen jedoch erschwinglich, sozial Schwächere würden vom Staat durch Subventionen oder zinslose Kredite unterstützt – so die übereinstimmende Aussage der chinesischen Vertreter.

Im Abschlussgespräch der Delegation mit den chinesischen Begleitern wertete der Delegationsleiter die Reise als sehr beeindruckend und informativ durch die Vielfalt der Gesprächspartner und besuchten Orte. Es sei demonstriert worden, dass in China für die Welt hoch bedeutsame Prozesse vor sich gehen. Alle hätte viel dazugelernt, aber natürlich seien zahlreiche Fragen offen geblieben oder stellten sich neu. Er regte an, bei Besuchen in Betrieben und Einrichtungen mehr das Gespräch mit Beschäftigten und Gewerkschaften zu ermöglichen. Man wolle begreifen, welche Probleme noch ungelöst seien, wie die Politik bei den Betroffenen ankomme und welche Rolle sie bei der Umsetzung spielten. Über das Wie und Wieso der großen Erfolge wolle man mehr erfahren. Delegationen wie diese sollten stärker gefordert werden. Man sei nicht gekommen, „um Spaß zu haben“. Er dankte für die Offenheit der Gespräche, die ausgezeichnete Organisation und die großzügige Gastfreundschaft.

Aus der internationalen Linken

Keine Trendwende für die Linke

Von Dominic Heilig, Koordinator des AK BürgerInnenrechte und Demokratie der Bundestagsfraktion DIE LINKE; aus: Neues Deutschland, 23. Dezember 2011

Für die radikale Linke in Europa war 2011 ein wechselhaftes Jahr: eines zwischen Hoffnung auf mehr gesellschaftlichen Einfluss und der Gefahr einer wachsenden Technokratisierung europäischer Politik in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise. Der zumindest nominelle Abgang Silvio Berlusconi als Ministerpräsident Italiens und dessen Ersetzung durch Mario Monti ist wohl das deutlichste Zeichen für eine Verschiebung des parteipolitischen Wettstreits zur Technokratisierung nationaler Politik in Europa. Der Jubel der Italiener nach dem Rücktritt des Bunga-Bunga-Premiers scheint vor diesem Hintergrund reichlich verfrüht. So verständlich das Aufatmen über das Ende des Marionetten- und Klamauk-jahrzehnts auch ist, der neue Ministerpräsident Monti führt nur das aus, was Berlusconis Rechtskoalition auf dem Zettel hatte: ein umfassendes Spardiktat, das den größten Sozialabbau in der Geschichte des Landes bedeutet.

Und die radikale Linke Italiens? Sie ist seit der Konzentration auf zwei politische Blöcke – die sozialdemokratische PD und das rechtspopulistische Volk der Freiheit – marginalisiert. Italien hat sich unter Monti in einer Allparteienkoalition unter Ausschluss der Linken eingerichtet. In Griechenland ein ähnliches Bild. Zwar ist die Linke dort mit zwei Parteien, der Kommunistischen Partei und dem Linksbündnis SYRIZA, im Parlament vertreten. Doch auch hier wurde der Kampf der politischen Blöcke zugunsten einer Allparteienkoalition

unter dem Technokraten Lucas Papademos vorerst beendet. Die neue Formel Europas im Angesicht der Wirtschafts- und Finanzkrise scheint zu sein, sich abseits des politischen Wettstreits auf eine technokratische Staatsführung zu verständigen. Auch die Regierung unter Papademos, dem ehemaligen Vize der Europäischen Zentralbank, exekutiert in Athen lediglich alte Forderungen von Mitte-Rechts nach einem substanziellen Eingriff in den Sozialstaat. Die Leidtragenden sind Rentner, Schüler, Studierende, sozial Schwache. Die Folge: Ausgabenkürzungen sowie Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge zu Schleuderpreisen.

In Spanien wurde nur auf den ersten Blick der Weg zur Krisenbewältigung durch Neuwahlen eingeschlagen. Nach den desaströsen Regionalwahlen im Mai flüchtete sich Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero in vorgezogene Parlamentswahlen im November und zwang seine Sozialistische Partei damit auf die Oppositionsbank. Denn die Spanier entschieden sich für den Rechtskonservativen Mariano Rajoy – einen blassen Technokraten, der die beiden vorigen Parlamentswahlen verloren hatte. 2011 siegte er mit der Plattitüde „Ich werde tun, was zu tun ist“. Im benachbarten Portugal zog die sozialistische Regierung unter Premier José Sócrates im Streit um Kürzungspakete im März die Notbremse und rief vorgezogene Neuwahlen für Juni aus. Wie in Madrid fuhr auch die Sozialisten in Lissabon ihr schlechtestes Ergebnis in der Geschichte ein und übergaben die Regierung an die programmatisch kaum von ihr unterscheidbaren Konservativen.

All diesen Ländern ist gleich, dass es sich bei den Auseinandersetzungen zwischen sozialdemokratischem und rechtspopulistischem Block längst nicht mehr um die Entscheidung für eine von zwei Strategien zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrisen handelte. Beide Blöcke haben ihre Bereitschaft eingestanden, massive Kürzungen zu Lasten der Armen durchzusetzen, ohne die Vermögenden zu belasten.

Die Sozialdemokratie ist damit zur mutärmeren Kopie der Konservativen verkommen. Dadurch sind ihr wichtige Bündnispartner im gesellschaftlichen Raum und parteipolitisch links von ihr verloren gegangen. Anders als in Dänemark, wo Sozialdemokraten im Bündnis mit zwei Linksparteien in diesem Jahr die rechtspopulistische Regierung ablösten, hat die südeuropäische Sozialdemokratie nicht verstanden, dass die Zeit der alleinigen Regierungsführung passé und eine Annäherung an die Rechte letztlich erfolglos ist. In Spanien konnte die Vereinigte Linke vor allem durch interne Reformen und die Einbindung der Protestierenden den seit einem Jahrzehnt zu beobachtenden Niedergang umkehren und von den Verlusten der Sozialdemokratie profitieren. Sie steigerte sich von 3,7 auf fast sieben Prozent der Stimmen. In Portugal dagegen ist der sozialistische Linksblock auf fünf Prozent nahezu halbiert worden. Die Portugiesische KP konnte mit rund acht Prozent der Stimmen ihr Ergebnis aus den Vorjahren behaupten – von der anwachsenden, vor allem jungen Protestkultur profitierte sie jedoch nicht. Auch die KP Griechenlands erreicht seit rund 20 Jahren die immer selben Zustimmungswerte. Das Potenzial scheint demnach ausgeschöpft. Blickt man also auf die radikale Linke in Europa, so ist das Beste, was man sagen kann: Ja, es gibt sie noch. Nicht mehr und nicht weniger. Es gibt Hoffnungszeichen wie in Spanien, aber auch Rückschritte wie in Portugal und Stillstand wie in Italien und Griechenland. Grenzüberschreitend ist es der Lin-



ken auch 2011 nicht gelungen, mehrheitsfähige Alternativen zur Bewältigung der Krise aufzuzeigen. Nun richten sich alle Blicke auf die Präsidentschaftswahlen in Frankreich und nicht zuletzt auf die deutsche LINKE und die Frage, ob sie nach diesem verlustreichen Jahr mit internen Reformen an alte Erfolge anknüpfen kann.

Auf getrennten Wegen: Griechenlands Linksparteien lehnen Sparpolitik ab, sind sich aber uneins über Wege aus der Krise

Von Anke Stefan, Athen;

aus: Neues Deutschland, 15. Februar 2012

Griechenlands Linksparteien lehnen die Austeritätspolitik ab. Damit sind die Gemeinsamkeiten allerdings auch schon erschöpft. Insbesondere bei den vorgeschlagenen Wegen aus der Krise gehen die Parteimeinungen stark auseinander.

Die drei linken Parteien im griechischen Parlament – die Kommunisten der KKE (21 Abgeordnete), SYRIZA (9) und DimAr (4) – haben am Sonntagabend gegen die Verabschiedung des neuen Abkommens mit der Gläubigertroika gestimmt. Zusammen mit verschiedenen im Protest gegen die brutale Sparpolitik aus der sozialdemokratischen PASOK ausgetretenen unabhängigen Abgeordneten bilden sie den Block der Memorandumsgegner im 300 Sitze zählenden Parlament. Alle drei Parteien hatten auch gegen bisherige Sparmaßnahmen votiert.

Die Kommunistische Partei Griechenlands lehnt jede Form von Reformierung des bestehenden Systems ab und propagiert den „Sturz der Herrschaft der Monopole“, die Errichtung einer sozialistischen „Volksmacht“, den Austritt aus allen „imperialistischen Bündnissen“ wie NATO und EU sowie die einseitige Annullierung der Schulden, „die nicht das Volk, sondern die Plutokratie“ zu verantworten hat. Nach Analyse der KKE verfügt Griechenland über genügend Ressourcen, insbesondere Öl- und Erdgasvorkommen, um sich aus eigener Kraft entwickeln zu können. Jede auf Reformen ausgerichtete Koalition mit anderen linken Kräften im Parlament wird abgelehnt. Der einzige Weg aus der Krise führt für die Kommunisten über den „Schulterschluss mit der KKE und der Zustimmung zu ihrem politischen Angebot, unabhängig von einzelnen Differenzen, die man in Bezug auf den Sozialismus hat“.

Das Linksbündnis SYRIZA dagegen plädiert für eine Koalition aller linken, fortschrittlichen und memorandumsfeindlichen Kräfte. Die umworbenen Bündnispartner reichen dabei von der KKE und dem größten Bündnis der außerparlamentarischen Linken ANTARSYA über die DimAr bis zu den aus der PASOK ausgetretenen Sozialdemokraten. SYRIZA hat detaillierte Vorschläge entwickelt, wie das griechische Schuldenproblem ohne einen radikalen Bruch mit dem Kapitalismus zu lösen wäre. Eckpfeiler dieses Programms bilden dabei die Forderung nach einer Überprüfung der griechischen Verbindlichkeiten auf ihre Legitimität. Ähnlich wie in Argentinien oder Uruguay rechnet man hier mit einer Streichung aller

Schulden, die beispielsweise durch korrupte oder aufgezwungene Geschäfte entstanden sind. Der Rest soll dann bei niedrigen Zinsen und erst, wenn Griechenlands Wirtschaft wieder wächst, zurückgezahlt werden. Schlüsselbereiche eines Sozialstaates, wie Bildung, Gesundheit und Kultur sollen allein dem Staat vorbehalten sein; kapitalistische Eigentumsverhältnisse werden nur im Bankensystem infrage gestellt. Hier fordert SYRIZA eine Verstaatlichung der mächtigsten Institute.

In der Frage nach einem Verbleib Griechenlands in Gemeinschaftswährung und EU herrscht in dem aus einem guten Dutzend Organisationen und Parteien bestehenden Bündnis und sogar innerhalb seiner größten Kraft, der Linkspartei Synaspismos, Mitglied der Partei der Europäischen Linken, Uneinigkeit. Während die Mehrheit sich für den Versuch, Euro-Zone und EU von innen zu reformieren ausspricht, propagiert ein wachsender linker Flügel die Rückkehr zu einer nationalen Währung und teilweise den EU-Austritt.

Die Demokratische Linke DimAr, eine Abspaltung aus Synaspismos, setzt dagegen auf eine Veränderung der Verhältnisse durch „konstruktive Kritik“ und Regierungsbeteiligung. Anstelle der Austeritätspolitik fordert sie „Maßnahmen, die die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Unternehmen stärken“, plädiert für einen „modernen, schlankeren und effektiveren Staat“ und spricht sich für die Beibehaltung des Euro und den Verbleib in der EU aus. Ihre Bündnispartner sucht die Demokratische Linke vorzugsweise bei den diversen, von Aussteigern aus der PASOK gegründeten Formationen, eine Allianz mit den „linksradikalen“ Kräften innerhalb von SYRIZA dagegen wird abgelehnt.

Nach mit viel Vorsicht zu genießenden Umfragen würde DimAr bei Wahlen auf 18 Prozent kommen, KKE und SYRIZA könnten je etwa zwölf Prozent erreichen. Für eine Regierungsbildung würde dies aber nur beim Antritt auf einer gemeinsamen Liste reichen, da der stärksten Liste in Griechenland 50 Bonusitze im Parlament zugesprochen werden. Da eine solche Liste allerdings nicht zustande kommen wird, fallen die Bonusitze aller Voraussicht nach an die konservative Nea Dimokratia, der derzeit noch 31 Prozent vorausgesagt werden.

Für die Einheit der italienischen Linken

VIII. Kongress von Rifondazione Comunista

*Von Wolfgang Gehrcke, MdB, und Harri Grünberg, Büroleiter
von Wolfgang Gehrcke*

Der VIII. Kongress der Partei der kommunistischen Wiedergründung (Rifondazione Comunista – PRC) fand vom 2. bis 4. Dezember 2011 in Neapel statt. 500 Delegierte, die 40 000 Mitglieder repräsentieren, nahmen an der Arbeit des Kongresses teil. Rifondazione stellt in Neapel den stellvertretenden Bürgermeister. Die Partei war bei der Kommunalwahl im Mai 2011 Teil eines linken demokratischen Wahlbündnisses. Sieger in der größten Stadt Süditaliens war Luigi De Magistris; er erzielte 65,4 Prozent der Stimmen.



Einheit der Linken

Eröffnet wurde der Parteitag mit einem Grußwort des Staatspräsidenten Napolitano. De Magistris hielt eine kämpferische Grußansprache, obwohl er Mitglied der Partei IdV (Italia dei Valori) des ehemaligen Generalstaatsanwalts Di Pietro ist, einem Konglomerat links- und rechtsliberaler Kräfte. Der Bürgermeister sagte unter anderem: „Bei Euch fühle ich mich zu Hause, denn meine Wurzeln liegen in der Kommunistischen Partei Italiens. Gemeinsam müssen wir eine Alternative zum senil gewordenen Kapitalismus aufbauen. Wenn wir uns zusammenschließen, werden wir siegen. Vor uns liegt ein langer Weg, den wir gemeinsam beschreiten sollten.“ In seiner Rede machte er deutlich, dass seine politischen Ziele über Neapel hinausgehen, wo es zurzeit gelingt, früher privatisiertes kommunales Eigentum zu rekommunalisieren. Für ihn ist dies ein Programm für ganz Italien. Es müsse eine Alternative zum Neoliberalismus aufgebaut werden. Das sei die heutige Herausforderung. Er positioniert sich in einem linken demokratischen Bündnis mit deutlich antikapitalistischer Ausrichtung und in klarer Opposition zur Regierung Monti. Damit antwortete er positiv auf den Appell des Vorsitzenden von Rifondazione Comunista, Paolo Ferrero, der in seiner Eröffnungsrede zur Einheit der Linken aufrief. „Lasst uns die Linke in Italien wieder vereinigen, lasst uns ein gemeinsames Projekt aufbauen! Ich möchte diese Einheit der Linken auch mit Nichi Vendola. Legen wir die 10 Prozent Meinungsverschiedenheiten, die uns trennen, beiseite!“

Für Rifondazione sind die Erfahrungen mit dem Wahlbündnis in Neapel ein Schlüsselerlebnis. „Neapel stellt die Speerspitze der Erfahrungen dar, wie man für ganz Italien ein antineoliberales Bündnis aufbauen kann. Neapel ist ein Labor der Linken. Es zeigt die Spielräume einer alternativen Linken auf, die regiert und das Land tiefgehend verändern will.“

Das Bündnis von Rifondazione mit Neapels Bürgermeister De Magistris ist eine Trumpfkarte für eine Neuformierung der Linken in Italien. Die Politik De Magistris ist mit Sicherheit aufgrund der Erfolge, die das linke Bündnis in Neapel erzielt hat, ein Beispiel für ganz Italien. Er sorgt für Aufmerksamkeit und erfreut sich einer wachsenden Popularität. Er ist ein ernsthafter Herausforderer auf nationaler Ebene geworden.

Parteivorsitzender Ferrero äußerte sich überzeugt davon, dass eine neue Einheit der konsequenten, antineoliberalen Linken (also ohne Demokratische Partei – PD) gelingen kann, da es keinen Berlusconi mehr gebe, der als Regierungschef besiegt werden muss, und zwingt, „das Schlimmste, die unter Berlusconi sich schleichend ausbreitende Entdemokratisierung des Landes, von Italien abzuwenden“. (Der Vorsitzende der PD, Pierluigi Bersani, meinte gar: „Italien ist zu einem kollektiven Einsatz aufgerufen, die Opfer müssen aber gerecht verteilt werden.“) Die Regierung Monti habe gezeigt, wo sie steht: in der Kontinuität neoliberaler Politik. Die von Monti beabsichtigten Angriffe auf den Sozialstaat stünden im diametralen Gegensatz zu all dem, wofür Rifondazione ebenso wie Vendola sich einsetzen.

Der Aufruf zur Einheit richtet sich auch an Di Pietro und seine Partei. Er sprach ebenfalls auf dem Parteitag, freundlich aber reservierter. Was die strategische Ausrichtung auf ein linkes, demokratisches und antineoliberales Bündnis angeht, äußerte er sich nicht eindeutig. Er markierte in seiner

Rede zwar den wachsenden Dissens zur Regierung Monti, ließ aber offen, ob er auf ein neues linkes Bündnis gemeinsam mit Rifondazione oder auf ein Bündnis bzw. Absprachen mit der Demokratischen Partei setzt. In der Frage der Reform des italienischen Rentensystems, wogegen die Gewerkschaften mobilisieren, nehmen Di Pietro und seine Partei eine eher ambivalente Position ein. Laut IdV seien „einige Änderungen im Pensionssystem akzeptabel“.

Krise Europas

Der Kongress fand in einer außergewöhnlichen Situation statt, die Italien und Europa erschüttert. Die Eurokrise, die Italien besonders heftig ergriffen hat, zwang Berlusconi zum Rücktritt und führte zur Bildung einer technokratischen Regierung unter Ministerpräsident Monti. Die Regierung Monti setzt aber die Politik Berlusconis fort. Berlusconi musste zurücktreten, weil er nicht mehr von Nutzen und auch nicht mehr tragbar war. Sein Ruf war ramponiert, und mit ihm wäre es schwieriger gewesen, die bevorstehende Politik massiver Kürzungen im sozialen Bereich durchzusetzen.

Den Kampf erweitern, den Neoliberalismus bekämpfen, für eine Konstituierende Versammlung eintreten, die die öffentlichen Güter verteidigt, gegen die Regierung Monti und die Europäische Zentralbank – das stand im Mittelpunkt des Parteitages.

Die Regierung Monti befindet sich unter heftiger Kritik der Gewerkschaften, die bereits zu Massenprotesten gegen den sozialen Kahlschlag mobilisieren. Die Sparpläne von Monti sind so radikal, dass sie Italien, sollten sie durchkommen, völlig verändern würden.

Während die Regierung Monti aus dem linksreformerischen oder linksliberalen Spektrum, der Demokratischen Partei Unterstützung erhält, („sie stellt einen Fortschritt gegenüber Berlusconi dar“), übt Veltroni (ebenfalls Demokratische Partei) ein wenig mehr Kritik. Auf größere Distanz geht Nichi Vendolas „Sinistra, Ecologia e Libertà (SEL). Auf der Linken und in den Gewerkschaften formiert sich eine klare Ablehnung der Politik der Monti-Regierung, die als das Produkt von Merkel-Sarkozy und der Intervention der EZB empfunden wird.

Breiten Raum in der Debatte nahm die Aussprache über den Zustand der italienischen Gesellschaft ein und über den Charakter der gegenwärtigen kapitalistischen Krise, sowie der Aufgaben, die daraus für Rifondazione erwachsen.

Im Kern spricht Rifondazione Krisenanalyse von „einer Epoche großer Erschütterungen des kapitalistischen Systems“. Diese lösten nicht nur erdrutschartige Veränderungen im sozialen Gefüge der Gesellschaft aus, sondern die Lebensgrundlagen jedes Einzelnen würden durch diese Krise berührt. Nach Auffassung von Rifondazione steht die weitere Existenz der Menschheit auf dem Spiel, wie Paolo Ferrero in der Debatte anmerkte, nicht wegen eines – wie immer getretenen – Phantoms des Zusammenbruchs des Kapitalismus, sondern wegen der in den Jahrzehnten neoliberaler Dominanz (ob von Rechts oder Mitte-Links) akkumulierten Widersprüche, die einen nur noch destruktiven Kapitalismus zu Tage fördern.

Kapitalismus bedeute unter den Bedingungen der Globalisierung und der sich verschärfenden strukturellen Krise einen kulturellen Rückschritt. Zukunftslösungen gehen aus dem Gegenwarts-Kapitalismus nicht hervor. Die Alternative laute Sozialismus oder Barbarei.



Rifondazione will einen Beitrag leisten, um die aus dem Kapitalismus resultierenden Gefahren gemeinsam mit den sozialen Akteuren abzuwehren und für eine Alternative zu kämpfen, die aus dem Kapitalismus hinausführt. Dafür muss sich Rifondazione erneut mit sozialen Bewegungen, die für die Veränderung eintreten, verbinden. Dieses neue Subjekt der Veränderung wird aus den gemeinsamen künftigen Kämpfen hervorgehen und erwächst aus der Mitte der sozialen Bewegungen. Dieses soziale Subjekt zu entwickeln, steht deshalb im Zentrum der strategischen Bemühungen von Rifondazione. Das ist die theoretische Grundlage, auf der der Forderung nach Einheit der Kommunisten, gefordert von der Partei der Italienischen Kommunisten (PdCI), eine Absage erteilt wird. Die PdCI will eine einheitliche kommunistische Partei in Italien, die traditionell organisiert und politisch ausgerichtet sein soll. Dies schließt Absprachen mit der PD und Regierungsbeteiligungen nicht aus. Die Vision von Rifondazione ist eine andere. Nach wie vor versteht sich Rifondazione nicht als eine klassische kommunistische Partei. Ihre Aufgabe sieht sie in der Vernetzung der unterschiedlichen Akteure des Protestes um ein antikapitalistisches Projekt herum.

Schlussfolgerungen

In Rifondazione ist Bewegung gekommen. Es scheint so, dass sie die große Krise nach der desaströsen Niederlage, die sie im Regenbogen-Bündnis einstecken musste, und nach der Spaltung der Partei allmählich überwindet. Die neue politische Lage in Italien schafft für Rifondazione und ihre klare, auf Antikapitalismus und Opposition zur Monti-Regierung ausgerichtete Politik viel Platz. Mit Sicherheit kann man sagen, dass sich Rifondazione politisch zurückgemeldet hat.

Die Partei DIE LINKE sollte, sowohl innerhalb der Europäischen Linken als auch in ihren bilateralen Beziehungen, dazu beitragen, die Zusammenarbeit der Linken in Italien zu befördern.

Der Parteivorsitzende Ferrero ist gestärkt aus dem Parteitag hervorgegangen. Er hat an Profil gewonnen. Das hat sich auch im Wahlergebnis gezeigt. Nun scheint er auch stärker an einer Parteireform zu arbeiten, die die Rolle von Strömungen neu definieren soll. Gegenwärtig macht Rifondazione noch immer mehr den Eindruck einer Föderation von Strömungen als einer gemeinsam agierenden Partei.

Internationale Gäste

An dem Parteitag nahmen viele internationale Gäste aus Europa, Lateinamerika und Asien teil.

Die Teilnahme der Partei DIE LINKE und die vor dem Parteitag vorgetragene Grußbotschaft wurde mit Beifall aufgenommen.

Neben der deutschen Partei DIE LINKE waren von der EL vertreten: FKP, Parti de Gauche, Izquierda Unida (Spanien), Synaspismos (Griechenland), Dei Lenk (Luxemburg), Rot-Grüne Einheitsliste (Dänemark), Linksblock (Portugal), AKEL (Zypern). Auch die Kommunistische Partei Portugals nahm teil.

Aus Asien waren die KP Chinas mit einer starken Delegation und die KP Japans angereist.

Für eine einheitliche kommunistische Partei Italiens

Vom Parteitag der Partei der Italienischen Kommunisten berichtet Oliver Schröder, Leiter des Bereichs Internationale Politik beim Parteivorstand der LINKEN

Der 6. Nationale Kongress der PdCI fand vom 28. bis 30. Oktober 2011 in Rimini in der Emilia Romagna statt. Insgesamt 520 Delegierte aus allen Regionen Italiens versammelten sich im neuen und ultramodernen Tagungszentrum „Parlacongressi“. Der Parteitag stand unter dem Motto „Für den Wiederaufbau der PCI (Kommunistische Partei Italiens), für die Vereinigung der Linken und den Sieg gegen die Rechte“. Zu Beginn des Parteitages richteten Massimo Rossi (in seiner Funktion als Koordinator der Federazione della Sinistra – Linksbündnis mit Rifondazione Comunista), sowie ein Vertreter von Italia dei Valori (IdV) und der Bürgermeister von Rimini Grußworte an den Kongress.

Die PdCI machte seit der Wahlniederlage der italienischen Linken im April 2008 eine schwere Zeit durch. Die eminent wichtige staatliche Parteienfinanzierung fiel durch den Verlust der Repräsentanz in Abgeordnetenhaus und Senat sehr gering aus. Die Partei sah sich in einem schmerzhaften Prozess gezwungen, alle hauptamtlichen Mitarbeiter/-innen zu entlassen und die Veröffentlichung der wöchentlich erscheinenden Parteizeitung „La Rinascita della Sinistra“ einzustellen (am 4. März 2010 erschien die letzte Ausgabe).

Dass die Wahlniederlage 2008 immer noch wie ein Stachel sitzt, wurde an vielen Stellen des Kongresses deutlich: Der Vorsitzende Oliviero Diliberto selbst, aber auch viele Delegierte bezogen sich in ihren Beiträgen darauf. In der Regierung Prodi, an der die radikale italienische Linke beteiligt war, konnte die PdCI ihre Ziele nicht durchsetzen. Die Verantwortung dafür wurde auch im eigenen Lager gesucht, aber ebenso beim ehemaligen Regierungspartner, der Demokratischen Partei (PD). Rutelli, der das Ruder von Prodi nach seinem Rücktritt übernahm, begrub den „Olivenbaum“, das Parteienbündnis, aus dem der Wahlsieg Prodis erwachsen war, und zog allein gegen Berlusconi in die Wahl. Die radikale Linke konnte hier, auch weil die Regierungsbeteiligung innerhalb der eigenen Klientel hoch kontrovers war, nicht punkten und fuhr ein desaströses Wahlergebnis ein. 3,1 Prozent bei der Abgeordnetenhauswahl bzw. 3,2 Prozent bei der Senatswahl bedeutete den Verlust der parlamentarischen Repräsentanz und den Beginn des Einstiegs in die nationale Bedeutungslosigkeit (im Sinne von fehlender Präsenz in der medialen politischen Auseinandersetzung).

Der Kongress in Rimini, einem historischen Ort für die italienischen Kommunisten, stand stark im Zeichen des Aufbruchs. Die PdCI sei lebendig, habe die große Krise überstanden und sei nun bereit, gemeinsam mit den Indignados überall in der Welt auf den Straßen zu protestieren, die Interessen der ArbeiterInnen zu vertreten und den antikapitalistischen Protest zu organisieren. Gleichzeitig wurde mehrfach darauf verwiesen, dass die radikale Linke als gleichberechtigter Akteur unter Mitte-Links-Kräften agieren und mit den verschiedenen Linkskräften zusammenarbeiten müsse. Dies schloss die PD aus, und zielte unter anderem auf die Rifondazione-Abspaltung Sinistra e Liberta (SEL) und das liberale Bündnis Italia dei Valori. Diliberto bot Vendolas SEL eine Zu-



sammenarbeit an, da man vieles gemeinsam habe, sparte aber gleichzeitig nicht mit Spitzen gegen den Regierungschef von Apulien („Er ist nicht links“, oder „eine illusorische Sprache reicht nicht“).

Zentrales inhaltliches Motiv des Parteitagess war der Vorschlag der PdCI über die bisherige Zusammenarbeit mit Rifondazione innerhalb der Federazione della Sinistra hinauszugehen und die Wiedegründung einer geeinten kommunistischen Partei in Italien anzustreben. Damit sollen die Spaltungen und Kränkungen unter den verschiedenen kommunistischen Parteien und Gruppen überwunden und die vielen italienischen Kommunistinnen und Kommunisten zurückzugewonnen werden, die in keiner Partei organisiert sind. Man dürfe nicht beim Antikapitalismus stehenbleiben, sondern müsse den Klassenstandpunkt und das Klassenbewusstsein wieder in den Vordergrund stellen, so das zentrale politische Dokument des Parteitagess. Klar ist aber auch, dass die Neugründung einer kommunistischen Partei in Italien, auch wenn es sich hier nicht um die einfache Wiederauflage der PCI handeln soll, das schier übermächtige politische Erbe und auch Probleme der PCI mitbeinhalten und von der italienischen Öffentlichkeit tendenziell als Schritt in die Vergangenheit wahrgenommen würde. Auch scheint die PdCI die Zahl der kommunistisch orientierten Menschen in Italien als sehr hoch, vielleicht zu hoch, einzuschätzen. Hierin mag auch ein Grund dafür liegen, dass Rifondazione dem Projekt skeptisch gegenübersteht und weiterhin den Ansatz einer pluralen linken Partei verfolgt.

Ein gewisses Rätsel gab die Positionierung zur angestrebten Ablösung der Regierung der Rechtskräfte auf: Man wolle sich sowohl an den Vorwahlen für die Kandidatur eines Ministerpräsidentenkandidaten von Mitte-Links beteiligen und auch der Schaffung eines neuen „Olivenbaums“ nicht im Wege stehen. Gleichzeitig lehnte man aber eine explizite Regierungsbeteiligung ab, da die Fehler der letzten Regierungsbeteiligung nur schwerlich zu vermeiden seien, zumal ein Mann des Ausgleichs, der allseitigen Respekt genießt wie zuvor Prodi, fehle.

Die Mitgliederzahl der PdCI wurde mit 20000 angegeben, wobei 30 Prozent davon 20 Jahre oder jünger sind.

Die internationale Politik nimmt bei der PdCI traditionell einen großen Stellenwert ein. Sowohl in den Reden von Diliberto, als auch im politischen Dokument des Kongresses gab es ausführliche Passagen über den arabischen Frühling, die Palästina-Frage und die Entwicklungen in Lateinamerika. Besonders interessant erscheinen die Passagen zur Entwicklung der Volksrepublik China und der Rolle der KP Chinas dabei, welche ungemein positiv ausfallen. Die Erfolge der chinesischen Entwicklung werden als Erfolge der KP wahrgenommen, das stetige Wachstum der chinesischen Ökonomie auf die staatliche Kontrolle der Banken und Schlüsselindustrien zurückgeführt. China wird als Befürworter einer multipolaren Weltordnung gesehen, wogegen „einige Staaten“ einen kalten Krieg gegen China führten und auch einen „heißen“ vorbereiten würden.

In Bezug auf Parteibeziehungen, bzw. die Verortung in der internationalen Linken stellte die PdCI – eine EL-Partei mit Beobachterstatus – die enge Anbindung an die kommunistischen und revolutionären Arbeiterparteien heraus, findet im Parteitagessdokument kritische Worte zur Europäischen Linken und regt einen Zusammenschluss linker Parteien (Spektrum der GUE/NGL) im Sinne des Forums von Sao Paulo an.

Auch wenn dezidiert erklärt wird, dass für die PdCI die Beziehungen zu den kommunistischen Parteien (und dabei zuerst die KPs von China, Vietnam und Kuba) Priorität haben, bleibt Platz für gute Beziehungen zu „progressiven“ Parteien, unter denen die deutsche LINKE explizit erwähnt wird. Insgesamt nahmen 50 Vertreter/-innen von 40 Parteien am Kongress teil, was die starke internationale Anerkennung der PdCI unterstreicht. Bemerkenswert ist sicherlich noch, dass sowohl Vertreter der nordkoreanischen Partei der Arbeit als auch der kommunistischen Partei Syriens – Bagdache-Fraktion in Rimini anwesend waren.

Die elementare Bedeutung des Vorsitzenden Oliviero Diliberto für die PdCI wurde auch an der ihm zuerkannten Redezeit deutlich: Zweimal und für insgesamt rund drei Stunden trat Diliberto ans Rednerpult und fesselte die Delegierten mit zwei sowohl analytischen, als auch emotionalen Beiträgen. Diliberto wurde ohne Gegenstimmen als Vorsitzender bestätigt. Da die PdCI weitgehend am innerparteilichen Organisationsmodell des demokratischen Zentralismus festhält („Wir sehen die Notwendigkeit das Prinzip des demokratischen Zentralismus in unserer Partei zu modernisieren, nicht aber es aufzugeben“) kam den Äußerungen des Vorsitzenden große Bedeutung zu. Aber auch unabhängig davon läßt sich eine – mehr oder weniger – erfolgreiche PdCI nur schwerlich ohne Diliberto vorstellen.

Schlussbemerkung

Es ist sicherlich ein sehr gutes Zeichen für die italienische Linke, dass sich die PdCI mit dem Kongress von Rimini wieder zurückgemeldet hat. Auch wenn die Berichterstattung in den nationalen Medien dazu in Umfang und Qualität zu wünschen übrig ließ, hat der Parteitag den Parteimitgliedern das erhoffte positive Signal geben können. Es wird sich zeigen, wie sich die PdCI entwickelt, wenn ihr zentrales Anliegen – die Gründung einer kommunistischen Partei in Italien – allen Erwartungen nach von Rifondazione abgelehnt wird. Wichtig bleibt die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit anderen Kräften der politischen Linken. Es wird sich erweisen müssen, welche Rolle die PdCI bei einem erhofften und erwarteten Wiedererstarben der italienischen Linken spielen kann.

Kurzanalyse der Parlamentswahlen in Spanien vom 20. November 2011

*Von Dominic Heilig, Koordinator des AK BürgerInnenrechte und Demokratie der Bundestagsfraktion DIE LINKE;
aus: www.dominic-heilig.de*

I. Vorbemerkung – Die Regionalwahlen vom 22. Mai 2011

Die bislang regierende Sozialistische Partei Spaniens (PSOE) von Ministerpräsident José Luis Zapatero erlitt bei den Regionalwahlen im Mai diesen Jahres eine ebenso schmerzhaft wie krachende Niederlage. In 13 von 17 Regionen wurden im Frühjahr die Regional- und Kommunalparlamente neu gewählt. Im Vergleich zu den Regionalwahlen 2007 sackte die Sozialistische Partei landesweit auf 27,8 Prozent ab (2007:



rund 35 Prozent). Hochburgen wie Sevilla oder Barcelona gingen nach Jahren verloren. Von der Schwäche der Sozialisten profitierte vor allem die rechts-konservative Oppositionspartei, Partido Popular (Volkspartei, PP). Sie zog in nahezu alle Regionalregierungen ein und erreichte im Landesschnitt rund 38 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag überraschend hoch bei 66 Prozent (2007: Regionalwahlen 64 Prozent). Damals, im Mai, machten dennoch viele Spanierinnen und Spanier ihren Wahlzettel ungültig. Dies galt als Ausdruck der seit dem 15. Mai 2011 andauernden Massenproteste, vor allem in Madrid und Barcelona (Bewegung des 15. Mai auf der Puerta del Sol in Madrid).

Für die Vereinte Linke (Izquierda Unida, IU) waren die Regionalwahlen ein erster Hoffnungsschimmer nach stetig sinkenden Wahlergebnissen in den vergangenen zehn Jahren. Die IU konnte sich, vor allem weil sie enttäuschte PSOE-Wähler für sich gewann, landesweit auf 6,3 Prozent der Stimmen verbessern (Europawahlen 2009: 3,7 Prozent) und wurde so zur drittstärksten Partei in Spanien. Auch profitierte die Linkspartei von den massiven sozialen Protesten im Land gegen die Kürzungsprogramme der Regierung, gegen Sozialabbau und Armut. Die Vereinte Linke stammt historisch aus der sozialen und der Friedensbewegung und war von Beginn an in der aktuellen Protestbewegung aktiv und präsent.

Bereits im Mai verschoben sich die politischen Mehrheitsverhältnisse mit dem Wahlsieg der Partido Popular nach rechts. Eine Ausnahme bildete das Baskenland. Dort verloren sowohl PSOE, als auch PP, und das erstmals angetretene baskische Linksbündnis „Bildu“ wurde stärkste politische Kraft in der Region.

Nach den Regionalwahlen verfügt die spanische Linkspartei IU über 58 Bürgermeister, die mit absoluter Mehrheit und 53 Bürgermeister, die mit relativer Mehrheit gewählt wurden. Auch im Hinblick auf die Wahlen zu den Regionalparlamenten konnte die IU ihre Sitzanzahl ausbauen.¹

Die Ausgangssituation für die Parlamentswahlen im November desselben Jahres waren also sowohl für die radikale Linke, als auch für die rechts-konservative Volkspartei gut. Die Sozialistische Arbeiterpartei hingegen musste derweil mit dem Makel des Wahlverlierers kämpfen.

**Tabelle 1: Wahlergebnisse national²
Votos por partidos en Total España**

Partido	concejales	votos
PP	37.53 %	8.474 031
PSOE	27.79 %	6.276 087
IU	6.31 %	1.424 119
CiU	3.45 %	778 679
UPyD	2.06 %	465 125
EAJ-PNV	1.45 %	327 100
BILDU-EA	1.39 %	313 231

II. Spanien – ein krisengeschütteltes Land

Kurz nach den für die Sozialistische Partei enttäuschenden Regionalwahlen rief Ministerpräsident Zapatero für den 20. November 2011 vorgezogene Neuwahlen aus und erklärte zugleich, dass er nicht wieder als Kandidat seiner Partei für das Amt des Regierungschefs antreten werde.³ Damit ist Spanien nach Griechenland, Portugal und Dänemark, bereits der vierte Mitgliedstaat der Europäischen Union, der im Angesicht der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise vorgezogene Neuwahlen in diesem Jahr ausgerufen hat.

Spanien ist von der weltweiten Krise besonders schwer getroffen. Der „Boom“ der vergangenen Jahre ist längst vorbei. Er stand ohnehin auf tönernen Füßen. Vor allem der Bau- und Immobiliensektor profitierte von dem Hype am Finanz- und Aktienmarkt zu Beginn der Jahrtausendwende. So entstanden an den Peripherien der spanischen Großstädte neue Satelliten, deren Wohneinheiten allerdings bis zu 120 Prozent belehnt sind. Das Ergebnis der geplatzten Immobilienblase ist in Spanien besonders alarmierend: 700 000 unverkaufte Wohneinheiten warten derzeit auf Käufer, laut spanischer Zentralbank sind 176 Milliarden Euro an wackligen Hypotheken ausstehend. Viele Arbeitslose können die Zinsen für diese Hypotheken nicht mehr zahlen. Seit 2008 wurden rund 300 000 Spanier/-innen Opfer von Zwangsräumungen. Besonders hart: Nach einer solchen Räumung gehört die Wohnung der Bank, die Hypothek aber läuft für die Betroffenen weiter, die sie nicht weiter bedienen können. Die unterkapitalisierten spanischen Banken und Sparkassen sind kaum in der Lage, diesen Kreislauf zu kompensieren oder zu verkraften.

Parallel zur Wirtschafts- und Finanzkrise stieg die Arbeitslosenquote in Spanien auf ein europäisches Rekordhoch. Lag die Zahl der Arbeitslosen 2008 offiziell noch bei rund zwei Millionen, stieg sie 2009 auf 3,6 Millionen an, lag Anfang 2010 schließlich bei rund vier Millionen und wuchs zuletzt auf 4,4 Millionen an. Die Arbeitslosenquote liegt damit bei 22 Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit betrifft mittlerweile fast jeden zweiten und liegt bei 45,8 Prozent. Eine gesamte Generation hat so kaum mehr eine Zukunftschance.

In Folge der Sparpolitiken der PSOE erhöhte sich auch die Zahl der Arbeitslosen, die ohne staatliche Unterstützung auskommen müssen, auf 1,7 Millionen. 21,8 Prozent der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze, darunter viele Rentnerinnen und Rentner.⁴

Das Renteneintrittsalter wurde zuletzt auf 67 Jahre angehoben und noch im September stimmte das Parlament mit den Stimmen der größten Oppositionsfraktion, der spanischen Volkspartei, einer – nach deutschem Vorbild – in der Verfassung festgeschriebenen, obligatorischen Schuldenbremse zu. Die Rezepte der sozialistischen Regierung in Spanien zur Lösung der Krise waren genau so untauglich wie unter den Sozialisten in Griechenland und Portugal: Ausgabenkürzungen auf Kosten der Bevölkerung bei der Bildung, im Gesundheitswesen, bei den Renten und den Löhnen im öffentlichen Dienst. Zusätzlich sollten die öffentlichen Kassen durch Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge aufgefüllt werden. Das schlug grandios fehl und half nicht einmal kurzfristig Geld in die Staatskassen zu spülen. Im Gegenzug wurden Stützungskredite für Banken und Steuererleichterungen für Unternehmen in Milliardenhöhe beschlossen.



III. Wahlkampf und Prognosen

Bei den Wahlen zum Parlament (Cortes Generales) am 20. November 2011 waren insgesamt 350 Sitze im Unterhaus (Congreso de los Diputados) und 208 Sitze im Senat (Senado) neu zu besetzen. Worüber allerdings inhaltlich abzustimmen sei, wusste selbst am Wahltag kaum einer der 36 Millionen Wahlberechtigten in Spanien. Wie zuvor auch schon in Portugal oder Griechenland waren die beiden großen Volksparteien auch in Spanien inhaltlich wie programmatisch kaum voneinander zu unterscheiden und blieben zudem in ihren Wahlprogrammen mehr als vage.

Nach dem angekündigten Rückzug von Ministerpräsident Zapatero ging für die Sozialistische Arbeiterpartei der ehemalige Innenminister Alfredo Pérez Rubalcaba als Spitzenkandidat ins Rennen. Dieser fand sich angesichts der schlechten Umfragewerte für seine Partei früh mit der drohenden Wahlniederlage ab und versuchte lediglich gegen eine absolute Mehrheit der rechts-konservativen Volkspartei zu mobilisieren. Einen von Rubalcaba angekündigten Linksschwenk seiner Partei nach den Wahlen nahmen ihm die bisherigen Wähler der PSOE ebenso wenig ab wie die Fähigkeit, Spanien mit einer dritten sozialistischen Regierungslegislatur in Folge aus der Krise führen zu können.

Seit Monaten wirkten die Umfragen wie eingefroren. Die rechts-konservative Volkspartei lag konstant 15 Prozent vor der Sozialistischen Partei, welcher gerade einmal noch 30 Prozent der Stimmen zugetraut wurden.

Die dem rechts-konservativen Spitzenkandidaten, Mariano Rajoy (PP), zugeschriebenen 45 Prozent Zuspruch in den Vorwahlumfragen waren hingegen nicht Folge einer hohen Zustimmung für einen (konservativen) Politikwechsel. Rajoy blieb inhaltlich blass, unkenntlich und für viele Wählerinnen und Wähler ein Rätsel. Der 56-jährige Konservative aus Galizien im Norden Spaniens gilt weder als begnadeter Redner mit mitreißendem Temperament, noch als visionärer Politiker, der über ausreichend Ideen zur Bewältigung der Folgen der Krise in Spanien verfügt. Für eine Politik des Rotstifts standen beide Spitzenkandidaten gleichermaßen, wobei sich der Favorit Rajoy mit konkreten politischen Aussagen auffällig zurückhielt. Einzig und allein setzte er in seinen Wahlbotschaften auf einen Wechsel.⁵ Wie dieser aussehen sollte, ließ er allerdings offen. Er reihte im Wahlkampf eine Floskel, wie „Ich werde tun, was ich tun muss“, an die andere. Sein sozialistischer Kontrahent Rubalcaba agitierte ähnlich inhaltsleer mit seiner „Formula Rubalcaba“ und forderte die Wähler auf seinen Plakaten auf „zu kämpfen“ („Kämpfe für das, was du willst“, PSOE vs. „Die Zukunft unseres Landes steht auf dem Spiel“, PP)

Rajoy gilt vielen politischen Beobachtern als politischer Ziehsohn von Manuel Fraga, einem früheren Minister unter Franco, der nach dem Tod des Diktators 1975 eine republikanische Rechte – die Alianza Popular (heute Partido Popular) – gründen sollte, die das konservative Spektrum von rechts-faschistisch und reaktionär bis erzkatholisch und wirtschaftsliberal abdecken und einfangen sollte. Welcher dieser Strömungen innerhalb der PP Spitzenkandidat Rajoy zuzuordnen ist, blieb ebenfalls unklar. Sowohl 2004, als auch 2008 verlor er die Wahlen gegen José Luis Zapatero deutlich und trat nunmehr zum dritten Mal an.

Rajoy kündigte im Wahlkampf nebulös an, dass er das Budgetdefizit bis 2013 auf drei Prozent des Bruttoinlands-

produktes, nach 4,4 Prozent 2012, senken will. Wie er das schaffen will, ließ er offen. Sein politisches Programm bestand lediglich aus den Ankündigungen, den Staat „zu verschlanken“, die Steuern zu senken, die Arbeitsmarktgesetze zu lockern und Bürokratie abzubauen. Übersetzt heißt dies wohl: weitere Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Steuergeschenke für Reiche und Unternehmen, Kürzungen im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen, sowie die weitere Öffnung der Märkte für ausländische Investitionen.

Viel wurde im Vorfeld der Wahlen über das Abschneiden der neuen Grünen Partei „Equo“ spekuliert. Dieser wurde am meisten zugetraut, von dem Protestspektrum um die Bewegung des 15. Mai und der Occupy-Bewegung zu profitieren. Viele bekannte Protagonisten der Bewegung der „Empörten“ (Indignado) kandidierten auf deren Liste.⁶

Der Vereinten Linken (IU) wurde ebenfalls prognostiziert, von den Verlusten der PSOE, sowie von der neuen Protestbewegung im Lande zu profitieren und nach einem katastrophalen Wahlergebnis 2008 (3,77 Prozent und 2 Sitze) gestärkt ins Parlament einzuziehen. Nach den letzten Umfragen wurden der parlamentarischen Linken knapp neun Prozent der Stimmen und elf Sitze zugetraut.

IV. Das Wahlsystem

Die Wahl zum Congreso erfolgt nach einem Verhältniswahlsystem in Wahlkreisen unterschiedlicher Größe, die Wahl des Senado ist eine Mehrheitswahl in Mehrmannwahlkreisen. Das Wahlgebiet ist in 52 Wahlkreise unterteilt (50 Provinzen & Autonome Städte Ceuta und Melilla). Die Sitzverteilung auf die Wahlkreise wird jeweils vor der Wahl festgelegt: 248 Sitze werden nach der Bevölkerungszahl verteilt, hinzu kommen je zwei Grundmandate für jede Provinz. Die beiden Autonomen Städte sind durch je einen Abgeordneten vertreten, so dass sich eine Gesamtzahl von 350 Sitzen ergibt (Art. 68 Abs. 2 der Verfassung, Art. 162 LOREG).

Durch die Grundmandate werden Provinzen mit wenigen Einwohnern bevorzugt.⁷ Die Wahlkreise sind zudem von der Größe her sehr unterschiedlich (Barcelona 31 Abgeordnete vs. Valencia 16). Das Wahlsystem benachteiligt in hohem Maße kleinere, landesweit tätige Parteien, da diese in den zahlreichen kleinen Wahlkreisen, in denen nur eine einstellige Zahl von Mandaten zu vergeben ist, kaum eine Chance auf einen Parlamentssitz haben. Sie können nur in den wenigen großen Wahlkreisen überhaupt auf Mandate hoffen, in den übrigen Wahlkreisen auf sie abgegebene Stimmen werden für die Sitzverteilung nicht berücksichtigt. Von diesem Effekt weniger betroffen sind hingegen Regionalparteien mit klaren Hochburgen. So erlangte Izquierda Unida, die drittgrößte landesweit tätige Partei, bei der Wahl 2008 mit 969 871 Stimmen nur zwei Mandate, die nur in Katalonien angetretene Regionalpartei Convergència i Unió (CiU) hingegen mit 779 425 Stimmen zehn Sitze. Von dieser Benachteiligung der kleinen profitieren vor allem die großen Parteien.

V. Die Vereinte Linke (Izquierda Unida, IU)

Erst die im Mai 2011 für die Vereinte Linke hoffnungsvollen Regionalwahlen beendeten ein Jahrzehnt ausbleibender Wahlerfolge. Parallel zu den sinkenden Zustimmungswerten bis 2010 wuchsen in der IU politische, strategische und programmatische Auseinandersetzungen. In der Legislaturperiode 2004 bis 2008 tolerierte die IU noch eine sozialistische Minderheitsregierung, konnte aber kaum eigene Inhalte



durchsetzen. Die Ergebnisse für die IU 2008 (Parlamentswahlen) und 2009 (Europawahlen) sanken weiter rapide.

Am 14. Dezember 2008 wählte schließlich der IU-Vorstand nach einem kontroversen Parteitag im November, das PCE-Mitglied⁸ Cayo Lara zum neuen Generalkoordinator der IU. Dieser löste in der Folgezeit das strategische Bündnis zur regierenden Sozialistischen Arbeiterpartei und führte zahlreiche parteiinterne Reformen durch. Diese schienen sich bereits zu den Regionalwahlen im Frühjahr des Jahres auszuzahlen – die Zustimmungswerte stiegen wieder an.⁹

Mit der Wahl des neuen und amtierenden Vorstandes unter der Leitung von Cayo Lara auf dem neunten Kongress machte sich die IU auf den Weg zu einer „Neugründung des Parteienbündnisses“. Erster Schritt hierzu war die kontinuierliche Mitgliederwerbung und Mitgliedererfassung. Dieser wurde Mitte 2010 abgeschlossen. Zweiter Schritt war der Ausbau der partizipativen Demokratie innerhalb der Partei, dritter die Überwindung der bislang sehr schlechten Beitragszahlungsmoral. Auch diese beiden Schritte wurden 2010 erfolgreich abgeschlossen.

Die Vereinte Linke in Spanien konnte sich bei den Parlamentswahlen 2011 vor allem auf die größte spanische Gewerkschaft, Comisiones Obreras (CC.OO.), stützen. Sie profitierte zudem von den neuen Protestbewegungen und enttäuschten Wählern der Sozialistischen Partei (PSOE). Generalkoordinator Lara trat im Wahlkampf als „parlamentarischer Indignado“ auf und warb dafür, die Wahlen nicht zu boykottieren, sondern der Vereinten Linken die Stimme zu geben, um „der neoliberalen Politik von Angesicht zu Angesicht entgegenzutreten“. Das dies nicht einfacher Stimmenfang war, sondern die Einbeziehung der spanischen Protestbewegung von der parlamentarischen Linken durchaus ernsthaft verfolgt wurde, zeigt insbesondere die Erarbeitung des Wahlprogramms der Partei. Genau genommen handelt es sich dabei um gar kein Wahlprogramm. Vielmehr hat die IU einen „Aufruf zur Bekämpfung der Krise und zur Mobilisierung für eine soziale Alternative und eine wirkliche Demokratie“ vorgelegt.¹⁰

Der Wahlaufufruf ist kein abgeschlossenes Programm. Der Aufruf ist das Ergebnis eines breiten Konsenses derer, die „einen alternativen, sozialen Block gegen die neoliberale Hegemonie“ bilden.

An dem Prozess der Erarbeitung, zu dem die Partei einlud, beteiligten sich landesweit über 200 Vereine und Verbände, rund 15 000 Mitglieder und Sympathisanten der IU in über 500 öffentlichen Versammlungen und zahlreichen offenen Debatten im Internet. Diese Arbeitsmethode möchte die Partei auch über die Wahlen hinaus als Instrument der Beteiligung und Demokratisierung beibehalten und weiterentwickeln: „Es ist ein ständiges Instrument der Kommunikation und Partizipation.“¹¹ Die Ergebnisse der Konsultationen finden sich in „7 Revolutionen“ wieder, die im Folgenden kurz dargestellt werden sollen.

VI. Die 7 Revolutionen der Izquierda Unida¹²

1. Für eine wirtschaftliche Revolution

Die wirtschaftliche Revolution wird als Grundlage für eine globale Alternative zum Kapitalismus betrachtet. „Die Krise, die wir erleben, ist eine weltweite Krise des kapitalistischen Systems. Diese zeigt sich wirtschaftlich, finanziell, bei der Umwelt, den Rohstoffen, sowie bei der Nahrungs- und Energiefrage. Die Krise ist schließlich eine politische, kulturelle

und ideologische. ... Die Vereinte Linke leistet dagegen Widerstand.“ Dieser zielt auf die „Überwindung des aktuellen sozialen, politischen und kulturellen Modells des Neoliberalismus und die Schaffung der Bedingungen für ein Ende des Kapitalismus. ... Widerstand ist Alternative. Widerstand ist angesagt. Widerstand ist Revolution.“

2. Für eine demokratische Revolution

„Eine alternative linke Kraft muss für eine erweiterte Demokratie im Rahmen eines föderalen Staates kämpfen“. Solidarität und Freiheit sollen Rahmenbedingungen für das „wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wohlergehen der Bürger“ sein. Die Demokratisierung der Gesellschaft und ihrer Entscheidungsstrukturen stellen für die IU den Ausgangspunkt für eine sozial-ökologische und nachhaltige Entwicklung Spaniens dar.

3. Für eine Revolution in der öffentlichen Daseinsvorsorge

„Die Linke hat die Aufgabe, die sozialen Sicherungssysteme gegen Angriffe zu verteidigen und zum anderen den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge auszubauen. Bildung, die Betreuung der Kinder, Behandlung von Krankheiten, Pflege im Alter, Gesundheit, Wasser und Energie, öffentliche Verkehrsmittel, die Post, Sport und Kultur sind ... keine Rohstoffe, sondern öffentliche Dienste, die für jeden vom Staat gewährleistet und bereitgestellt werden müssen.“ Die IU fordert einen universellen Zugang zu diesen und weiteren Dienstleistungen, die sich an den Bedürfnissen der Bürger und nicht der Wirtschaftlichkeit orientieren sollen. Privatisierungen in diesem Bereich werden von der IU strikt abgelehnt.

4. Für eine ökologische Revolution

„Wir müssen den Trend zu einem zunehmenden Verbrauch von natürlichen Ressourcen und einem erhöhten Ausstoß von Emissionen verändern. Wir streiten für eine soziale und ökologisch nachhaltige Entwicklung in der Wirtschaft. Wir brauchen eine Gesellschaft, die menschliche Entwicklung fördert ... und eine Beziehung des Menschen zur Natur herstellt, um die Existenz von Ökosystemen zu sichern.“

5. Revolution für die Gleichstellung

Feminismus gilt der IU als Philosophie, ist bestimmend in ihrer Sprache, in ihrem Handeln und der politischen Praxis. Der Feminismus gilt damit als Rückgrat der IU in ihrer Politik der Transformation der Gesellschaft. Die IU steht für die Gleichstellung homosexueller Partnerschaften mit heterosexuellen Lebensgemeinschaften und wendet sich gegen jede Form von Diskriminierung oder Herrschaft aufgrund der sexuellen Präferenzen.

6. Eine kulturelle Revolution

Darüber hinaus streitet die IU für eine kulturelle Revolution und will kulturelle Arbeit stärker fördern und den Zugang zu Kultur unabhängig vom Einkommen öffnen. Der Kulturbetrieb soll wie die Bildung nicht weiter den Mechanismen des Marktes unterworfen werden. Die IU wirbt in diesem Zusammenhang auch für eine neue politische Kultur in Spanien.

7. Eine Revolution für den Frieden

In den Augen der IU ist die Krise der Menschheit Ergebnis



des kapitalistischen Systems des Imperialismus. Dieses System habe internationale Institutionen und die Demokratie beschädigt. Der Einsatz von Gewalt, die Verletzung des Völkerrechts, die Verzögerung bei der Erreichung der Millenniumsziele, der Anstieg des internationalen Waffenhandels sind in den Augen der spanischen Linken Werkzeuge im Kampf um Ressourcen. Dieser Kampf behindert die Entwicklung von zahlreichen Staaten und setzt Millionen Menschen weltweit Tod, Hunger und Armut aus. Die Partei wirbt für eine umfassende Reform der Vereinten Nationen und kritisiert die Demokratiedefizite der Europäischen Union.

Die Partei hat sich in ihren Foren und Debatten auf ein 20-Punkte-Sofortprogramm verständigt, in dem die dringenden und zentralen Forderungen der Vereinten Linken zusammengefasst sind. So fordert die Partei u. a.:

- Einen Mindestlohn von 1 100 Euro
- Eine Grundsicherung von zunächst 586 Euro Die Begrenzung von Spitzenlöhnen
- Ein System von öffentlichen Banken
- Einen Stopp der Privatisierung in der öffentlichen Daseinsvorsorge. Eine Reform des Wahlsystems
- Ein Mehr an direkter Demokratie, z. B. durch Volksgesetzgebungen auf allen Ebenen
- Eine Demokratisierung von Kultur & Kommunikation, z. B. durch den freien Zugang zu Software
- Schließung aller NATO-Stützpunkte in Spanien
- Abzug der spanischen Truppen aus Afghanistan und Libyen
- Eine Senkung des Renteneintrittsalters auf zunächst 65 Jahre und langfristig auf 60 Jahre

VII. Die Wahlergebnisse und ein erstes Fazit

Die rechts-konservative Volkspartei (PP) hat mit 186 Sitzen im Abgeordnetenhaus und 44,6 Prozent der Stimmen (2008: 39,94%) die absolute Mehrheit errungen. Damit dürfte sie in den kommenden Jahren ohne Probleme ihre politischen Inhalte durchsetzen können, denn sie regiert auch in der

Mehrzahl der Regionen Spaniens. Nach Jahren verfügt das Land damit wieder über klare Mehrheitsverhältnisse.

Die bislang regierende Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) hat mit nur 110 Sitzen und 28,7 Prozent der Stimmen (2008: 43,87%) ihr schlechtestes Wahlergebnis seit der Demokratisierung Spaniens Ende der 1970er Jahre eingefahren. Der Sieg der Konservativen ist allerdings weniger als ein Sieg für diese, als vielmehr als eine Niederlage der Sozialisten zu werten. Die Sozialisten haben im Vergleich zu den vorherigen Wahlen rund vier Millionen Wählerstimmen verloren, während die rechtskonservative Volkspartei lediglich 600 000 Stimmen hinzugewinnen konnte. Nach ersten Nachwahlumfragen sind rund zwei Millionen ehemalige WählerInnen der Sozialisten gar nicht mehr zur Wahl gegangen.

Die absolute Mehrheit für die Partido Popular hat aber noch einen zweiten Schönheitsfehler. Insgesamt erhielt sie rund 1,2 Millionen Stimmen weniger, als die Sozialistische Arbeiterpartei bei ihrem Wahlsieg vor drei Jahren, nach dem diese lediglich eine Minderheitsregierung stellte.

Der zukünftige Ministerpräsident Mariano Rajoy wird nach diesem Wahltag konkreter werden müssen, als er dies zuvor im Wahlkampf war. Die Mehrheit der Spanier hat sich für einen Mann entschieden, der sich ob der guten Umfragewerte um jede konkrete inhaltliche Aussage in den vergangenen Monaten herumgedrückt hat. Dass Rajoy allerdings andere politische Akzente als sein sozialistischer Vorgänger Zapatero setzen wird, ist unwahrscheinlich. Auch mit der rechtskonservativen Volkspartei werden die Kürzungen und Privatisierungen im Sozialbereich zur Bewältigung der Krise fortgesetzt werden. Auch in der Frage der Reform des Wahlsystems wird es keine Änderungen geben, ebensowenig wie in der Baskenfrage. Diese hatte der zukünftige Ministerpräsident jüngst nicht als eine politische bezeichnet, sondern die (politische) Unabhängigkeitsbewegung als „Bande von Kriminellen“ gebrandmarkt. Auch in dieser Haltung unterscheidet er sich nicht von seinem Vorgänger Zapatero.

Mit Spanien ist nun in einem dritten Mitgliedstaat der Eu-

Tabelle 2: Wahlergebnis nach Auszählung von 99 Prozent der Stimmen¹³

Candidaturas	Votos		Diput ados		Diputa dos	Votos		Candidaturas
PP	10.036.015	44,62 %	186	■	154	10.278.010	39,94%	P.P.
PSOE	6.462.210	28,73 %	110	■	169	11.289.335	43,87%	P.S.O.E.
CiU	957.643	4,24%	16	■	10	779.425	3,03%	CiU
IU-LV	1.572.213	6,92 %	11	■	2	969.946	3,77%	I.U.
AMAIUR	328.304	1,45%	7	■				
UPyD	1.076.090	4,77%	5	■	1	306.079	1,19%	UPyD
EAJ-PNV	319.786	1,41%	5	■	6	306.128	1,19%	EAJ-PNV
ESQUERRA	241.892	1,07%	3	■	3	298.139	1,16%	ESQUERRA
BNG	145.096	0,64%	2	■	2	212.543	0,83%	B.N.G.
CC-NC-PNC	107.598	0,47%	2	■	2	174.629	0,68%	CC-PNC
COMPROMÍS-Q	122.950	0,54%	1	■		29.760	0,12%	BLOC-IDPV-EV-EE
FAC	95.236	0,42%	1	■				
GBAI	41.818	0,18%	1	■				



ropäischen Union 2011 die Regierung von Sozialisten auf Rechtskonservative übergegangen.

Waren die Regionalwahlen im Mai 2011 noch ein Hoffnungsschimmer für die radikale Linke, so muss die Parlamentswahl (2008: +3,2%) trotz der absoluten Mehrheit der rechts-konservativen Volkspartei als Erfolg für die Linke angesehen werden. Die IU hat ihr Ergebnis im Vergleich zu den letzten Parlamentswahlen 2008 beinahe verdoppelt und gehört nunmehr wieder zu den stärksten Parteien der radikalen Linken innerhalb der Europäischen Union. Sie knüpft dabei an die Wahlergebnisse Mitte der 1990er Jahre an.

Die IU konnte sowohl aus dem enttäuschten PSOE-Wählerspektrum, als auch aus der Protestbewegung zusätzliche Stimmen gewinnen. Mit der Einbeziehung breiter gesellschaftlicher Gruppen in die Erarbeitung ihrer politischen und programmatischen Ziele hat die Partei wieder an gesellschaftlicher Bindung gewonnen und knüpft damit an ihre Anfangsjahre in den 1980ern an, als die IU aus der Friedens- und Anti-NATO-Bewegung als politisches Projekt hervorging. Interessant an der Entwicklung der IU in den letzten Jahren, von einer Partei nahe der Spaltung und/oder Auflösung und ihrem gestärkten Selbstbewusstsein 2011 ist, dass dieser Wandel vor allem durch innere Reformen entstanden ist. Generalkoordinator Cayo Lara hat sein Programm der „Neugründung und Demokratisierung der IU“ konsequent durchgezogen und schließlich Erfolg gehabt. Die Partei gilt damit unter den Parteien der radikalen Linken in Europa noch immer oder wieder als eine der (inhaltlich wie programmatisch) modernsten und fortschrittlichsten. Sie hat es verstanden, sowohl die außerparlamentarische als auch die parlamentarische Ebene erfolgreich miteinander zu verknüpfen und gleichzeitig ihr programmatische Profil als rot-grünes Parteienbündnis zu schärfen.

Neben der IU werden auch zukünftig die links-nationalistischen Regionalparteien BNG (Galizischer Block) und das neue baskische Linksbündnis (AMAIUR)¹⁴ im nationalen Parlament vertreten sein.

Die Wahlbeteiligung lag angesichts der Krise des Landes und der hohen Arbeitslosigkeit noch immer bei erfreulichen 71,7 Prozent (2008: 73,8) und damit fast sechs Prozent höher, als bei den Regionalwahlen vor sechs Monaten.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Heilig, Dominic: Ein Hoffnungsschimmer für die Linke. Eine kurze Einschätzung der Regionalwahlen in Spanien aus linker Sicht, in: <http://dominic.linkeblogs.de>
- 2 Vgl. El Pais, Tageszeitung: <http://resultados.elpais.com> vom 22. Mai 2011
- 3 Die vorgezogenen Neuwahlen fanden ausgerechnet am 36. Todestag des spanischen Diktators Franco statt.
- 4 Im Bericht des Nationalen Statistik-Instituts ist die Armutsgrenze für Alleinlebende auf ein Jahreseinkommen von 7 500 Euro, für Zweipersonenhaushalte auf 11 300 Euro festgelegt.
- 5 Auf den Wahlplakaten der PP stand so zum Beispiel lediglich: „Schließ dich dem Wandel an“.
- 6 Die Wahlergebnisse waren mit 0,88 Prozent der Stimmen allerdings enttäuschend und so zog niemand über diese Liste ins Parlament ein. Vgl. <http://www.generales2011.mir.es>
- 7 Bei der Parlamentswahl 2008 kamen in der der Provinz Teruel rechnerisch 38 070 Wahlberechtigte auf ein Abgeordnetenmandat, in der Provinz Madrid hingegen 128 286 Wahlberechtigte auf ein Mandat.
- 8 PCE – Kommunistische Partei Spaniens: Diese tritt seit dem Ende der 1980er Jahre unter dem Dach der IU zu den Parlamentswahlen an, ist Mitglied der IU, existiert rechtlich aber parallel eigenständig weiter.
- 9 Mehr zur Geschichte und aktuellen Programmatik der Vereinten Linken (IU) bei Heilig, Dominic: Das spanische Linksbündnis Izquierda Unida, in: Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa, Rosa-Luxemburg-Stiftung 2010, S. 209ff., <http://rosalux-europa.info>

10 Vgl. Sozialer Wahlauftrag für 7 Revolutionen, <http://www.convocatoriasocial.org/>

11 Vgl. ebd.

12 Vgl. ebd., sämtliche Übersetzungen von Dominic Heilig

13 Vgl. Innenministerium Spaniens: <http://www.generales2011.mir.es>

14 Bei den Regional- und Kommunalwahlen am 22. Mai 2011 waren die Parteien Eusko Alkartasuna und Alternatiba Eraikitzen in einem Wahlbündnis mit der Bezeichnung Bildu angetreten und hatten beachtliche Erfolge erzielt. Am 2. Oktober 2011 gaben Vertreter dieser beiden Parteien und der Partei Aralar bekannt, bei den Wahlen zum spanischen Parlament am 20. November 2011 in den drei Provinzen der Autonomen Gemeinschaft Baskenland und Navarra in einem Wahlbündnis unter der Bezeichnung Amaiur anzutreten. Amaiur ist der Name eines symbolträchtigen Orts in den Pyrenäen, in dessen Burg navarrische Truppen 1522 den letzten Widerstand gegen die Invasion durch Kastilien leisteten.

Jonas Sjöstedt neuer Vorsitzender der Linkspartei (Schweden)

Von Oliver Schröder, Leiter des Bereichs Internationale Politik beim Parteivorstand der LINKEN

Der Parteitag der schwedischen Linkspartei vom 5. bis 8. Januar 2012 in Uppsala stand unter dem Motto „Die Linke für die Zukunft“. Die 225 Delegierten aus den 21 Provinzen hatten mehrere Aufgaben zu bewältigen: Zum einen stand die Wahl einer neuen Parteiführung an, zum anderen wurden ein politischer Leitantrag sowie eine Reihe organisationspolitischer und Satzungsfragen diskutiert.

Die schwedische Linkspartei steht der deutschen LINKEN programmatisch und inhaltlich nahe: Vänsterpartiet ist eine sozialistisch orientierte plurale Partei, die aus einer kommunistisch/sozialistischen Tradition stammt. Neben der sozialen und der Friedensfrage steht traditionell die Frauenfrage im Vordergrund und in zunehmenden Maße auch die Ökologie.

Die Partei wurde 1917 als sozialdemokratische Linkspartei Schwedens gegründet, aber schon 1921 in Schwedische Kommunistische Partei umbenannt. Seit den 20er Jahren kam es zu mehreren Spaltungen, die im wesentlichen mit den verschiedenen Positionierungen gegenüber der KPdSU zu tun hatten. 1967 erfolgte ein erneuter Wechsel des Namens in Linkspartei-Kommunisten. Der Kommunismus fiel 1990 aus dem Namen. Ähnlich wie die PDS, nur unter anderen Vorzeichen, fand zu dieser Zeit eine intensive Diskussion in der Partei über die Ursachen und Mängel des „real existierenden Sozialismus“ statt. Ähnlich wie bei der PDS und heute der LINKEN wird dem Gedanken „ohne Sozialismus keine Demokratie und ohne Demokratie kein Sozialismus“ höchste Bedeutung beigemessen.

Ihr bestes Wahlergebnis erreichte die Vänster bei den Reichstagswahlen von 1998 mit knapp 12 Prozent. Das schlechteste waren 4,5 Prozent der Stimmen im Jahre 1991. Die Vänsterpartiet ist ein Faktor in der politischen Landschaft und mit circa 15 000 Mitgliedern eine der mitgliederstärksten Parteien Schwedens.

Der Parteitag von Uppsala fiel in eine Zeit, in der sich die Enttäuschung über die Verfehlung des Wahlziels bei den Reichstagswahlen im September 2010 gelegt hatte und nach intensiver Diskussion die Weichenstellungen für bessere künftige Ergebnisse vorgenommen werden sollten. Laut Aus-



sage mehrerer Delegierten war seit der Wahl 2010 hinsichtlich Organisation und politischem Profil der Partei jeder Stein umgedreht worden. Nun sollte der Kongress die notwendigen Beschlüsse fassen.

Vor der Wahl von 2010 hatte die Linkspartei gemeinsam mit den Sozialdemokraten und den Grünen eine Wahlplattform vorgelegt, die – ergänzt durch eigenständige Wahlprogramme der Parteien – die Grundlage für einen Lagerwahlkampf bildete und nicht unerhebliche Kontroversen in der Partei auslöste. Obschon es für die Erstellung der gemeinsamen Wahlplattform im Vorstand eine große Mehrheit gegeben hatte, wuchs nach dem schlechten Wahlausgang die Kritik an dieser Strategie.

Die Vänsterpartiet selbst büßte im Vergleich zur Parlamentswahl von 2006 nur marginal (-0,3 Prozent) ein und landete bei 5,8 Prozent. Allerdings verlor sie drei ihrer 25 Sitze im Reichstag, und das Ergebnis wurde übereinstimmend als enttäuschend wahrgenommen. Auch gab es in der Analyse relative Einigkeit darüber, dass die Schwäche der Sozialdemokratie – die ihr schlechtestes Ergebnis seit 1917 einfuhr – und die mangelnde Popularität ihrer Spitzenkandidatin die Regierungsübernahme verhinderten.

Der Vorsitzende Lars Ohly hatte bereits im August 2011 angekündigt, nicht erneut für das Amt des Vorsitzenden kandidieren zu wollen. Die genauen Gründe dafür bleiben im vagen, hängen aber offensichtlich mit dem Verfehlen des Wahlziels und dem Scheitern der von ihm maßgeblich nach vorn gebrachten Strategie der engen Zusammenarbeit mit Sozialdemokratie und Grünen zusammen. Dass Ohly ein populärer Parteivorsitzender war, der der Partei knapp acht Jahre vorstand, wurde an vielen Stellen des Kongresses deutlich. Im persönlichen Gespräch äußerten Delegierte auch offen Kritik (z. B. dass er kein Händchen für die Medien hatte), doch gleichzeitig wurden immer wieder seine persönliche Integrität und seine Leistungen für die Partei gewürdigt.

In der schwedischen Politik spielen die Parteivorsitzenden für die Profilierung der Partei eine wichtige Rolle. Die Medien konzentrieren sich stärker als in Deutschland auf sie, weshalb auf dem Kongress der Diskussion um den Parteivorsitz zentrale Bedeutung zukam.

Am ersten Tag mussten die Delegierten darüber entscheiden, ob sie die Satzung ändern und den Weg für eine Doppelspitze freimachen oder bei der bisherigen Lösung mit einer/m Parteivorsitzenden bleiben wollten. Nach den Erfahrungen der deutschen LINKEN mit der Doppelspitze wurde häufig gefragt. Die Diskussion der Vänsterpartiet über das Problem war jedoch von anderer Natur: Seit der Ankündigung Ohlys, nicht mehr für den Parteivorsitz zu kandidieren, erklärten mit Jonas Sjöstedt, Rosanna Dinamarca, Ulla Andersson und Hans Linde vier Kandidat/-innen ihre Bereitschaft, den Vorsitz der Vänsterpartiet anzutreten. Daraus wurde die Idee geboren, eine kooperative Führung – eine Doppelspitze – zu wählen, um die verschiedenen Flügel der Partei mitzunehmen. Außerdem wurde argumentiert, zwei Parteivorsitzende bedeuteten auch ein Mehr an Medienpräsenz. Klar war, dass die Doppelspitze von einer Frau und einem Mann gebildet werden sollte.

Die Delegierten entschieden sich mit einer knappen Mehrheit von 115:108 Stimmen gegen die Doppelspitze, was direkte Auswirkungen auf die Wahl des Parteivorsitzenden hatte. Hans Linde und Ulla Andersson nahmen daraufhin von ihrer Kandidatur Abstand, wohl weil sie keine Chan-

cen sahen, sich gegen den favorisierten Jonas Sjöstedt durchzusetzen.

Rosanna Dinamarca, die Vertreterin des linken Parteiflügels, hielt ihre Kandidatur aufrecht und so konnten die Delegierten am Samstag in einem Zeitraum von fast zwei Stunden für die beiden Kandidaten werben. Hier galt eine Zeitbeschränkung von einer Minute pro Redebeitrag. An den Beiträgen ließ sich schon absehen, dass Jonas Sjöstedt eine Mehrheit erlangen würde, zumal die Wahlkommission empfohlen hatte, ihn zu wählen (gewöhnlich gibt die Wahlkommission eine Empfehlung ab).

Jonas Sjöstedt wurde mit 179 Stimmen gewählt, auf Rosanna Dinamarca entfielen 39 Stimmen. In seiner Antrittsrede unterstrich Sjöstedt, dass sich niemand als Sieger oder Verlierer fühlen solle, und dass er versuchen wolle, ein Vorsitzender für alle Parteimitglieder zu sein. Er machte auch deutlich, dass eine Regierungsbeteiligung der Vänsterpartiet sein strategisches Ziel sei, ohne die sozialistische Orientierung der Partei in Frage zu stellen. Die schwedische Politik sei voll von Parteien der politischen Mitte; daher tue die Partei gut daran, ihre linke Identität zu pflegen und auszubauen. Jonas Sjöstedt ging in seiner Antrittsrede besonders auf zwei Themen ausführlich ein: die Euro-Krise und die Herausforderungen des Klima-Wandels.

Vänster habe beim Referendum 2003 auf der Seite der Euro-Gegner gestanden (die Schwedinnen und Schweden hatten sich seinerzeit mit einer knappen Mehrheit gegen die Einführung des Euro ausgesprochen). Die Entwicklung habe gezeigt, dass dies richtig gewesen sei, denn ohne den Euro habe die schwedische Politik „mehr Möglichkeiten, um Beschäftigung und Wohlstand zu sichern“. Bei diesem Thema müsse Vänster weiter Druck machen, Solidarität mit den armen Ländern in Südeuropa einfordern und als zentrale Forderung weiterhin auf der Regulierung der Finanzmärkte bestehen. Nötig sei eine Politik der Vollbeschäftigung und der sozialen Umverteilung. Es könne nicht sein, dass 1 Prozent der Schweden 40 Prozent des Reichtums besitzen.

Die Diskussion um den Parteivorsitz verlief insgesamt in einer fairen und respektvollen Atmosphäre. Mehrere Delegierte stellten mit Befriedigung fest, dass der Wettbewerb um den Parteivorsitz ohne persönliche Angriffe auskam und das Parteiklima im wesentlichen intakt sei.

Für den Parteivorstand bewarben sich 97 Kandidat/-innen bei 22 zu vergebenen Plätzen. Alle Gremien der Vänster sind jeweils zu 50 Prozent mit Männern und Frauen besetzt. Organisationspolitisch wurde beschlossen, dass die beiden Geschäftsstellen von Partei und Fraktion zusammengelegt werden sollen, um eine größere Schlagkraft zu erreichen und die Abläufe zu professionalisieren.

Der Parteivorstand bestimmte auf seiner ersten Sitzung nach dem Parteitag den neuen Parteisekretär (vergleichbar mit der Rolle des Bundesgeschäftsführers). Mit 12:10 Stimmen wurde Aron Etzler, der ehemalige Chefredakteur der Parteizeitung gewählt.

Es scheint, als habe die Vänster mit dem Kongress neuen Schwung aufnehmen können: Vier Wochen nach dem Parteitag liegt sie in den Umfragen bei 9 bis 10 Prozent.

Die insgesamt 25 internationalen Gäste des Parteitages absolvierten ein separates Programm, das eine Kombination aus Seminaren zu internationalen Fragen und internen Gesprächsrunden darstellte. Dies war sehr interessant und nützlich, allerdings wurde die unmittelbare Verfolgung des



Kongressgeschehens damit eingeschränkt und einige Nuancen in der Betrachtung gingen verloren.

Die in Uppsala anwesenden Parteien waren: die FMLN (El Salvador), die Palästinensische Volkspartei (PPP), die kurdische BDP (Türkei), die Südafrikanische Kommunistische Partei, die Partei der Werktätigen (PT – Brasilien), die Demokratische Volkspartei (PRD – Indonesien), die Union der libanesischen demokratischen Jugend, die Partei SADI aus Mali, die Nationale Front des Volkswiderstandes (FNRP – Honduras), die Solidaritäts-Partei aus Afghanistan, die Links-Grüne Bewegung Island, der Linksbund (Finnland), die Rot Grüne Einheitsliste (Dänemark), die Sozialistische Volkspartei (Dänemark), die Sozialistische Linkspartei (Norwegen) und DIE LINKE.

Diese Liste weist den besonderen Stellenwert der deutschen LINKEN für die schwedische Linkspartei aus: Sie war die einzige eingeladene europäische Partei, die nicht den beiden traditionellen Partnergruppen im Ausland angehört – der Nordischen Grün-Linken Allianz (NGLA) – dem losen Zusammenschluss der linken Parteien Skandinaviens – und Parteien bzw. Bewegungen aus Ländern der „Dritten Welt“, mit denen die LP ein besonderes Solidaritätsverhältnis pflegt.

Historischer Schritt für eine vereinigte Linke in der Türkei

Auf dem Weg zur „Kongress-Partei“

Von Murat Cakir; aus: <http://murat-cakir.blogspot.com>

Am 15. Und 16. Oktober 2011 fand in Ankara eine außergewöhnliche Versammlung statt, die sogar in den regierungsnahen Medien, die ansonsten linke Themen eher außer Acht lassen, breite Erwähnung fand. Das Linksbündnis, welches bei den letzten Parlamentswahlen vor einigen Monaten mit 36 Abgeordneten einen großen Erfolg erzielte, hatte eingeladen. Über 800 Delegierte aus 20 Regionen folgten dieser Einladung. Im Saal wurden sie mit der Losung „Wir vereinigen uns“ in 13 Sprachen begrüßt, die in der Türkei gesprochen werden.

Neben den Delegierten waren zahlreiche Vertreter/-innen von linken Parteien und Gewerkschaften anwesend, darunter Selma Gürkan, Vorsitzende der Partei der Arbeit (EMEP), Ridvan Turan, Vorsitzender der Partei der sozialistischen Demokratie (SDP), Lami Özgen, Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes KESK sowie Öztürk Türkdogan, Vorsitzender des Menschenrechtsvereins IHD.

Einzigartig für die Verhältnisse in der Türkei war, dass eine hundertprozentige Geschlechterparität erreicht wurde: die Hälfte der Delegierten waren Frauen. Der sozialistische Parlamentsabgeordnete Ertugrul Kürkcü unterstrich das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit mit folgenden Worten: „Kein gesellschaftlicher Kampf kann zum Erfolg führen, wenn er nicht von den Frauen mitgetragen wird. Die Befreiung der Frau erklären wir zur violetten Fahne unserer Sache. Wir machen uns den Kampf der Frauen gegen dieses patriarchalische System zu Eigen. Die Frauen werden die führende Kraft unserer Bewegung sein“.

Delegierte arabischer, aramäischer, armenischer, georgi-

scher, griechischer, kurdischer, lasischer, türkischer und tscherkessischer Herkunft begrüßten die Anwesenden jeweils in ihrer Muttersprache. Unter den Delegierten waren auch VertreterInnen der Roma, Aleviten, Nusayris und Yeziiden. Große Beachtung im Saal fanden Plakate mit Losungen wie „Wir vereinigen uns für die friedliche und demokratische Lösung der Kurdenfrage“, „Wir vereinigen uns gegen Homophobie und Transphobie“, „Wir vereinigen uns gegen die Angriffe und Besetzungen des Imperialismus“, „Wir vereinigen uns für Freiheit und Gleichberechtigung der Völker und Religionsgemeinschaften“, „Wir vereinigen uns gegen Männerdominanz, Geschlechterdiskriminierung und Ungleichheit“ sowie „Wir vereinigen uns, um Demokratie zu gewinnen“.

Freiwillige Partnerschaft

Der Kongress wurde mit den Reden der Initiator/-innen eröffnet. Auffallend war, dass alle Redebeiträge, insbesondere von linkssozialistischen Vertreter/-innen, auf die Notwendigkeit einer vereinigten linken politischen Formation hinwiesen, die sowohl die kurdische Bewegung und die politische Linke, als auch die unterschiedlichen ethnischen wie religiösen Minderheiten und Einzelpersonen unter einem Dach zusammenbringen soll. Die Kritik an der klassischen Unterscheidung zwischen dem „Haupt- und Nebenwiderspruch“, auf den türkische Linke im Hinblick auf die Frauen- und Kurdenfrage gern verweisen, war deutlich.

So betonten türkische Sozialisten wie Kürkcü, Levent Tüzel oder Sirri Süreyya Önder, dass es ein Fehler sei, „die Rechte der Arbeiter/-innen und die Forderungen der unterdrückten Völker gegeneinander zu stellen“ und dass es die Aufgabe der Sozialist/-innen sei, „die soziale Frage in Verbindung mit Fragen der Geschlechter- und Ethniengerechtigkeit zu sehen“.

Interessant waren auch Grußbotschaften von linken Parteien und Gruppen wie ÖDP, TKP oder Volkshäusern, die sich nicht an dieser Bewegung beteiligen. Entgegen früheren sektiererischen Auseinandersetzungen zwischen den unterschiedlichen linken Strömungen der Türkei herrschte im Saal eine solidarische Atmosphäre. Die Initiator/-innen betonten: „Auch wenn ihr nicht dabei seid, sehen wir in euch unsere natürlichen Bündnispartner. Im Kampf werden sich unsere Wege öfter kreuzen“. Ob jedoch die ÖDP, TKP oder der Verband der Volkshäuser sich an dem Linksbündnis beteiligen werden, ist noch offen.

Basisdemokratie und Rätestrukturen als Organisationsform

Die Erfahrungen der kurdischen Bewegung bestimmten auch die Satzungsfragen. Einstimmig angenommen wurde eine Satzung, welche die Bewegung als „Demokratischen Kongress der Völker“ bezeichnet. Das von der kurdischen Bewegung geforderte Prinzip der „demokratischen Selbstverwaltung“ sowie die Geschlechterparität, die Vertretung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transsexuellen, Basisdemokratie und Rätestrukturen als Organisationsform des Kongresses wurden in die Satzung aufgenommen.

Die 825 Delegierten wählten einen 101-köpfigen landesweiten Rat und einen geschäftsführenden Rat mit 25 Mitgliedern. Neben der Geschlechterparität wurde eine Jugendquote von 10 Prozent eingeführt. Sämtliche Beschlüsse müssen mit Zweidrittelmehrheit gefasst werden. Zusätzlich zu den politischen Parteien und Einzelpersonen, die den Kongress



initiiert haben, sollen Parlamentsabgeordnete des Linksbündnisses, unabhängige Parlamentsabgeordnete (denen aufgrund von Gerichtsurteilen die Mitgliedschaft in politischen Parteien verboten ist) und Bürgermeister/-innen der BDP natürliche Delegierte sein.

Ein Ethikrat wurde eingerichtet, um interne Konflikte zu regeln. Die Delegierten sind jedes Jahr im September neu zu wählen. Eine vorübergehende Bestimmung der Satzung sieht vor, dass die Höchstzahl der Delegierten aus den Regionen 692 betragen soll. Während 40 Prozent der Delegiertenmandate für unabhängige Einzelpersonen vorgesehen sind, haben Delegierte aus den verschiedenen Parteien einen Anteil von 60 Prozent.

Der Kongress beauftragte den landesweiten Rat, mit den Vorbereitungen zur Gründung einer politischen Partei zu beginnen. Die Beschlüsse des „Demokratischen Kongresses der Völker“ sollen für diese zu gründende Partei bindend sein. Ein Beschluss zur Vergangenheitsbewältigung sieht die Einrichtung einer „ständigen Konferenz der Völkerrealität“ vor, wo die anatolisch-mesopotamischen Völkermorde des vergangenen Jahrhunderts thematisiert werden sollen.

Aus der Abschlusserklärung: Demokratischer Kongress der Völker. Die Opposition der Türkei vereinigt sich unter einem Dach

(Übersetzung aus dem Türkischen: Isku)

Die Völker und oppositionellen Kräfte der Türkei haben gemeinsam mit der kurdischen Bewegung auf einem zweitägigen Kongress historische Entscheidungen getroffen. Auf dem Kongress an diesem Wochenende in Ankara mit insgesamt 825 Delegierten wurden wichtige Grundsatzdiskussionen geführt. Im Anschluss wurde ein Generalrat des Demokratischen Kongresses der Völker (HDK) mit 121 Personen gewählt. In der Abschlusserklärung wurden folgende Beschlüsse festgehalten:

Um die Unterdrückung und die Ungerechtigkeiten gegenüber unseren Völkern anzugehen, um eine Türkei zu schaffen, wo Frieden herrscht und wir menschlich miteinander leben können, sind dem Aufruf der Kongressinitiative Organisationen, Initiativen, Vereine, Parteien, Bewegungen und Einzelpersonen gefolgt, die gegen jegliche Form von Unterdrückung stehen. Wir denken, dass die Zeit reif ist, um gemeinsam Widerstand zu leisten. In dem Bewusstsein, dass unsere Unterschiede unser Reichtum und unsere Kraft sind, verkünden wir die Gründung des Demokratischen Kongresses der Völker.

Wir rufen alle, die auf der Seite des Volkes, der Unterdrückten, der Arbeitenden, der Natur, der Freiheit, der Gleichberechtigung, des Friedens und der Demokratie stehen, dazu auf, sich im gemeinsamen Kampf gegen den neoliberalen und antidemokratischen Kurs der zwei politischen Hauptströmungen in der Türkei und für eine alternative Gesellschaftsordnung zu organisieren.

Wir wenden uns gegen die Zerstörung des gesellschaftlichen Lebens, gegen die Vereinsamung der Menschen, gegen die Entfremdung des Menschen gegenüber seiner Arbeit, der Gesellschaft, seiner eigenen Identität und der Natur. Die Kämpfe gegen die globale Herrschaft des Kapitalismus und seine Ausbeutungs- und Unterdrückungsmechanismen überall auf der Welt, auf der Wall Street, in Santiago, in Chile, in Kairo, in Tunesien, in Caracas, in Gaza müssen miteinander

verknüpft werden und sich gegenseitig stärken. Auch hierzu gehen wir einen wichtigen Schritt, um den Geist des gemeinsamen Kampfes und der gegenseitigen Solidarität im Kampf gegen das System zu fördern.

Wir halten unseren Kongress zu einer Zeit ab, da die AKP-Regierung und der Staat durch Verhaftungen den politischen Bereich permanent angreifen. Wir fordern die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen aus den Gefängnissen. Der Demokratische Kongress der Völker ist die oppositionelle Bewegung der Türkei. Sie ist das Widerstandszentrum gegen die AKP, welche die Interessen der türkischen Rechten und der herrschenden Klassen vertritt und den Vorposten des globalen Kapitalismus in dieser Region darstellt.

Alle Widerstandsherde der demokratischen und oppositionellen Kräfte sind die Widerstandsherde des Demokratischen Kongresses der Völker. Der Kongress schafft das gemeinsame Fundament für den Widerstand aller Unterdrückten und Ausgebeuteten; aller Arbeitenden, Migranten/-innen, Frauen, Dörfler/-innen, Jugendlichen, Rentner/-innen, körperlich und geistig Beeinträchtigten, LGBT (lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen) Menschen, aller Völker und religiösen Gruppen, die ausgegrenzt und unterdrückt werden, sowie aller Umweltaktivist/-innen und Frauenrechtlerinnen.

Der Demokratische Kongress der Völker fordert die Streichung des auf einer Ethnie beruhenden Staatsbürgerschaftsbegriffs aus der Verfassung, der die Ursache für den Krieg ist. Stattdessen muss eine neue Verfassung ausgearbeitet werden, die alle Identitäten gleich behandelt und ihre Existenz schützt. Hierfür muss eine Bildungs- und Kulturpolitik gemeinsam mit der Bevölkerung umgesetzt werden, die allen das Recht auf muttersprachlichen Unterricht garantiert. Wir werden gegen die Mechanismen, die zur Ausbeutung der Frau, ihrer Arbeit, ihres Körpers und ihrer Identität führen, sowie gegen die Privilegien der Herrschenden und des männlichen Geschlechts Widerstand leisten.

Der Demokratische Kongress der Völker betrachtet das Verständnis der Demokratischen Autonomie für die Beendigung des Krieges, welcher aus der ungelösten kurdischen Frage herrührt, als wichtige Initiative. Wir werden uns darum bemühen, dass eine politische Ordnung errichtet wird, in der die Macht der Zentralregierung über die kommunale Selbstverwaltung aufgehoben ist. Nur so kann ein freies und freiwilliges Zusammenleben der Völker erreicht werden, in der das Volk auf lokaler Ebene durch breite Partizipation Entscheidungen selbst fällen und umsetzen kann und alle unterschiedlichen Gruppen sich frei artikulieren können.

Der Demokratische Kongress der Völker wird Widerstand gegen den Imperialismus, seine Herrschafts- und Unterdrückungspolitik, seine militärischen Stützpunkte sowie seine ökonomischen und politischen Abkommen leisten.

Der Demokratische Kongress der Völker setzt sich diese grundsätzlichen Ziele des Widerstandes und der Organisation. Wir nutzen die Erfahrungen der Freiheitskämpfe der Vergangenheit und haben eine Zukunft vor uns, in der neue Formen des Widerstandes darauf warten von uns entdeckt zu werden. Wir schreiten, gestützt auf die Frauen, die Jugend und alle arbeitenden Menschen voller Mut und Glauben in Richtung einer neuen freien Welt. Wir sind am Anfang einer neuen Etappe. Wir zweifeln nicht daran, dass sich die Wege aller für Freiheit und Gleichheit Kämpfenden mit unserem Weg kreuzen werden.



Ägypten hat gewählt: Frühling der Muslimbrüderschaft?

Von Issam Haddad, Publizist, Berlin

In Tunesien musste sich die islamische Partei NAHDA nach der Wahl mit zwei Mitte-Links-, bzw. linken Parteien arrangieren, um regieren zu können. Die Armee hielt sich weiterhin zurück. Die Regierung beschloss einen sechsmonatigen sozialen Frieden als Bewährungszeit, während der keine Streiks stattfinden dürfen.

Im Königreich Marokko ergriff der König die Initiative. Nach offizieller Verfassungsänderung hat die gemäßigt islamische Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung als stärkste Partei im neugewählten Parlament gemeinsam mit den Liberalen, der Mitte, Linken und Kommunisten (Partei des Fortschritts und des Sozialismus) erstmals die Regierung gebildet. Die Jugendinitiative „20 Februar“ erlahmte, und die konstitutionelle Monarchie wurde ausgerufen.

Ägypten hat gewählt. Stärkste Partei ist die Partei der Freiheit und Gerechtigkeit, der politische Arm der Bewegung der Muslimbrüderschaft, geworden. Sie errang 219 Parlamentsitze. Insgesamt 237 Mandate erhielt die von ihr geführte Demokratische Allianz mit zehn kleinen Parteien, von denen besonders die Partei Al-Ghad (Der Morgen) unter Eiman Nour (liberal) und die Partei Al-Karameh (Nasseristen) zu erwähnen sind. Bei einer Gesamtzahl von 508 Abgeordneten im neuen Parlament ist der Partei der Freiheit und Gerechtigkeit der Weg zur Regierungskoalition vorgezeichnet. Besonders massiv wirbt sie um die älteste liberale Partei Al-Wafd, die bis kurz vor der Wahl noch der Demokratischen Allianz angehörte.

Die Grundlage für das Regierungsbündnis bietet der im Konsens mit 43 anderen Parteien formulierte Entwurf der künftigen Verfassung. Diese soll von einer einhundert Mitglieder zählenden verfassungsgebenden Versammlung ausgearbeitet werden. Deren Mitglieder werden vom Abgeordnetenhaus und Oberhaus gemeinsam bestimmt. Trotz dieser Festlegung herrscht Skepsis, besonders nachdem die Muslimbrüder zusammen mit anderen Islamisten den Vorsitz in 15 von 19 Ausschüssen des Unterhauses an sich gerissen haben. Beteuerungen, in dieser Phase des Übergangs zu parlamentarischer Demokratie und politischem Pluralismus nach dem offiziellen Verzicht auf Gewalt keine Alleingänge zu unternehmen und kein Machtmonopol anzustreben, sind von einer so übermächtigen, gut organisierten und finanziell starken ideologisch-dogmatischen Partei nicht leicht zu verkaufen und werden nur von wenigen geglaubt. Nach rechts außen zur Partei Al-Nour der Salafisten wollen die Muslimbrüder angeblich nicht die Hand ausstrecken. Mit 108 Sitzen und insgesamt 120 Mandaten ihrer Islamischen Allianz mit kleineren salafistischen Parteien im Unterhaus böte Al-Nour zahlenmäßig eine gute Grundlage für eine stabile Koalition. Angeblich will sich aber keine Partei mit ihnen einlassen. Die Liberalen in ihren verschiedenen Formationen versuchen eifrig einen Block im Unterhaus zu bilden, bzw. gemeinsames Handeln und Vorgehen im Parlament zu koordinieren, um in der Legislative und bei Kontrollaufgaben als Gegenpol wirken zu können. Ein schweres Unterfangen bei diesem bunten Mosaik von Kräften, die sich zumeist erst im Zuge der Massenproteste gegen das korrupte, repressive Ausbeutungsregime Mubaraks in aller Eile formiert haben und noch

keine Erfahrungen mit öffentlichen Massenaktionen und sozial-politischer Arbeit besitzen.

Die Schwäche des bislang noch virtuellen liberalen Blocks im Unterhaus resultiert zum großen Teil aus dessen Zersplitterung vor und während der Wahl und der Fokussierung seines Kampfes auf die Gefahren eines religiös definierten Staates. Letztere war kontraproduktiv und kam bei der tendenziell konservativ-islamischen Bevölkerung nicht gut an. Auch der Kampf gegen das Weiterbestehen des Militäregimes war für die Mehrheit der Ägypter kein aktuelles, nachvollziehbares Thema.

Als wirkungsvoller für die Einflussnahme auf die Entwicklung in dieser Phase erweist sich die Kooperation und adäquate Abstimmung zwischen dem liberalen Block im Parlament und der außerparlamentarischen Opposition, der Hauptdomäne der „Macher“ der Protestbewegung. Ohne jeden Zweifel müssen diese jedoch nach der Präsidentenwahl im Juni 2012 und der Bildung einer neuen Regierung unter Führung des Blocks des politischen Islams mit ganz anderen Gegnern auf den Straßen rechnen. Denn der politische Islam hat Tradition in der „Bekämpfung“ von „gottlosen Linken und Kommunisten“. Ein solches Zusammenwirken strebt das Militär bereits seit seinem „Putsch“ vor einem Jahr an. Dieses stützt sich auf ein mühsam und behutsam gesuchtes Arrangement zwischen Armee und politischem Islam zur Sicherung der beiderseitigen Interessen unter Berücksichtigung strategischer Interessen der USA und der Verbündeten auf der arabischen Halbinsel. Neben gemeinsamer Gesinnung und politisch-wirtschaftlich neoliberaler Ausrichtung geht es um in Aussicht gestellte große finanzielle Hilfsprogramme. Das Militär hat geputscht, um sein aus der Julirevolution von 1952 herrührendes politisches Prestige zu bewahren. Aber sein brutales Vorgehen galt auch dem Schutz seines Wirtschaftsimperiums. Dieses Imperium wuchs besonders stark nach dem Friedensabkommen mit Israel und erhält bis heute finanzielle Unterstützung aus den USA.

Ein koordiniertes Wirken von Militär, Muslimbrüdern und Salafisten wird angestrebt, getragen von einer im Parlament abgeseigneten Regierung. Diesen Kräften geht es vor allem darum, jegliches Ausscheren Ägyptens aus der Einflussphäre der USA und deren Verbündeten zu verhindern. Die Sicherheit Israels auf der Basis des Friedensabkommens soll absolute Priorität behalten.

Die gegenseitigen Besuche von Delegationen der USA und der Muslimbrüder wirkten in diesem Sinne. Ist das nun Doppelzüngigkeit oder Pragmatismus? Das real existierende Kräfteverhältnis und gemeinsame Interessen lassen Armee und Muslimbrüder mit dem Segen der USA, Katars und Saudi-Arabiens gegen die linken Kräfte und die wahren Liberalen in Ägypten zusammengehen. Eine unruhige bis turbulente Übergangszeit steht bevor. Die Bündelung linker und breiter liberaler Kräfte zur Förderung der Zivilgesellschaft um die Kairoer Al-Ashar-Universität als Institution, damit endlich außerparlamentarisch und parlamentarisch ein demokratischer Block entsteht und sich festigt, hat besonders für alle Linken höchste, geradezu überlebensnotwendige Priorität.

In diesem friedlichen, aber mit harten Bandagen geführten Kampf zu bestehen ist von entscheidender Bedeutung für die Antwort auf die strategische Frage, ob der politische Islam – gestützt von den USA und der Reaktion am Golf – in der nächsten Generation das Bild dominieren und das Schicksal der arabischen Welt bestimmen wird. Soll auf die-



se Weise ein islamisch-arabisches Modell der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung aufgebaut werden, wie der Generalsekretär der Muslimbrüder Muhammad Badī'e prophezeit? Als Gegenentwurf zu einem türkischen oder einem iranisch-islamischen Modell?

Gegen Experimente auf Kosten der Überlebenschancen der arabischen Völker, bei denen Ägypten immer eine entscheidende Rolle gespielt hat und spielen wird, wollen die national-demokratischen liberal-säkularen linken Kräften in den arabischen Ländern nationale Fronten aufbauen, um ein Gegengewicht im Sinne einer demokratisch-säkularen, wahren Frieden, Wachstum und soziale Gerechtigkeit fördernden Initiative zu schaffen. Diese wurde am 13./14.1.2012 bei Beratungstreffen von über 20 linken Parteien und Organisationen aus elf arabischen Ländern (darunter aus Ägypten) in Beirut gemeinsam verabschiedet. Im jordanischen Amman wurde in diesem Sinne bereits eine entsprechende Front aus der Taufe gehoben. Ihr Kampf ist auf wahre Reformen im Sinne einer politisch pluralistischen Gesellschaft und konstitutionellen Monarchie gerichtet.

Was ist links in Osteuropa?

Auftakt für das Osteuropaforum der RLS

Von Michael Glaß, Referat für Ost-, Mittelost- und Südosteuropa der Rosa-Luxemburg-Stiftung; aus: <http://www.rosalux.de>

Ende September stand in Berlin die Frage „Was ist links in Osteuropa?“ im Mittelpunkt des Osteuropaforums – des neuen Osteuropa-Arbeitskreises der Stiftung. Mit ihm soll Interessierten und Engagierten eine Möglichkeit gegeben werden, sich über politische Entwicklungen in Osteuropa auszutauschen, Projekte und Partner in der Region kennenzulernen und sich zu vernetzen.

Den Auftakt bildete ein Gespräch über die Situation linker Parteien und Bewegungen nach 20 Jahren Transformation. Was ist heute links in Osteuropa, und wer gehört überhaupt dazu? Wen und was vertreten sich als links bezeichnende Parteien in der Region? Wie verhalten sich linke parteipolitische Akteure und linkes gesellschaftliches Engagement zueinander? Welche Rolle spielen emanzipatorische Bewegungen? Parteienforscher Prof. Dieter Segert von der Universität Wien und Natalja Stepakova, Vorsitzende der Humanistischen Jugendbewegung in Murmansk (GDM), führten mit Beiträgen in das Thema ein.

Tätigkeitsfeld der Murmansker Organisation ist die politische Jugendbildung, ihre Themen sind der Widerstand gegen die radikale politische Rechte, Menschenrechte, die Zukunft von Bildung und Arbeit, Genderfragen, gesellschaftliche Utopien, Selbstorganisation. Die GDM arbeitet mit vielen NGOs in Murmansk und Russland zusammen und ist an verschiedenen gesellschaftlichen Initiativen beteiligt. Ihre Großveranstaltungen in Form kultureller Projekte ziehen mitunter Tausende Interessierte an. Seit 2003 gibt es eine enge Kooperation mit der RLS, die nach ihrer Einschätzung sehr wichtig für die politische Identität der jungen Humanist/-innen sei. Der Begriff der politischen Bildung sei in Russland allerdings anders konnotiert, sagte Natalja Stepakova. Er werde von jungen Leuten mehrheitlich mit Parteischulung und Agitprop

assoziiert. Die GDM betreibe zwar politische Bildungsarbeit, vermeide unter diesen Umständen aber die öffentliche Verwendung dieses Begriffs und spreche lieber von staatsbürgerlicher Aufklärung.

Die GDM sehe sich als eine linksorientierte Bewegung. Ihr Verständnis von Linkssein basiere auf solchen Prinzipien wie Emanzipation, Solidarität, Selbstorganisation, Kritik, Humanismus, der Suche nach Alternativen. Viele junge Leute in Russland assoziierten mit Politik eher Negatives, sie verbänden damit in erster Linie das Wirken von Parteien. Und das sei diskreditiert – dadurch, dass die Parteien dort im Grunde künstliche Projekte seien, durch das Fehlen von fairen Wahlen mit alternativen Möglichkeiten und die Profanisierung demokratischer Institutionen, so Stepakova. Für Unaufrichtigkeit öffentlicher Politik habe insbesondere die Jugend ein feines Gespür. Linksorientierte Jugendliche sähen keine politische Kraft im Parlament, die ihre Interessen vertreten würde. Und wer sich von den Jungen in Parteien engagiere, wolle in der Regel Karriere machen, wobei es natürlich auch Ausnahmen gebe. In der GDM und ihrem Umfeld sei niemand parteipolitisch organisiert. Eine Zusammenarbeit mit Parteien gebe es nicht und sei gegenwärtig auch nicht gewollt. Wer käme denn auch in Frage? Im gesamten Spektrum der im Parlament vertretenen Parteien werde nur die Kommunistische Partei KPRF traditionell als links angesehen. Das sei sie aber nicht, so Stepakova. Die KPRF spiele nur die Rolle der „Oppositionspartei“. Ihre Zielgruppe seien Menschen, zumeist im Ruhestand, mit nostalgischen Gefühlen für die UdSSR. Die Partei habe kein kohärentes Programm, suche nicht nach Alternativen, ihre politischen Botschaften seien in die Vergangenheit gerichtet, und sie sei fokussiert auf die bloße Kritik des bestehenden Systems und die Verherrlichung der vermeintlich guten, alten Sowjetzeit – für junge Leute nicht gerade attraktiv. Leugnung von Repression, Stalin-Verehrung und Dogmatismus machten einen Dialog mit dieser Partei unmöglich. Die Partei selbst sei zu einem wirklichen Dialog auch nicht bereit. Was die Partei Gerechtes Russland anbelangt, so seien viele ihrer Losungen durchaus berechtigt, zumeist stehe aber wenig Substanz dahinter. Ihre Aktivitäten beschränkten sich auf Wahlkampf, Mail-Kundgebung und Printwerbung. Von Jugendarbeit sei nichts zu sehen. Einige Kontakte gebe es zu Jabloko, aber eher auf privater Ebene.

Wo also ist die Linke in Russland?, fragte Stepakova. Ihrer Meinung nach sei sie zu finden in den verschiedenen formellen und informellen Bürgerinitiativen – den Umweltschutz-, Frauen-, Menschenrechts- und antifaschistischen Bewegungen, den kulturellen und künstlerischen Gruppen oder den unabhängigen Gewerkschaften. Eine Vielzahl von Initiativen bilde sich derzeit, um bestimmte Gesetze zu verhindern oder zu ändern. Als Beispiele nannte sie das Abtreibungsrecht, das Bildungsgesetz und den Schutz des Chimki-Waldes bei Moskau. Diese Bewegungen beschäftigten sich nicht nur mit realer Politik und wollten nicht nur konkrete Probleme lösen, sondern böten auch ganz neue Zugänge zu Politik: Solidarität, Selbstorganisation, das Fehlen von Hierarchien, die Suche nach Alternativen, Kreativität. Nur im Bereich dieser Initiativen gebe es eine Diskussion über gesellschaftliche Werte und Alternativen. Wichtiger als eine abschließende Antwort auf die Frage, was denn nun links ist, sei die immer wiederkehrende Beschäftigung mit der Fragestellung selbst und dem eigenen Beitrag zum Verständnis von Linkssein.



Vielleicht sei ja die Einteilung Links-Mitte-Rechts überhaupt etwas zu einfach in der modernen Welt (Osteuropas). Das Internet biete im Grunde die Möglichkeit einer direkten Demokratie. Vielleicht gebe es irgendwann gar keinen Bedarf mehr für die Tätigkeit von Parteien und man müsse andere Formen der gesellschaftlichen Organisation suchen.

Ausgangspunkt der Ausführungen Dieter Segerts zur (parti-)politischen Linken in Osteuropa war der Hinweis auf die Diversität der Region im Allgemeinen und der Parteienlandschaft im Besonderen. Schon die von der Parteienforschung identifizierten drei linken Parteienfamilien – Sozialdemokratie, Linksparteien (Parteien, die links von der Sozialdemokratie agieren) und Grüne – seien in Osteuropa so eindeutig nicht auszumachen. Hier bildeten oft die ehemaligen Staatsparteien den Kern der politischen Linken.

Segert skizzierte dann die (Wahl-)Historie linker Parteien, wobei er den Fokus auf die beiden bedeutenden postkommunistischen „Reformparteien“ – die polnische Allianz der Demokratischen Linken SLD und die Ungarische Sozialistische Partei MSZP – legte.

Während in den ersten Wahlen 1990/91 insgesamt ein deutlicher „Rechtsruck“ zu verzeichnen war, als „Regenschirmparteien“ – in der Regel geprägt durch die vorhergehende Opposition zum Staatssozialismus – die Mehrheit der WählerInnen für sich gewannen, während die ehemaligen Staatsparteien (mit Ausnahme Südosteuropas) verloren, sahen die zweiten Wahlen in Polen und Ungarn den Sieg der reformierten Nachfolgeparteien. In Tschechien kam es bei den dritten Wahlen (1996) zum Aufstieg der Sozialdemokratie, die allerdings nur zweimal – 1998 und 2002 – zur Regierung gelangte. Die Wahlsiege der linken Parteien waren jedoch meist nicht von Dauer. Ungarn (2002 – 2010) und Litauen (2001–2008) sind Ausnahmen von der Regel. Nur in einigen postsowjetischen Staaten waren linke Parteien wegen der dort herrschenden Präsidialsysteme bisher noch nie an Regierungen beteiligt.

Segert analysierte dann den Absturz der beiden starken linken Parteien SLD (von 41% auf 8% 2011) und MSZP (von 43% auf 19% 2010), konnte das Thema an diesem Tag jedoch nur anreißen. Wesentliche Ursachen seien in Polen der Wechsel der SLD hin zu einer neoliberalen Wirtschaftspolitik und die Korruptionsskandale von SLD-Politikern gewesen, während in Ungarn die „Lügenrede“ Gyurcsanys und die darauffolgenden Ausschreitungen im brennenden Budapest 2006 der MSZP nur schwer wieder gut zumachenden Schaden zugefügt hätten.

Eine Krise der repräsentativen Demokratie zeige sich in dem allgemeinen Misstrauen der Wählerschaft gegenüber der politischen Klasse insgesamt. Der „Zusammenbruch“ der beiden linken Parteien in Ostmitteleuropa sei ein Ergebnis der Transformation und hoher, enttäuschter Erwartungen der Bevölkerung, welche sich in der Krise des Staatssozialismus herausgebildet hatten. Nachdem sich die Versprechungen des Konsumsozialismus der 1970er und 1980er Jahre als nicht wettbewerbsfähig gegenüber dem Modell der westeuropäischen Konsumgesellschaft gezeigt hätten, setzten Eliten wie Bevölkerungsmehrheiten in Osteuropa ihre Hoffnungen auf das westliche Modell. Diese seien enttäuscht worden: Der im Westen bereits zuvor betriebene Abbau des Sozialstaates beschleunigte sich durch das Verschwinden des staatssozialistischen Gegenmodells noch. Im Verlauf der wirtschaftlichen Umgestaltung. Vor allem im Zuge der Privatisierung

bereicherte sich eine kleine Gruppe von Menschen, nicht zuletzt die politische Klasse. Segert verwies in diesem Zusammenhang auf die zahlreichen Korruptionsaffären. Auch die Integration in die EU habe – anders als erhofft – keine merklichen Wohlstandsgewinne für die Mehrheit mit sich gebracht. Von diesen Frustrationen profitierten in Osteuropa vor allem die Rechtspopulisten.

Segert schlug vor, dass die politische Linke ausgehend von den osteuropäischen Erfahrungen folgende Handlungsfelder besetzen sollte:

- Eine Debatte darüber führen, worin die gegenwärtige Entfremdung der gesamten politischen Klasse (also auch der linken Parteien) von der Bevölkerung wurzelt. Diese Entfremdung zwischen Repräsentanten und Bürgerschaft ist eingesamteuropäischer Trend mit a) steigender Gleichgültigkeit gegenüber Wahlen und b) dem Aufstieg populistischer Parteien. Wie kann die Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Zustand der demokratischen Gemeinwesen genutzt werden, um einer starken linken Politik mehr nachhaltige Unterstützung zu organisieren?
- Alternativen im Interesse der Mehrheit entwickeln, linke Vorschläge zu den Kernthemen der heute anstehenden Veränderungen unterbreiten: ökologischer Umbau der Energieproduktion, Überwindung der exzessiven Konsumgesellschaft, Chancengleichheit in der Bildung, auch für sozial benachteiligte große Gruppen wie Roma und Migrant/-innen, für ein sozial und demokratisch integriertes Europa.
- Das Thema einer gerechten Einschätzung des Staatssozialismus und der Lebensleistung der eigenen Parteimitglieder bzw. der älteren Generationen der Wähler sollte die Politik linker Parteien Osteuropas nicht mehr so wie bisher dominieren, weil man sonst bald die Altersgruppen der heute 20 bis 40-Jährigen nicht mehr erreichen werde.
- Und schließlich: Ohne ein sozialeres und demokratisches Gesamteuropa könne die Lage in Osteuropa nicht zum Besseren verändert werden.

Die über 40 Teilnehmenden nutzten die Gelegenheit nicht nur für Nachfragen und Meinungsäußerungen, sondern auch für Wünsche nach Themen, die künftig in diesem Rahmen gemeinsam diskutiert werden sollten. Deutlich wurde dabei, dass das Thema keineswegs an einem Nachmittag erschöpfend behandelt werden kann und auf der Agenda bleiben wird: Passt das westeuropäische Rechts-Links-Schema überhaupt für Osteuropa? Fielen die kriminellen Privatisierungen nicht oft in die Regierungszeit der (vermeintlich linken) postkommunistischen Nachfolgeparteien? Sind aber andererseits Privatisierungsgegner per se links? Sind kommunistische Parteien, die konservativ-dogmatische Botschaften verbreiten, Teil der Linken? Ist die repräsentative Demokratie nur als Parteiendemokratie denkbar? Ist es nur auf lokaler Ebene vorstellbar, dass sich gesellschaftliche Bewegungen und Initiativen dem Wählervotum stellen? Leistet eine Schwächung der Rolle politischer Parteien nicht der Etablierung bzw. Konsolidierung autoritärer oder diktatorischer Präsidialregimes Vorschub? Sind Parlamentarismus und Mehrparteiensystem in vielen Nachfolgestaaten der Sowjetunion nicht eine einzige theatralische Inszenierung, die aus ganz bestimmten (wirtschafts- und sicherheitspolitischen) Gründen aber „im Westen“ politisch kaum thematisiert wird? Ist der Kapitalismus (nicht nur der in Osteuropa) demokratischer und sozialer denkbar? Es bleiben somit viele Fragen offen, wie sich die Linke in Osteuropa neu positionieren kann.



Die russische Linke und die neue Protestbewegung

Interview mit Andrej Demidow, Mitglied der „Linken Front“; aus: Eurasisches Magazin, Nr. 2/2012, Interviewer: Ulrich Heyden.

Andrej Demidow ist 39 Jahre alt und arbeitet als Geschichtslehrer an einer Moskauer Mittelschule. Er ist politisch sehr engagiert und Mitglied der „Linken Front“, einem Zusammenschluss verschiedener linker Gruppen.

● Wie ist die Haltung der Linken zu der neuen Protestbewegung?

Die Gefühle der Linken sind widersprüchlich. Es gibt Orthodoxe, die sind nicht begeistert. Sie glauben, dass es sich bei dieser Bewegung um eine Provokation der Macht handelt. Denn sie sehen, dass an der Spitze der Bewegung die Helden der Privatisierung der 1990er Jahre stehen wie der ehemalige Vizepremier Boris Nemzow, Ex-Finanzminister Alexej Kudrin und der ehemalige Ministerpräsident Michail Kasjanow. Am deutlichsten wurde diese Kritik am 24. Dezember, als der Theater-Regisseur Sergej Kurginjan vor der Moskauer Universität eine alternative Kundgebung durchführte, die sich direkt gegen die neue Protestbewegung richtete. Die Demonstranten sagten: „Wir brauchen keine Perestroika-2 sondern eine neue Sowjetunion“.

● Was sind das für Leute, die gegen eine Perestroika-2 demonstrieren?

Das sind Mitglieder linker orthodoxer Parteien, vor allem Stalinisten, die es gewohnt sind, in einem politischen Ghetto zu leben, Mitglieder der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation von Gennadi Sjuganow und der Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei von Viktor Tjulkin.

● Sind das alle? Wozu gehören Sie?

Es gibt eine zweite Gruppe, der Linken, zu der ich gehöre. Wir sehen in der neuen Protestbewegung vor allem eine Bewegung von unten. Wir sehen, dass sich Menschen für politische Frage interessieren, die sich vor kurzem noch nicht dafür interessiert haben. Das sind Wähler und Wahlbeobachter, die dachten, die Wahlen werden ehrlich sein. Als sie gesehen haben, dass die Wahlen nicht ehrlich sind, hat die Macht in ihren Augen an Legitimität verloren.

● Warum entsteht gerade jetzt diese Protestbewegung? Es soll doch schon früher Wahlfälschungen gegeben haben und es gab Gerichtsprozesse wegen derartiger Vorfälle.

Die Gesellschaft hat Putin satt, der zuerst direkt und die letzten vier Jahre indirekt regiert hat. Viele Leute hatten die Illusion, dass Medwedew Reformen durchführt. Als klar wurde, dass das alles ein Spiel war, als Medwedew und Putin erklärten, sie hätten den Ämtertausch schon vor vier Jahren abgesprochen, gerieten viele Leute über diesen Zynismus in Rage.

● Welche Rolle spielt der Blogger Alexej Nawalny?

Der Blog von Nawalny spielte eine große Rolle. In Spitzenzeiten hatte der Blog 100.000 Besucher am Tag. Das ist etwa so viel wie die Auflage einer der großen russischen Zeitungen. Zum Vergleich: Die Seite unseres Informations-Portals

ikd.ru hat maximal 500 Besucher am Tag. Nawalny gelang es, durch spielerische Formen die Menschen in die Politik einzubeziehen. Er sagte, lasst uns die „Partei der Betrüger und Diebe“, also Einiges Russland, bestrafen, lasst uns Plakate mit Karikaturen drucken. Er organisierte im Internet einen Plakatwettbewerb. Dann rief er dazu auf, die Plakate im Hausflur aufzuhängen und sich als Wahlbeobachter zu melden. Dadurch wurde Menschen angesprochen, denen die Parteien zu bürokratisch und langweilig sind. Es entstand das Gefühl, nicht du kämpfst gegen die Macht, sondern die Macht kämpft gegen dich, weil sie Wahlbeobachter von der Stimmenaushaltung ausschließt oder die Herausgabe von Wahlprotokollen verweigert.

● Welche Rolle spielen die Linken unter Bloggern?

Unter den zehn populärsten Blogs im Netzwerk Livejournal ist kein einziger von einem Linken. Aber die zehn populärsten Blogs, die zum Thema Gesellschaft schreiben, sind alle regierungskritisch. In den letzten zehn Jahren war es nicht modern, links zu sein. Wenn jemand in seinem Blog über seine heiße Liebe zu Gaddafi schrieb, wie es unter den Linken ziemlich verbreitet ist, gab es nur geringe Chancen, im Netzwerk Livejournal Freunde aus der „zornigen Mittelschicht“ zu finden. Für die sind Gaddafi und der KP-Chef Sjuganow feindliche Figuren, kauzig und nicht zeitgemäß. Die Neue Linke kennen sie gar nicht.

● Und der Kreml guckt bei den Bloggern einfach zu?

Der Kreml hat gedacht, das Internet sei nur eine Spielwiese für Nichtstuer. Die Staatsmacht setzte auf die Macht des Fernsehens. Natürlich machte der Kreml den Versuch der Gegenpropaganda. Er hat viel Geld für Pro-Kreml-Blogs ausgegeben. Es gab Hacker-Attacken gegen Nawalny.

● Manche meinen, es habe einen Vertrag zwischen Putin und der Bevölkerung gegeben. Danach sorgte Putin für soziale Stabilität, während sich das Volk nicht in politische Fragen einmischte. Warum funktioniert dieser Vertrag nicht mehr?

In den ersten Jahren von Putins Präsidentschaft schätzten die Leute, dass es Stabilität gab, dass man seine Zukunft planen konnte, dass die Renten, selbst wenn sie klein waren, pünktlich gezahlt wurden. Außenpolitisch versprach Putin einen starken Staat aufzubauen. Putin versprach die Erbschaft von Jelzin mit der Bevorteilung der Oligarchen nicht weiterzuführen. Doch Roman Abramowitsch lebte unter Jelzin gut und er lebt unter Putin gut. Oligarchen gibt es immer noch. Nur agieren sie heute verdeckt.

● Als der Leiter der Linken Front, Sergej Udaltow, Anfang Januar aus dem Gefängnis entlassen wurde, gab es im liberalen Radiosender „Echo Mosky“ begeisterte Anrufer, die diesem radikalen Linken ihre Hochachtung ausdrückten. Wie kommt es, dass ein Linker zum Helden der Liberalen wird?

Udaltow wird von vielen Liberalen verehrt, weil er Widerstand gegen das Regime leistet und dafür einstecken muss. Mit seinen Grundüberzeugungen will man sich nicht beschäftigen. Sobald die Linken im Koordinierungsrat der Protestbewegung anfangen, über die Betrügereien bei der Privatisierung des Staatseigentums zu sprechen, beginnt wieder die Hysterie gegen die Linke.



● **Wird es eine orange Revolution geben?**

Die wird es nicht geben, denn Russland ist ein großes Land. Die Menschen in der Provinz sind noch nicht überzeugt, dass es sich in Moskau um ernsthafte Proteste handelt. In Moskau ist der Lebensstandard höher. In der Provinz interessieren die Menschen vor allem soziale Fragen. Eine Verbreitung der Protestbewegung wäre nur möglich, wenn die Bewegung soziale Fragen aufgreift. Aber die sozialen Fragen wollen die Moskauer Liberalen auf später verschieben. Eine orange Revolution bedeutet, dass eine Führungsfigur durch eine andere ersetzt wird, so wie es in der Ukraine war. Auf Janukowitsch folgte Juschtschenko. Ein wirklicher Systemwechsel ist nur möglich, wenn das ganze Land einbezogen wird. Deshalb wollen wir überall Basiskomitees gründen. Das ganze Russland ist linker als das eher bürgerliche Moskau.

Viel Lärm um nichts? Dumawahl in Russland

○ *Von Wladimir Fomenko, Büro Moskau der Rosa-Luxemburg-Stiftung; aus: www.rosalux.de*

Am 4. Dezember 2011 hat Russland sein Parlament, die Staatsduma, zum 6. Mal und erstmals auf fünf Jahre gewählt. Damit trat das 9 Zeitzonen umfassende Land in einen Wahlzyklus ein, der Anfang März 2012 mit der Wahl des Präsidenten abgeschlossen wird. 107 Millionen Wahlberechtigte, darunter knapp 2 Millionen mit ständigem Wohnsitz im Ausland, wählten unter sieben politischen Parteien und ihren Kandidaten aus. Die ersten Wähler meldeten sich am Abend vorher in Neuseeland in einem externen Wahllokal, als letzte machten am Montagmorgen Wähler in San Francisco ihr Kreuzchen. Die Wahlbeteiligung lag insgesamt bei gut 60 Prozent.

○ Der Wahlkampf verlief ohne Überraschungen und nach Meinung vieler Beobachter eher langweilig. Die Spitzen der regierenden Partei Einiges Russland enthielten sich wie immer aller öffentlichen Debatten, denen damit die Schärfe der offenen Konkurrenz genommen wurde. Die Wahlen zur Duma, deren Platz im politischen System mit vielen Gegengewichten ausgestattet ist, lägen eigentlich außerhalb der Politik, meint der liberale Publizist Leonid Radsichowski. Auch eine Konkurrenz sei eher Illusion: Das politische Kapital der Parteien sei nicht vergleichbar, es funktionieren nur die Grundsätze der Werbung und der großen Zahlen. Das renommierte Levada-Zentrum ermittelte im September 2011, dass 80 Prozent der Bürger überzeugt davon waren, die Geschehnisse im Land nicht beeinflussen zu können, und gut die Hälfte wünschten auch gar nicht, etwas zu bewegen, nicht mal auf lokalem Niveau.

Doch die Wahlergebnisse haben mit einigen deutlichen Überraschungen solche Erwartungen gekippt. Einiges Russland rutschte von satten 64 Prozent (2007) unter die psychologisch wichtige 50-Prozent-Marke und wird in der neuen Duma 77 Sitze weniger bekommen. Drei Oppositionsparteien konnten im Gegenzug deutlich zulegen: die Kommunistische Partei der Russischen Föderation verbessert sich von 57 auf 92 Mandate (knapp 20 Prozent der Wählerstimmen), die sich sozialdemokratisch gebende Partei Gerechtes Rus-

land kommt von 38 auf 64 Sitze (13,2 Prozent) während die Liberaldemokraten um Wladimir Schirinowski um 16 Mandate zulegen und neu mit 56 Sitzen (11,6 Prozent) im Parlament dabei sein werden. Andere Parteien scheiterten an der 7-Prozent-Hürde und werden im Parlament nicht vertreten sein – darunter auch Grigori Jawlinskis Jabloko, der sich nach längerer Abwesenheit in der Politik zurückgemeldet hatte.

Beobachter neigen dazu, dieses Ergebnis als dramatisch zu werten. Einige sprechen vom Ende der zehnjährigen Stabilität, wie sie durch die Regierenden verstanden und praktiziert wurde, andere von der größten Wahlniederlage der Putin-Medwedew-Partei und dem Beginn eines merklichen Stimmungsumschwungs gegen das herrschende Macht- und Medienmonopol der Regierung. Eines steht fest: Der 4. Dezember ist über den Rahmen einer turnusmäßigen Parlamentswahl hinausgegangen. Es fand ein informelles Referendum statt, bei dem es weniger um die Sitzverteilung in der Duma, sondern vielmehr um das Vertrauen zur Macht gegangen ist. Dieses bescherte dem Kreml einen deutlichen Machtverlust, was nicht automatisch als ein Sieg der Opposition gedeutet werden kann. Einiges Russland wird weiterhin die Mehrheit in der Duma behalten während die unter sich gesplante Opposition nur partiell an Einfluss gewinnt.

Die relativen Erfolge der etablierten Opposition dürften auch der unter vielen Bürgerinnen und Bürgern anzutreffenden Stimmung geschuldet sein, um jeden Preis gegen die Einheitsrussen votieren zu wollen. Die bisherige Taktik unzufriedener Wähler ohne eine wählbare Alternative, den Urnengang zu boykottieren, hatte sich nicht bewährt. Viele Proteststimmen landeten allerdings bei den linken und konservativen Parteien und nicht etwa bei Jabloko oder der „neoliberalen“ Partei Prawoje Delo. Dieser Trend könnte darauf hinweisen, dass die Gesellschaft eine zweite „Machtpartei“ wünscht. Um es wieder mit Leonid Radsichowski zu sagen: Das geltende System der Imitation politischer Konkurrenz wird im Ergebnis der Wahlen reproduziert; zwar könnte das Parteienleben mit seiner bislang demonstrierten Verantwortungslosigkeit, Heuchelei und seinem Pathos etwas aufblühen, doch sollte man einsehen, dass die Parteiendemokratie an sich genauso wie ihr Fehlen kein einziges Problem des Landes zu lösen vermag.

Doch zurück zum Wahlkampf und seinen wichtigsten Akteuren. Einiges Russland agierte mit dem Slogan: Kein Schritt zurück, sonst kommt die Katastrophe. In der Endphase des Wahlkampfes griff die Regierungspartei zu den Argumenten „Eurasische Union“ (Putin) und „Dezentralisierung der Macht“ (Medwedew). Den immer noch hohen Prozentanteil der Stimmen haben ihr nach Meinung der Experten Wähler gesichert, die von öffentlichen Geldern extrem abhängig sind. Der bisherige Kurs der herrschenden Kreise war paradoxerweise auf die Konservierung dieser Armut und Abhängigkeit gerichtet. Einige nationale Republiken (Tschtschenien und Dagestan) spendeten der Kremlpartei in einem Anfall vorausseilenden Gehorsams maximale Prozentsätze.

Die KPRF pflegte das Image der stärksten Oppositionspartei und präsentierte das radikalste Wahlprogramm: Nationalisierung sämtlicher Naturressourcen, also staatliches Monopol auf die Erdöl- und Erdgasexporte, Reindustrialisierung und Wirtschaftsdemokratie, Steuererhöhungen für Reiche, keine weitere Privatisierung der Daseinsvorsorge. Die Partei hat de facto ihre elektoralen Positionen von 1995 bis 1999



nach dem Tief der Nulljahre wiederhergestellt und ihren Vorsitzenden Gennadi Sjuganow als gemeinsamen Kandidaten der Opposition bei den kommenden Präsidentschaftswahlen vorgeschlagen, um so eine Stichwahl zu ermöglichen.

Gerechtes Russland dürfte von der Müdigkeit der Wähler in Bezug auf das Spitzenpersonal der Konkurrenz profitiert haben. Parteichef Sergej Mironow, vor kurzem noch Vorsitzender des Föderationsrates (des Oberhauses des Parlaments), schaffte vor staunendem Publikum den Sprung vom Kremlgetreuen zum Oppositionspolitiker. Die programmatische Nähe der beiden linksorientierten Parteien schafft neue Räume für künftige Kooperation in und außerhalb der Duma. Die parlamentarische Stärkung von Gerechten Russland könnte auch in dem Sinne interpretiert werden, dass die Chancen für eine nichtkommunistische Linkspartei insgesamt gewachsen sind.

Der Wahlkampf der Liberaldemokraten war wie erwartet auf die Person Schirinowskis fokussiert und wies mitunter krasse nationalistische und xenophobe Züge auf. Nur mit Kremlnähe kann die Tatsache erklärt werden, dass ihr Hauptwahllogan „Für die Russen“ von den Behörden nicht beanstandet wurde. Das Thema der Migration aus dem Kaukasus und Zentralasien beschäftigte das gesamte politische Spektrum. Auch der Kreml bediente sich seiner während der so genannten Piloten-Affäre in Tadschikistan kurz vor dem Wahltermin. Präsident Medwedew (Listenplatz 1 für Einiges Russland) setzte sich persönlich für die Freilassung zweier im tadschikischen Kurban-Tjube verurteilter russischstämmiger Piloten ein. Deren Rückkehr nach Moskau wurde als ein Akt nationaler Solidarität gefeiert. Nun sorgten die Tadschiken auch noch für das richtige Wahlergebnis, spotteten böse Zungen in Anspielung auf die Tatsache, dass ein Großteil der in Moskau anfallenden Serviceleistungen (wie Straßenreinigung z.B.) inzwischen von tadschikischen Migrantinnen und Migranten erbracht wird.

Die legislative und politische Agenda der neuen Duma wird sich erst nach den Präsidentschaftswahlen am 4. März 2012 ergeben. Analytiker erwarten von der Duma, dass sie künftig mehr Einfluss im politischen System ausüben werde. Voraussetzung dafür sind die Absichten des Kremls, insbesondere des Noch-Amtsnehmers Medwedew, Letzteres zu reformieren (Senkung der Sperrklausel, Wiedereinführung der Wahl von Senatoren im Föderationsrat, von Gouverneuren und Oberbürgermeistern usw.) sowie eine breite personelle Erneuerung der Fraktionen. Medwedews Idee, eine „große Regierung“ aus Branchenprominenten und Parteisymphisanten einzuberufen, dürfte auch für das Parlament Konsequenzen haben. Es wird für die neue Duma schwieriger werden, sich auch weiterhin der Bürgerkontrolle und -beteiligung zu verschließen. Offen allerdings bleibt die Frage, ob mehr Einfluss der Parlamentarier auch von mehr Kompetenz, Verantwortung und Offenheit gegenüber den Bedürfnissen der Bürger begleitet wird.

Frischer Wind und Rückbesinnung auf soziale Gerechtigkeit: das linke Lager Polens in schwierigem Umbruch

Von Holger Politt, Leiter des Büros Warschau der Rosa-Luxemburg-Stiftung von 2002 bis 2009. Holger Politt übersetzt derzeit polnische Schriften Rosa Luxemburgs.

Nur der Palikot brachte vieles durcheinander. Sonst wäre alles geblieben wie beim letzten Mal. Polens politische Landschaft hat sich nach den Sejm-Wahlen vom Oktober 2011 merklich verändert, auch wenn mit Donald Tusk der neue Ministerpräsident der alte bleiben konnte und die bisherige Koalitionsregierung aus konservativ-liberaler Bürgerplattform (PO) und Bauernpartei (PSL) ihre Arbeit fortsetzen darf. Da diese Kontinuität im neuen Polen unter demokratischen Bedingungen erstmals erreicht wurde, denn bisher haben die Wähler amtierende Regierungen schlichtweg abgewählt, hat man Ministerpräsident Tusk jüngst mediengerecht zum Mann des Jahres erkoren. Doch viele meinen, diese Krone hätte eher Janusz Palikot gebührt.

Wer ist dieser Mann, der in Polen so bekannt ist wie ein bunter Hund? Als Janusz Palikot im Dezember 2010 seiner Partei, der PO, den Rücken kehrte, weil er den liberalen Teil für Maskerade hielt, gab er alle Posten und den Abgeordnetensitz zurück. Er werde wiederkommen, so seine Botschaft zum Abschied. Doch die Konjunktur für Neugründungen und Abspaltungen aller Couleur schien im Sommer 2011 vorbei zu sein. Gerade war die regierende PO fleißig dabei, rechts und links von sich neue prominente Mitstreiter an Bord zu holen, die dann recht wirksam auf einem Wahlkonvent wie neueste Besitzungen der Öffentlichkeit vorgeführt wurden. Manchem schien es, da werde gar Polens erste Volkspartei geboren. Den Anspruch hatte Tusk tatsächlich, denn er glaubte sich auf dem Weg, der politischen Konkurrenz unerreichbar davonzueilen. Wer sollte ihm noch Wählerstimmen wegnehmen können? In erster Linie zielte das noch immer auf die Nationalkonservativen von Recht und Gerechtigkeit (PiS), die seit der durchaus gelungenen Wahlkampagne von Jarosław Kaczyński für das Präsidentenamt im Frühsommer 2010 ihren Zuspruch annähernd halten konnten. Links von der PO führten die Linksdemokraten (SLD) ohnehin ein Sommerschläfchen, dachten vor allem an die Zeit nach dem Herbst 2011, in der sie als Juniorpartner der Tusk-Regierung die sechs mageren Oppositionsjahre vergessen machen wollten. Und kein Hahn krächte damals nach Palikot. Dessen Traum von einem triumphalen Wiedereinzug in den Sejm schien nichts als eine Seifenblase zu sein.

Die Steilvorlage kam von den Linksdemokraten, die im Sommer 2011 noch mit satten 15 Prozent der Wählerstimmen rechnen wollten. Um der PO möglichst ein attraktiver Koalitionspartner zu sein, entschieden die Mannen um den damaligen Parteichef und Spitzenkandidaten Grzegorz Napieralski, in der Öffentlichkeit umstrittene Themen möglichst nur am Rande zu streifen. Wenn überhaupt. Nicht viel blieb übrig von der Prophezeiung, mit der Napieralski 2008 ganz unumwunden das Spitzenamt der Linksdemokraten antrat. Er sei der polnische Zapatero, werde also insbesondere auf den Gebieten der Trennung von Staat und Kirche und der Minderheitenrechte sich zu profilieren wissen. Nichts der-



gleichen. Denn im Sommer 2011 wurden gerade diese beiden Themenfelder dem taktischen Kalkül geopfert. Bei den Linksdemokraten ahnten damals nur wenige, dass diese Entscheidung ihnen bei den Parlamentswahlen fast das Genick brechen sollte. Sie kamen mit einem blauen Auge davon.

Denn jetzt sammelte Palikot kräftig ein, alle, die von der SLD im Stich gelassen wurden oder sich so behandelt fühlten. Seine Partei nannte er folgerichtig Palikot-Bewegung (Ruch Palikota), eine Struktur, die eigentlich erst Ausgangs des Sommers im September zu funktionieren begann. Eine kunterbunte Truppe, würde man in Deutschland sagen. Was sie einte, war vor allem die scharfe Kritik am weltanschaulichen Zuschnitt der polnischen Demokratie, der ständigen Verletzung des Verfassungsgebots einer strikten Trennung von Staat und Kirche, ein Thema folglich, welches alle Parlamentsparteien seit Einführung der Verfassung im Jahre 1997 tunlichst zu meiden suchten. Auch, und sehr zum Leidwesen vieler ihrer Mitstreiter und Wähler, die Linksdemokraten der SLD. Palikot hatte ja im Dezember 2011 seiner ehemaligen Partei PO versprochen, künftig das liberale Korrektiv sein zu wollen. Der Angriff im Herbst 2011 erfolgte dann von links.

Auf Anhieb erhielt die Palikot-Liste glatte 10 Prozent der abgegebenen Wählerstimmen, in absoluten Zahlen 1,4 Millionen. Diese setzten sich zusammen aus über 700 000 Wählern, die vier Jahre zuvor noch die PO-Kandidaten angekreuzt hatten. Die etwas kleinere andere Hälfte kam vor allem durch die Erstwähler zusammen, bei denen Palikot mit einem Anteil von 25 Prozent gar den ersten Platz erreichte. Dazu kamen frühere Nicht- und einstige SLD-Wähler. Und Palikot war überhaupt der einzige, der der PO Stimmen in solchen Größenordnungen abjagen konnte. Was PiS seit 2007 und die SLD seit 2005 vergeblich versuchten, nämlich das eigene Ergebnis auf Kosten der großen Regierungspartei entscheidend zu stärken, klappte hier auf Anhieb. Ohne den der PO abgejagten Stimmenanteil wäre die Palikot-Liste nicht ins Parlament eingezogen.

Da nun die SLD seit ihrem Bestehen erstmals unter die 10-Prozent-Marke fiel und mit 8,2 Prozent ein höchst unbefriedigendes Ergebnis erreichte, änderte sich auf der linken Seite im Parlament einiges. Bisher war die SLD über zwei Jahrzehnte lang dort der unumstrittene Hegemon, was auch außerhalb des Parlaments seine Bestätigung fand. In den zurückliegenden beiden Jahren wurde die Partei bei Umfragen häufig an der 15-Prozent-Marke geführt. Drei bis vier Prozent stärker schätzten die Parteienforscher überhaupt das linksorientierte Wählerpotential ein, das aber außerhalb der SLD traditionell überaus zerklüftet und zerstritten gewesen war. Im Grunde trieb die SLD-Führung nie die Sorge um, sie könnte im linken Spektrum ernsthafte Konkurrenz bekommen. Und so kam es, dass sich Haltungen einschlichen, die anderswo von vornherein ein Todesurteil für linksorientierte Parteien gewesen wären. Mit dem Thema sozialer Gerechtigkeit, so namhafte Parteivertreter vor gar nicht langer Zeit, ließen sich keine Wählerstimmen ziehen. Auch das Thema der strikten Trennung von Staat und Kirche taugte nur bedingt, um neue Wählerschichten an die Partei zu binden, denn in der Gesellschaft gebe es kein nennenswertes Potential für einen politischen Krieg gegen Gott. Das Thema sei bei gesellschaftlichen Randgruppen gut aufgehoben, etwa bei den Antiklerikalen, damit könne aber keine große Politik gemacht werden. Doch Hochmut kommt vor dem Fall.

Die nur 8 Prozent der Wählerstimmen wirkten auf die SLD

wie eine kalte Dusche, so als ob gar der Einzug ins Parlament verfehlt worden wäre. Napieralski warf schnell das Handtuch als Fraktionschef und Parteivorsitzender. Er wurde in beiden Funktionen beerbt durch einen alten Kämpfer der Linksdemokraten, durch Leszek Miller, der vor allem für bessere Zeiten zu stehen scheint. Denn er wurde 2001 erster Parteivorsitzender und bescherte der SLD als Spitzenmann im Herbst 2001 über 40 Prozent der Wählerstimmen, was damals in Polen als sensationell galt. Nach einer Reihe von Skandalen in den Reihen der SLD und abstürzenden Umfragewerten musste er zwar im Mai 2004 das Handtuch werfen, gilt aber bis heute als ein Mann, der klaren Kurs halten und ihn durchsetzen kann. Deswegen wurde er nach dem Wahldebakel erneut gerufen. Anders gesagt – mangels personeller Alternative.

Doch zwischen Palikot und Miller könnten die Unterschiede in der Sicht auf die Gesellschaft und im Verständnis einer politischen Gruppierung größer nicht sein. So kommt es, dass Miller den Palikot vor allem als Eindringling, als Provokateur ansehen muss (und ansieht). Umgekehrt ist Miller für Palikot nichts weiter als ein Überbleibsel aus tiefster politischer Vergangenheit, ein politischer Dinosaurier, der sich in der Zeit geirrt hat. Der eine sei von Gestern, der andere gar nicht links – so die nicht gerade schmeichelhaften Urteile, die beide Kontrahenten sich bereitwillig an den Kopf werfen. Natürlich vermittelt über die schöne, bunte Medienwelt. Die Zeiten, da beide dem je anderen einen gewissen Respekt zollten, scheinen vorbei.

Wer die beiden Streithähne gern zur Eintracht bringen möchte, ist Aleksander Kwazniewski, Staatspräsident von 1995 bis 2005. So dachte er sich einen Kongress der Linken, der am 1. Mai 2012 in Warschau stattfinden sollte. Eine Art öffentlicher Begegnung, gar Verbrüderung beider Gruppierungen, denn, so Kwazniewskis Urteil, die Zukunft für Polens Linkskräfte hänge nun von beiden Seiten ab. Weder die SLD noch die Palikot-Bewegung seien imstande, allein den Herausforderungen gerecht zu werden, vor denen das linke Lager in Polen künftig stehe. Eindeutige Töne – es gehe um schiere Überleben als gewichtige, einflussreiche politische Kraft. Es geht auch darum zu verhindern, dass die politische Szene in Polen aufgeteilt wird in ein eher liberal-großstädtisches Lager, dessen Kern unzweifelhaft die PO stellen würde, und in ein nationalkonservatives, stärker die traditionellen Eigenheiten des flachen Landes und der Kleinstadt respektierendes Lager, in dem die jetzige PiS gut aufgehoben wäre. Seit Jahren favorisieren sowohl Spitzenpolitiker der PO als auch der PiS das Mehrheitswahlrecht und Wahlkreise, aus denen jeweils nur der Gewinner ins Parlament einzöge. Allein die hartnäckig gepflegte persönliche Feindschaft zwischen Tusk und Jarosław Kaczyński verhindert bisher, dass solche Pläne spruchreif werden. Doch auch diese Feindschaft wird nicht ewig halten.

Indessen baut Miller auf die verbliebenen Stärken der SLD, spricht zwar von notwendiger Erneuerung, von neuen Wählerschichten, die für die SLD gefunden und gewonnen werden müssten, aber er vertraut gewachsenen Strukturen im Territorium, den Verankerungen auf der Selbstverwaltungsebene, auf der die SLD den ungebetenen Herausforderern im eigenen Feld haushoch überlegen ist. Er erteilte kürzlich den Kwazniewski-Plänen eine eindeutige Abfuhr, denn dahinter stehe die Absicht, die SLD ganz aufzugeben, eine neue linksgerichtete Formation zu schaffen, womöglich

unter dem Patronat des Ex-Staatspräsidenten. Miller bleibt sich hier treu, kehrte er der SLD doch 2007 den Rücken, als diese zusammen mit der heute kaum noch existierenden liberalen Unia Wolności (Freiheitsunion) die Gruppierung „Linke und Demokraten“ ins Leben rief, die dann sang- und klanglos auseinanderbrach.

Außerdem kehrt er nun, viele Jahre nachdem er als Ministerpräsident tatsächlich in Polen das Sagen hatte, den traditionellen Linkspolitiker heraus. Er wolle da sein, wo die Gewerkschafter seien, bei den Menschen der Arbeit. Als Regierungschef gab er noch die Losung aus, Polen könne sich die ohnehin veralteten und für den Steuerzahler sehr teuren Sozialsysteme vieler alter EU-Länder gar nicht leisten. Jetzt, als Chef der kleinsten Parlamentspartei, zeigt er sich mutiger, richtig draufgängerisch gar.

Das zeigte sich zuletzt, als es um die PO-Pläne ging, auch in Polen das Renteneinstiegsalter schrittweise sowohl für Frauen als auch für Männer auf 67 Jahre heraufzusetzen (bisher für Frauen 60, für Männer 65 Jahre). Miller ist strikt dagegen, Palikot kann hingegen dem liberalen Argument in Teilen folgen, dass seit den Zeiten Bismarcks die Menschen sehr viel gesünder geworden seien und länger leben. Palikot, der mit seiner Bewegung augenblicklich in erster Linie junge und jüngere Wählerschichten anzieht, gibt sich hier modern, flexibel, wenig gewerkschaftsfreundlich. Da scheint auch der halbwegs erfolgreiche Unternehmer durch, der Palikot viele Jahre lang gewesen ist. Prompt beschuldigt Miller ihn, gar nicht links, sondern eine Vorfeldorganisation der regierenden PO zu sein.

Auf jeden Fall wirft dieser Hickhack unter den beiden einzig nennenswerten linksgerichteten politischen Kräften Polens ein bezeichnendes Licht auf die gegenwärtige Situation. Obwohl man zusammengerechnet mit über 18 Prozent der Wählerstimmen kein schlechtes Ergebnis erzielen konnte, fällt es einstweilen schwer, eine tragfähige und gemeinsame Perspektive oder gar Plattform ausmachen zu können. Die müssten erst einmal eine richtige Partei werden, sagen die einen. Das wollen wir gar nicht, antworten die anderen, zumindest nicht so eine, wie die SLD sie vorstelle. Was sich darin ausspricht, sind Konflikte um ein unterschiedliches Parteienverständnis, um sehr weit auseinandergehende Weltansichten, um das Verständnis des politischen und insbesondere öffentlichen Raumes, um Fragen der Demokratie in einer sich rasend schnell bewegenden Informationsgesellschaft. Diese Konflikte sind auch anderswo bekannt, tragen dort andere Namen, auch andere politische Ausrichtungen, aber sie stehen auf der Tagesordnung. Wie sie im Sinne linksgerichteter Politik erfolgreich gelöst werden können, steht auf einem anderen und nicht nur in Polen schwierigen Blatt.

Kroatien wählt den Wandel

Von Krunoslav Stojaković, Referat Ost-, Mittelost-, und Südosteuropa der Rosa-Luxemburg-Stiftung; aus: www.rosalux.de

Am 4. Dezember 2011 fanden in Kroatien die siebten Wahlen nach dem Zerfall Jugoslawiens zum „Sabor“, dem kroatischen Parlament, statt. Kroatiens Wahlverfassung beruht auf einem Verhältniswahlrecht und einer auf die zwölf Wahlheiten bezogenen fünf Prozent-Hürde. Die ersten zehn Wahlheiten folgen einer territorialen Gliederung des kroatischen Staatsgebiets, die elfte Wahlheit rekrutiert sich aus der sogenannten kroatischen Diaspora, kroatischen StaatsbürgerInnen also, die nicht im Land gemeldet sind, während die zwölfte Wahlheit ausschließlich den staatlich anerkannten Minderheiten zur Wahl ihrer acht Vertreter offen steht. Die Minderheit der in Kroatien lebenden Serben wählt dabei drei Vertreter, die restlichen 21 offiziell anerkannten Minderheiten wählen nach einem spezifischen Schlüssel insgesamt fünf Vertreter. Gewählt wurden insgesamt 151 Parlamentarier.¹ Interessant ist hierbei, dass die Zahl der Vertreter der sogenannten Diaspora nach jahrelangen hitzigen Debatten von fünf auf drei reduziert worden ist. Den meisten Widerstand diesbezüglich galt es bei der rechtskonservativen „Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft“ (HDZ) zu überwinden, die erheblich von dieser Regelung profitiert hat da die überwiegende Mehrheit der Diaspora aus national-konservativen Wählerschichten, insbesondere aus Bosnien-Herzegowina und Nordamerika, besteht.

Zwischen Korruption und Wirtschaftskrise – „Lijepa naša“² in Transition

Kroatien befindet sich gegenwärtig in einer ausgesprochen angespannten Wirtschafts- und Finanzlage, die sowohl gekennzeichnet ist durch einen spürbaren Rückgang des Wirtschaftswachstums als auch durch eine extrem hohe Staatsverschuldung (102 Prozent des BIP), deren Konsequenzen sich vor allem in einer hohen Arbeitslosenzahl (über 18 Prozent), einem beschleunigten Abbau sozialer Leistungen und der zunehmenden Infragestellung des freien Zugriffs auf öffentliche Güter niederschlagen. Diese Folgeerscheinungen der neoliberalen Transitionspolitik haben zu einem eklatanten Niedergang des durchschnittlichen Lebensstandards in Kroatien geführt, sind jedoch kein exklusiv kroatisches, sondern ein allgemeines Problem in den jugoslawischen Nachfolgestaaten. Für zusätzlichen Missmut und Widerstand innerhalb der Bevölkerung sorgte die als systemimmanent zu bezeichnende Korruptiertheit der politischen und ökonomischen Eliten des Staates, deren medialer Höhepunkt die nicht zuletzt innerparteilich motivierte Aufdeckung des Korruptionsskandals um den ehemaligen Premierminister und HDZ-Vorsitzenden Ivo Sanader war. Gegen ihn wird zur Zeit prozessiert, da er im dringenden Verdacht steht, mehrere Millionen Euro an illegalen Provisionen durch die Hypo Group Alpe Adria, eine ehemalige Tochter der bayerischen Landesbank, erhalten zu haben.

Doch nicht nur der ehemalige Premier ist unter Korruptionsverdacht geraten. Die bis Sonntag regierende HDZ unter Premierministerin Jadranka Kosor steht unter einem Generalverdacht, der durch die Aufdeckung einer Parteispendenaffäre, systematische Steuerhinterziehung und Vet-



ternwirtschaft an Brisanz und Schwere zugenommen hat. Auch die in der letzten Legislaturperiode führende Oppositionspartei, die sozialdemokratische SDP, wird immer öfter im Umfeld der Ermittlungen der kroatischen Antikorruptionsbehörde USKOK genannt. Hinzu kommen gefälschte Dokumentationen bei der Erfassung der Kriegsteilnehmer und Invaliden, was zu hohen Pensionszahlungen insbesondere an der HDZ nahe stehende Personen führte.

Die eklatante Krise des Bildungssektors, aus der heraus sich eine basisdemokratisch organisierte soziale Bewegung an den kroatischen Universitäten, insbesondere den philosophischen Fakultäten, herausgebildet hat, offenbarte auch die extreme soziale Exklusivität des kroatischen Bildungssystems und die damit einhergehende Benachteiligung junger Menschen aus Arbeiterfamilien. Das kroatische Hochschulsystem ist zudem, analog zum politischen, in der vergangenen Legislaturperiode ins Visier der Antikorruptionsbehörde geraten. Im Rahmen der „Affäre Indeks“ wurde die Öffentlichkeit mit der anscheinend insbesondere an wirtschafts- und ingenieurwissenschaftlichen Lehrstühlen verbreiteten Methode der sexuellen Dienstleistung oder der klassischen finanziellen Bestechung als anerkanntem Ersatz für fachliche Prüfungsleistung bekannt gemacht.³

Der endgültige Beginn der Beitrittsverhandlungen Kroatiens mit der Europäischen Union dürfte, zumindest formal, als eines der wenigen positiven Resultate dieser Legislaturperiode gelten. Jedoch steht zu befürchten, dass im Zuge dieser Verhandlungen auch die letzten Reste der sozialen Absicherung und der Arbeiter/-innenrechte aufgeweicht und zum Schluss abgeschafft werden. Dem europäischen Gedanken diametral entgegengesetzt gestaltete sich der Wahlkampf der Regierungskoalition, bzw. ihrer führenden Partei um Frau Kosor als Spitzenkandidatin. Nichts schien der in den Umfragewerten auf knapp 20 Prozent der Wählerstimmen abgesackten HDZ zu billig, um das Wahlvolk doch noch für die eigene Partei zu begeistern. Dabei oszillierte die Feindzuschreibung zwischen bräsigem Antikommunismus im innenpolitischen, und einem marktschreierischen Nationalismus im außenpolitischen Diskurs. Zu den Warnungen, die Wähler müssten sich entscheiden ob sie ein „rotes Kroatien“ haben möchten, womit sie auch eine ideologische Kampagne gegen den derzeitigen Staatspräsidenten und gemäßigten Linken Ivo Josipović implizierte, gesellte sich ein medial geführter Rückfall in die 1990er Jahre, als die Premierministerin wiederholt zu verstehen gab, dass Kroatien sich nie wieder Befehle aus der serbischen Hauptstadt Belgrad abholen werde. Hintergrund dieser Aussagen war ein geplanter Auslieferungsantrag der serbischen Justizbehörden gegen mutmaßliche kroatische Kriegsverbrecher, dessen juristische Bindungspflicht jedoch von der kroatischen Seite nicht mehr anerkannt wird.

Weiterhin schwierig gestaltet sich die Situation der Minderheitenrechte, insbesondere der serbischen Minderheit. Zwar beteiligte sich die „Unabhängige Serbische Demokratische Partei“ (SDSS) sogar als Koalitionspartner an der Regierung, einen merklichen positiven Aufschwung in der Frage der Rückführung und Entschädigung der vertriebenen Staatsbürger serbischer Nationalität kann man jedoch auch nach dieser Legislaturperiode nicht konstatieren.

Noch weniger zufriedenstellend fällt das Urteil in der Frage des gesellschaftlichen Umgangs mit sexuellen Minderheiten aus. Selbst wenn man einen längeren Wandlungsprozess

im Hinblick einer Anerkennung und vollen Gleichberechtigung Homo- und Transsexueller Communities in Rechnung stellt, zumal in einer Mehrheitsgesellschaft, deren mentale Disposition seit den 1990er Jahren systematisch durch den überwiegend reaktionären und erzkonservativen Klerus der katholischen und orthodoxen Kirche geprägt worden ist, so trägt die politische Elite Kroatiens dennoch die volle Verantwortung für die durch nichts zu rechtfertigende Gewalteskalation gegenüber sexuellen Minderheiten, wie sie sich etwa bei den in Zagreb und Split organisierten gay pride in aller Dramatik zeigte.

Zusammenfassend liest sich die Regierungsbilanz von Premierministerin Kosor als Fortsetzungsroman einer autistischen politischen Klasse, der jegliches Bindungsgefühl zur gesellschaftlichen Realität Kroatiens und den konkreten Problemlagen der Menschen abhanden gekommen ist. Dazu passt, dass lediglich auf außenpolitischem Terrain mit der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU ein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt wurde.

Die Parlamentswahlen 2011 – Ergebnis und Analyse

Die Wahlbeteiligung lag bei den diesjährigen Parlamentswahlen bei knapp über 46 Prozent, was einen Rückgang um elf Prozentpunkte im Vergleich zu den Wahlen 2007 bedeutet. Die siegreiche „Kukuriku“-Koalition unter Führung der sozialdemokratischen SDP errang nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis insgesamt 80 Mandate, was knapp 52 Prozent der abgegebenen Stimmen entspricht, während die bisher regierende HDZ mit 47 Mandaten knapp über 30 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Damit hat „Kukuriku“, neben der SDP noch bestehend aus der „Kroatischen Volkspartei“ HNS, dem „Istrischen Demokratischen Parlament“ IDS und der „Kroatischen Pensionärspartei“ HSU zwar nicht die in einigen Prognosen in Aussicht gestellte absolute Mehrheit erreicht, dennoch verfügt sie über eine politisch sehr stabile und komfortable Position, auch weil sich die restliche Zusammensetzung des kroatischen Parlaments überwiegend links von der nun in Opposition stehenden HDZ sieht. Dazu gehört die neugegründete Partei „Kroatische Arbeiter“ (Hrvatski laburisti) mit sechs Mandaten, die SDSS mit drei Mandaten, der Zusammenschluss zwischen „Kroatischer Bauernpartei“ HSS, „Grüner Partei“ ZS und der „Rentnerpartei“ SP mit einem Mandat sowie die Liste des linksliberalen Theologen und Kirchenkritikers Ivan Grubišić mit zwei Mandaten. Dieser Mitte-Links-Block kommt auf 92 Sitze (63 Prozent) im neuen Parlament, während die rechten Parteien insgesamt 55 Sitze (knapp 35 Prozent) besetzen. Neben der gemeinsam angetretenen Mitte-Rechts-Koalition bestehend aus HDZ, der „Kroatischen Bürgerlichen Partei“ HGS und dem „Demokratischen Zentrum“ DC, errang die „Kroatische Demokratische Partei von Slawonien und der Baranja“ HDSSB sechs Mandate, während die faschistoide „Kroatische Rechtspartei“ HSP/HČSP mit einem Vertreter die Rechtsaußenbesetzung des Parlaments darstellt. Politisch nicht eindeutig zuzuordnen sind die fünf Vertreter der staatlich anerkannten Minderheiten.

Wie die voranstehenden Bemerkungen zeigen, wurde die Frage etwaiger Koalitionsmöglichkeiten in Kroatien schon vor der Wahl geklärt. Die Differenzen zwischen den beiden stärksten Parteien SDP und HDZ waren und sind nahezu unüberbrückbar, gleichzeitig bestand ein ausgeprägter Verän-



derungswunsch sowohl bei den anderen Parteien des Mitte-Links-Spektrums als auch bei der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit, der sich zu einem ausgeprägten Lagerwahlkampf entwickelte. In der Öffentlichkeit wurden die Wahlen auch als ein eben solcher perzipiert, und ein Großteil der Medien unterstützte zumindest implizit die oppositionelle „Kukuriku“-Koalition. Den Hintergrund dieser extremen Wechselstimmung in Kroatien bildeten zwei große Problemblöcke, deren erfolgreiche Behebung der abgewählten Mitte-Rechts-Koalition nicht nur nicht zugetraut worden ist, sondern sie wurde auch als ursächlicher Akteur dieses negativen Ist-Zustands wahrgenommen. Die schwere ökonomische und soziale Situation Kroatiens wurde dabei nicht nur der abgewählten Regierung und der Premierministerin Jadranka Kosor angelastet, die gesamte historische Rolle dieser Ende der 1980er Jahre vom ersten kroatischen Präsidenten Franjo Tuđman gegründeten nationalkonservativen Partei wurde einer kritischen Revision unterzogen. Dahinter stehen die seit Jahren erhobenen Vorwürfe der Vettern- und Günstlingswirtschaft insbesondere gegenüber parteigenehmen Geschäftsleuten, die undurchsichtige und ruinöse Privatisierungspolitik, die zu einem beinahe flächendeckenden Niedergang des Produktionssektors in Kroatien führte, sowie eine sozial extrem segregierende Bildungspolitik, deren Ergebnis am schleichenden Verfall des kroatischen Hochschulsystems ablesbar ist. Den zweiten großen Problemblock stellte die latente Bestechlichkeit des Staates dar. In der vergangenen Legislaturperiode wurden unzählige Korruptionsskandale öffentlich, deren medialer Höhepunkt dann mit der Verhaftung des damaligen HDZ-Vorsitzenden und Premierministers Ivo Sanader erreicht wurde. Dahinter standen und stehen unzählige weitere Korruptionsaffären um Parteienfinanzierung, unrechtmäßigen Immobilienerwerb oder der Käuflichkeit von Universitätsprofessoren und anderen staatlichen Beamten.

Im Ergebnis stand ein passiver und uninspirierter Politikstil der HDZ-Koalition, der sich innenpolitisch in einer starren Fortführung klientelistischer Daseinsfürsorge und außenpolitisch in einer demagogischen Abgrenzung gegenüber den Nachbarstaaten niederschlug. In diesem politischen Vakuum schaffte es die „Kukuriku“-Koalition sich als potentieller und glaubwürdiger Erneuerer zu präsentieren. Unter dem medial geschickt beworbenen Aktionsprogramm „Plan 21“, das interessierten BürgerInnen sogar zu Ergänzungen zur Verfügung stand und mit diesen Ergänzungen auch veröffentlicht worden ist, vereinigte die SDP-geführte Mitte-Links-Option den Veränderungswunsch der Mehrheitsbevölkerung mit einer Vertrauen stiftenden Transparenz, die als sympathischer Gegenentwurf zu den herrschenden Strukturen auch den erwünschten Wahlsieg brachte.⁴

Die Linke in Kroatien

Mit den abgelaufenen Parlamentswahlen hat Kroatien zumindest formal einen linken Kurswechsel vollzogen. Von den insgesamt 39 zur Wahl angetretenen Parteien, Bündnissen unabhängigen Listen und Einzelkandidaten schafften mit der SDP, der SDSS sowie den „Kroatischen Arbeitern“ und der „Grünen Liste“ vier dem linken Spektrum zugehörige Parteien den Sprung ins kroatische Parlament. Hinzu kommen weitere linke Gruppierungen, die den Einzug nicht geschafft haben aber dennoch über ein gewisses politisches Potential verfügen, etwa die in Istrien recht populäre „Jugendaktion“ (Akcija mladih) oder die „Sozialistische Arbeiterpartei“ SRP.

Zu den interessantesten unabhängigen Kandidaten zählte der linksliberale Pfarrer Ivan Grubišić, der sich als progressiver Kritiker der Katholischen Kirche und ihres Klerus in Kroatien einen Namen machte und mit seiner Liste zwei Mandate errang.

Die im „Sabor“ vertretenen Parteien des linken Spektrums werden mit 78 Sitzen nominell angeführt durch die sozialdemokratische SDP und ihr Bündnis „Kukuriku“. Über die genaue soziale Zusammensetzung ihrer Wählerschaft lassen sich noch keine genauen Ausführungen machen, jedoch kann man den Angaben der „Staatlichen Wahlkommission“ DIP folgend eine regionale und somit auch annähernd soziale Rekrutierung erschließen. Den größten Erfolg hatte die siegreiche „Kukuriku“-Koalition in den urbanen und ehemals industriellen Ballungszentren, allen voran in der dritten und in der achten Wahleinheit. Die dritte Wahleinheit umfasst das nördlich der Hauptstadt Zagreb bis zur ungarischen Grenze gelegene, hauptsächlich industriell geprägte Gebiet um die bekannte Textilstadt Varaždin. Hier errang die SDP-Koalition mit knapp 52 Prozent Stimmenanteil ihr zweitbestes Ergebnis, während die links von der SDP positionierten „Kroatischen Arbeiter“ um ihren Spitzenkandidaten Dragutin Lesar in diesem Bezirk mit über 10 Prozent ihr bestes Ergebnis erreichten. In der achten Wahleinheit, einer traditionellen SDP-Hochburg im istrischen und sich zur Hafenstadt Rijeka ausweitendem Küstenland, konnten die kroatischen Sozialdemokraten mit über 57 Prozent ihr bestes Ergebnis verbuchen, während es die „Kroatischen Arbeiter“ nur knapp über die fünf Prozent-Hürde schafften. Hier errang die regierende HDZ ihr landesweit schlechtestes Ergebnis mit knappen zwölf Prozent. Dieses Wahlgebiet ist insofern auch über die aktuellen Wahlen hinaus interessant, da es eine traditionell linke Hochburg darstellt und auch während der grausamen Kriege in den 1990er Jahren nie mehrheitlich für rechtsnationale Parteien optierte. Insbesondere die Hafenstadt Rijeka mit einer organisierten und bewussten Arbeiterschaft erwies sich als immun gegenüber nationalistischen Demagogien, was in den 1990er Jahren zu einem erheblichen Konflikt mit der Tuđman-Regierung führte und darin mündete, dass die Staatsadministration alles mögliche unternahm um den Hafen zu privatisieren und abzuwickeln. Heutzutage kämpft eben dieser Hafen um seine weitere Existenz, da er gegenüber anderen kroatischen Häfen, etwa dem Hafen in Split, struktur- und finanzpolitisch benachteiligt wird.

Als konservative Domänen erwiesen sich die ländlichen und strukturschwachen Landesteile, auch wenn die HDZ hier nicht mehr an ihre vorherigen Mehrheiten herankam. In der fünften Wahleinheit, die das Gebiet um Ostslawonien und die im Krieg zerstörte Stadt Vukovar umfasst, errang die Mitte-Links-Koalition um die SDP mit knapp 32 Prozent der Stimmen einen Prozentpunkt weniger als die HDZ, die „Kroatischen Arbeiter“ kamen auf knapp über zwei Prozent, was deutlich unter dem Landesschnitt lag. Ebenso verhielt es sich in der neunten Wahleinheit, zusammengesetzt aus dem dalmatinischen Vorland und Norddalmatien mit der Küstenstadt Zadar, wobei die „Kukuriku“-Koalition hier mit knapp 29 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis erreichte, die „Kroatischen Arbeiter“ mit knapp zweieinhalb Prozent ebenfalls deutlich unter dem Schnitt lagen, dafür aber die beiden offenen faschistischen Parteien „Kroatische Rechtspartei“ und die „Reine Kroatische Rechtspartei Dr. Ante Starčević“ mit über vier Prozentpunkten deutlich mehr Wähler fanden als in an-



deren Landesteilen. Als eine rechte Hochburg, wenn auch nur unter den Bedingungen einer tragikomischen Wahlbeteiligung von knapp über fünf Prozent, von denen auch noch über ein Prozent wegen ungültiger Wahlzettel heraus fällt, entwickelt sich die elfte Wahleinheit der kroatischen Diaspora. Hier traten kaum linke Parteien an, und die HDZ erreichte mit 15 000 Stimmen über 70 Prozent, während die rechtsextreme HSP mit 10 Prozent zur zweitstärksten politischen Kraft avancierte.

Aus einer linken Perspektive ist aber auch das Wahlergebnis der nicht im Parlament vertretenen „Sozialistischen Arbeiterpartei“ SRP interessant, denn die SRP stellt die einzige sozialistische Alternative in Kroatien dar. Die SRP wurde 1997 durch den ehemaligen Vorsitzenden des jugoslawischen Bundes der Kommunisten Stipe Šušteršič gegründet und versammelte in ihrer ersten Zeit viele angesehene Intellektuelle wie den inzwischen verstorbenen Milan Kangrga, der zu den Mitbegründern der philosophischen Zeitschrift „Praxis“ und der „Sommerschule auf Korčula“ gehörte, den Soziologen und ehemaligen Studentenaktivisten Alija Hodžić, den Filmschauspieler Rade Šerbedžia oder aktuell den Olympiateilnehmer und Goldmedaillengewinner im Gewichtheben Nikolaj Pešalov, der sogar auf Listenplatz 2 in der Stadt Split als Kandidat auftrat. Ihrem Programm zufolge versteht sich die SRP als breite Sammlungsbewegung aller sozialistisch orientierten Kräfte in Kroatien, doch seit ihrer Gründung sieht sich die Partei immer wiederkehrenden Spaltungstendenzen ausgesetzt, aktuell in Form einer Abspaltung trotzkistischer Mitglieder die sich der Vierten Internationale anschließen wollen. Die innerparteilichen Verwerfungen und ideell-programmatischen Konflikte sind auch ein Grund dafür, dass die Partei nach wie vor eine politische Randerscheinung darstellt, ablesbar am aktuellen Ergebnis. Obwohl in allen zehn territorialen Wahleinheiten zur Wahl angetreten, errang die Partei im Durchschnitt lediglich einen halben Prozentpunkt. Damit blieb sie sogar hinter den sehr bescheidenen Ergebnissen der Wahlen von 2007, als sie knapp über einen Prozentpunkt erreichte.

Betrachtet man diese nominellen Fakten, so kann man in Kroatien eine deutliche Verlagerung der politischen Kräfteverhältnisse nach links konstatieren. Doch stellt sich unweigerlich die Frage, ob auch eine inhaltlich-praktische Verschiebung von der neoliberal-klientelistischen hin zu einer transparenten, sozial gerechten und den Schutz öffentlicher Güter garantierenden Politik geleistet wird. Hier sind ernsthafte Zweifel anzubringen, denn programmatisch äußert sich die neugewählte Koalition in ihrem „Plan 21“ nicht konkret zu einzelnen Mechanismen, die einen Schutz öffentlicher Güter garantieren würden. Im erwähnten Programm wird dagegen eher nebulös von einer zukünftig gerechteren Wirtschafts- und Sozialpolitik gesprochen, ohne die Funktionsweise, zyklische Krisenanfälligkeit und innere Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Systems überhaupt zu thematisieren. Dazu lediglich ein Zitat: „Wir kündigen eine Änderung des kroatischen Kapitalismus an“, heißt es etwa unter Punkt 6, „und die endgültige Abkehr vom peripheren, unkontrollierten und gesetzeswidrigen Profitstreben, der Bereicherung auf Kosten der Nation und der Entrechtung der Arbeiter.“ Aus diesen sehr allgemeinen Absichtserklärungen wird kaum ersichtlich, mit welchen politischen Mitteln die neue Regierung der bisherigen neoliberalen und klientelistisch fundierten Transformation der kroatischen Gesellschaft entgegnet werden wird.

Zwar vollzog die sozialdemokratische SDP einen rhetorischen Linksruck, auch unter dem Druck einer erstarkten und sehr aktiven Studentenschaft in den Metropolen und Hochschulzentren, doch gerade auch in der Frage der zukünftigen Ausrichtung der Bildungspolitik sind große Zweifel an einer substantiellen Änderung der eingeschlagenen Privatisierung und Exklusivierung von Bildung angebracht. Während die Aktivist/-innen der Studentenbewegung, auch in Kooperation mit Arbeiter/-innen, den eindeutigen Standpunkt vertreten, dass Bildung und Forschung keine frei zu distribuierbaren Waren auf dem Kapitalmarkt werden dürfen, die lediglich den spezifischen Interessen des Privatkapitals dienen und nur den Kindern von Vermögenden zugänglich sind, argumentiert die „Kukuriku“-Koalition in eine entgegengesetzte Richtung: „Unser Ziel ist die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Bildungsinstitutionen und Wirtschaft sowie der Ansbuch höherer privater Investitionen in Entwicklung und Forschung.“ Es bleibt abzuwarten, wie sich das kritische Verhältnis zwischen der organisierten Studentenbewegung, die im Moment die einzig relevante soziale Bewegung in Kroatien darstellt, und der neugewählten politischen Option entwickeln wird.

Ausblick

Die Linke in Kroatien steht im Moment sowohl im regionalen Fokus als auch am Scheideweg. Einerseits stellt ihr Erfolg die Notwendigkeit und Attraktivität linker Positionen in den gegenwärtigen Transformationsgesellschaften des ehemaligen Jugoslawiens dar. Sie kann für die linken Strömungen in Bosnien-Herzegowina, Serbien, Makedonien oder Slowenien initiativ Wirkung entfalten, in einigen Fällen ist dies auch schon geschehen, wie an der Vernetzung und Solidarität zwischen studentischen AktivistInnen aus Zagreb, Belgrad, Ljubljana, Sarajevo und Skopje zu sehen ist. Auch sind solidarische Aktionen zwischen ArbeiterInnen vermehrt zu beobachten. Am Scheideweg steht sie indes, weil die Erwartungen, die an sie gestellt werden, von den im Parlament vertretenen Parteien, selbst von den links der sozialdemokratischen Partei stehenden „Kroatischen Arbeitern“ HL, wohl nur unzureichend eingelöst werden und somit potentiell zu einer zukünftigen Abwendung von linken politischen Perspektiven führen könnten. Hier kommt einer starken außerparlamentarischen linken Bewegung die Aufgabe zu, kritisch und eingreifend den politischen Entscheidungsfindungsprozess zu begleiten und Gegenpositionen zu artikulieren.

Rückt auch Slowenien nach links?

Am 4. Dezember 2011 fanden auch Wahlen im Nachbarstaat Slowenien statt. Slowenien, seit 2004 EU-Mitglied und neben der Slowakei und Estland der einzige osteuropäische Staat in dem der EURO offizielle Währung ist, galt (und gilt) als Musterbeispiel für eine effiziente und zielgerichtete Transformationspolitik. Doch mit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise sah sich auch das beschauliche Slowenien mit einem immer tiefer gehenden sozialen Riss in der Gesellschaft konfrontiert, so dass den bisherigen Modellen einer liberalkapitalistischen Transformation ein immer lauter und organisierter werdender Widerstand entgegengesetzt worden ist. Das aktuellste Beispiel hierfür, das auch die allgegenwärtige Misere im Bildungssektor abbildet, ist die Besetzung der Philosophischen Fakultät der größten Universität in der Hauptstadt Ljubljana. In dieser problematischen und konfliktreichen Ge-



mengelage fanden auch die slowenischen Parlamentswahlen statt, deren Ausgang mit dem Sieg des erprobten Polittechnokraten Janez Janša von der nationalliberalen „Slowenischen Demokratischen Partei“ SDS schon sicher schien. Doch auch in Slowenien stimmte die Bevölkerung für einen Perspektivenwechsel, und mit der Wahl des Bürgermeisters von Ljubljana Zoran Jankovič und seiner neuformierten Partei „Positives Slowenien“ optierten sie für einen medial beliebten aber inhaltlich kaum profilierten Politiker aus dem Mitte-Links-Lager. Während Jankovičs Partei überraschend an die 30 Prozent Marke stieß, blieb der favorisierte Janša deutlich unter dieser Marke und errang mit seiner konservativen SDS lediglich 25 Prozent der Stimmen. Den Sprung ins Parlament haben außerdem noch die Sozialdemokraten des zurückgetretenen Ministerpräsidenten Borut Pahor geschafft, allerdings mit einem Ergebnis von knapp über zehn Prozent sowie die „Bürgerliche Liste“ von Gregor Viranta mit acht Prozent. Nach bisherigen Informationen wird sich die nächste slowenische Regierung aus der Jankovič-Partei „Positives Slowenien“, den abgestraften Sozialdemokraten sowie der „Bürgerlichen Liste“ zusammensetzen

Anmerkungen

- 1 In § 16 des kroatischen Wahlgesetzes wird eine am prozentualen Anteil an der Bevölkerungszahl orientierte, gruppenspezifische Zusammenfassung der Minderheiten vorgenommen. Daraus ergibt sich folgender Schlüssel: Neben der serbischen Minderheit wählen die ungarische und die italienische Minderheit jeweils einen eigenen Vertreter, die Tschechen und Slowaken werden zusammen gefasst und wählen einen Vertreter; Albaner, Bosnier, Montenegriner, Makedonier und Slowenen als Bürger des ehemaligen Jugoslawiens wählen ebenfalls einen gemeinsamen Vertreter, während sich die österreichische, bulgarische, deutsche, polnische, roma, rumänische, russische, türkische, ukrainische, walachische und jüdische Minderheitsbevölkerung als eine höchst heterogene Gruppe auch auf einen Kandidaten einigen muss. Vgl. dazu www.sabor.hr, zuletzt aufgerufen am 28.11.2011.
- 2 Die Bezeichnung „Lijepa naša“ geht auf den Titel der kroatischen Nationalhymne zurück und wird von der kroatischen Tourismuswirtschaft als Slogan benutzt, um auf die Naturschönheiten des Landes hinzuweisen.
- 3 Eine umfassende Dokumentation zu dieser Affäre befindet sich auf www.index.hr, aufgerufen am 28.11.2011. Im Ranking von Transparency International befindet sich Kroatien, zusammen mit Makedonien, Ghana und Samoa, auf Rang 62. Nimmt man Slowenien mit Platz 27 als im Vergleich positiven Ausreißer aus, so befinden sich alle anderen Nachfolgestaaten Jugoslawiens im unteren Ranking, Montenegro 69, Serbien 78, Bosnien-Herzegowina 91 und Kosovo 110. Siehe www.transparency.de, aufgerufen am 28.11.2011.
- 4 Das Programm findet sich auf www.kukuriku.org, zuletzt aufgerufen am 5.12.2011.

100 Jahre ANC – Südafrika heute

Vortrag von Dr. Hans-Georg Schleicher, Botschafter a. D., Verband für internationale Politik und Völkerrecht, auf einer Veranstaltung des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht e. V. am 25. Januar 2012 in Berlin; aus: www.vip-ev.de/text716.htm

Afrikas älteste politische Organisation, der Afrikanische Nationalkongress (ANC) Südafrikas, begeht im Januar 2012 seinen 100. Jahrestag. Im Rückblick auf das vergangene Jahrhundert sieht der ANC seine Gründungsaufgabe von 1912 erfüllt: Einheit, Rechte und Freiheit für alle Südafrikaner. Diese Aufgabe, die Jahrzehnte später in der Freiheitscharta um das Streben nach Demokratie, Mehrheitsherrschaft und ein besseres Leben für alle erweitert sowie in einem langwierigen

gen Befreiungskampf mit der Überwindung der Apartheid verwirklicht wurde, ist als historische Leistung unumstritten und war bis in die jüngste Zeit für den ANC identitätsstiftend. Partei- und Staatschef Jacob Zuma überraschte manche Beobachter in seiner Jubiläumsrede am 8. Januar, als er bei allem Stolz auf Erreichtes kritisch und selbstkritisch eine Erneuerung des ANC und die Wiedergewinnung verlorenen Vertrauens forderte.

Er hat damit den Finger in eine Wunde gelegt. Was ist los im ANC, einer Befreiungsbewegung an der Macht, die in Südafrikas Parlament mit fast zwei Dritteln Mehrheit dominiert, sich aber offenkundig derzeit in einer schwierigen Phase ihrer Geschichte befindet und sich neuen Herausforderungen gegenüber sieht?

Erfolge und Probleme des neuen Südafrika

Südafrika hat sich nach Überwindung der Apartheid unter der ANC-Regierung innerhalb von nur zwei Jahrzehnten vom Paria-Regime zu einem international geachteten Staat entwickelt. Es ist eine Regionalmacht in Afrika und ein wichtiger Sprecher der Dritten Welt. Die Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft 2010 in Südafrika hat dem afrikanischen Kontinent – wie ein Afrikaner sagte – Gesicht und Stimme zurückgegeben. Südafrika war auch Austragungsort bedeutender internationaler Konferenzen, zuletzt des Klimagipfels in Durban. Es ist regelmäßig Gast beim G8-Gipfel und kooperiert seit kurzem mit China, Indien, Russland und Brasilien als „Schwellenland“ in der Staatengruppe BRICS. Auch wenn selbst gestellte ökonomische Ziele nicht erreicht wurden, ist das Land Afrikas größte Wirtschaftsmacht.

Seit 1994 befindet sich Südafrika in einem langwierigen Transformationsprozess, in dem die Apartheid überwunden, die Mehrheitsherrschaft verwirklicht und das Land auf einen demokratischen Weg geführt wird. Dennoch ist Südafrika weiter gesellschaftlich und sozial tief gespalten, nach wie vor entlang der Trennlinien zwischen den Bevölkerungsgruppen. Die regierende Dreier-Allianz von ANC, dem Gewerkschaftsdachverband COSATU und der Kommunistischen Partei SACP sieht sich der rauen Wirklichkeit ungelöster sozialer und wirtschaftlicher Probleme gegenüber – Armut, Defizite in Gesundheit und Bildung, Arbeitslosigkeit und Korruption.

Die Fakten sind ernüchternd: 50 Prozent der Bevölkerung sind arm. Die Arbeitslosigkeit liegt offiziell bei 25, real bei 40 Prozent. 12 Millionen Menschen leben noch in den Elendsvierteln der so genannten „informal settlements“, auch wenn sich die Zahl sozialer Wohnbauten nahezu verdoppelt hat. 15 der 50 Millionen Südafrikaner erhalten Sozialleistungen – das ist für Afrika beeindruckend, ist aber vor allem auch Ausdruck der gewaltigen sozialen Probleme.

Die Sozialmaßnahmen, dazu gehören auch Kindergeld, Behinderten- und Altersrente, sind wichtig für die Armutsminderung, konnten aber bestehende Kontraste nicht grundlegend verändern. Südafrika gehört zu den Ländern in der Welt mit dem größten innerstaatlichen sozialen Gefälle. Die Menschen wollen nach Demokratie nun auch spürbare soziale Verbesserungen. Freiheit kann man nicht essen.

Fortschritte gab es bei der Versorgung mit Wasser und Elektrizität, die – das ist besonders wichtig – für Arme eine begrenzte kostenlose Grundversorgung einschließt. Staatspräsident Jacob Zuma will mit einem neuen Wachstumsplan in 10 Jahren fünf Millionen neue Arbeitsplätze schaffen, sieht aber angesichts internationaler Entwicklungen dieses



Ziel gefährdet. Zunächst hatte Südafrika in den letzten Jahren, auch wegen der globalen Krise, eine Million Jobs verloren.

Langwierige Transformation

Ursachen für die ökonomischen und sozialen Probleme liegen auch im Erbe der Apartheid. Diese Begründung allein reicht jedoch nicht aus, immerhin sind seit dem Ende der Apartheid fast zwei Jahrzehnte vergangen. Die Apartheid wurde nicht revolutionär, sondern durch Verhandlungen überwunden, die immer wieder von politischer Gewalt unterbrochen wurden. Das „südafrikanische Wunder“ Anfang der 1990er Jahre war die Vermeidung eines Bürgerkrieges, auch durch das Verhandlungsgeschick des ANC und die Versöhnungspolitik Mandelas. Beides schloss Kompromisse und Zugeständnisse ein.

Auch, aber nicht nur deshalb konnten ererbte gesellschaftliche und soziale Widersprüche und Verwerfungen seit 1994 nicht gelöst werden. Angesichts der Vergangenheit mit Rassismus, Unterdrückung und Gewalt sowie der komplizierten politischen und sozialen Gemengelage dieses Landes erscheinen schnelle und grundsätzliche Veränderungen illusorisch. Einige Probleme haben sich sogar weiter verschärft. Die Politik der ANC-Regierungen war einerseits durch einen Drahtseilakt zwischen wirtschaftlicher Stabilitätspolitik und gezielten Sozialmaßnahmen gekennzeichnet, andererseits durch einen politischen Elitenwechsel.

Südafrikas sozioökonomischer Transformationsprozess erweist sich unter Bedingungen einer weltweiten neoliberalen Dominanz als langwierig. Ursprüngliche soziale Ziele der Befreiungsbewegung sind in weite Ferne gerückt. Erwartungen der Bevölkerungsmehrheit auf eine grundlegende Veränderung ihrer Lebensverhältnisse blieben weitgehend unerfüllt, trotz kontinuierlicher, allerdings oft bescheidener sozialer Verbesserungen. Rente und Kindergeld sind nach unseren Maßstäben sehr niedrig – umgerechnet 90 bzw. 20 Euro – aber es gibt sie (in Afrika keine Selbstverständlichkeit) und sie werden fast jedes zweite Jahr angehoben.

Im Transformationsprozess geht es um die gezielte Förderung bisher nicht privilegierter Bevölkerungsgruppen, um sozioökonomische Veränderungen wie die Landreform und eine gezielte schwarze Wirtschaftsförderung, die Black Economic Empowerment. Es geht auch um die Restrukturierung, Modernisierung und Stabilisierung der Wirtschaft. In dieser Phase sind keine Nationalisierungen vorgesehen, im Gegenteil – auf der Tagesordnung stand sogar die Privatisierung vom Apartheid-Regime stark zentralisierter staatlicher Wirtschaftsstrukturen.

Transformation bringt vielfältige Verwerfungen mit sich. Das innenpolitische Klima verschärft sich, Forderungen nach schnellen sozialen Verbesserungen führen verstärkt zu lokalen Unruhen, Unzufriedenheit wächst. Die Verknüpfung politischer und wirtschaftlicher Interessen begünstigt Korruption, Amtsmissbrauch und Nepotismus, die allerdings bereits im alten Südafrika typisch waren. Sie haben sich in der Umbruchsituation offenbar noch verschärft und strukturell ausgeweitet. Das schloss den Missbrauch von Förderprogrammen für benachteiligte Gruppen, auch bei der Unterstützung ökonomischer Aktivitäten ein. Positiv ist, dass diesbezüglich in den Medien und in der Zivilgesellschaft eine hohe Sensibilität vorhanden ist. Korruption wird in Südafrika offensiv thematisiert.

Politische Zäsur im ANC

Vor diesem Hintergrund vollziehen sich die politischen Prozesse Südafrikas, auch innerhalb des ANC. Diese sind in den letzten Jahren stark ins Zentrum des Medieninteresses gerückt. Ein wesentlicher Einschnitt war der Führungswechsel an der Spitze des ANC und des Staates vom Dezember 2007 bis Mai 2009. Nach einem harmonischen Wechsel von Mandela zu seinem Nachfolger Thabo Mbeki 1997/99 kam es 2007 zum offenen Machtkampf zwischen Mbeki und Jacob Zuma, der nach der Übernahme der Parteiführung durch Zuma 2007 schließlich mit dessen Wahl zum Staatspräsidenten 2009 endete. Die Ablösung Thabo Mbekis durch Jacob Zuma vollzog sich in einem Führungskampf, wie es ihn in der Geschichte des ANC seit einem halben Jahrhundert nicht gegeben hatte.

Dabei war die Präsidentschaft Mbekis keinesfalls erfolglos gewesen. Der unmittelbare Nachfolger Mandelas stand für eine stabilitätsorientierte ökonomische Entwicklung – mit Südafrikas höchster Wachstumsrate seit 1981 und der längsten ökonomischen Wachstumsphase seit 50 Jahren. Seine offensive Außenpolitik brachte Südafrika internationale Anerkennung, Mbeki selbst spielte eine Führungsrolle in der Region und Afrika insgesamt. Außenpolitisch recht erfolgreich, wurde er im Lande jedoch kritisch bewertet, er habe sich zu sehr vom Volk entfernt, den Kontakt zu dessen Problemen verloren. Kritik gab es vor allem an seiner Innen- und der neoliberalen Wirtschaftspolitik sowie an Mbekis autoritärem Führungsstil. Politologen bescheinigten ihm, er habe versäumt, sich mit den Ängsten und Hoffnungen der Menschen zu identifizieren. Sie verweisen auf gravierende Fehler in der Aids-Politik sowie bei der unzureichenden Bekämpfung von Armut und Kriminalität. Mbekis erfolgreiche Wirtschaftspolitik wurde von den Menschen wegen ihrer neoliberalen Ausrichtung kritisiert.

Der Führungswechsel von Thabo Mbeki zu Jacob Zuma war auch eine Zäsur in der Entwicklung des ANC selbst. Damit verbundene politische Auseinandersetzungen, die gezielt in die Öffentlichkeit getragen wurden, beendeten eine politische Kultur interner Entscheidungsprozesse im ANC, die aus den Erfahrungen der Vergangenheit mit Illegalität, Untergrund und Exil beeinflusst wurde. Trotz berechtigter Kritik daran, wie Mbeki schließlich vor Ablauf seiner Amtszeit als Staatspräsident zum Rücktritt gedrängt wurde, war der Führungswechsel wichtig für demokratische Reifeprozesse im ANC. Der ehemalige ANC-Aktivist und Verfassungsrichter Albie Sachs, eine moralische Autorität in Südafrika, unterstrich, dass es keines Militärputsches bedurfte, um den Wechsel herbeizuführen. Die Demokratie habe triumphiert. Tatsächlich demonstrierte der ANC innerparteiliche Demokratie und öffnete sich als Organisation, ungeachtet weiterhin bestehender Relikte aus Kampfzeiten wie Zentralismus und Kaderpolitik.

Der Parteitag von Pholokwane 2007, der Mbeki durch eine teilweise durchaus basisgestützte innerparteiliche Opposition als Parteichef abwählte, stellte den ANC jedoch auf eine echte Belastungsprobe. Die Büchse der Pandora wurde geöffnet – mit latenten ideologischen, aber auch rassistischen und ethnischen Problemen, persönlichen Animositäten und Machtkämpfen. Die Öffnung des ANC zeigte seine Heterogenität, innere Konflikte wurden zunächst verstärkt.

Es gärt seither im ANC. Im Gefolge des Machtkampfes



zwischen Mbeki und Zuma sind tiefe Risse in der Partei erkennbar. Andererseits hatte die Führungskrise einen mobilisierenden Effekt, wirkte Verkrustungen entgegen und belebte die Diskussionskultur – auch mit kontroversen öffentlichen Debatten. Es ging bei dem Wechsel Mbeki-Zuma nicht um eine neue Politik, sondern vor allem um eine veränderte politische Kultur.

Eine Befreiungsbewegung an der Macht. Wie stellt sich Südafrikas Regierungspartei heute dar?

Der ANC zehrt noch immer von seiner Führungsrolle im Befreiungskampf, daraus kann sich die Partei immer wieder regenerieren. Der ANC ist mit inzwischen einer Million Mitglieder weiterhin mehr eine breite Bewegung, eine „broad church“, als eine Partei im westlichen Verständnis. Seine Stärke liegt in der tief verwurzelten Loyalität vieler Menschen zu „ihrer Befreiungsbewegung“, zu der sie keine akzeptable politische Alternative sehen.

Gesellschaftliche Breite gehört neben Tradition und Disziplin zu den Stärken des ANC. Ursprünglich von Vertretern der schwarzen Mittelschicht gegründet, fand der ANC durch seine Kooperation mit der Kommunistischen Partei frühzeitig auch Zugang zu schwarzen Arbeitern und Kleinbauern. Im Befreiungskampf stützte man sich überwiegend auf städtische Gebiete, die schwarzen Townships, auf gewerkschaftliche, kirchliche und akademische Strukturen. Im Transformationsprozess mit der forcierten Entwicklung der schwarzen Mittelklasse verschiebt sich die soziale Basis jetzt wieder. Der Bonus der erfolgreichen Befreiungsbewegung und seine Rolle als Sammelbecken erklärt die politische Dominanz des ANC zum Teil. Er blieb auch bei der Wahl 2009 nur knapp unter der Zwei-Drittel-Mehrheit. Dabei haben zahlreiche junge Wähler den Befreiungskampf selbst nicht erlebt. Aber der ANC verfügt aufgrund seiner langen Geschichte auch über ein breites Führungspotential und Krisenerfahrungen. Er ist gleichzeitig – wie andere ähnliche Organisationen in Afrika – eine typische Befreiungsbewegung an der Macht mit ihren Hierarchien, Loyalitäten und widersprüchlichen Interessen. Seine Allianz mit COSATU und SACP hat in den letzten Jahren beträchtliche Turbulenzen überstanden, ist aber weiter fragil. Latente Konflikte, die sich am Widerstand der Gewerkschaft gegen die liberale Wirtschaftspolitik festmachten, bestehen besonders mit COSATU. Obwohl COSATU als Allianzpartner die Regierung trägt, opponierten die Gewerkschaften gegen wesentliche Elemente der Regierungspolitik – mit Streiks und Generalstreik. Im ANC selbst und in der Dreier-Allianz mehrt sich Kritik, dass die Balance zwischen ökonomischer Stabilisierung und Armutsbekämpfung bisher zugunsten der neoliberalen Wirtschaftspolitik verschoben wurde.

Als Regierungspartei reklamiert der ANC für sich die bereits erwähnten steten, wenn auch oft bescheidenen sozialen Verbesserungen, die vom Wahlvolk durchaus honoriert werden. Hinzu kommen in einem Land mit der Geschichte Südafrikas solche Faktoren wie innerer Frieden, Überwindung des Rassismus und wachsende Chancen für die schwarze Mehrheit.

Checks and balances – Medien, Zivilgesellschaft, Opposition

In den derzeitigen Auseinandersetzungen in Südafrika reflektieren sich die Probleme des Landes mit wachsender Unzufriedenheit, sozialen Forderungen, Kritik an der Ineffizienz im Staatsdienst, an Korruption und politischem Nepotismus. Mit der erwähnten Veränderung der politischen Kultur im Lande, mit mehr Offenheit und Transparenz werden diese zunehmend öffentlich thematisiert. Die aktiven Medien mit durchaus kompetenten Journalisten spielen hier eine wichtige Rolle. Eine starke Zivilgesellschaft, die sich insbesondere in der Endphase des Kampfes gegen die Apartheid formierte, nimmt weiterhin aktiven Einfluss. Sie hatte in der Tradition ihrer Entstehung den ANC unterstützt und versteht sich erst in jüngster Zeit mehr und mehr als kritische Begleiterin, als „Watchdog“. Allerdings musste sie mit der Demokratisierung in den 1990er Jahren einen beträchtlichen Aderlass bei Führungskräften verkraften: 70 Prozent ihrer Aktivisten gingen damals in Parlamente und Regierungen auf nationaler und regionaler Ebene.

Die eigentlichen Oppositionsparteien selbst überzeugten in der Vergangenheit weder programmatisch noch politisch-taktisch, sie boten für viele Südafrikaner vor allem aus der schwarzen Bevölkerungsmehrheit keine politische Alternative. Bei nationalen Wahlen konnte bisher keine der inzwischen nur noch drei relevanten Oppositionsparteien die überwältigende Dominanz des ANC gefährden. Sie konnten bisher auch nicht von den Auseinandersetzungen im ANC profitieren.

Erst in jüngster Zeit veränderte sich hier die Landschaft. Erstmals könnte lang-, wenn nicht sogar mittelfristig die absolute Dominanz des ANC in der politischen Landschaft Südafrikas zur Disposition stehen. Die Demokratische Allianz DA als offizielle Opposition konnte bei Kommunalwahlen 2011 in der Westkap-Provinz den ANC deutlich überflügeln und auch in einigen anderen Großstädten an Boden gewinnen. Allerdings muss die DA, die vor allem unter Weißen und den sogenannten Coloureds erfolgreich ist, noch den Nachweis erbringen, dass ihr auch in den schwarzen Wohngebieten ein Durchbruch gelingen kann. Sie wird von vielen weiterhin als eine Partei der weißen Bevölkerungsgruppe gesehen.

Analytiker erwarten seit langem eine wirksame oppositionelle Gegenkraft zum ANC vor allem aus einer Abspaltung aus den eigenen Reihen oder aus der Dreier-Allianz. Ein erster Versuch mit der Bildung eines Kongresses des Volkes COPE vor allem durch Dissidenten aus den Reihen des ANC scheiterte. Nach Achtungserfolgen bei den Wahlen 2009 ist diese Partei derzeit heillos zerstritten. Die dritte relevante Oppositionspartei, die bereits während der Apartheid als Gegenkraft zum ANC geförderte Inkatha-Freiheitspartei, reduziert sich auf die Rolle einer Regionalpartei unter den Zulus. Selbst dort ist sie seit langem keine Mehrheitspartei mehr und ist zudem ebenfalls von Spaltungen gezeichnet. Immerhin sind die jüngsten Wahlerfolge der Demokratischen Allianz am Westkap – und auch in einigen Großstädten – ein Indikator dafür, dass sich die Demokratie in Südafrika weiter entwickelt. Sie werden vom ANC durchaus als Warnsignal verstanden.



Herausforderung aus den eigenen Reihen

Auch weiterhin kommt die wichtigste Herausforderung für den ANC aus den eigenen Reihen. Der ANC bekräftigte zwar bei der Wahl 2009 seine Dominanz, hat aber die inneren Auseinandersetzungen seit dem Führungswechsel von Mbeki zu Zuma nicht eindämmen können. Dabei spielen neben machtpolitischen Aspekten auch inhaltliche Fragen im Hinblick auf die programmatische Orientierung des ANC eine Rolle. Bereits vor zwei Jahren warnte ANC-Generalsekretär Gwede Mantashe davor, der ANC könne sich von einer Bewegung, die von den Massen kontrolliert wird, in eine solche verwandeln, die von einflussreichen, kapitalstarken Kreisen beherrscht wird.

Es mehren sich Stimmen, dass die Organisation sich durch interne Konflikte von den eigentlichen Aufgaben – der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen – abbringen lässt. COSATU-Generalsekretär Zwelinzima Vavi forderte, der ANC sollte klar Position beziehen, nicht als Vermittler zwischen Kapital und Arbeitern, sondern als Interessenvertreter der Letzteren. Der agile Vavi will den ANC von innen her verändern. Seine Bemühungen um ein Bündnis mit Nichtregierungsorganisationen gegen Tendenzen des Neoliberalismus nährten zeitweise Gerüchte über die Bildung einer neuen Partei links vom ANC, in der vor allem die traditionell hoch politisierten Gewerkschaften eine wichtige Rolle spielen könnten. Es gab bereits eine nationale Konferenz von Kräften der Demokratischen Linken Südafrikas. Aber viele linke Politiker, auch in COSATU und der Kommunistischen Partei, fordern statt einer neuen Partei eine stärkere Profilierung der SACP und linker Kräfte im ANC. Die weitere Diskussion dazu wird von der Entwicklung im ANC selbst und der Überwindung der derzeitigen Krise beeinflusst werden.

Die politische Gemengelage im ANC ist kompliziert, traditionelle ideologische und politische Positionen und soziale Zuordnungen überlagern sich, Zugehörigkeit zu Netzwerken, persönliche Loyalitäten im Konflikt Mbeki-Zuma spielen ebenso eine Rolle wie machtpolitische Konstellationen. Hinzu kommen spezifische politische und ökonomische Interessen. Dadurch wird das Bild verzerrt, wie beispielsweise beim Auftreten des exzentrischen Präsidenten der ANC Jugendliga, Julius Malema, der sich großer, wenn auch kritischer Aufmerksamkeit in den Medien erfreute.

Mit radikalen Losungen und populistischem Gehabe sicherte Malema sich Unterstützung in Teilen des ANC. Seine Forderungen nach Verstaatlichung der Bergwerke, mehr Land und mehr Wirtschaftsmacht für Schwarze sind in der „vergessenen“ armen Bevölkerungsmehrheit populär. Malema hatte wegen der Unterstützung der Jugendliga für Zuma im Konflikt mit Mbeki Spielräume erhalten, die er für eigene Ambitionen und dubiose Geschäftsverbindungen zu nutzen versuchte. Der Politologe Steven Friedman meint, Malema selbst sei weder populär noch mächtig, sondern werde nur von einzelnen Fraktionen oder Politikern für eigene machtpolitische Interessen genutzt. Politische Rundumschläge Malemas mit teilweise rassistischen Untertönen attackierten gleichermaßen Opposition wie Verbündete in der Dreier-Allianz, die Außenpolitik Südafrikas und ließen selbst Zuma nicht aus. Als er den Bogen überspannte, wurde Malema von der Disziplinarkommission des ANC für fünf Jahre suspendiert. Soziale und gesellschaftliche Probleme, die bei diesen Auseinandersetzungen thematisiert wurden, bestehen weiter und

werden auch immer wieder angesprochen. Altbischof Desmond Tutu kritisierte die Zustände im Land und machte Gier und Korruption dafür verantwortlich. Er reflektiert die Meinung vieler Südafrikaner, die sich um die Früchte des Befreiungskampfes betrogen fühlen, während sie erleben, dass eine kleine Schicht neuer Reicher davon profitiert. Der schon zitierte Albie Sachs unterstreicht, dass Ineffizienz im öffentlichen Dienst, die Schaffung einer schwarzen Wirtschaftselite und die schwierige Landreform weiterhin kontrovers diskutiert werden. Vor allem die Selbstbedienungsmentalität von Teilen der neuen Elite wird kritisiert. Das gilt auch für die Verknüpfung geschäftlicher und politischer Interessen bei manchen ANC-Funktionären. Im öffentlichen Dienst seien professionelle und effiziente Leistung gefordert. Dort habe der ANC versagt.

In Südafrika sind die Politik und eine vergleichsweise politisierte Öffentlichkeit hoch sensibilisiert. Medien und die Zivilgesellschaft spielen eine große Rolle. Das zeigte sich in jüngster Zeit, als ein Sicherheitsgesetz, das – etwas nebulös – dem Schutz sicherheitsrelevanter Informationen dienen soll, in einer öffentlichen Diskussion stark umstritten war, aber durch die Dominanz des ANC im Parlament beschlossen wurde. Das Gesetz wurde zwar abgeschwächt, wird aber von Kritikern als Eingriff in die Pressefreiheit verstanden. Die Diskussion geht weiter, es gibt auch Drohungen mit einer Verfassungsklage.

Auch hier zeigt sich die veränderte politische Kultur im Lande. Selbstkritik, wie sie auch der ANC im Wahlkampf erfolgreich anwandte, hat nachhaltige Folgen, es wird allgemein mehr Transparenz gefordert. Im Dezember 2012 findet ein Parteitag des ANC statt, auf dem auch eine neue Parteiführung gewählt wird. Seit der Vorentscheidung für die Nachfolge Mandelas in den 1990er Jahren hat es im ANC Führungskämpfe gegeben, die zunächst – in der tradierten politischen Kultur – intern, seit einigen Jahren mehr und mehr öffentlich geführt werden. Mit den erwähnten Angriffen Malemas auf Zuma ist die Führungsdebatte frühzeitig eröffnet worden. Für den Fall, dass Zuma nicht wiedergewählt wird, werden als potentielle Nachfolger mehrere Namen genannt, so auch der derzeitige Vizepräsident Kgalema Motlanthe. Er hatte als Generalsekretär 2007 den ANC durch schwieriges Fahrwasser gesteuert, amtierte kurzzeitig als Staatspräsident, hielt sich mit eigenen Ambitionen zurück, gilt als klug, einflussreich und ausgewogen und genießt auch außerhalb des ANC Respekt. Aber derzeit ist diese Frage völlig offen.

Welche nationaldemokratische Revolution?

Nach wie vor ist Südafrikas Schicksal eng mit dem Schicksal des ANC verbunden, zumindest kurz- und mittelfristig. Heute sieht sich die Regierungspartei einer ihrer größten Herausforderungen gegenüber – der Frage nach einer klaren Konzeption, einer politisch-programmatischen Strategie für Südafrikas künftige gesellschaftliche Entwicklung. Der ANC spricht heute wieder von der nationaldemokratischen Revolution mit dem Ziel einer Gesellschaft, in der das Volk die Macht ausübt – intellektuell, ökonomisch und politisch.

Während des Befreiungskampfes war die nationaldemokratische Revolution in Vorstellungen des ANC analog der marxistischen Revolutionstheorie als erste Phase einer weitergehenden Revolution angedacht. Bei der Wiederbelebung dieses Begriffs ist es derzeit nahezu jedem überlassen, wie



er dieses Schlagwort interpretiert. Wie schwierig das ist, zeigte sich kürzlich, als ein von COSATU angekündigtes Manifest zur nationaldemokratischen Revolution ohne Begründung fallen gelassen wurde. Tatsächlich geht es auch um solche Fragen, die in den Diskussionen immer wieder thematisiert werden wie sozioökonomische Umverteilungen, Nationalisierungen, die Beschleunigung der Landreform, den Umgang mit den Medien, eine klare Trennung zwischen Regierungspartei und Staat, die Bekämpfung von Korruption, Vetternwirtschaft und Machtmissbrauch.

Entwicklung und künftige Rolle des traditionsreichen ANC werden auch davon abhängen, wie es der von Auseinandersetzungen gebeutelten Organisation gelingt, die Einheit der Partei zu wahren, Vertrauen zurück zu gewinnen und im Prozess einer Erneuerung Charakter und Profil auf der Grundlage bewährter Positionen ihrer Geschichte und insbesondere des Befreiungskampfes zu schärfen. Nachdem sich der Staub der Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag des ANC gesetzt hat, bleiben der Organisation noch zehn Monate Zeit, entsprechende Vorstellungen zu entwickeln und sie dann vom Parteitag beschließen zu lassen. Dabei sollten inhaltliche Fragen im Vordergrund stehen und nicht nur – so wichtig auch das ist – die Einheit der Partei und die Bestätigung ihrer Führung.

Politische Streiks – Europäische Erfahrungen und Strategien für die Diskussion in Deutschland

Aus dem Bericht vom zweiten Treffen des RLS-Gesprächskreises Gewerkschaften am 20. Januar 2012 von Florian Wilde und Fanny Zeise; aus: www.rosalux.de

Rund 70 Personen nahmen am Freitag, den 20. Januar 2012 am zweiten Treffen des Gesprächskreises Gewerkschaften der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Frankfurter Gewerkschaftshaus teil. Haupt- und Ehrenamtliche aus verschiedenen Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte, gewerkschaftsnaher WissenschaftlerInnen sowie Vorstandsmitglieder und Kolleginnen und Kollegen von der RLS diskutierten über den politischen Streik, informierten sich über die Ergebnisse der Gewerkschaftstage von ver.di und IG Metall und berieten über die weitere Arbeit des Gesprächskreises.

Im Zentrum des Treffens stand das Thema „Politische Streiks – Europäische Erfahrungen und Strategien für die Diskussion in Deutschland“. Hierzu referierten Prof. John Kelly (University of London), der wohl profilierteste Generalstreikforscher Europas, und Veit Wilhelmy, Gewerkschaftssekretär bei der IG BAU, Autor verschiedener Publikationen und engagierter Streiter für das Thema „Politische Streiks“. John Kelly sprach über „Politische und Generalstreiks in Westeuropa: Überblick und Einschätzungen zur Wirksamkeit eines gewerkschaftlichen Kampfmittels“ und stellte dabei die Ergebnisse seiner jahrelangen Forschungen vor. Während bei den ökonomischen Streiks seit den 1970er Jahren ein kontinuierlicher Niedergang der Streikzahlen zu beobachten ist, verhält es sich bei den Generalstreiks genau andersherum: Zwischen Januar 1980 und Dezember 2008 kam es in den westeuropäischen Ländern zu insgesamt 85 politi-

schen Generalstreiks. Dabei ist die Tendenz eindeutig steigend: von 18 in den 1980ern über 29 in den 90ern auf 38 zwischen 2000 und 2008. Nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise durch die Lehman-Brothers-Pleite im September 2008 fanden 2009 in Europa weitere 4 Generalstreiks statt, womit sich die Zahl für die letzte Dekade auf 42 und die Gesamtzahl an Generalstreiks zwischen Januar 1980 und Dezember 2009 auf 89 erhöht. Allein 2010 folgten weitere 14 Generalstreiks (fast so viele wie in den gesamten 1980er Jahren), in den ersten neun Monaten des Jahres 2011 waren es 6. Am streikfreudigsten erwiesen sich die Griechen, gefolgt von den Italienern und den Franzosen. Aber auch in Ländern wie Österreich und den Niederlanden kam es in den vergangenen Jahren zu je 3, in Luxemburg und Norwegen zu immerhin einem Generalstreik oder Generalstreikdrohungen.

Die meisten dieser Generalstreiks waren Abwehrkämpfe gegen Sozialabbau und Rentenkürzungen. In immerhin 40 Prozent der Streiks konnten die Regierungen dazu gebracht werden, die Maßnahmen abzumildern oder ganz zurück zu nehmen. Mögliche Erfolge eines Generalstreiks hingen, so Kelly, von vielen Faktoren ab: Neben der Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften spielte auch die Zusammensetzung einer Regierung eine wichtige Rolle. So seien Mitte-Rechts-Koalitionsregierungen öfter zu Zugeständnissen bereit gewesen als sozialdemokratisch geführte Regierungen. Kelly unterstrich auch, dass es keinen Automatismus zwischen einem Generalstreik und Wahlerfolgen radikaler linker Parteien gäbe, ebenso wenig wie zwischen Generalstreiks und einem anschließenden Wachstum der Mitgliederzahl von Gewerkschaften. Allerdings deutete vieles darauf hin, dass Generalstreiks zu einer Steigerung der Zahl der tatsächlich Aktiven in Gewerkschaften und linken Parteien führen.

Veit Wilhelmy wandte sich anschließend dem Thema „Kommt der politische Streik auch in Deutschland? Bestandsaufnahme und Strategien einer möglichen Umsetzung“ zu. Das deutsche Streikrecht schilderte er als eines der restriktivsten Europas, in dem politische Streiks häufig als illegal betrachtet werden. Dies widerspreche sowohl der Europäischen Sozialcharta als auch der Europäischen Menschenrechtskonvention. Bei seiner eigenen Gewerkschaft, der IG BAU, wurde die Forderung nach politischen Streiks bereits ins Programm aufgenommen, ebenso bei ver.di. Eine Präzisierung dieser Forderung wurde beim letzten ver.di-Bundeskongress aber trotz einer Vielzahl von Anträgen vertagt. Wilhelmy stellte sich gegen die häufig vertretene Annahme, die Gewerkschaften müssten erst wieder stärker werden, ehe sie das Mittel des politischen Streiks in Betracht ziehen könnten. Es sei eher andersherum: Politische Streiks könnten auch als Mittel gesehen werden, Gewerkschaften wieder stärker, durchsetzungsfähiger und damit attraktiver zu machen.

In der Diskussion wurde die Notwendigkeit der Aufnahme politischer Streiks in das Arsenal der gewerkschaftlichen Kampfmittel breit geteilt. Allgemein sprach man sich für eine Art Doppelstrategie aus: Einerseits müsse das Thema innergewerkschaftlich bspw. durch Anträge und Diskussionen bei Gewerkschaftstagen weiter forciert werden, andererseits gelte es, die Verankerung und Durchsetzungsmacht der Gewerkschaften in den Betrieben soweit zu stärken, dass für die Kolleginnen und Kollegen auch politische Streiks zu einer realistischen Option werden. Hans-Jürgen Hinzer, Streikbeauftragter der NGG, erinnerte an verschiedene politische



Streikaktionen in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten. Karl-Heinz Michel, Bezirksverbandsvorsitzender der IG BAU in Wiesbaden-Limburg, schilderte, wie es gelang, den politischen Streik in der Programmatik seiner Gewerkschaft zu verankern. Florian Wilde verwies darauf, dass politische Streiks zwar nicht automatisch zu Erfolgen führen, dass der Verzicht auf sie aber auf jeden Fall eine Schwächung der Position der Gewerkschaften bedeute: So seien in Deutschland als einzigem Land Europas in den letzten 10 Jahren die Real-löhne gesunken, weil die Gewerkschaften die verheerenden Auswirkungen der Agenda 2010 nicht verhindern konnten. Hier gälte der alte Satz: Wer mit politischen Streiks kämpft, kann verlieren – wer nicht kämpft, hat schon verloren.

Weiterführende links:

Homepage von Veit Wilhelmy mit Bestellmöglichkeit für seine Bücher zum Thema „Politische Streiks“: www.veit-wilhelmy.de; John Kelly/Kerstin Hamann: *General Strikes in Western Europe 1980 – 2008*, online: www.psa.ac.uk/2009/pps/Kelly.pdf

Grüne Auswege aus den Krisen

4. Parteitag der European Green Party, Paris, 11. bis 13. November 2011, von Jochen Weichold, Bereichsleiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung; aus: www.rosalux.de

Euro-Krise und Schuldenkrise sind in aller Munde. Und viele fragen sich, wie es mit der Europäischen Union (EU) insgesamt weitergehen soll. Kein Wunder also, dass dies auch die beherrschenden Themen auf dem 4. Parteitag der Europäischen Grünen Partei (European Green Party – EGP) waren, der vom 11. bis zum 13. November 2011 in Paris stattfand. Im Zentrum des Kongresses, der von rund 700 Teilnehmern, darunter ca. 450 Delegierte aus den nationalen Mitgliedsparteien, besucht wurde, stand der Anspruch, auf die miteinander verflochtenen ökonomischen, sozialen und ökologischen Krisen, die Europa erfasst haben und sich aktuell in der Euro- und Griechenland-Krise äußern, eine grüne Antwort zu geben. Die Führungskräfte der europäischen Grünen wollten eine grüne Vision der Zukunft Europas präsentieren. Nicht zuletzt ging es aber auch darum, der Mitgliedspartei Europe Ecologie – Les Verts (EELV) Rückenwind für die 2012 in Frankreich anstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zu geben.

Personell waren die Veranstaltungen des Kongresses hochkarätig besetzt: Der Bogen reichte vom populären alternativ-linken Bauernführer José Bové (MdEP) über die Präsidentschaftskandidatin der französischen Grünen, Eva Joly, die Vizepräsidentin des italienischen Senats, Emma Bonino, und die Nationalsekretärin von EELV, Cécile Duflot, bis zu Aurélie Trouvé von Attac France oder zu dem weltbekannten britischen Soziologen Anthony Giddens, der einst einen „Dritten Weg“ zwischen Laissez-faire-Liberalismus und Sozialismus postulierte und versucht hatte, Modernität und Globalisierung als Leitvorstellungen jeder soziologischen Zeitdiagnose zu profilieren. Gerade er goss etwas Wasser in den grünen Wein, als er bezweifelte, dass der von den grünen Spitzenpolitikern gepriesene Green New Deal unter dem Strich wirklich zu mehr Arbeitsplätzen führen werde. Arbeitslos seien vor allem junge Menschen auf der einen Seite und ältere Arbeitnehmer auf der anderen Seite, für die passgenaue Arbeitsplätze geschaffen werden müssten.

Überblick über die Plenardebatten

Eva Joly, international bekannt geworden als Untersuchungsrichterin in der Elf-Aquitaine-Schmiergeldaffäre und als gnadenlose, unbestechliche Kämpferin gegen Korruption, war zweifellos der Star des Kongresses. Ihr mit viel Medienöffentlichkeit bedachtes Statement wurde von den Kongressteilnehmern mit Standing Ovations gefeiert. Die gebürtige Norwegerin, derzeit Abgeordnete des Europäischen Parlaments, präsentierte sich als überzeugte Europäerin. In Erinnerung an den Ersten Weltkrieg, dessen Opfer führende europäische Grüne am 11. November an der Mur de la Paix, der Mauer des Friedens, in Paris gedacht hatten, nannte sie die Erhaltung des Friedens in Europa ein erstrangiges Verdienst der Europäischen Union (EU): „Über Europa zu sprechen, heißt über den Frieden zu sprechen.“ Joly sprach sich für einen sozialen und ökologischen Pakt in der EU aus und plädierte für einen zweiten Anlauf zu einer europäischen Verfassung, anzunehmen in einer Volksabstimmung mit der doppelten Mehrheit der Staaten und Bürger. Die Welt brauche ein Europa des Friedens, ein starkes, solidarisches Europa und nicht zuletzt ein demokratisches Europa.

Auf die Verhandlungen der EELV mit der französischen Sozialistischen Partei (PS) in Vorbereitung der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2012 eingehend, machte Eva Joly einen Baustopp des ersten europäischen Druckwasserreaktors (EPR) in Flamanville in Nordfrankreich zur Bedingung für eine Zusammenarbeit der Grünen mit den Sozialisten. Sie betonte, es gebe keinen „Plan B“ zu einer Einigung mit ihnen.

In den Debatten des Kongresses zu grünen Auswegen aus ökonomischen, sozialen und ökologischen Krisen, die Europa erfasst haben, und zu den grünen Visionen für ein zukünftiges demokratisches, ökologisches und solidarisches Europa warnten prominente Redner – so die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament, Rebecca Harms, die Co-Vorsitzenden der EGP, Monica Frassoni und Philippe Lamberts, oder der Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, Ralf Fücks – vor den Gefahren, die aus der gegenwärtigen Krisensituation für das europäische Projekt erwachsen. Sie machten ein Erstarren nationalistischer, rechtspopulistischer, euroskeptischer und antidemokratischer Tendenzen in verschiedenen Ländern Europas (insbesondere in Italien und in Ungarn) aus. Scharf kritisierten sie das Agieren des Duos Angela Merkel/Nicolas Sarkozy in der Krisensituation: Durchwursteln und Manövrieren, wie es die beiden Politiker praktizieren, sei der Gefahr nicht angemessen. Ihre Schlussfolgerung: Wir haben es also auch mit einer Krise der europäischen Regierungsfähigkeit zu tun.

Rebecca Harms unterstrich, dass im Resultat von Euro-Krise, Schuldenkrise, Wirtschaftskrise, politischer Krise usw. der Verlierer die europäische Demokratie sei: „Denn was bedeuten „technische Regierungen“, wie sie in Griechenland und Italien auf der politischen Agenda stehen, anderes für die Demokratie?“ Angesichts der Krisen gerate die Demokratie unter Druck, werde sie ausgehöhlt. Die Europapolitikerin betonte: „Wir brauchen eine nachhaltige Finanzstrategie in der EU.“ Die Schuldenkrise werde nicht bewältigt werden können, wenn nur auf die Ausgabenseite und nicht auf die Einnahmenseite geschaut werde.

Philippe Lamberts (MdEP) sagte: „Diese Krisen erodieren den sozialen Zusammenhalt und führen zur politischen Des-



integration des Kontinents. Sie treiben uns im 21. Jahrhundert in die Irrelevanz. Jedes Szenario, das zum Auseinanderbrechen der Eurozone führt, welches der erste Schritt zum politischen Zerfall Europas werden würde, ist für uns inakzeptabel.“ Umgekehrt dürfe aber eine stärkere politische Integration der Eurozone nicht zur Kristallisation eines „Europas der zwei Geschwindigkeiten“ führen. Als Gegenentwurf präsentierte der Europaabgeordnete den Green New Deal als Blaupause für ein ökologisches Europa.

Und Monica Frassoni akzentuierte: „Der Kampf für die europäische Demokratie ist noch nicht vorbei. Die Entfremdung der öffentlichen Meinung gegenüber der EU wächst wegen der Unfähigkeit der 27 Mitgliedstaaten, nachhaltige und progressive gemeinsame Lösungen für die vielfältigen Krisenauswirkungen auf die Bürger zu finden.“ Der bestehende Mechanismus des „Regierens“ sei völlig unzureichend. Aber die zunehmende Schwächung der gemeinsamen Institutionen zugunsten eines altmodischen Direktorats unter der Leitung von „Merkozy“ werde nicht dazu führen, die Situation zu verbessern.

Als Sprecherin der Basisbewegungen, mit denen sich die europäischen Grünen auf dem Kongress mehrfach solidarisch erklärten, definierte Aurélie Trouvé die Schuldenkrise als Krise der öffentlichen Einnahmen, die durch die Entlastung der großen Konzerne entstanden sei. Dadurch seien auf der einen Seite gewaltige Profite angehäuft worden, was auf der anderen Seite eine Austeritätspolitik nach sich gezogen habe. Aurélie Trouvé unterstrich, dass das kurzfristige Handeln der internationalen Finanzmärkte nicht mit den langfristigen ökologischen Erfordernissen in der Welt kompatibel sei, und verlangte eine Harmonisierung der Wirtschafts- und Steuerpolitik in der EU sowie eine Beschneidung der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank.

Cécile Duflot betonte, ökologische Politik sei keine Austeritätspolitik. Soziale Gerechtigkeit und Umweltgerechtigkeit würden zusammen gehören. Auf die Kritik von Anthony Giddens eingehend, hob sie hervor, es komme darauf an, in welche Jobs investiert werde. Die gleiche Summe an Investitionen bringe in verschiedenen Feldern der Wirtschaft unterschiedlich viele Jobs und natürlich auch unterschiedliche Arbeitsplätze.

Die „Deklaration von Paris“

Als Hauptdokument beschloss der 4. Parteitag der Europäischen Grünen Partei eine „Deklaration von Paris“. Sie enthält einen aus zwölf Punkten bestehenden Vorschlag, dessen Umsetzung aus der aktuellen fiskalischen, sozialen und wirtschaftlichen Krise in Europa herausführen soll, und einen Fahrplan für die Neubegründung des europäischen Projekts. Die Vorschläge der Grünen für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Lösung der Krise bestehen vor allem aus folgenden Punkten:

- Die griechische Schuldenlast soll nachhaltig bewältigt werden. Die angekündigte freiwillige Reduzierung der griechischen Schulden durch den privaten Sektor um 50 Prozent sei unzureichend.
- Der Europäische Finanz-Stabilisierungs-Fond (EFSF) – und zukünftig der Europäische Stabilitäts-Mechanismus (ESM) – müssten effektiv gestaltet werden. Dazu müsse der EFSF zu einer Bank gemacht werden, die in der Lage ist, die Liquiditätsfazilitäten der Europäischen Zentralbank in Anspruch zu nehmen.

- Eine Rekapitalisierung der europäischen Banken sei notwendig.
- Notwendig sei ein Wechsel von der einseitigen Sparpolitik zu sozial gerechten und nachhaltigen Strukturreformen und Investitionen, um die nationalen Wirtschaften zu stärken.
- Erforderlich sei weiter eine starke Re-Regulierung der Finanzindustrie Europas.
- Eine umfassende europäische Steuer-Strategie, einschließlich der aktiven Bekämpfung von Steuerhinterziehung und der Begrenzung der Möglichkeiten zur Steuervermeidung, müsse entwickelt werden.
- Ein Europäischer Währungsfonds müsse etabliert werden.
- Der makroökonomische Überwachungsrahmen müsse operativer und ausgeglichener werden.
- Der EU-Haushalt müsse zu einem Instrument der Wirtschaftspolitik gemacht werden. Keine Währungsunion sei ohne einen glaubwürdigen gemeinsamen Haushalt als Instrument der Wirtschaftspolitik erfolgreich. Daher sei ein wesentlich ambitionierterer EU-Haushalt notwendig, der sich aus einer Finanztransaktionssteuer und aus einem Klima- bzw. Energiebeitrag speist, so dass die Beiträge der Mitgliedstaaten reduziert werden könnten.
- Erforderlich sei ein Green New Deal für Europa. Die einseitige Konzentration auf einen Sparkurs sei eine selbstzerstörerische Strategie. Es müsse vielmehr in die ökologische Erneuerung der Energie-, Verkehrs- und Produktions-Infrastrukturen sowie in Bildung, Forschung und Innovation investiert werden, um die natürlichen Ressourcen wiederherzustellen und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Unter anderem soll der Europäischen Zentralbank erlaubt werden, Anleihen, die von der Europäischen Investitionsbank ausgegeben werden, unter der Bedingung zu refinanzieren, dass diese Anleihen nachhaltige Investitionen unterstützen. Nicht zuletzt soll eine Energiewende implementiert werden, um aus dem heutigen atomar und fossil basierten Energiesystem in eine erneuerbare Energie-Zukunft zu gelangen.
- Künftig sollen die Grundzüge der Wirtschaftspolitik im Mitentscheidungsverfahren von EU-Kommission, EU-Rat und EU-Parlament angenommen werden, um so diese Politik demokratisch zu untermauern.
- Schließlich schlagen die europäischen Grünen einen Konvent für ein neues Europa vor, in dem Vertreter der europäischen und der nationalen Parlamente sowie der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft vertreten sind. Es könne in keiner Weise hingenommen werden, dass Vertragsänderungen von EU-Staats- und Regierungschefs hinter verschlossenen Türen verhandelt und dann den Parlamenten aufgezwungen werden.

In ihrer „Deklaration von Paris“ setzt sich die EGP für eine Neubegründung des europäischen Projekts ein. Die europäischen Grünen sind davon überzeugt, dass das europäische Projekt der Notwendigkeit bedarf, einen neuen Sinn für Richtung und Ziel zu finden. Die massive Mobilisierung von Bürgern in ganz Europa in der jüngsten Zeit zeige, dass die Zukunft des europäischen Projekts mit ihnen und nicht über ihre Köpfe hinweg entschieden werden müsse.



Überblick über weitere Dokumente und Veranstaltungen des Kongresses

In anderen Veranstaltungen des Kongresses wurde der Fokus auf die Rio+20-UNO-Konferenz zu Nachhaltiger Entwicklung, auf den Entwurf einer grünen Landwirtschaftspolitik und auf das Aufblühen des „Arabischen Frühlings“ gelegt. Um die Plenardebatten rankte sich eine Vielzahl von Workshops, Trainings-Veranstaltungen, Erfahrungsaustauschen und Treffen, die der Vermittlung grüner Erfolge und Erfahrungen dienten. Die Spannweite der Themen reichte von den sozialen, ökonomischen und ökologischen Aspekten der aktuellen Krise über die Fischereipolitik und die Industriepolitik bis zu den Menschenrechten, von Gender-Fragen über solche der Migration bis zur Außenpolitik und von der Kommunalpolitik über die Frage digitaler Rechte bis zur (grünen) Öffentlichkeitsarbeit. In einem eigenen Workshop wurde die Studie der Heinrich-Böll-Stiftung „Solidarität und Stärke: Die Zukunft der Europäischen Union“ vorgestellt. Sie soll demnächst auch in deutscher Sprache vorliegen.

Im Plenum des Kongresses wurden insbesondere eine Resolution „Rio+20 – eine Möglichkeit und eine Herausforderung“, eine Resolution zur Reform der Fischereipolitik und eine Resolution zur 17. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention (COP 17) im Dezember 2011 in Durban in Südafrika „COP 17 Durban – Die verlorene Zeit wieder aufholen“ beschlossen. Dringlichkeitserklärungen wurden unter anderem zum „Arabischen Frühling“, zur Unterstützung der „neu geborenen“ spanischen grünen Partei EQUO bei der Parlamentswahl am 20. November 2011 sowie gegen den Bau neuer Kernkraftwerke und gegen die Einrichtung von Zwischen- bzw. Endlagern von nuklearen und radioaktiven Abfällen angenommen.

Kritik übten Delegierte am „Durch-Stimmen“ der Änderungsanträge zu den vorgelegten Dokumenten. Zwar waren kurze Beiträge zur Erläuterung der Anträge möglich, jedoch keine Pro- und Contra-Reden, die den Teilnehmern Gründe für ihr anschließendes Stimmverhalten geliefert hätten. Zudem war vorab in den getrennten Beratungen der Delegierten der einzelnen Länder faktisch das Stimmverhalten der jeweiligen Delegationen weitgehend festgelegt worden.

Das im Vorfeld des Kongresses als Hauptdokument des 4. Parteitags gehandelte Papier „Die soziale Dimension des Green New Deal“ wurde nur in einer Arbeitsgruppe behandelt, die sich mit den eingegangenen 50 Änderungsanträgen zu diesem Papier befasste. Im Plenum des Kongresses wurde dieses Papier jedoch nicht diskutiert. Es soll erst Gegenstand des nächsten Council Meetings der EGP werden.

In der Entwurfsfassung des elf Seiten umfassenden Papiers, stellen die europäischen Grünen insbesondere fest, die finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Krisen hätten gezeigt, dass die liberale Marktwirtschaft – sich selbst überlassen – zu wachsender Ungleichheit führe. Die EGP betont: „Obwohl wir meinen, dass der Wohlfahrtsstaat nachhaltig und effektiv sein sollte, glauben wir nicht, dass fiskalische Disziplin allein die Antwort (auf die Finanz- und Wirtschaftskrise – J.W.) sein kann, besonders wenn staatliche Sparpläne sozial und ökologisch blind sind, oft die am stärksten gefährdeten Gruppen in der Gesellschaft am härtesten treffen und so die Ungleichheitslücke noch weiter vergrößern.“ In diesem Kontext treten die Grünen für „garantierte Mindesteinkommen“ ein, die mindestens 60 Prozent der mittleren

Einkommen ausmachen sollen, und für die Einführung von menschenwürdigen Mindestlöhnen in den einzelnen Ländern in Höhe von mindestens 60 Prozent des jeweiligen Durchschnittslohns.

In einzelnen Diskussionsbeiträgen im Plenum und in Arbeitsgruppen sowie in Änderungsanträgen zu Kongressdokumenten wurde eine scharfe radikale Kritik am kapitalistischen System geübt, in der sich eine undifferenzierte Sicht auf den Kapitalismus offenbarte, die faktisch mögliche Veränderungen hin zu ökologischen und sozialen Fortschritten im Rahmen des Systems ausblendete. Eine griechische Delegierte rügte, dass die Beteiligung der engagierten Umweltwissenschaftlerin Tina Birbili an der Regierung Papandreou als Ministerin für Umwelt, Energie und Klimawandel nicht zu einer Richtungsänderung in der Umweltpolitik des Landes geführt habe. Die Regierungsbeteiligung sei letztlich nutzlos gewesen.

Auf dem Pariser Kongress wurde die ungarische Partei *Lehet mas a politika* (LMP – Die Politik kann anders sein) als neues Vollmitglied in die EGP aufgenommen. Die EGP hat damit 39 Vollmitglieder aus 33 Ländern. Dazu kommen acht Parteien mit Beobachterstatus. Die European Green Party ist in ganz Europa vom Nordkap bis zum Kaukasus, von Portugal bis Russland präsent.

Dies allerdings in den einzelnen Ländern in unterschiedlicher Stärke, mit unterschiedlichem politischem Einfluss und mit unterschiedlicher politischer Orientierung. Die Bandbreite reicht dabei von Organisationen traditionell linker Prägung bis zu solchen eher bürgerlichen Zuschnitts. Da – neben wenigen Grundmandaten für jede Partei – die Anzahl der Delegiertenmandate auf EGP-Parteitag in einem komplizierten Schlüssel nach dem Stimmenanteil der Parteien bei nationalen Wahlen vergeben wird, dominieren die deutschen und die französischen Grünen (gemeinsam mit den Grünen aus Belgien, Großbritannien, den Niederlanden, Luxemburg, Österreich und Schweden) ziemlich eindeutig das Kongressgeschehen und drücken den verabschiedeten Dokumenten ihren politischen Stempel auf.

Bilanziert man den 4. Parteitag der European Green Party in Paris, bleibt festzuhalten:

Erstens zeigte sich, dass der Weg der EGP zur europäischen Partei mit wirklichem Parteicharakter offenbar schwieriger ist als ursprünglich angenommen. Bei der Ausarbeitung und Aushandlung der Kongressdokumente (insbesondere bei der „Deklaration von Paris,“) spielten die osteuropäischen Grünen faktisch keine Rolle – Ausdruck des Ungleichgewichts der europäischen grünen Parteien in der EGP und des starken West-Ost-Gefälles bei Mitgliederzahlen und politischem Einfluss der einzelnen Mitgliedsorganisationen.

Zweitens war festzustellen, dass besonders im Vergleich zum 2. Parteitag der EGP in Genf 2006 neoliberale Positionen weiter zurückgedrängt wurden, dafür aber zum Teil linksradikale Töne zu hören waren. Dies kam insbesondere in einer undifferenzierten Sicht auf den Kapitalismus und in einer negativen Beurteilung der Beteiligung grüner Parteien an nationalen Regierungen zum Ausdruck.

Drittens markierte der Parteitag die Hälfte des Weges zwischen den Europawahlen von 2009 und denen von 2014, auf die sich die europäischen Grünen mit ihren Beschlüssen zur Verbindung von Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik langfristig vorbereiten wollten. Als Ausweg aus der gegenwärtigen Krisensituation präsentierten sie ihren Green New



Deal als in sich stimmige und damit glaubwürdige Antwort. Eine Antwort, an der sich andere europäische Parteifamilien – auch ihre politischen Konkurrenten im weit gefassten linken Spektrum, die Sozialdemokratische Partei Europas und die Europäischen Linken – messen lassen müssen.

Weltsozialforum: Erklärung der Versammlung der sozialen Bewegungen

Angenommen auf dem thematischen Sozialforum am 28. Januar 2012 in Porto Alegre/Brasilien

Wir, Völker aller Kontinente, in der Versammlung der sozialen Bewegungen zusammengekommen, die auf dem Thematischen Sozialforum „Kapitalistische Krise, soziale und Umweltgerechtigkeit“ stattfand, kämpfen gegen die Ursachen der systemischen Krise, die in einer Wirtschafts-, Finanz-, politischen, Ernährungs- und Umweltkrise Ausdruck findet und sogar das Überleben der Menschheit in Frage stellt. Die Entkolonisierung der unterdrückten Völker und die Konfrontation mit dem Imperialismus sind die größten Herausforderungen für die sozialen Bewegungen der ganzen Welt.

In diesem Sinne vereinigen wir uns in unserer Unterschiedlichkeit, um zusammen gemeinsame Pläne und Aktionen gegen den Kapitalismus, das Patriarchat, den Rassismus und jede Art von Diskriminierung und Ausbeutung zu entwickeln.

Deshalb bestätigen wir als unsere gemeinsamen Achsen für den Kampf, wie auf unserer Versammlung in Dakar 2011 beschlossen:

- den Kampf gegen die transnationalen Unternehmen,
- den Kampf für Klimagerechtigkeit und Ernährungssouveränität,
- den Kampf zur Beseitigung der Gewalt gegen die Frau,
- den Kampf für den Frieden und gegen Krieg, Kolonialismus, Okkupation und die Militarisierung unserer Territorien.

Die Völker der ganzen Welt leiden heute unter den Auswirkungen einer Zuspitzung der tiefen Krise des Kapitalismus, in der seine Agenten (Banken, transnationale Gesellschaften, Medienkonglomerate, internationale Institutionen und servile Regierungen) ihre Profite mit einer interventionistischen und neokolonialistischen Politik zu potenzieren trachten. Durch Kriege, militärische Besetzungen, neoliberale Freihandelsverträge und „Sparmaßnahmen“, die mit ihren ökonomischen Paketen die staatlichen Unternehmen privatisieren und die Löhne drosseln, schränken sie Rechte ein, vervielfachen die Arbeitslosigkeit und bemächtigen sich der Naturressourcen. Diese Politik erreicht immer stärker auch die reichen Länder des Nordens, verstärkt Migration, Vertreibungen, Zwangsräumungen, Verschuldung und soziale Ungleichheit.

Die ausschließende Logik dieses Modells dient allein der Bereicherung einer kleinen Elite, sowohl in den Ländern des Nordens als in denen des Südens, zum Schaden der großen Mehrheit der Bevölkerung. Die Verteidigung der Souveränität und Selbstbestimmung der Völker und der sozialen, wirtschaftlichen, Umwelt- und Geschlechtergerechtigkeit ist der

Schlüssel für die Bekämpfung und Überwindung der Krise, stärkt das Eintreten für einen Staat, der frei von Unternehmerzusammenschlüssen ist und im Dienst der Völker steht.

Die globale Erwärmung ist Ergebnis des kapitalistischen Produktions-, Verteilungs- und Konsumsystems. Die transnationalen Unternehmen, die Finanzinstitutionen, die Regierungen und internationalen Organisationen, die in ihrem Dienst stehen, wollen nicht die Treibhausgasemissionen verringern. Jetzt versuchen sie uns die „grüne Wirtschaft“ als Lösung der Umwelt- und Ernährungskrise aufzudrängen, die das Problem verschlimmert und darüber hinaus zur Vermarktung, Privatisierung und Unterwerfung des Lebens unter die Finanzregime führt. Wir lehnen alle diese falschen „Lösungen“ für die Krisen wie Agrotreibstoffe, genveränderte Produkte, das Geo-Engineering und die CO₂-Märkte ab, die nichts als neue Bemäntelungen des Systems sind.

Die Durchführung der Konferenz Río+20 im Juni in Río de Janeiro, 20 Jahre nach ECO 92, verstärkt die zentrale Rolle des Kampfes für Umweltgerechtigkeit im Gegensatz zum kapitalistischen Entwicklungsmodell. Der Versuch, dem Kapitalismus einen „grünen“ Anstrich zu geben, der begleitet ist vom Aufdrängen neuer Instrumente der „grünen Wirtschaft“, ist ein Alarmsignal, dass die sozialen Bewegungen den Widerstand verstärken und die Rolle von Vorkämpfern bei der Entwicklung wirklicher Alternativen zur Krise übernehmen müssen.

Wir prangern die Gewalt gegen die Frau an, die regulär als Instrument der Kontrolle über ihr Leben und ihren Körper ausgeübt wird, und die Verstärkung der Überausbeutung ihrer Arbeit, die benutzt wird, um die Auswirkungen der Krise abzufangen und konstante Gewinne der Unternehmen aufrechtzuerhalten. Wir kämpfen gegen den Frauen- und Kinderhandel und die Rassenvorurteile. Wir verteidigen die Unterschiedlichkeit der sexuellen Orientierung, das Recht auf Selbstbestimmung des Geschlechts; wir kämpfen gegen Homophobie und sexuelle Gewalt.

Die imperialistischen Mächte benutzen ausländische Militärbasen, um Konflikte zu schüren, die Naturressourcen zu kontrollieren, sich anzueignen und Diktaturen in verschiedenen Ländern zu unterstützen. Wir prangern die heuchlerischen Predigten von der Verteidigung der Menschenrechte an, die vielfach militärische Okkupation rechtfertigen sollen. Wir erheben unsere Stimmen gegen die fortdauernde Verletzung der demokratischen und Menschenrechte in Honduras, im besonderen in Bajo Aguan, die Morde an Gewerkschaftern und sozialen Aktivisten in Kolumbien und die kriminelle Blockade gegen Kuba, die jetzt 50 Jahre andauert. Wir kämpfen für die Befreiung der fünf Kubaner, die widerrechtlich in den Vereinigten Staaten eingekerkert sind, gegen die widerrechtliche Okkupation der Inselgruppe der Malwinen durch England, gegen Folter und militärische Besetzung, die von den Vereinigten Staaten und der NATO in Libyen und in Afghanistan begangen werden. Wir prangern den Prozess der Neokolonisierung und der Militarisierung an, den der afrikanische Kontinent erlebt, und die Anwesenheit von U.S. AFRI-COM. Unser Kampf richtet sich auch auf die Beseitigung aller Nuklearwaffen und gegen die NATO.

Wir erklären unsere Solidarität mit den Kämpfern der Völker der Welt gegen die plündernde neokoloniale Logik der extraktiven und Bergbauindustrien der transnationalen Unternehmen, im besonderen mit dem Kampf der Menschen von Famatina in Argentinien, und prangern die Kriminalisie-



rung der sozialen Bewegungen an. Der Kapitalismus zerstört das Leben der Menschen. Deshalb entstehen jeden Tag vielfache Kämpfe für soziale Gerechtigkeit, um die Folgen, die der Kolonialismus hinterlassen hat, zu überwinden, damit wir alle ein menschenwürdiges Leben führen können. Jeder dieser Kämpfe schließt eine Auseinandersetzung der Ideen ein, deshalb werden Aktionen für die Demokratisierung der Medien unabdingbar, die heute durch große Konglomerate kontrolliert werden, und gegen die private Kontrolle des geistigen Eigentums. Zugleich ist die Herausbildung einer Sphäre der unabhängigen Kommunikation notwendig, die unsere Prozesse strategisch begleitet.

Unsere historischen Kämpfe verpflichten, zu verteidigen wir menschenwürdige Arbeit und Agrarreform als einzige Wege, um den landwirtschaftlichen Familienbetrieben, der bäuerlichen und indigenen Landwirtschaft zu einem Aufschwung zu verhelfen, und als wichtigsten Schritt, um Ernährungssouveränität und Umweltgerechtigkeit zu erlangen. Wir bekräftigen unsere Verpflichtung, den Kampf für die Reform der Stadt zu führen, als ein grundlegendes Instrument für den Aufbau gerechter Städte mit partizipativen und demokratischen Räumen. Wir verteidigen die Herausbildung einer anderen Integration, die auf dem Wirken der Solidarität und der Stärkung von Prozessen wie UNASUR und ALBA beruht.

Der Kampf für die Weiterentwicklung der öffentlichen Bildung, Wissenschaft und Technologie im Dienste der Völker wie auch in Verteidigung des traditionellen Wissens wird unerlässlich, da ihre Vermarktung und Privatisierung im Gange ist. Angesichts dessen bekunden wir unsere Solidarität und Unterstützung für die chilenischen, kolumbianischen, puertorikanischen und alle Studenten, die ihre Aktionen zur Verteidigung dieser öffentlichen Güter fortsetzen.

Wir unterstreichen, dass die Völker nicht weiter für diese Systemkrise bezahlen sollen, für die es innerhalb des kapitalistischen Systems keinen Ausweg gibt!

Große Herausforderungen stehen auf der Tagesordnung, die erfordern, dass wir unsere Kämpfe verknüpfen und zur Massenmobilisierung schreiten.

Inspiziert von der Geschichte unserer Kämpfe und von der erneuernden Kraft solcher Bewegungen wie dem Arabischen Frühling, der Occupy-Wall-Street-Bewegung, den Indignados und dem Kampf der chilenischen Studenten, ruft die Versammlung der sozialen Bewegungen die Volkskräfte und -akteure aller Länder zu Mobilisierungsaktionen auf, die weltweit koordiniert sind, um zur Emanzipation und zur Selbstbestimmung unserer Völker beizutragen und den Kampf gegen den Kapitalismus zu verstärken.

Wir rufen alle auf, das Internationale Treffen für Menschenrechte in Solidarität mit Honduras zu unterstützen und das Sozialforum Freies Palästina zu schaffen, indem die globale Bewegung für Boykott, Investitionsentzug und Sanktionen gegen den Staat Israel und seine Apartheidpolitik gegenüber dem palästinensischen Volk gestärkt wird.

Erobern wir ab 5. Juni die Straßen in einer großen globalen Mobilisierungsaktion gegen den Kapitalismus. Rufen wir dazu auf, dem Gipfel der Völker für soziale und Umweltgerechtigkeit, gegen die Merkantilisierung des Lebens und zur Verteidigung der öffentlichen Güter mit dem Blick auf Río+20 Impulse zu verleihen.

Wenn die Gegenwart Kampf ist, wird die Zukunft unser sein!

(Übersetzung aus dem Spanischen: Helma Chrenko)

Internationale Umschau

Die russische Gesellschaft, wie sie ist

Auszüge aus einem Buch des Instituts für Soziologie der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau, Verlag „Nowy chronograf“, 2011; aus: ttolk.ru

Die russische Netzzeitung Tolkowatel, die sich selbst als „Trödelmarkt für Gedanken, Tatsachen und Bewertungen“ bezeichnet, hat in loser Folge Auszüge aus dieser umfangreichen soziologischen Studie veröffentlicht, die auf Umfragen zu faktisch allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens in ganz Russland beruht.

Der vorliegende Auszug ist der Untersuchung des Verhältnisses der Russen zu den Ereignissen des 20. Jahrhunderts gewidmet. Außerdem geht es darum, wie sie sich Russland vorstellen. Zunächst wollen wir betrachten, wie sich die vergangenen zwanzig Jahre Reformen in der Bewertung der Russen widerspiegeln. Und das haben die Soziologen herausgefunden: 10 Prozent der Russen sehen sich als Gewinner, 25 Prozent als Verlierer der Reformen. Ca. 33 Prozent schätzen ein, dass sich ihre Lebensverhältnisse nicht verändert haben. Die übrigen konnten oder wollten auf diese Frage nicht antworten. Bei diesem Ergebnis verwundert es nicht, dass die Mehrheit der Russen sich lieber den Personen und Ereignissen der Vergangenheit zuwendet.

Für das wichtigste Ereignis des 20. Jahrhunderts halten 81 Prozent der Russen den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg. Aber dieses Ereignis hält nicht den Rekord an Zustimmung. Den größten Stolz empfindet die Bevölkerung über die Industrialisierung. Das erklären 85 Prozent. Selbst unter jungen Menschen von 18 bis 30 Jahren beträgt dieser Anteil 78 Prozent. Chruschtschows Tauwetterperiode erhält 77 Prozent, Lenins NÖP 64 Prozent Zustimmung. Am negativsten sehen die Russen die Zeit der Perestroika – nur 29 Prozent der Befragten gaben ihr eine positive Bewertung. Höhere Prozentzahlen erreichen sogar die Kollektivierung mit 41 Prozent und der Übergang zur Marktwirtschaft mit 40 Prozent.

Wie wird die Herrschaftszeit der verschiedenen Zaren, Generalsekretäre oder Präsidenten eingeschätzt? Das Russland bis 1917 wird als Land „mit Erfolgen in der Kunst“ gesehen – 26 Prozent (1. Platz), ebenso als Land der Vaterlandsliebe – 20 Prozent. Unter Stalin, so die Befragten, herrschten Ordnung und Disziplin (76 Prozent, 1. Platz), aber auch Angst (65 Prozent). Unter Breschnew gab es im Lande soziale Sicherheit (71 Prozent, 1. Platz) und Lebensfreude (63 Prozent). Jelzins Russland wird als eine Zeit schwerer wirtschaftlicher Probleme (46 Prozent, 1. Platz) und zwischennationaler Konflikte (45 Prozent) empfunden. Putins Russland sieht man schließlich als ein Land, wo man reich werden kann (63 Prozent, 1. Platz) und wo Verbrechen und Banditentum herrschen (56 Prozent). Selbst unter Jelzin wiesen auf Letzteres nur 38 Prozent hin, unter Breschnew gar nur 2 Prozent.

Auf die Frage, unter welchem Staatsoberhaupt Russland die stärkste Industrie besaß, lauteten die Antworten: In Russland vor 1917 – 4 Prozent, unter Stalin – 33 Prozent,



unter Breschnew – 50 Prozent, unter Jelzin – 2 Prozent und unter Putin – 8 Prozent.

Was wünschen sich die Russen heute? 13 Prozent möchten in einem anderen Land leben. Unter der Jugend beträgt dieser Anteil 21 Prozent. 13 Prozent der jungen Leute bis zu 30 Jahren haben in den vergangenen zehn Jahren im Lande selbst den Wohnort gewechselt., meist sind sie in größere Städte gezogen.

Welche Idee könnte die russische Gesellschaft heute einbringen? Auf dem ersten Platz steht hier die Idee vom Zusammenschluss der Völker Russlands für seine Wiedergeburt als Großmacht – 42 Prozent Zustimmung. Zum Vergleich: Für die Idee der Annäherung Russlands an den Westen und seinen Einzug ins gesamteuropäische Haus entschieden sich nur 7 Prozent. In den vergangenen zehn Jahren hat sich dieser Wert übrigens halbiert: Im Jahre 2001 stimmten dieser Vorstellung noch 15 Prozent der Befragten zu.

Wie identifizieren sich die Russen selbst? Wir sind Europäer, meinten nur 13 Prozent. Auch unter der Jugend bis 25 Jahre denken das nur 20 Prozent. Mit der Definition Wir sind Landsleute identifizierten sich dagegen 60 Prozent der Befragten.

Die Vorstellung, zu sozialistischen Idealen und Werten zurückzukehren, unterstützten 21 Prozent. Interessant ist, dass es im Jahre 2001 nur 15 Prozent waren. Diese Zahl entspricht etwa dem Wähleranteil der KPRF bei jüngsten Wahlen.

Nach Ansicht unserer Landsleute ist das optimale Wirtschaftsmodell eine gemischte Wirtschaft, in der der staatliche Sektor eine führende Stellung einnimmt. Dafür sprachen sich 45 Prozent aus, die dies für ein sozialdemokratisches Modell halten. Das liberale Modell erhielt nur 2 Prozent der positiven Stimmen, ein kommunistisches (in dem der Staat die volle Gleichstellung aller Bürger garantiert) 41 Prozent.

54 Prozent der Russen sind der Meinung, dass ihr Land noch weiter hinter die führenden Mächte der Welt zurückfallen wird. Nur 18 Prozent erwarten, dass Russland in fünf bis zehn Jahren wieder zu den führenden wirtschaftlich entwickelten Staaten gehört und eine entwickelte Demokratie haben wird.

Als wichtigster Bereich, mit dessen Hilfe Russland seine Positionen in Europa stärken kann, sehen 67 Prozent die Förderung und den Export von Rohstoffen an. Dem Waffenexport schreiben 23 Prozent diese Rolle zu.

Als Freunde Russlands werden betrachtet: Frankreich (plus 77 Prozent – um so viel überwiegen die positiven gegenüber den negativen Stimmen), Kasachstan (plus 68 Prozent), Belorussland (plus 67 Prozent), Indien (plus 65 Prozent) und Deutschland (plus 61 Prozent). Für die größten Feinde Russlands werden gehalten: Georgien (minus 51 Prozent), USA (minus 16 Prozent), Irak (minus 10 Prozent) und – unerwartet – die Ukraine (minus 10 Prozent).

Schließlich noch die Bewertung eines dritten Weges der Entwicklung Russlands. Als eurasischer Staat will man Russland vor allem in Moskau und Petersburg sehen. Dort erhielt diese Idee etwa die Hälfte der Stimmen. In anderen Städten wurden 38 bis 40 Prozent erreicht. In Moskau und Petersburg, wo man den intensivsten Kontakt zu Europa hat (dort sind 25 Prozent schon einmal gewesen, aus dem übrigen Land nur 7 Prozent) glaubt man am wenigsten daran, dass die Europäer Russland aufrichtig Wohlergehen wünschen. In diesen Großstädten ist auch die isolationistische Haltung

im Gegensatz zum Beitritt Russlands zur EU am stärksten – 15 Prozent.

(Übersetzung aus dem Russischen: Helmut Ettinger)

Welche Absichten hat Putin mit der Eurasischen Union?

Interview mit Alexander Rahr, Leiter des Berthold-Beitz-Zentrums – Kompetenzzentrum für Russland, Ukraine, Belarus und Zentralasien bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik; aus: Eurasisches Magazin, Nummer 12/2011, Interviewer: Hans Wagner

● **Bis Jahresende soll durch Betreiben Putins auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion eine Eurasische Union entstehen. Sie haben den Initiator im Waldai-Klub darüber ausgefragt. Was haben Sie von ihm erfahren?**

Das Treffen mit Putin hat drei Stunden gedauert und war der Höhepunkt meiner Gespräche. In der Tat wird – exakt 20 Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion – auf 80 Prozent des ehemaligen UdSSR-Territoriums eine neue Union entstehen, unter dem Namen Eurasien. Diesem Staatenbund, der Ähnlichkeit mit der früheren Europäischen Union der fünfziger Jahre haben soll, werden die Länder Russland, Kasachstan, Belarus, Kirgisistan und Tadschikistan beitreten.

● **Plant Putin die Wiedererrichtung der Sowjetunion?**

Das sicher nicht. Die Eurasische Union ist zunächst nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, eine Freihandelszone. Sie wird noch keinen eigenen Präsidenten und kein Parlament besitzen. Aber an ihrer Spitze werden, nach Brüsseler Vorbild, Eurasien-Kommissare stehen, die eine Vereinheitlichung der Rechts- und Wirtschaftssysteme der integrationswilligen Ex-Sowjetrepubliken herbeiführen sollen.

● **Aber in einer solchen Union dominiert doch Russland über alle anderen Staaten. Wollen diese tatsächlich ihre gerade erworbene Souveränität wieder aufgeben?**

Die Integration wird vorsichtig vonstatten gehen. Russland will die integrationswilligen Länder nicht verschrecken. Natürlich spielt Moskau aber seine finanzielle Macht in der Finanzkrise aus. Russland ist bereit, den Staaten, die der Eurasischen Union beitreten, billiges Gas zu liefern, Kredite zu verteilen und den eigenen Markt zu öffnen. Doch ein inzwischen ebenfalls mächtiges Land wie Kasachstan wird sich kaum von Moskau so einfach vereinnahmen lassen.

● **Was genau hat Ihnen Putin auf Ihre direkte Frage nach den Zielen des neuen Integrationsmodells geantwortet?**

Ich habe Putin direkt gefragt, ob die Eurasische Union eine Art Brücke für postsowjetische Staaten in die EU sei, eine Art Zwischenweg zur Vereinigung West – und Osteuropas in ein gemeinsames Europäisches Haus, wie es Michail Gorbatschow vor 20 Jahren vorgeschlagen hat. Immerhin hat Putin vor genau einem Jahr auf dem Forum der Süddeutschen Zeitung in Berlin den Vorschlag einer Freihandelszone von Brest bis Wladiwostok gemacht. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat damals abgelehnt – Russland müsse zunächst der WTO beitreten.



● **Und was hat er geantwortet? Die letzte Barriere für den Beitritt Russlands zur WTO, nämlich das georgische Veto, ist ja vom Tisch. Kann damit Eurasien nach russischen Plänen entstehen?**

Putins Antwort hat mich ein wenig verwirrt. Einerseits sagte er, alle Staaten der Eurasischen Union müssten der WTO beitreten und sich gemeinsam der EU annähern. Andererseits sagte er, die Traditionen der postsowjetischen Staaten seien mit dem westeuropäischen Aquis – dem verbindlichen gemeinschaftlichen Besitzstand – nicht vereinbar. In einen westeuropäischen Werteklub wolle sich die Eurasische Union nicht verwandeln. Auch sei die Eurasische Union keine Brücke, sondern ein autonomes Bündnis. Aber dann ließ er sozusagen die Katze doch aus dem Sack.

● **Nämlich? Verriet Putin Ihnen Einzelheiten darüber, was er mit der Gründung der Eurasischen Union vorhat?**

Er sagte, die Eurasische Union würde sich sowohl Richtung EU als auch Richtung China orientieren. Der Handel mit China würde intensiver und „strategischer“. Man verkaufe den Chinesen inzwischen viel Öl, Gas, Waffen und auch Atomreaktoren. Die EU dagegen würde Russland vom westlichen Gasmarkt verdrängen. Russland würde sich das nicht bieten lassen. Es würde seine Pipelines jetzt von West nach Ost umfunktionieren.

● **Wie soll man das verstehen?**

Ganz einfach. Die Eurasische Union, territorial gesehen zehnmal größer als die EU, würde den großen östlichen Teil des europäischen Kontinents mit Asien verflechten. Falls die Westeuropäer Russland in ihrem Europa nicht haben wollen, wird Putin die wirtschaftliche Integration mit Asien suchen, obwohl diese Idee im Westen heute als völlig unrealistisch und als reine Putin-Propaganda bezeichnet wird.

● **Und wie ist es wirklich? Ist diese Eurasische Union mehr als nur Propaganda? Geht es doch in Richtung auf eine neue Sowjetunion, wenn auch mit asiatischer Schwerpunktverlagerung?**

Die Eurasische Union ist keine neue Sowjetunion. Wer ein russisches Imperium zurückhaben möchte, ist irre, hat Putin im Waldai Klub gesagt. Es geht aber um die historische Findung einer Rolle für Russland und die anderen postsowjetischen Staaten in der neuen Weltwirtschaftsordnung des 21. Jahrhunderts. Diese Staaten werden von uns nicht in die EU aufgenommen, die EU ist durch die Euro-Krise auf Jahrzehnte geschwächt. Also suchen sie nach anderen Überlebensformen in einer Weltwirtschaft, die sich regional überall integriert. Wenn es EU, NAFTA, MERCOSUR, ASEAN, Afrikanische Union und die Islamische Wirtschaftsunion gibt – warum sollten sich die ehemaligen Sowjetrepubliken nicht in ein eigenes Regionalbündnis zusammenschließen? So wird es laufen.

Obamas Anpassungsstrategie und Zbigniew Brzezinskis jüngstes Schachspiel

Von Bruno Mahlow, Mitglied des Ältestenrates der LINKEN

Die von US-Präsident Obama kürzlich verkündete „neue Verteidigungsstrategie“ ist gekennzeichnet durch eine gewisse Anpassung an die schwindende wirtschaftlichen Stärke der USA und an die Schwächung ihres Einflusses in der Welt.

Welches sind ihre wesentlichen Elemente?

- Gewisse Einsichten, die dafür sprechen, dass sich die USA in ihrer Hegemonial- und Militärpolitik übernommen haben, aber im wesentlichen daran und somit an ihrem Sendungsbewusstsein festhalten;
- die Beibehaltung des auf Qualifizierung und Modernisierung gerichteten Rüstungskurses und somit des Auspielens militärischer Überlegenheit ungeachtet einiger Abstriche bei den Bodentruppen und deren Einsatz, sowie in der Personalstärke;
- die Abkehr von der Doktrin zweier Landkriege zugunsten einer Doktrin von eineinhalb Kriegen – eines großen Krieges und gleichzeitig der Fähigkeit zum Vereiteln einer den USA nicht genehmen Entwicklung in einer anderen Region;
- die Entwicklung neuer Waffen, insbesondere von High-tech-Systemen, unbemannter Drohnen, Mittel für Cyberattacken und -abwehr, um „agil, flexibel sowie auf alle Notfälle und Bedrohungen vorbereitet zu sein“;
- aus Sorge wegen der Weltmacht China eine höhere Präsenz im asiatisch-pazifischem Raum;
- statt Rüstungsabbau und Abrüstungsvorschlägen ein „Verteidigungshaushalt, der größer ist als der der (nächsten) zehn Staaten mit dem größten Verteidigungshaushalt zusammengenommen“. Gleichzeitig machen der Bericht der 16 US-Geheimdienste und insbesondere die Meinung der CIA deutlich, dass Russland weiterhin zu den größten potenziellen Bedrohungen der USA gerechnet wird.

Mit der Anpassungsstrategie Obamas korrespondieren viele Aussagen des Sicherheitsberaters des ehemaligen US-Präsidenten Carter, Zbigniew Brzezinski, die dieser in einer Rede im Oktober 2011 in der Normandie und in Artikeln vom Januar 2012 in der Zeitschrift „Foreign Policy“ zu seinem Buch „Strategische Konzeption: Amerika und die Krise der globalen Macht“ dargelegt hat.

Brzezinskis jüngstes Schachspiel

Zbigniew Brzezinski, der die US-Strategie seit Jahrzehnten maßgeblich mitformt, erhielt am 14. Oktober 2011 in der Normandie aus den Händen des ehemaligen französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing den Alexis-de-Tocqueville-Preis überreicht. Tocqueville ist ein französischer Historiker, Soziologe und Politiker, der 1831/32 in den USA ein Buch „Über die Demokratie in Amerika“ schrieb, in dem er die potenziellen Gefahren für die amerikanische Gesellschaft voraussah. Joseph Stiglitz, Nobelpreisträger für Wirtschaft meint, dass es Tocqueville gelang, die Hauptquelle der eigenartigen Genialität der amerikanischen Gesellschaft zu erkennen, die er „self-interest properly understood“, „richtig verstandenen Egoismus“ nannte. Das Amerika des 19. Jahrhunderts berücksichtigte und respektierte seiner Meinung nach



den Egoismus anderer in dem Verständnis, dass die Achtung des Allgemeinwohls Voraussetzung für das persönliche Wohl eines Jeden sei.

Bemerkenswert sind folgende Aussagen in Brzezinskis Rede aus diesem Anlass:

Das heutige Amerika ist ein Land enormer sozialer Kontraste: 1 Prozent der reichsten Familien besitzen 35 Prozent des nationalen Reichtums, während 90 Prozent der Bevölkerung nur über 25 Prozent des nationalen Reichtums verfügen.

Den USA entgleitet die Kontrolle über die globalen Veränderungen im sozialökonomischen und geopolitischen Bereich.

Sozial und ökonomisch wird die Welt zu einem Spielfeld, in dem drei dynamische Realitäten vorherrschen: Globalisierung, Internetisierung und Deregulierung. Die spekulative Finanzsphäre ohne Verbindung zur technischen Innovation und neuen Arbeitsformen schafft schnellen Reichtum. Bestimmend sind merkantiler Egoismus und nicht die nationalen Interessen.

Die Konzentration globaler Macht bei einigen Staaten wird begleitet von der Auflösung der politischen Macht. Der Niedergang des Westens erfolgt ohne Willen zur Einheit bei gleichzeitigem Wachsen der Macht des Ostens. Gefahren egoistischer Konkurrenz und potenzieller Konflikte drohen, die finanzwirtschaftliche Globalisierung erfolgt ohne jede Kontrolle.

Besondere Bedeutung misst Brzezinski dem Phänomen des massenhaften politischen Erwachens bei. Arbeitslose Jugend in Entwicklungsländern und Studenten in entwickelten Industriestaaten protestieren gegen die Reichen und gegen die korrupten Regierungen. „Die Empörung über Macht und Privilegien entfacht populistische Leidenschaften, deren explosives Potenzial internationale Unordnung großen Maßstabes in sich birgt.“ Brzezinski sieht die sozialpolitische Besonderheit der amerikanischen Gesellschaft in deren Unwissenheit und Ignoranz, als deren Folge die Qualität der politischen Führung sinkt, woraus sich der Widerstand gegen eine gerechte Verteilung der sozialen Opfer im Interesse einer langfristigen Wiederherstellung des Wohlstandes des Landes erklärt.

Weiter verweist Brzezinski auf die Enge und den Egoismus der Parteien und fordert eine neue Breite des Herangehens, die Wiederherstellung des nationalen Vertrauens, eine umfassende strategische Vision, ein Erfassen historischer Ziele und somit die globale Anerkennung eines „richtig verstandenen Egoismus“, eine harte nationale und internationale Kontrolle der Finanzsphäre. Die USA müssen ihre anspruchsvolle Politik erneuern, dem transatlantischen Bündnis neue Bedeutung beimessen, was kurzfristig ein engeres Zusammenwirken USA-EU bei langfristiger Einbeziehung Russlands und der Türkei erfordert.

Russland geht es nach Brzezinskis Meinung ums Überleben unter Bedingungen der inneren Stagnation und des Bevölkerungsrückgangs, des aufstrebenden Ostens und des wenn auch verwirrten reichen Westens. Es gelte die engen Kontakte der Ukraine zur EU zu fördern, die eine wichtige Voraussetzung sein könnten, um Russland näher an den Westen heranzubringen. Dies sei unter Putin nicht möglich, aber Brzezinski sieht die Voraussetzungen für eine demokratische Evolution in Russland wachsen.

Die Türkei müsse dazu bewegt werden, ihre Zukunft im Westen zu sehen, und zwar aufgrund ihrer Demokratisierung

und Modernisierung, die sich mit dem Islam als vereinbar gezeigt habe; der friedlichen Kooperation mit den nächstlichen Nachbarn; ihrer Haltung gegen den islamischen Extremismus und ihrer Bedeutung für regionale Stabilität in Zentralasien. Offensichtlich setzt Brzezinski dabei auch auf den Kooperationsrat turksprachiger Staaten – Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgistan und Türkei, dessen Führungsorgane und Sekretariat in Istanbul ansässig sind.

Mittel- und langfristig wichtig für Europa sei die Rolle der USA bei der Entwicklung des neuen Ostens – China, Japan und Indien. Die wachsende Konkurrenz des Letzteren zu China müsse eingedämmt werden.

Brzezinskis Schlußfolgerungen

In seinen Artikeln in „Foreign Policy“ erklärt Brzezinski seine Sicht auf die Folgen der „Unbestimmtheit in der internationalen Arena, der Verschärfung der Reibungen zwischen den globalen Rivalen und sogar eines offenen Chaos“:

Der Verfasser appelliert an die USA, sich auf globale Erschütterungen vorzubereiten. Eine Schwächung der globalen Rolle der USA berge die Gefahr regionaler Konflikte in sich. Er fürchtet eine Umverteilung der Macht, eine weitere Stärkung Russlands und Chinas und zählt Länder auf, die durch den Niedergang der Macht der USA verlieren würden: Georgien, Taiwan, Südkorea, Belarus, die baltischen Staaten, die Ukraine, Afghanistan, Pakistan, Israel, eine Reihe anderer schwacher Staaten. Zweifellos eine sehr aufschlussreiche Liste, wenn man die USA-Positionen und Interessen gegenüber diesen Staaten bedenkt.

Brzezinski erkennt, dass unter den Bedingungen der Deregulierung und des globalen politischen Erwachens die traditionellen politischen Hebel zur Regulierung der gesellschaftlichen Prozesse an Wirkung verlieren. Nach Marx, auf dessen Methodologie immer mehr Forscher zurückgreifen, offenbart sich eine deutliche Nichtübereinstimmung zwischen dem politischen Überbau und der sozialökonomischen Basis. Damit wächst für das westliche und das globale politische System die Gefahr, ins Chaos zu gleiten.

Brzezinski plädiert daher für die Schaffung eines globalen politischen Überbaus, für eine Revolution von oben zur Verhinderung einer Revolution von unten, für die Bildung einer neuen politischen Elite, für neue Strukturen und Mechanismen – mit friedlichen aber auch mit anderen Mitteln. Die tödliche Gefahr müsse den Westen aufrütteln, sich unter der Führung der USA zu vereinen. Erforderlich seien ein vernünftiger Egoismus und das Aufgeben eines Teils der nationalen Souveränität. Von Russland fordert er faktisch den Verzicht auf eine eigenständige weltpolitische Rolle.

Für die US-Strategie gilt die von den USA dominierte transatlantische Gemeinschaft als Hauptachse. Russland und die Türkei, dazu möglichst China und Indien stellen eine Art Ausgleichsgewichte dar. Wichtige Faktoren für das Überleben Russlands sieht Brzezinski in einem engen Verhältnis zur Ukraine und einem starken Mann (daher die Furcht vor Putin). Laut Brzezinski sind Teile der russischen Eliten für seine Vision ansprechbar.

Iran, Saudi-Arabien und Israel sollen auf ihre Ambitionen verzichten. Offenbar rechnet Brzezinski damit, dass die Macht der USA ausreicht, um andere Völker und Staaten von ihren Vorstellungen zu „überzeugen“.

Für ihn geht es faktisch um die „letzte Schlacht“ in einer Konfrontation auf Leben und Tod zwischen dem zivilisierten



Westen und dem „barbarischen“ Russland. Zu Zeiten der strategischen Parität gab es keine Aussicht auf einen Sieg in der geopolitischen Konfrontation, jetzt gehe es dagegen um das Ende der Geschichte eines der Zentren – entweder des Westens oder Russlands.

Was folgt aus alledem für die Linke?

Die Anpassungsstrategie des Imperialismus spielte schon in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts in den Diskussionen um die Einschätzung des internationalen Kräfteverhältnisses und die Potenzen der dem kapitaldominierten System gegenüberstehenden Kräfte eine Rolle. Im Grunde war die Konvergenztheorie bereits ein beredter Ausdruck dafür, wie der Westen nach Reserven und Möglichkeiten suchte, um seine Positionen in der Systemauseinandersetzung zu stärken und sich antikapitalistischen Alternativen zu widersetzen. In der Politik der UdSSR und anderer sozialistischer Staaten, in der kommunistischen Bewegung wurde die Anpassungsstrategie unterschätzt. Das hatte unter anderem mit einem mechanistischen Herangehen an Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung zu tun. Die Rolle der Ökonomie, der wissenschaftlich-technischen Revolution wurde unterbewertet. Mit dem Erringen des militärstrategischen Gleichgewichts allein konnte der in allen Lebensbereichen geführte Wettstreit zwischen den beiden Gesellschaftssystemen nicht zu Gunsten des Sozialismus entschieden werden. Daraus gilt es Lehren zu ziehen.

Zweifelloos hängen die Möglichkeiten und Grenzen des kapitalistischen Systems sowohl von seinem inneren Zustand als auch von der Kraft und dem Einfluss der ihm gegenüberstehenden Kräfte ab. Seine innere Lage ist gegenwärtig von einer umfassenden Systemkrise bestimmt. Selbst die „Financial Times“ lässt daran keinen Zweifel, indem sie von „capitalism in crisis“ spricht. Für die Linke genügt es erst recht nicht, dies nur zu bestätigen oder nach positiven Seiten des Kapitalismus und Möglichkeiten für Reformen Ausschau zu halten. Vielmehr gilt es zu erkennen, dass der Hauptwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit heute viel breiter ist denn je, dass er Mehrheiten der Gesellschaften erfasst hat.

Die globalen Probleme, die Sicherung der Existenz der Menschheit erfordern antikapitalistische Alternativen, das Zusammenwirken aller progressiven Kräfte und in erster Linie die Konzentration der Linken auf ein Zusammengehen in Hauptfragen. Gestützt auf Marx – denn ohne revolutionäre Theorie gibt es keine revolutionäre, den Kapitalismus überwindende Praxis – gilt es den heutigen Herausforderungen gerecht zu werden. Nur so kann man auch allen fortschrittsfeindlichen Anpassungsschachspielen eine Niederlage bereiten.

Ukraine: Zwischenbilanz nach zweijähriger Amtszeit von Viktor Janukowitsch

Von Manfred Schünemann, Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e. V.

In der Ukraine war es nach der Präsidentenwahl vor zwei Jahren zum politischen Machtwechsel gekommen. Viktor Janukowitsch und seine Partei der Regionen hatten die Wahl vor allem mit dem Versprechen gewonnen, nach fünf Jahren des Dauerstreits zwischen Präsident, Regierung und Parlament, der das Land wiederholt an den Rand von Staatskrisen gebracht hatte, „mehr innenpolitische Stabilität“ und „größere außenpolitische Berechenbarkeit“ zu gewährleisten. Unmittelbar nach dem Amtsantritt wurde begonnen, eine stabile Parlamentsmehrheit zu bilden, um auf dieser Basis den politischen Stillstand zu überwinden und eine Reihe von notwendigen Reformschritten durchzusetzen. Dazu gehörte vor allem die Änderung der Steuergesetzgebung sowie eine Verwaltungs- und Justizreform. Zu größerer Stabilität trug auch eine Grundsatzentscheidung des Ukrainischen Verfassungsgerichts bei, mit der die 2004 im Zuge der sogenannten Orangen Revolution beschlossenen Verfassungsänderungen für verfassungswidrig erklärt und die alte Verfassung von 1996 wieder in Kraft gesetzt wurden. Präsident Janukowitsch verfügt damit wieder wie zu Zeiten Leonid Kutschmas über fast unbeschränkte Machtbefugnisse bei der Ernennung der Regierung, der Auflösung des Parlaments und der Bestimmung des Regierungskurses.

Auf außenpolitischem Gebiet wurde mit Nachdruck klar gestellt, dass für die ukrainische Führung gute nachbarschaftliche Beziehungen zu Russland kein Widerspruch zur europäischen Orientierung sind, an der ausdrücklich festgehalten wurde. Wichtigstes Ergebnis dieser pragmatischen Politik war die Überwindung des ideologischen Ballastes aus der Amtszeit Juschtschenkos und die Wiederherstellung normaler Beziehungen zu Russland. Mit der Verlängerung des Stützpunktvertrages für die Russische Schwarzmeerflotte in Sewastopol um 25 Jahre und der Bekräftigung des blockfreien Status der Ukraine wurden die größten Belastungen im ukrainisch-russischen Verhältnis beseitigt und ein Neuanfang eingeleitet. Gleichzeitig wurde der Kurs der europäischen Orientierung konsequent fortgesetzt und auf einen raschen Abschluss der 2005 begonnenen Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen mit der EU gedrängt.

Nach zweijähriger Amtszeit steht Präsident Viktor Janukowitsch allerdings vor den gleichen Problemen wie alle seine Amtsvorgänger: Die inneren Reformbestrebungen sind ins Stocken geraten, bei Korruptionsbekämpfung und Wirtschaftsaufschwung gibt es keinen Durchbruch, die soziale Lage bleibt für viele Bürger schwierig und das Vertrauen der Wähler in die Politik der regierenden Partei der Regionen (PdR) schwindet. Auf außenpolitischem Gebiet konnten weder das Verhältnis zu Russland noch die europäische Perspektive auf dauerhafte Grundlagen gestellt werden.

Politische Fehleinschätzungen

Durch innenpolitische Fehler und erneute Schwankungen im außenpolitischen Kurs wurde das gerade im In- und Ausland gewonnene größere Vertrauen in Stabilität und Berechenbar-



keit der ukrainischen Politik starken Belastungen ausgesetzt. Vor allem der politisch motivierte Prozess gegen Julia Timoschenko stärkte nicht nur das Misstrauen gegenüber der Regierungspolitik von Präsident Janukowitsch im Innern, sondern führte auf Seiten der wichtigsten außenpolitischen Partner – EU und Russland – zu Irritationen und harschen Reaktionen. Mit der Verurteilung Julia Timoschenkos zu sieben Jahren Haft folgte das Gericht der formaljuristischen Argumentation der Staatsanwaltschaft, wonach die Ministerpräsidentin in den Verhandlungen über ein neues Gasabkommen mit Russland Anfang des Jahres 2009 ihre Kompetenzen überschritten und einem Vertrag zugestimmt hätte, durch den der Ukraine ein Millionenschaden zugefügt worden sei. Es bleibt aber bei allen Prozessbeobachtern im In- und Ausland eine Frage, ob und warum es zu dem Verfahren kommen musste. Amtsmissbrauch und Korruption hatten bislang in der Ukraine nicht zwangsläufig zu Anklagen und Verurteilungen geführt.

Im Falle von Julia Timoschenko war die politische Absicht des Verfahrens allzu offensichtlich. Die Strafverfolgung wurde nicht fallen gelassen, weil mit dem Prozess die wichtigste Oppositionskraft geschwächt und zumindest zeitweilig ausgeschaltet werden sollte. Natürlich hat auch Julia Timoschenko wenig getan, den Prozess zu verhindern. Sah sie doch darin eine willkommene Gelegenheit, ihre sinkende Popularität in der ukrainischen Bevölkerung und bei ihren politischen Freunden in Westeuropa (ihre Partei ist Mitglied der Europäischen Volkspartei) medienwirksam aufzubessern. Zumindest Letzteres ist ihr gelungen. Europaparlament, EU-Kommission und Regierungschefs von EU-Ländern, darunter auch die Bundeskanzlerin, haben mehrfach gegen den Prozess Stellung genommen und von Präsident Viktor Janukowitsch ultimativ die Einhaltung „rechtsstaatlicher Prinzipien“ gefordert und unmissverständlich erklärt, dass die Verurteilung Julia Timoschenkos und ihr juristischer Ausschluss von den Parlamentswahlen im kommenden Jahr nicht ohne Folgen für die Beziehungen EU – Ukraine und für das geplante Assoziierungsabkommen bleibt. Auch Russland als Vertragspartner des Gasabkommens fühlte sich durch das Urteil düpiert, äußerte sein Unverständnis und zeigt keinerlei Entgegenkommen bei der von ukrainischer Seite geforderten Revidierung der Abkommen. So schlug die mit dem Gerichtsverfahren beabsichtigte Isolierung der innenpolitischen Hauptkontrahentin ins Gegenteil um und führte sowohl zu einer Blockierung des proeuropäischen Kurses als auch zur Belastung der Beziehungen zu Russland, was wiederum die innenpolitischen Auseinandersetzungen im Vorfeld der Parlamentswahlen im Herbst d. J. verschärfen wird.

EU zweifelt an Integrationsfähigkeit der Ukraine

Die Reaktionen auf das Kiewer Gerichtsurteil gegen Julia Timoschenko machen die taktische Fehleinschätzung der ukrainischen Führung mehr als deutlich. Von der EU wurde die Unterzeichnung der fertig ausgehandelten Abkommen über Assoziierung und Freihandel auf einen unbestimmten Zeitpunkt verschoben, von „Fortschritten bei der Demokratisierung in der Ukraine“, einem „rechtsstaatlichen Überprüfungsverfahren“ des Urteils gegen Julia Timoschenko sowie der „Aufhebung des politischen Betätigungsverbots“ für die ehemalige Ministerpräsidentin und andere führende Oppositionspolitiker abhängig gemacht. Die ukrainische Führung hofft allerdings, dass die Belastungen im Verhältnis zur EU

nur zeitweilig sind. Sie rechnet dabei – sicherlich nicht zu Unrecht – damit, dass die EU (Gleiches trifft auch für Russland zu) nicht dauerhaft daran interessiert sein kann, die Ukraine außenpolitisch zu isolieren. Eine Nichtunterzeichnung des Assoziierungsabkommens würde die Ukraine unweigerlich in die „Arme“ des von Russland dominierten Gemeinsamen Wirtschaftsraumes treiben, ebenso wie umgekehrt eine Absage Russlands an den Ausbau der Beziehungen zur Ukraine zwangsläufig zu einem noch konsequenteren europäischen Integrationskurs führen würde. So beabsichtigt die Kiewer Führung, ihren pragmatischen außenpolitischen Kurs zur Einbindung in die EU bei gleichzeitig möglichst guten Beziehungen zu Russland trotz der zeitweiligen Belastungen durch das Gerichtsurteil gegen Julia Timoschenko auch künftig fortzusetzen.

Über den Inhalt des Assoziierungsabkommens und der damit verbundenen Errichtung einer Freihandelszone zwischen EU und Ukraine wird seit Jahren gerungen. Die Verhandlungen begannen bereits in der Regierungszeit von Viktor Juschtschenko und Julia Timoschenko, konnten aber auf Grund der politischen Instabilitäten in der Ukraine und durch die Krisen innerhalb der EU erst im Dezember 2011 zum Abschluss gebracht werden. Deutlich spürbar war auch während der gesamten Verhandlungen, dass innerhalb der EU (insbesondere auch bei Deutschland) nach wie vor Zweifel an der Integrationsfähigkeit der Ukraine bestehen. Eine realistische Beitrittsperspektive im überschaubaren Zeitrahmen gilt mehrheitlich für ausgeschlossen. Der EU ging es in den Vertragsverhandlungen neben der Sicherung des ukrainischen Absatzmarktes hauptsächlich um vertragliche Verpflichtungen der Ukraine, die „europäischen Grundwerte“ (Rechtsstaatlichkeit; Demokratie; Menschenrechte; Meinungsppluralismus) durchzusetzen und eine dauerhafte Abgrenzung von russisch dominierten Integrationsmodellen (Gemeinsamer Wirtschaftsraum; Freihandelszone; Eurasische Union) zu erreichen. Der ukrainischen Führung ging es dagegen vorrangig um eine verbindliche Beitrittszusage für die EU, um die Abschaffung der Visumpflicht für Reisen in die EU-Länder, um die Öffnung der europäischen Märkte für ukrainische Waren und Dienstleistungen sowie um erweiterte Zugriffsmöglichkeiten auf EU-Förder- und Investitionsmittel zur Modernisierung der ukrainischen Wirtschaft. Gerade hiervon erhoffen sich die ukrainischen Oligarchen zusätzliche Profitquellen, weshalb sie den Kurs der europäischen Orientierung mittragen und in letzter Zeit immer stärker auf den Abschluss der Abkommen mit der EU drängen. Selbst jene Wirtschaftskreise (Rüstungsindustrie; Schwermaschinenbau), die durch die Assoziierungs- und Freihandelsabkommen mit der EU Einschränkungen ihrer Wirtschaftsbeziehungen zu Russland befürchten, befürworten die „europäische Orientierung“, weil sie darin eine Garantie für ihre Selbständigkeit und gegen einen Aufkauf durch russische Großkonzerne sehen. Auch die überwiegende Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung unterstützt den Kurs der Annäherung bzw. einen künftigen Beitritt zur EU. Vor allem die jüngere Generation erhofft sich von der „Zugehörigkeit zu Europa“ völlige Freizügigkeit im Reiseverkehr, einen uneingeschränkten Zugang zum europäischen Bildungs- und Arbeitsmarkt sowie bessere Einkommens- und Entwicklungsmöglichkeiten. Ein Teil der Bevölkerung (besonders in der Westukraine) sieht in den Abkommen mit der EU zugleich eine dauerhafte Sicherung der Unabhängigkeit der Ukraine und



einen Schutz vor der „neoimperialen Politik Moskaus“.

Die Verzögerungen beim Abschluss der Assoziierungsabkommen stellen somit die EU und die politischen Gegner von Präsident Janukowitsch in der Ukraine vor ein Dilemma. Entweder man gesteht der Janukowitsch-Regierung den politischen Erfolg zu und unterzeichnet die ausgehandelten Verträge, um damit für die Ukraine „endgültig den Weg nach Europa“ frei zu machen, oder man stoppt vorläufig den Assoziierungsprozess und liefert damit angeblich der Janukowitsch-Regierung den „Vorwand“, die Ukraine in die „offenen Arme Russlands“ zu drängen.

Erneute Belastungen im Verhältnis Ukraine – Russland

Trotz anfänglicher Bemühungen ist es seit dem Amtsantritt von Präsident Viktor Janukowitsch vor zwei Jahren nicht zu einer grundlegenden Verbesserung der Beziehungen zu Russland gekommen. Aus der starken Abhängigkeit der Ukraine von Gas- und Erdöllieferungen aus Russland resultieren nach wie vor Belastungen für die Beziehungen zwischen beiden Ländern. Von russischer Seite wird immer wieder versucht, die Abhängigkeiten im Energieträgerbereich für die Durchsetzung ökonomischer und politischer Interessen zu nutzen. Das betrifft zum einen die Einbindung der Ukraine in die von Russland dominierten Integrationsräume im postsowjetischen Raum, wie der Euroasiatischen Wirtschaftsgemeinschaft oder der Zollunion zwischen Russland, Kasachstan und Belarus, was bislang von ukrainischer Seite stets mit dem Hinweis auf die „europäische Orientierung“ abgelehnt wurde. Zum anderen strebt der russische Staatskonzern „Gazprom“ seit Jahren danach, das ukrainische Pipeline-Netz unter seine Kontrolle zu bekommen, wogegen sich die Ukraine – auch mit Blick auf den dann drohenden Verlust der Einnahmen aus den Transitleistungen nach Westeuropa – strikt zur Wehr setzt. Alle Bemühungen der Ukraine, die große Abhängigkeit von den russischen Energieträgerlieferungen durch eine Diversifizierung der notwendigen Importe zu erreichen, sind bisher an den hohen Kosten für neue Transportleitungen oder –systeme, an den begrenzten Liefermöglichkeiten potenzieller Exporteure (Aserbaidschan; Turkmenistan) und am Einfluss von Gazprom in der gesamten Region gescheitert. Gerade kürzlich weigerte sich Aserbaidschan unter dem Vorwand von ukrainischen Waffenexporten nach Armenien, ein bereits ausgehandeltes langfristiges Lieferabkommen zu unterzeichnen. Realistisch betrachtet, werden die Abhängigkeiten der Ukraine im Energiebereich noch lange Zeit fortbestehen. Mögliche Diversifizierungen ließen sich nur durch eine rasche Umsetzung der EU-Pläne für den Bau der Nabucco-Pipeline (Umgehung russischen Territoriums) verwirklichen, die aber durch Geldmangel immer wieder ins Stocken gerät. Sollte dagegen Russland mit dem Bau der South-Stream-Leitung (Umgehung der Ukraine) rascher vorkommen, wäre die Ukraine weitgehend aus dem lukrativen Transitgeschäft Russland – Westeuropa ausgeklammert, was zu enormen zusätzlichen Belastungen für die ukrainische Handelsbilanz mit Russland und für den ukrainischen Staatshaushalt führen würde.

Bereits jetzt resultieren aus den hohen Zahlungsforderungen Russlands für die Erdgaslieferungen enorme Belastungen für den ukrainischen Staatshaushalt. In den Gasverträgen von 2009, die der Hauptanklagepunkt im Prozess gegen Julia Timoschenko waren, ist als Basispreis 450 Dollar je

1 000 m³ Erdgas und eine jährliche Liefermenge von 52 Mrd. m³ vereinbart worden. Mit dem zwischen Janukowitsch und Medwedjew ausgehandelten Abkommen zur Verlängerung der Stationierung der Russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol um 25 Jahre gewährte Russland dann einen Preisnachlass von 100 Dollar je 1 000 m³. Trotzdem zahlt die Ukraine nach offiziellen Berechnungen einen höheren Preis als z. B. Polen (320 Dollar/1 000 m³) und Deutschland (330 Dollar/1 000 m³) und fordert deshalb nachdrücklich eine Revision der Lieferverträge von 2009. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen und gleichzeitig den Staatshaushalt zu entlasten, droht die Ukraine mit einer einseitigen Reduzierung der Bezugsmenge, obwohl in den Verträgen dafür strenge Rahmenbedingungen festgelegt sind. Bis jetzt ist Russland zu keinerlei Revision der Verträge bereit. Ministerpräsident Putin betonte wiederholt, dass der „geltende Kontrakt funktioniert und erfüllt werden muss“. Zugleich machte er deutlich, dass die Ukraine bei einem Beitritt zur Wirtschaftsgemeinschaft Russland-Kasachstan-Belarus von den Vorteilen der Zollunion profitieren und ein neuer Liefervertrag vereinbart werden könnte. Zu solch einem Schritt konnte sich die ukrainische Führung aber bislang nicht entschließen, da sowohl die innenpolitische Opposition als auch die Europäische Union das als Entscheidung gegen den Kurs der europäischen Orientierung werten würden.

Die Verhärtung der Positionen im Streit über die Erdgasverträge belastet zunehmend auch andere Bereiche der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern. So z. B. das gemeinsame Vorgehen bei der Lösung des Transnistrien-Konflikts. Noch beim Treffen zwischen Janukowitsch und Medwedew in Charkiv (Mai 2010) gab es eine Gemeinsame Erklärung, in der ein „maximales Zusammenwirken“ beider Länder zur Lösung des Konflikts betont und ausdrücklich die „wichtige stabilisierende Rolle der gegenwärtigen Friedensmission in der Region“ hervorgehoben wurde. Von dieser gemeinsamen Haltung ist die Ukraine nunmehr deutlich abgerückt. Bei einem Treffen mit dem amtierenden Präsidenten Moldovas, Marian Lupu, im Januar 2012 erklärte Präsident Viktor Janukowitsch die Bereitschaft der Ukraine, „aktiv an den Diskussionen zur Demilitarisierung Transnistriens und zur Umwandlung der gegenwärtigen Friedensmission (Russlands) in ein europäisches Format“ teilzunehmen.

Von Russland wird der in jüngster Zeit spürbare Schwenk in der ukrainischen Politik mit Unverständnis und Misstrauen verfolgt. Vor allem der Nichtbeitritt zur russisch dominierten Wirtschaftsunion mit Kasachstan und Belarus stößt auf anhaltende Kritik und wird als „Einknicken“ vor den Forderungen der EU gewertet. Zwar wird von offizieller Seite immer wieder betont, dass zwischen den stockenden Verhandlungen über ein neues Gaspreisabkommen und der veränderten Haltung in der ukrainischen Politik kein direkter Zusammenhang bestehe, in den russischen Medien jedoch wird offen erklärt, dass es für die Ukraine „kein billiges Gas ohne eine Zollunion“ geben werde. Die ukrainische Führung ist sich dieser Problematik durchaus bewusst, zumal schon jetzt etwa 40 Prozent des Außenhandels mit GUS-Ländern realisiert werden. Deshalb wird fieberhaft nach einer tragbaren Kompromisslösung gesucht. Janukowitsch brachte dazu bereits eine Formel 3 + 1 ins Spiel, nach der die Ukraine einen Sonderstatus in der Zollunion bekommen soll, der einem Freihandels- und Assoziierungsabkommen mit der EU nicht im Wege steht. Von russischer Seite wurde diese Idee aber



umgehend mit der Bemerkung zurückgewiesen, eine „halbe Mitgliedschaft“ könne es in einer Zollunion nicht geben.

Wirtschaftliche Sachzwänge

In der öffentlichen Diskussion überhöhen alle Seiten (Janukowitsch-Regierung; EU; Russland) die Bedeutung des Assoziierungsabkommens EU – Ukraine. Weder würde die rasche Unterzeichnung der Abkommen zur dauerhaften Stärkung der innenpolitischen Positionen des Janukowitsch-Lagers führen oder den „Demokratisierungsprozess“ in der Ukraine entscheidend vorantreiben, noch bedeutete es eine „endgültige“ Entscheidung über die künftige politische und wirtschaftliche Orientierung der Ukraine bzw. die Anbindung an Russland. Auch nach einer Unterzeichnung der Assoziierungsabkommen mit der EU muss jede ukrainische Führung das Verhältnis zwischen europäischer Orientierung und Gestaltung der Beziehungen zu Russland ausbalancieren und einen pragmatischen Kurs in beide Richtungen verfolgen. Das erfordert allein schon die wirtschaftliche Entwicklung. Zwar erhöhte sich 2011 das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gegenüber dem Vorjahr um 5,2 Prozent, aber durch die hohe Abhängigkeit der ukrainischen Wirtschaft von der Entwicklung auf dem Weltmarkt bleiben die Prognosen für 2012 unsicher. Im Etatentwurf des Ministerkabinetts wird von einem Absinken der Zuwachsrates des BIP auf 3,9 Prozent ausgegangen, wodurch das Haushaltsdefizit weiter wachsen würde. Vor allem die staatlichen Subventionen für den Binnenpreis der Energieträger (allein bei Erdgas ca. 1,6 Mrd. €) führen zu enormen Belastungen des Haushalts, selbst wenn eine Senkung des Importpreises auf ca. 230 Dollar je 1000 m³ Ergas bzw. auf eine entsprechende Verringerung der Bezugsmenge erreicht würde. Sollte es zu keinen einvernehmlichen Regelungen mit Gazprom kommen, wäre die ukrainische Regierung auf zusätzliche Kredite internationaler Kreditgeber angewiesen. Von Seiten des IWF wird das aber u. a. von einer weiteren Erhöhung der Verbraucherpreise für Energieträger in der Ukraine abhängig gemacht und die EU erwartet vor neuen Kreditzusagen deutliche Schritte zur Beseitigung der „Demokratiedefizite“. Die Erfüllung dieser Forderungen bereitet dem Janukowitsch-Lager erhebliche Schwierigkeiten. Die Erhöhung der Gaspreise vor den Parlamentswahlen im Herbst würde Wählerstimmen kosten und ein Abgehen von den juristischen und politischen Restriktionen gegen Oppositionspolitiker, vor allem gegen Julia Timoschenko, würde im eigenen Lager auf Unverständnis stoßen und zweifellos zur Stärkung der Opposition führen.

Bereits seit einigen Monaten sinken in Meinungsumfragen die Zustimmungswerte für Janukowitsch und die regierende Partei der Regionen (PdR). Während zum Zeitpunkt der letzten Präsidentenwahl (Feb. 2010) Viktor Janukowitsch in allen Meinungsumfragen vor Julia Timoschenko lag und in der Stichwahl knapp 3,5 Prozent mehr Stimmen erhielt, überholte sie ihn im Januar 2012 erstmalig in den aktuellen Umfragen. Nach Angaben des Kiewer Rasumkow-Zentrums würden bei Präsidentenwahlen zum jetzigen Zeitpunkt 16,3 Prozent der Wähler für Julia Timoschenko votieren und nur 13,3 Prozent für Janukowitsch. Noch besorgniserregender für das Regierungslager ist die wachsende Unzufriedenheit und allgemeine Enttäuschung über die Entwicklung seit dem Amtsantritt von Janukowitsch vor zwei Jahren. Mehr als 67 Prozent der ukrainischen Bevölkerung schätzt die Entwicklung im Lande negativ ein. Auch in ihren Hochburgen in der Ost-

ukraine verliert die PdR an Zustimmung. Erstmals kam es im Dezember 2011 in Donezk zu Demonstrationen und Protestaktionen gegen die Regierungspolitik, die nach Meinung breiter Bevölkerungskreise zu einer immer größer werdenden sozialen Kluft zwischen Armen und Reichen führt. Während in westlichen Ländern die Einkommen der Reichen etwa fünf- bis siebenmal so hoch sind wie die der Mittelschicht, sind sie in der Ukraine 40-mal höher. Selbst Politiker der Regierungspartei sehen darin eine wachsende Gefahr für die innere Stabilität und befürchten eine Niederlage bei den Parlamentswahlen Ende Oktober 2012, wenn es nicht gelingt, die soziale Lage durch eine konsequentere Reformpolitik spürbar zu verbessern. Nicht nur die Opposition zweifelt, ob das angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung realistisch ist.

In den politischen Auseinandersetzungen war es bislang für das Regierungslager von Vorteil, dass die Opposition stark zerstritten und ohne überzeugende Programme zur Lösung der dringenden Probleme des Landes war. Seit der Verurteilung Julia Timoschenkos zeichnet sich aber ein stärkeres Bemühen der wichtigsten Oppositionskräfte um Überwindung der Differenzen ab. Bei einer gemeinsamen Kundgebung anlässlich des „Tages der Einheit und Freiheit“ im Januar verkündeten die wichtigsten Oppositionsparteien („Batkivschina/Vaterland“; „Svoboda/Freiheit“; „Front Smin/Front Veränderung“; „Nascha Ukraina/Unsere Ukraine“; „Sa Ukrainu/Für die Ukraine“ u. a.) eine Vereinbarung „Über das gemeinsame Vorgehen der vereinten Opposition“. Darin verpflichteten sie sich zu gemeinsamen Anstrengungen „für die Überwindung des Janukowitsch-Regimes“, zur „Beendigung aller Repressionen gegen Oppositionspolitiker und für die Freilassung Julia Timoschenkos“ sowie zur Koordinierung des Wahlkampfes. Wichtig dabei ist vor allem die Absichtserklärung, in den Wahlkreisen jeweils mit gemeinsamen Kandidaten für die Direktmandate anzutreten, da nach dem geänderten Wahlgesetz die Hälfte der Abgeordnetensitze direkt vergeben wird. Des Weiteren erhofft man sich davon, den Nachteil für kleinere Parteien aus der Anhebung der Sperrklausel von drei auf fünf Prozent und der Nichtzulassung von Wahlblöcken auszugleichen. Ob das gelingt, ist z. Z. offen und hängt auch davon ab, inwieweit die PdR ihr Wählerpotenzial mobilisieren kann und das Regierungslager ebenfalls abgestimmt zu den Wahlen antritt. Die Kommunistische Partei, die zur derzeitigen Parlamentsmehrheit gehört, hat bereits angekündigt, als eigenständige Kraft bei den Wahlen anzutreten und hofft, die von der Regierungspolitik enttäuschten PdR-Wähler für sich gewinnen und ihre Positionen im Parlament stärken zu können.

Realistische Prognosen für den Ausgang der Parlamentswahlen im Oktober sind zum jetzigen Zeitpunkt kaum möglich. Die Wahlentscheidung hängt vor allem davon ab, ob es dem Regierungslager gelingt, die politische Stimmung im Lande zu verbessern, einen Ausgleich im Verhältnis zu Russland zu finden und die Blockierung des Assoziierungsabkommens mit der EU zu überwinden. Für die Opposition bleibt entscheidend, ob es gelingt, die politischen Differenzen dauerhaft zu überwinden, gemeinsame Ziele zu vereinbaren und – sollte Julia Timoschenko in Haft bleiben – eine überzeugende Führungspersönlichkeit zu finden.



Polverschiebung im Weltwirtschaftssystem

Von Bernd Schneider, Fachreferent für Internationale Handelspolitik des Europaabgeordneten Helmut Scholz als ständiger Berichterstatter des Europäischen Parlaments für die Handelsbeziehungen zwischen der EU und China; aus der Serie „Das Reich der Mitte – die neue Supermacht?“, Neues Deutschland, 3. Dezember 2011

In schwierigen Zeiten gibt es einem ein Gefühl von Sicherheit, wenn man Reserven auf dem Konto hat. China hat sie, Brasilien auch, Europa und die USA haben sie nicht. Dass europäische Politiker gleichsam mit dem Klingelbeutel in der Hand in Peking vorstellig werden, nagt am Selbstwertgefühl und ruft in den Medien Sorgen um einen Ausverkauf hervor. Doch ist Angst vor der „Gelben Gefahr“ berechtigt? Ist chinesisches Kapital schlechter oder böser?

China hat den Weg seiner Umstellung auf die „sozialistische Marktwirtschaft“ konsequent und erfolgreich beschritten. Mehr als 400 Millionen Menschen wurden aus tiefster Armut geführt. Dieser Erfolg wird international als Kontrast zur Entwicklung Indiens bewertet, wo neben den neuen Wohlhabenden weiterhin die Masse der Bevölkerung arm blieb. Antichinesische Ressentiments sind dennoch in Europa dominant. Aufgaben und Leistungen des politischen Systems Chinas angesichts seiner Verantwortung für die Lebenssituation von mehr als 1,3 Milliarden Menschen spielen in Kommentaren selten eine Rolle.

Um dies zu ändern, setzt China auf Dialog. Auf Initiative der KP Chinas wurde das „EU-China High Level Forum“ politischer Parteien und Fraktionen ins Leben gerufen. Vom 6. bis 9. November fand im Europäischen Parlament die zweite derartige Konferenz statt. Noch unlängst wäre es schwer vorstellbar gewesen, dass führende europäische Parteipolitiker aller Fraktionen auf Augenhöhe mit Partnern aus der KP Chinas diskutieren. Nun stellte man sich die Aufgabe, Gemeinsamkeiten zwischen der EU-2020-Strategie und Chinas 12. Fünfjahrplan zu ergründen.

Enorme Chancen für Europas Wirtschaft

China wurde bisher in Europa vor allem als Konkurrent wahrgenommen. Das Tempo seiner Industrialisierung ist enorm. Gigantische Manufakturen wurden errichtet, die Waren zu Preisen auf den Weltmarkt bringen, mit denen europäische Hersteller nicht konkurrieren können. Viele gering qualifizierte Arbeitskräfte in Europa verloren dadurch ihren Job. Gleichzeitig wurden viele Konsumgüter für die meisten Europäer überhaupt erst erschwinglich.

Mit Sorge blicken Europäer nicht nur auf die individuellen Menschenrechte in China, sondern auch auf die Arbeits- und Umweltbedingungen der Produktion. Sie fürchten einen Druck, der zur Senkung der eigenen hohen Standards führt. Der aktuelle Fünfjahrplan Chinas greift allerdings die sozialen und ökologischen Probleme ausdrücklich auf und weist beispielsweise in Bezug auf die Förderung regenerativer Energien tatsächlich eine Reihe von Gemeinsamkeiten mit der EU-Strategie auf. Die Qualität ihrer „konsultativen Demokratie“ und der Menschenrechte wollen die Chinesen dagegen vor allem am Mehrwert ihres Systems für die Bevölkerung gemessen sehen.

Dabei spricht das Niveau der Fünfjahrplanziele für den

Doppelcharakter Chinas als Wirtschaftsmacht und Entwicklungsland. Tatsächlich sind der Nachholbedarf Chinas und die gelenkte Öffnung des chinesischen Marktes für europäische Unternehmen derzeit vielleicht die bedeutendste Exportchance. Die positiven Kennzahlen der deutschen Wirtschaft haben sehr viel mit den chinesischen Importen zu tun. Der Maschinenbau profitiert von Chinas Industrialisierung, das Wachstum der Automobilindustrie stützt sich zunehmend auf die steigende Konsumkraft Chinas.

Im September 2011 durchbrach die Zahl der Autos in China die 100-Millionen-Grenze. Allein im ersten Halbjahr 2011 wurden 467 000 Fahrzeuge importiert, Tendenz steigend. Toyota hat klar den größten Marktanteil, aber im Markt für gehobene Ansprüche mischen deutsche Hersteller kräftig mit. Mehr als 80 000 importierte BMW, über 60 000 Mercedes und fast 30 000 Audis im ersten Halbjahr 2011 sprechen für das rasante Wachstum einer chinesischen Käufer-schicht. Volkswagen produziert in China an sieben Standorten und hat seinen Gewinn aus dem Chinageschäft verdreifacht. Der Konzern will in diesem Jahr dort erstmals mehr als zwei Millionen Fahrzeuge verkaufen.

2012 wird China voraussichtlich zum zweitwichtigsten Exportmarkt für Deutschland aufrücken. Für die Eurozone ist es bereits der zweitwichtigste Handelspartner und hat die USA überholt. Hinter den deutschen Pkw-Verkaufszahlen stehen auch zahlreiche Zulieferbetriebe aus anderen EU-Mitgliedstaaten. Linke Kritik, die Deutschland vorwirft, seine Nachbarn quasi arm zu exportieren, übersieht oft den Grad der Verflechtung europäischer Produktion. Sie wird zudem wenig Echo bei Menschen finden, die die Exporte auch als Gütesiegel für ihre Arbeit wahrnehmen. Richtig und wichtig ist dagegen die Kritik am viel zu geringen Lohnzuwachs in Deutschland. Dass eine negative Lohnentwicklung die Vorbedingung für deutsche Exporterfolge sei, ist ein Märchen, das Unternehmer gern Gewerkschaftern erzählen. Dagegen spielen für den Export nach China Ansehen, Qualität, Innovationsgrad und Verlässlichkeit eine große Rolle – und gehören ordentlich entlohnt.

China steht vor gewaltigen Aufgaben. In seinen Städten leben derzeit mehr als 240 Millionen Wanderarbeiter. Die Armut auf dem Lande ist noch immer so groß, dass sie Menschen voller Hoffnung in die Städte treibt. Haben sie Arbeit in einer Fabrik gefunden, wird ihnen zwar oft auch ein Übernachtungsplatz geboten. In der Realität bedeutet das jedoch häufig, sich nach einem langen Arbeitstag einen kleinen Raum mit sechs bis acht weiteren Arbeitern teilen zu müssen.

Paradoxerweise gibt es gleichzeitig eine Immobilienblase: Millionen Wohnungen, für zahlungskräftigere Mieter errichtet, stehen leer. Zwar stieg das Lohnniveau in den Fabriken stetig, inzwischen beläuft es sich auf etwa das Dreifache des Lohnes in Bangladesch, aber um die Miete für eine der hochwertigen Wohnungen zu bezahlen, wird das Einkommen der meisten Arbeiterinnen und Arbeiter noch lange nicht reichen.

Chinas Führung reagiert darauf mit ehrgeizigen Bauvorhaben. 36 Millionen Wohneinheiten für den Niedriglohnbereich sollen im Rahmen des derzeitigen Fünfjahrplans errichtet oder renoviert werden, um 20 Prozent der Haushalte mit einem ordentlichen Dach über dem Kopf zu versorgen. Dazu soll der örtliche Mindestlohn jährlich um 13 Prozent wachen und schließlich 40 Prozent des jeweiligen städtischen Durchschnittseinkommens übersteigen.



Zum Ausverkauf lädt Peking nicht ein

Die Verbesserung der Versorgung, die Verringerung der Armut, die Reduzierung der Schadstoffemissionen, die Entwicklung der Infrastruktur, die Förderung von Bildung und Forschung und insbesondere die Steigerung der Binnennachfrage sind Kernelemente der chinesischen Planung. Wirtschaftsexperten der KP Chinas sind der Ansicht, dass sich die Phase der nachholenden Industrialisierung ihrem Ende zuneigt. Künftig geht es um die Erneuerung der Industrieanlagen unter Umweltgesichtspunkten, den Aufbau eines florierenden Dienstleistungssektors und die Reduzierung des Exportanteils an der Wirtschaftsleistung zugunsten größerer Binnennachfrage.

Diese nächste Entwicklungsphase erfordert sehr großen Kapitaleinsatz, der für europäische Unternehmen höchst interessant ist. China öffnet seinen Markt jedoch nur unter der Bedingung, dass beide Seiten Vorteil daraus ziehen. Man bietet sich transnationalen Konzernen nicht zum Ausverkauf an. Ohne seinen großen Investitionsbedarf zu bestreiten, ist man sich seiner Attraktivität als potenziell größter Markt der Welt sehr bewusst. Wer auf diesem Markt als Investor Profite erzielen will, muss also etwas einbringen. Gefragt sind vor allem Know-how, Organisation und Technologie.

Insbesondere der Transfer von Umwelttechnologie ist objektiv im Interesse der Weltbevölkerung. Die Industrialisierung und die Verbesserung der Lebensbedingungen eines Sechstels der Weltbevölkerung verursachen einen enormen Energiebedarf. Dessen rasche Befriedigung durch den Bau von Kohlekraftwerken mit alter Technologie vergrößert die Gefahr der Klimakatastrophe. China hat auch 83 Milliarden Euro in erneuerbare Energien investiert, ist jedoch nicht bereit, Industrialisierung oder Mobilitätswachstum um des Klimas willen zu stoppen. Klingt eigentlich nach einer Win-win-Option für Europa mit seiner Umwelttechnologie und seinen Energiealternativen. Auch Elektromobilität im Individualverkehr wird in Chinas mehr als 170 Millionenstädten zentrale Bedeutung erlangen. Was hemmt, ist die Angst vor Patentreiberei und das klassische Konkurrenzdenken.

Die Bedeutung von Patentschutz hat die chinesische Regierung erkannt, Maßnahmen sind angekündigt. Da immer mehr neue Patente in China selbst entwickelt werden, liegt dies im eigenen Interesse. Die Erkenntnis, dass hartes Konkurrenzdenken letztlich keine Zukunftsoption ist, reift dagegen unter europäischen wie unter chinesischen Unternehmen und Politikern nur langsam.

Vernetzung statt Gegnerschaft

Koexistenz bedingt jedoch, dass das Paradigma der Konkurrenz abgelöst wird vom Paradigma der wechselseitigen Vernetzung ökonomischer Aktivität. Wenn in Peking die Erkenntnis wächst, dass China seinem Absatzmarkt Europa auch aus Eigeninteresse finanziell aus der Klemme helfen sollte, muss umgekehrt der wirtschaftliche Erfolg Chinas in Europa als Chance zur Überwindung der eigenen Absatzkrise erkannt werden. Das wäre eine kluge Alternative zur Dummheit Washingtons, Peking durch eine neue Militärbasis im nordaustralischen Darwin und durch die unter Ausschluss Chinas vorangetriebene Ausweitung des Transpazifischen Partnerschaftsabkommens in die Rolle eines Gegners zu zwingen.

Europäer und Amerikaner verstanden den propagierten Begriff integrierter Märkte bisher in Wahrheit als Einbahn-

straße. Politiker wie EU-Handelskommissar Karel De Gucht oder Rainer Brüderle sehen ihre Aufgabe in der „Penetration“ von Märkten im Interesse ihrer Einflüsterer aus den Konzernen. Diese Politik baut nicht Handelspartner auf, sondern saugt sie aus. So wird Armut dauerhaft gemacht. Bei Begegnungen mit Vertretern Chinas oder Brasiliens blicken sie noch immer mit der Arroganz der „Entwickelten“ auf die „Unterentwickelten“ herab. Es fällt ihnen schwer, deren neues Selbstbewusstsein zu akzeptieren. Noch schwerer scheint ihnen die Erkenntnis zu fallen, dass die Wirtschaftsbeziehungen mit Brasilien, Indien, China, Russland und Südafrika für andere Teile der Welt eine Option zur Reduzierung der Abhängigkeit von Europa und den USA bedeuten. Da findet eine Polverschiebung im Weltwirtschaftssystem statt.

Ein neuer Schritt in der lateinamerikanischen Integration

Von Helma Chrenko, AK Lateinamerika bei der BAG Friedens- und Internationale Politik

Eine neue Regionalorganisation von Staaten ist entstanden, die Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC), die am 3. Dezember 2011 in Caracas gegründet wurde. Sie ist der erste Zusammenschluss auf dieser Ebene, an dem die USA und Kanada nicht beteiligt sind, jedoch alle 33 souveränen Staaten Süd- und Mittelamerikas und der Karibik. Die seit 1986 bestehende Río-Gruppe („Permanenter Mechanismus zur Konsultation und politischen Konzertation“) und das seit 2008 institutionalisierte Gipfeltreffen lateinamerikanischer und karibischer Staaten (CALC) gehen darin auf. Die Gründungskonferenz empfing einen Glückwunsch des chinesischen Präsidenten mit Hinweis auf die „strategische Perspektive“ der Beziehungen China-Lateinamerika. In Europa und den USA wurde das Ereignis auch von der Presse wenig beachtet und meist zurückhaltend bis ironisch kommentiert, vorherrschend waren Zweifel am Bestand und an der erfolgreichen Entwicklung der neuen Organisation. Der Tenor war dabei vor allem, dass sich die CELAC, die vorläufig über keine eigenen Organe verfügt, gegen die OAS nie durchsetzen könnte. Als Interessenvertretung steht die neue Organisation naturgemäß, wenn auch nicht ausdrücklich, der von den USA dominierten Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) gegenüber, aus der bekanntlich Kuba 1962 auf Betreiben der USA ausgeschlossen wurde und in die es auch in der Gegenwart nicht wieder einzutreten beabsichtigt.

Mark Weisbrot, Ko-Direktor des unabhängigen Forschungsinstituts Center for Economic and Policy Research (CEPR), Washington, sieht in der Gründung der CELAC einen historischen Schritt in Richtung auf den Wandel der Beziehungen in der Region (vgl. M. Weisbrot: Creación de nueva organización regional representa un gran paso adelante para el hemisferio, ALAI, 23.12.2011). Er meint, dass die Nicht-einbeziehung der USA durchaus begründet ist, und erinnert aus den Erfahrungen der letzten Zeit nur an den Missbrauch der OAS zur Festigung und Legitimierung des Putschistenregimes in Honduras und bei der Annullierung der Ergebnisse



der ersten Etappe der Präsidentschaftswahlen in Haiti, die den USA nicht genehm waren, womit eine Politik fortgesetzt wurde, die von der Delegitimierung der Wahlen des Jahres 2000 zum Putsch von 2004 führte. Nicht zufällig, stellt er auch fest, war die Periode des schlimmsten Niedergangs der sozialökonomischen Lage in Lateinamerika, die Jahre 1980 bis 2000, exakt die Zeit des „Washington Consens“ mit maßgeblichen Einfluss von in den USA basierten Institutionen auf die Geschicke der Region.

Als eine Gegenposition zur OAS betrachten viele lateinamerikanische Regierungen die CELAC nicht. Auf jeden Fall aber zeigt die Gründung der neuen Organisation unabwiesbar, dass alle diese Staaten und Regierungen, welcher politischen Schattierung sie auch angehören, eine internationale Interessenvertretung unabhängig von den USA als wünschenswert ansehen und dass es gemeinsame Projekte gibt, die sie vereinen. Das ist etwas Neues und zeigt eine neue Lage an.

In Lateinamerika wurde die Neugründung, die ganz im Zeichen der Feiern zum 200. Jahr der Befreiung von der spanischen Kolonialherrschaft, der Gründung souveräner Staaten stand, mit Zustimmung bis Begeisterung aufgenommen. Viele erinnerten an den Kongress von Panama 1826, mit dem Bolívar sein Befreiungswerk krönen und mit einer Konföderation der neu gegründeten Staaten die Grundlagen der großen lateinamerikanischen Nation schaffen wollte, ein Traum, der an den eigensüchtigen Interessen der partikularen Machthaber zerbrach. Die Kommentare lateinamerikanischer Linker sehen die CELAC-Gründung als „eines der wichtigsten Ereignisse auf regionaler Ebene seit vielen Jahren“ an, betonen aber auch, dass sie sich aus einem Projekt mit wohlklingenden Diskursen in eine zum Eingreifen mit konkreten Aktionen fähige Kraft erst noch entwickeln muss (vgl. Atilio Boron, CELAC: Dos Proyectos in pugna, ALAI, 21.12.2011).

Allerdings fehlten auch Kommentare nicht, denen die Positionierung der CELAC nicht weit genug geht, zum Beispiel die Festlegung auf das Konsensprinzip bei Beschlussfassungen. Ein anderes Prinzip wäre jedoch bei der Heterogenität der beteiligten Staaten undenkbar. Die Motivierung ihres Zusammenschlusses ist gerade die Verfolgung gemeinsamer Interessen bei Wahrung ihrer Souveränität. Ihre Grundlagen sind nicht ideologische Übereinstimmungen, sondern pragmatische Erwägungen, die auch über ideologische Konfrontationen hinweghelfen sollen: „Je enger wir uns integrieren, umso besser sind wir darauf vorbereitet, dem Hurrikan entgegenzutreten, den die Weltwirtschaft durchmacht, und der Instabilität der übrigen Welt zu begegnen“, sagte der Präsident Kolumbiens, Juan Manuel Santos, in einem Anfall von Realismus. Unübertroffen in ihrer unbeabsichtigten Komik bleibt jedoch die Interpretation der rechten chilenischen Zeitschrift *El Mercurio*, die die Übertragung der ersten CELAC-Präsidentschaft an Chile (für ein Jahr) zum Anlass nahm, um zu titeln: „Amerikanischer Block unter Führung von Piñera fordert Ende der Blockade gegen Kuba.“

In zahlreichen Kommentaren wird darauf hingewiesen, dass der Schritt zur CELAC sich in einem Moment vollzieht, da die Europäische Union, über lange Zeit ein Vorbild der wirtschaftlichen und politischen Integration für viele Lateinamerikaner, sich mit ihren Schwächen und Widersprüchen offenbart und ebenso wie die USA die tiefsten Krisen seit ihrer Entstehung erlebt, während die Wirtschaften Lateiname-

rikas in eine Periode des Aufschwungs eingetreten sind und in ihren Gesellschaften Verkrustungen aufbrechen und neue Horizonte sich abzeichnen (vgl. u.a. Frida Modak, ehemalige Pressesekretärin von Salvador Allende, in: CELAC: Luces y Sombras, ALAI, 13.12.2011). In Lateinamerika dürfe es nicht dazu kommen, die Einheit dem Diktat des freien Marktes und der Finanzspekulation zu opfern, äußerte der Präsident Nikaraguas, Daniel Ortega.

Im Gegensatz zur EU, wie sie sich heute darstellt, ist die CELAC ein regionaler Organismus, der eine Integration auf pluraler und gleichberechtigter Grundlage anstrebt und sich ausdrücklich zu den Unterschiedlichkeiten bekennt, die die Identitäten Lateinamerikas ausmachen, und auf dieser Basis die gemeinsamen Interessen und Aufgaben zu definieren sucht – ungeachtet politisch gegensätzlicher Orientierungen einiger Regierungen.

Der argentinische Experte für internationale Beziehungen Rubén Sánchez sieht in der CELAC „einen regionalen Organismus für die politische Konzertation, in dem heterogene Führungsansprüche bei der Suche nach der Einigung einer Region wirksam sind, in der Anti-USA-Haltungen (Venezuela, Kuba) neben solchen stehen, die Autonomie anstreben (Mexiko, Brasilien, Argentinien) und denen, die enge Beziehungen zu den USA unterhalten (Chile, Kolumbien)“ (Rubén Sánchez David: Nace un nuevo bloque integracionista? ALAI, 12.12.2011). Er zitiert dazu Hugo Chávez: „Wir müssen lernen, mit diesen Differenzen zu leben und die beste Art und Weise zu suchen, sie auszugleichen.“ Sánchez schätzt ein: „Tatsächlich ist die Suche nach einer Integration Lateinamerikas und der Karibik, die die Autonomie der Region zur Grundlage nimmt, die Option, die die meiste Sympathie der Mehrheit (der Staaten) genießt in Hinblick auf die Zweifel an der Unabhängigkeit, die die Region ohne der USA erlangen könnte, wenn man den Herausforderungen der aktuellen Konstellation entgegentreten will. Wie die Präsidentin Argentiniens sagte: ‚Die Integration soll gegen niemand gerichtet sein, sondern soll uns zum Nutzen gereichen ... Wir haben eine einzigartige Gelegenheit, wir müssen Mechanismen schaffen, die diese potenzieren, die Gipfeltreffen sollen nicht nur Gefühle aufwühlen und dann keine Lösungen für die Probleme finden.‘“ Das kann als Vorhaben auf weite Sicht interpretiert werden, mit dem die internationale Ebene der langfristigen gesellschaftlichen Umgestaltungen in der Region Schritt für Schritt gestaltet werden soll.

Sicher lässt sich voraussehen, dass die Arbeit der CELAC ein extrem schwieriges Austarieren von Gegensätzen, Verschiedenheiten und Gemeinsamkeiten voraussetzen wird. Aber allein, dass man diese Unterschiedlichkeit zur Grundlage der Organisation nimmt – eine Problematik, der in der Gründungserklärung ein breiter Raum eingeräumt wird –, lässt eine neue Qualität des Umgangs miteinander erkennen. Mit dem Rückhalt, den sie den einzelnen Staaten gibt, schafft die CELAC zugleich günstigere Bedingungen für die Neudefinition der interkontinentalen Beziehungen und der Beziehungen Lateinamerikas und der karibischen Staaten zur Weltgemeinschaft.

Neben der Gründungserklärung und einem Aktionsplan wurden in Caracas eine Vielzahl weiterer Dokumente verabschiedet, darunter eine Erklärung zur Sicherung der Ernährungssouveränität und gegen die Spekulation mit Nahrungsmittelpreisen, Erklärungen zu den Menschenrechten von MigrantInnen, zur Verteidigung der Demokratie und der verfas-



sungsmäßigen Ordnung in den Mitgliedstaaten und zum Drogenhandel, Die Gründungsversammlung erklärte ihre „energischste Zurückweisung“ der Wirtschaftsblockade der USA gegen Kuba, die „umfangreiche und nicht zu rechtfertigende Schäden am Wohlstand des kubanischen Volkes verursacht und den Frieden und das Zusammenleben der amerikanischen Nationen beeinträchtigt“. Sie forderte die Beseitigung US-amerikanischer Militärstützpunkte auf den Territorien der Region und die Anerkennung der Souveränität Argentiniens über die Malwinen (Falklandinseln). Besonders hervorgehoben wurde die Solidarisierung mit Haiti, auch in der Gründungserklärung selbst, die auf die Pionierrolle Haitis bei der Befreiung vom Kolonialismus und der Unterstützung des Unabhängigkeitskampfes von Simón Bolívar hinwies.

Die in der Gründungserklärung erwähnten gemeinsamen Projekte und der Aktionsplan von Caracas geben einen Einblick in den bedeutenden Umfang und die vielfältige Thematik, die die Zusammenarbeit in der Region auf vielen Gebieten bereits erreicht hat. Hier wird sichtbar, dass die konkrete Arbeit an der Einheit nicht bei Null und nicht bei schwungvollen Reden anfängt, sondern dass bereits Ausgangspunkte in Form wichtiger und gegenseitig interessierender Themen und Vereinbarungen in Angriff genommen sind. Die tatsächliche Kooperation geht noch weit darüber hinaus. Für die Zurückhaltung, die vor allem Venezuela, ein Hauptmotor der Integrationsbestrebungen, beim Zustandekommen der CELAC geübt hat, ist kennzeichnend, dass das CELAC-Gründungsdokument sich jedes Hinweises auf das Wirken von Petro-Caribe enthält, auf das Solidaritätsprojekt Venezuelas gegenüber 18 Partnerstaaten, das diesen durch Präferenzpreise für Roherdöl bisher eine Einsparung von 230 Mio. Dollar erbracht hat.

Zugleich ist klar, dass auf allen Gebieten weitere Fortschritte der Zusammenarbeit dringend wünschenswert sind. Es handelt sich um eine Region, deren intraregionaler Handel zum Beispiel auf dem Gebiet verarbeiteter Produkte nach UNO-Angaben bisher nur 8 Prozent ihres gesamten Handelsvolumens ausmacht, im Vergleich zu 15 Prozent innerhalb der EU und 28 Prozent unter den asiatischen Ländern. Daneben fordern die Klimaproblematik, die sozialen Probleme, die Ernährungssicherheit, die Infrastruktur- und Kommunikationsprobleme auf dem ausgedehnten Kontinent neben vielen weiteren Themen dringend abgestimmte Positionen und Zusammenarbeit.

Die 33 Länder der CELAC mit einer Bevölkerung von etwa 550 Millionen Menschen repräsentieren ein internes Bruttoprodukt von 6 Billionen Dollar, immerhin ein Drittel des gemeinsamen BIP der USA und Kanadas. Sie bilden die Weltregion mit der größten Produktion und dem höchsten Export von Nahrungsmitteln und haben zugleich den dritten Platz in der Energieerzeugung der Welt inne, in Hinblick auf die Erdölreserven den ersten Platz. In den CELAC-Ländern befinden sich 30 Prozent der Süßwasservorräte der Welt, und fast die Hälfte ihrer Oberfläche bilden Wälder. Es handelt sich um eine Großregion von höchstem Interesse für die Weltentwicklung. Ob aus den neuen Ansätzen der regionalen Zusammenarbeit fruchtbare Erfahrungen für andere Regionen erwachsen können, muss sich zeigen.

Gründungserklärung der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC)

„Zum zweihundertsten Jahrestag des Kampfes für die Unabhängigkeit auf dem Wege unserer Befreier“, Caracas, 3. Dezember 2011

1. Die Staatsoberhäupter und Regierungschefs der Länder Lateinamerikas und der Karibik, die in Caracas, Bolivarische Republik Venezuela, am 2. und 3. Dezember 2011 im Rahmen des III. Gipfeltreffens Lateinamerikas und der Karibik über Integration und Entwicklung (CALC) und des XXII. Gipfels der Río-Gruppe versammelt sind, vereinbaren im Jahr der Feier des zweihundertsten Jahrestages der Unabhängigkeit Venezuelas und in Gedenken und Würdigung des überragenden historischen Werkes des Befreiers Simón Bolívar:

2. Den wertvollen Beitrag zu würdigen, den der im Dezember 1986 in Rio de Janeiro geschaffene Permanente Mechanismus zur Konsultation und Politischen Abstimmung – Río-Gruppe – in den zentralen Themen der regionalen und globalen Agenda und zum Nutzen der höchsten Bestrebungen unserer Länder geleistet hat, sowie den Impuls hervorzuheben, den das CALC, das im Dezember 2008 in Salvador de Bahía, Brasilien geschaffen wurde, der Zusammenarbeit wie auch der Integration und der Entwicklung der Region verliehen hat.

3. Die Erklärung des Gipfels der Einheit Lateinamerikas und der Karibik (Riviera Maya, Mexiko, 23. Februar 2010) zu bekräftigen, im besonderen den Beschluss, die Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños – CELAC) zu bilden, die die 33 souveränen Staaten unserer Region umfasst.

4. Die Schaffung des Vereinigten Forums CALC und der Gruppe von Río mit offener Zusammensetzung unter der Ko-Präsidentschaft von Chile und Venezuela zu begrüßen, das die hohe Aufgabe übernahm, das Dokument über die Verfahrensweise der CELAC zu redigieren und damit der Ministeriellen Erklärung von Caracas von 3. Juli 2010 Rechnung zu tragen.

5. Die wichtigen Fortschritte und Übereinstimmungen zu würdigen, die in den Zusammenkünften der Außenministerinnen und Außenminister in Caracas im Juli 2010 und April 2011 sowie in den Tagungen der Fachminister für soziale, Umwelt-, Energie-, Finanz- und Handelsfragen im Rahmen der venezolanischen Präsidentschaft des CALC erreicht wurden.

6. Im Bewusstsein der Herausforderungen, die die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise für die Zukunft unserer Region und unsere legitimen Bestrebungen um soziale Inklusion, Wachstum mit Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und Integration darstellt,

7. Überzeugt davon, dass die Einheit und politische, ökonomische, soziale und kulturelle Integration Lateinamerikas und der Karibik nicht nur ein fundamentales Anliegen der hier vertretenen Völker, sondern auch eine Notwendigkeit darstellt, um erfolgreich den Herausforderungen zu begegnen, die sich uns als Region stellen,

8. Bewusst, dass die Zweihundertjahrfeiern der Unabhängigkeitsprozesse in Lateinamerika und der Karibik den angemessenen Rahmen für die Konsolidierung und den Arbeits-



beginn unserer Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) bieten,

9. Entschlossen, eine gemeinsame Stimme Lateinamerikas und der Karibik in der Diskussion der großen Themen und bei der Positionierung der Region zu relevanten Ereignissen auf internationalen Treffen und Konferenzen von globaler Reichweite wie auch im Austausch mit anderen Regionen und Ländern zu fördern und zu planen,

10. Bestätigen wir, dass unsere Länder bei Prozessen der regionalen und subregionalen Integration und bei der Ausformung verschiedener Mechanismen im Laufe der letzten Jahrzehnte vorangekommen sind, was ihr Streben zur Einheit und zugleich ihre unterschiedliche und plurale Beschaffenheit widerspiegelt, die eine solide Grundlage darstellen, auf der wir die Gemeinschaft errichten, die alle lateinamerikanischen und karibischen Staaten umfasst.

11. Des gemeinsamen Strebens bewusst, gerechte, demokratische und freie Gesellschaften aufzubauen, und überzeugt, dass jedes unserer Völker die Wege und Mittel wählen wird, die ihm ermöglichen, gestützt auf die volle Achtung der demokratischen Werte der Region, des Rechtsstaates, seiner Institutionen und Verfahrensweisen und der Menschenrechte, diesen Idealen zu folgen,

12. Bekräftigen wir unser Festhalten an den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen und der Achtung des Völkerrechts.

13. Wir heben den Weg hervor, den die Befreier Lateinamerikas und der Karibik vor mehr als zweihundert Jahren vorgezeichnet haben, einen Weg, der wirkungsvoll mit der Unabhängigkeit Haitis 1804 unter der Führung von Toussaint Louverture eingeleitet wurde, das sich damit als die erste unabhängige Republik der Region konstituierte. Ebenso erinnern wir daran, dass die Republik Haiti unter der Leitung ihres Präsidenten Alexandre Pétion mit der Hilfe, die sie Simón Bolívar für die Unabhängigkeit der Territorien leistete, die wir in der Gegenwart als Lateinamerika und die Karibik kennen, die Grundlagen für die Solidarität und Integration der Völker der Region legte.

14. Inspiriert vom Werk der Befreier und ganz im Sinne ihres Vermächtnisses als Gründungserbgut unserer Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten,

15. Erfüllt von dem Bewusstsein, dass 185 Jahre vergangen sind, seit das große Projekt der Befreier in Angriff genommen wurde, so dass die Region heute in der Lage ist, mit den Erfahrungen und der Reife, die sie erlangt hat, die Herausforderungen der Einheit und der Integration Lateinamerikas und der Karibik anzunehmen,

16. Inspiriert durch den Kongress von Panama 1826, den Gründungsakt der Doktrin der lateinamerikanisch-karibischen Einheit, auf dem unsere jungen souveränen Nationen die Geschichte des Friedens, der Entwicklung und der gesellschaftlichen Umgestaltung des Kontinents zur Diskussion stellten,

17. Unter Hervorhebung der Beteiligung der indigenen und afrostämmigen Völker an den Unabhängigkeitskämpfen und indem wir ihre moralischen, politischen, ökonomischen, spirituellen und kulturellen Beiträge für die Herausbildung unserer Identitäten und beim Aufbau unserer Nationen und in den demokratischen Prozessen anerkennen,

18. die historische Rolle der Länder der Karibischen Gemeinschaft (CARICOM) im Prozess der Befreiung, Entwicklung und Integration Lateinamerikas und der Karibik anerkennend und das ständige Bemühen der CARICOM und der

karibischen Völker hervorhebend, zur integralen und nachhaltigen Entwicklung der Region ihren Beitrag zu leisten,

19. Die Zweihundertjahrfeier der Unabhängigkeit würdigend, ehren wir als lateinamerikanische und karibische Länder das Andenken unserer Unabhängigkeitskämpfe und erneuern das integrationistische Denken, das unsere Helden und Heldinnen hochhielten.

Wir erklären:

20. Anlässlich des zweihundertsten Jahrestages der Unabhängigkeit haben wir, 33 Länder Lateinamerikas und der Karibik, nach der Arbeit auf dem Gipfeltreffen Lateinamerikas und der Karibik (CALC) am 17. Dezember 2008 in Salvador de Bahía und auf dem Gipfel der Einheit in Cancún am 23. Februar 2010 uns versammelt, um die Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) zu gründen.

21. Dem ursprünglichen Mandat unserer Befreier entsprechend, soll die CELAC im Prozess der politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Integration voranschreiten und ein weises Gleichgewicht zwischen der Einheit und der Verschiedenartigkeit unserer Völker herstellen, damit der Mechanismus der regionalen Integration der geeignete Raum werde für die Darstellung unserer reichen kulturellen Diversität und zugleich der angemessene Raum für die Bestätigung der Identität Lateinamerikas und der Karibik, ihrer gemeinsamen Geschichte und ihrer fortgesetzten Kämpfe für Gerechtigkeit und Freiheit.

22. Die Verschiedenartigkeit der Prozesse der Herausbildung der lateinamerikanischen und karibischen Identität berücksichtigend, wird die CELAC zu einem Raum werden, der das Recht auf Existenz, Bewahrung und Zusammenleben aller Kulturen, Rassen und Ethnien, die die Länder der Region bewohnen, in Anspruch nimmt sowie den multikulturellen Charakter unserer Völker und den plurinationalen Charakter einiger unserer Länder geltend macht, im besonderen der Gemeinschaften der Urvölker, die das historische Gedächtnis, das Wissen und die von den Vorfahren überlieferten Kenntnisse bewahren und wiederherstellen.

23. Indem das Recht jeder Nation anerkannt wird, in Frieden und frei wie auch im Rahmen der entsprechenden Institutionen entsprechend dem souveränen Mandat ihres Volkes ihr eigenes politisches und ökonomisches System aufzubauen, sollen sich die Prozesse des Dialogs, des Austausches und der politischen Verhandlung, die sich mit der CELAC aktivieren werden, unter Berücksichtigung der folgenden Werte und gemeinsamen Prinzipien vollziehen: der Achtung des Völkerrechts, der friedlichen Lösung von Streitfragen, des Verbots der Anwendung und der Androhung von Gewalt, der Respektierung der Selbstbestimmung, der Achtung der Souveränität, der Achtung der territorialen Integrität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten jedes Landes, des Schutzes und der Förderung aller Menschenrechte und der Demokratie.

24. Gestützt auf die Werte und Prinzipien, auf die sich der vorhergehende Absatz bezieht, und in Übernahme der Praxis der Gruppe von Río wird die CELAC die Entwicklung von Instrumenten fördern, die deren Erfüllung sichern.

25. Auch weiterhin müssen die Anstrengungen und Kapazitäten vereinigt werden, um der nachhaltigen Entwicklung der Region Impulse zu verleihen, indem die Bemühungen auf den Prozess der wachsenden Kooperation und politischen,



ökonomischen, sozialen und kulturellen Integration konzentriert werden, um so zur Konsolidierung einer multipolaren und demokratischen, gerechten und in Gleichgewicht und Frieden lebenden Welt, die frei ist von der Geißel des Kolonialismus und der militärischen Okkupation, beizutragen.

26. Es ist notwendig, die Zusammenarbeit und die Einführung von Sozialpolitiken für die Verringerung der inneren sozialen Ungleichheiten zu vertiefen, damit sich Nationen konsolidieren, die in der Lage sind, die Entwicklungsziele des Millenniums zu erfüllen und zu überbieten.

27. Als integrierende Achse unseres gemeinsamen Raumes und als Instrument zur Verminderung unserer Asymmetrien ist es notwendig, auf der Basis unserer Prinzipien bei der Stärkung und Festigung der lateinamerikanischen und karibischen Integration, bei der Entwicklung unserer gegenseitigen Ergänzung auf ökonomischem Gebiet und bei der Süd-Süd-Kooperation voranzuschreiten.

28. Die CELAC als der einzige Mechanismus des Dialogs und der Konzertation, der alle 33 Staaten Lateinamerikas und der Karibik umfasst, ist die höchste Ausdrucksform unseres Willens zur Einheit in der Vielfalt, in der sich fortschreitend unsere politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Verbindungen auf der Grundlage einer gemeinsamen Agenda des Wohlstandes, des Friedens und der Sicherheit für unsere Völker stärken werden, mit dem Ziel, uns als eine regionale Gemeinschaft zu festigen.

29. Die Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) wird, indem sie die historischen Erungenschaften der Rio-Gruppe und des CALC vor Augen hat, Anstöße geben für Aktionspläne zur Übernahme und Erfüllung der Verpflichtungen, die in den Erklärungen von Salvador de Bahía und von Cancún, im Aktionsplan von Montego Bay und im Arbeitsprogramm von Caracas enthalten sind.

Den bewältigten historischen Prozess würdigend, beschließen die Staats- und Regierungschefs der Länder Lateinamerikas und der Karibik:

30. Auf der Grundlage der Prinzipien der Flexibilität und der freiwilligen Teilnahme an den Initiativen die Erklärungen und Dokumente zu übernehmen, die beschlossen wurden auf den spezialisierten Ministertreffen über soziale Entwicklung und Beseitigung des Hungers und der Armut in Caracas am 24. und 25. März 2011, dem Treffen zur Fortsetzung und Auswertung der Fortschritte des Forums der Umweltminister in Caracas am 28. und 29. April 2011, dem Ministertreffen über Energie in Caracas am 12. und 13. Mai 2011, dem Ministertreffen zu internationaler Finanzkrise und Außenhandel in Caracas am 18. und 19. Mai 2011, dem Treffen von regionalen und subregionalen Integrationsmechanismen Lateinamerikas und der Karibik im Rahmen des CALC in Caracas am 25. und 26. Oktober 2010, dem Treffen von regionalen und subregionalen Integrationsmechanismen Lateinamerikas und der Karibik auf dem Gebiet von Wirtschaft und Handel in Montevideo am 6. und 7. April 2010, dem Treffen von regionalen und subregionalen Integrationsmechanismen Lateinamerikas und der Karibik auf dem Gebiet der Produktion in Caracas am 5. und 6. Mai 2011, dem Treffen von regionalen und subregionalen Integrationsmechanismen Lateinamerikas und der Karibik auf sozialem und institutionellem Gebiet in Caracas am 10. und 11. Juni 2011, dem beschließenden Treffen von regionalen und subregionalen Integrationsme-

chanismen Lateinamerikas und der Karibik in Caracas am 11. Juni 2011, dem Koordinierungstreffen von regionalen Initiativen auf den Gebieten der Infrastruktur für die physische Integration von Transport und Telekommunikation sowie Integration der Grenzgebiete, das am 24. und 25. März 2011 in Mexiko stattfand, dem Regionalen Treffen von lateinamerikanischen und karibischen Mechanismen über humanitäre Hilfe, das am 30. und 31. Mai 2011 in Panama durchgeführt wurde, dem Regionalen Treffen über den Schutz der Migranten in Peru am 26. und 27. Juni 2011. Damit wird das Arbeitsprogramm von Caracas über die Implementierung der Mandate des CALC, das in den Erklärungen von Salvador de Bahía und von Cancún sowie im Aktionsplan der Außenminister vom 3. Juli 2010 enthalten ist, erfüllt.

31. Die CELAC als repräsentativen Mechanismus der politischen Konzertation, Kooperation und Integration der lateinamerikanischen und karibischen Staaten und als einen gemeinsamen Raum, der die Einheit und Integration unserer Region gewährleistet, auf den Weg zu bringen.

32. Zu bekräftigen, dass das gemeinsame Vorhaben der Integration, Einheit und Kooperation innerhalb der CELAC sich auf die ererbten Werte stützt, die in den gemeinsamen und abgestimmten Prinzipien gegeben sind, angenommen auf dem Gipfeltreffen Lateinamerikas und der Karibik über Integration und Entwicklung (CALC) und in dem Permanenten Mechanismus der Konsultation und Politischen Konzertation – Rio-Gruppe. Diese beenden nach fruchtbarer Arbeit formell ihre Tätigkeit und übergeben sie an die CELAC.

33. Den Aktionsplan von Caracas 2012 als Bestandteil dieser Erklärung anzusehen, um unsere politische Verpflichtung zur Verteidigung der Einheit sowie die Integration, die Kooperation, die Komplementarität und die Solidarität in die Wirklichkeit umzusetzen.

34. Das Statut über die Arbeitsweise der CELAC als Bestandteil dieser Erklärung zu bestätigen und so definitiv ihre Organisation und Arbeit in Gang zu bringen.

35. Die Präsidentschaft pro tempore der CELAC aufzufordern, in der Ausübung ihres Amtes den Aktionsplan von Caracas 2012 umzusetzen, im besonderen bezüglich der thematischen Achsen auf den Gebieten Soziales, Umwelt, Energie, Wirtschaft, Kultur und weiterer prioritärer Bereiche, die im Aktionsplan von Caracas bezeichnet sind; gleichermaßen den Außenministern zu empfehlen, Vorschläge zu formulieren, um die notwendigen materiellen und finanziellen Ressourcen bereitzustellen, gestützt auf die Kriterien der größten Effektivität und Sparsamkeit, die im Dokument über die Verfahrensweise der CELAC festgelegt sind.

36. Den Willen unserer Regierungen zu bekunden, die regionalen Mechanismen und Organismen dahingehend zu instruieren, dass sie die Kommunikation, Kooperation, Verbindung, Koordinierung, Komplementarität und Synergie untereinander fördern, wo es angebracht ist und mittels ihrer entsprechenden Leitungsorgane, um zur Erreichung der Ziele der in dieser Erklärung festgelegten Integration beizutragen und die optimale Nutzung der Ressourcen und gegenseitige Ergänzung der Anstrengungen zu sichern.

37. Die Aufforderung zu bekräftigen, dass das Gipfeltreffen der CELAC 2012 in der Republik Chile begangen wird.

38. In der Republik Kuba das Gipfeltreffen der CELAC im Jahre 2013 durchzuführen.

39. Die Durchführung des Gipfeltreffens der CELAC 2014 in der Republik Kostarika vorzusehen.



40. Gegeben in Caracas, der Wiege des Befreiers Simón Bolívar, Boliviarische Republik Venezuela, am 3. Dezember 2011. (Übersetzung aus dem Spanischen: Helma Chrenko)

Gebt Guantánamo an Kuba zurück

Beitrag zur historischen und völkerrechtlichen Situation der US-Militärbasis auf Kuba von Jonathan M. Hansen, Cambridge, Massachusetts (USA); aus: New York Times, 22. Januar 2012, gefunden auf www.amerika21.de

In den elf Jahren seit der Eröffnung des Internierungslager in Guantánamo hat die quälende Debatte darüber, ob die Einrichtung geschlossen werden oder dauerhaften Charakter erhalten soll, einen schwereren Fehler überschattet, der mehr als ein Jahrhundert zurück liegt und alle US-Amerikaner etwas angeht: unsere fortwährende Besetzung von Guantánamo selbst. Es ist höchste Zeit, diese imperialistische Enklave an Kuba zurückzugeben.

Von dem Moment an, als die Vereinigten Staaten Kuba im Juni 1901 dazu zwangen, uns die Marinebasis in der Bucht von Guantánamo zu verpachten, war die US-Präsenz dort mehr als ein Stachel im Fleisch Kubas. Sie hat dazu gedient, die Welt an die lange Geschichte des interventionistischen Militarismus der USA zu erinnern. Nur wenige Gesten hätten eine so heilsame Wirkung auf die lähmend verfahrenere Situation in den Beziehungen zwischen den USA und Kuba gehabt wie die Übergabe dieses begehrten Stück Landes.

Die Umstände, unter denen die Vereinigten Staaten dazu kamen, Guantánamo zu besetzen, sind genauso beunruhigend wie ihre dortigen Aktivitäten im vergangenen Jahrzehnt. Im April 1898 intervenierten US-amerikanische Truppen in den schon drei Jahre währenden Kampf Kubas um seine Unabhängigkeit, als dieser so gut wie gewonnen war, und verwandelten den kubanischen Unabhängigkeitskrieg auf diese Weise in das, was die US-Amerikaner bis heute den „Spanisch-Amerikanischen Krieg“ nennen. US-Amerikanische Funktionäre schlossen damals die kubanische Armee vom Waffenstillstand aus und verweigerten Kuba einen Sitz bei der Friedenskonferenz von Paris. „Es gibt so viel Wut und Schmerz auf der ganzen Insel“, bemerkte der kubanische General Máximo Gómez, nachdem im Januar 1899 der Friedensvertrag unterzeichnet worden war, „dass die Leute nicht wirklich in der Lage sind, den Triumph des Endes der Macht ihrer früheren Beherrscher zu feiern.“

Kurioserweise enthielt die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an Spanien die Versicherung, dass Amerika keine „Souveränität, rechtliche Zuständigkeit oder Herrschaft“ über Kuba anstrebe und die Absicht habe, „die Regierung und Kontrolle der Insel ihrer Bevölkerung zu überlassen.“ Nach dem Krieg erhielten jedoch strategische Erfordernisse den Vorrang vor der kubanischen Unabhängigkeit. Die Vereinigten Staaten wollten die Herrschaft über Kuba und dazu Marinebasen, um diese auszuüben.

Unter General Leonard Wood, den Präsident William McKinley zum Militärgouverneur von Kuba ernannt hatte, wurden Vorkehrungen in Form von Verfassungszusätzen getroffen, die als Platt-Amendment bekannt wurden. Zwei da-

von waren besonders übel: Der eine garantierte den Vereinigten Staaten das Recht, in alle kubanischen Angelegenheiten zu intervenieren; der andere sorgte für den Verkauf oder die Verpachtung von Flottenstützpunkten. Juan Gualberto Gómez, ein führender Delegierter der kubanischen Verfassungsgebenden Versammlung, sagte, dieser Gesetzeszusatz mache die Kubaner zu einem „Volk von Vasallen“. Wie in einer Vorahnung der kubanischen Raketenkrise warnte er vorausschauend, dass ausländische Basen auf kubanischem Boden das Land „in einen Konflikt (ziehen könnten), der nicht der unsere ist und an dem wir keinen Anteil haben.“ Es handele sich jedoch um ein Angebot, das Kuba nicht ablehnen könne, wie Wood die Delegierten informierte. Die Alternative zum Platt-Amendment sei eine anhaltende Besetzung. Die Kubaner verstanden die Botschaft. „Unter dem Platt-Amendment bleibt natürlich nur eine geringe oder jedenfalls keine wirkliche Unabhängigkeit für Kuba übrig“, bemerkte Wood gegenüber McKinleys Nachfolger, Theodore Roosevelt, im Oktober 1901, kurz nachdem der Platt-Gesetzeszusatz in die kubanische Verfassung eingefügt worden war. „Die vernünftigeren Kubaner sind sich dessen bewusst und spüren, dass nun das Streben nach Annexion das einzig Folgerichtige ist.“

Wer aber brauchte mit dem in Kraft gesetzten Platt-Amendment eine Annexion? Im Laufe der nächsten beiden Jahrzehnte entsandten die Vereinigten Staaten wiederholt Marinesoldaten, die in Guantánamo stationiert wurden, um ihre Interessen in Kuba zu schützen und eine Umverteilung von Land zu blockieren. Zwischen 1900 und 1920 strömten etwa 44.000 US-Amerikaner nach Kuba und steigerten die Kapitalinvestitionen auf der Insel von kaum 80 Millionen US-Dollar auf etwas über eine Milliarde US-Dollar, was einen Journalisten zu der Bemerkung veranlasste, dass „die ganze Insel nach und nach in die Hände von amerikanischen Bürgern übergeht.“

Wie sah dies nun aus kubanischer Perspektive aus? Man muss sich einmal vorstellen, dass die Franzosen am Ende der Amerikanischen Revolution beschlossen hätten, hier zu bleiben. Man stelle sich weiter vor, die Franzosen hätten sich geweigert, Washington und seine Armee am Waffenstillstand von Yorktown zu beteiligen. Angenommen, sie hätten dem Kontinentalkongress einen Sitz beim Aushandeln des Pariser Abkommens verweigert, die Enteignung von Tory-Besitztümern unterbunden, den Hafen von New York besetzt, Truppen entsandt, um den Shay-Aufstand und andere Rebellionen niederzuwerfen und wären dann in Scharen in die Kolonien eingewandert, um das wertvollste Land an sich zu reißen.

So sieht der Zusammenhang aus, in dem die Vereinigten Staaten dazu kamen, Guantánamo zu besetzen. Es handelt sich um eine Geschichte, die aus den US-amerikanischen Lehrbüchern ausgeklammert und in den Diskussionen über Terrorismus, internationales Recht und die Reichweite exekutiver Macht vernachlässigt wird. Es ist jedoch auch eine Geschichte, die in Kuba (wo sie u. a. ein Grund für die Revolution von 1959 war) und in ganz Lateinamerika bekannt ist. Sie bleibt ein eklatantes Symbol von Heuchelei für die ganze Welt. Da brauchen wir vom vergangenen Jahrzehnt gar nicht zu reden.

Wenn Präsident Obama diese Geschichte anerkennen und einen Prozess zur Rückgabe von Guantánamo an Kuba in Gang setzen würde, könnte er damit beginnen, die Fehler



der letzten zehn Jahre hinter uns zu lassen, ganz zu schweigen von der Erfüllung eines Versprechens aus seinem Wahlkampf. (Angesichts der Unnachgiebigkeit des Kongresses gibt es vielleicht keinen besseren Weg, das Internierungslager zu schließen, als gleichzeitig den Rest der Marinebasis zu übergeben.) Dies würde einer jahrelangen Beschwerde nachkommen und das Fundament für neue Beziehungen zu Kuba sowie anderen Ländern in der westlichen Hemisphäre und rund um den Globus legen. Schließlich würde es eine unmissverständliche Botschaft aussenden, dass Integrität, Selbstkorrektur und Offenheit kein Beweis von Schwäche, sondern unverzichtbare Merkmale von Führerschaft in einer sich ständig verändernden Welt sind. Es gäbe sicherlich keine passendere Art und Weise, den heutigen finsternen Jahrestag zu achten, als für die Prinzipien einzustehen, die Guantánamo seit mehr als einem Jahrhundert untergraben hat.

(Übersetzung aus dem Englischen: Klaus E. Lehmann)

Guantánamo – Zahlen und Fakten

Von Jörg Rückmann, AG Cuba Sí (www.cuba-si.org)

Als Bedingung für den Rückzug der US-Truppen vom kubanischen Territorium erzwang die US-Regierung unter Präsident McKinley von der kubanischen Regierung unter Tomás Estrada Palma, das Platt-Amendment der kubanischen Verfassung von 1901 hinzuzufügen. Dieser Verfassungszusatz räumte den USA ein Interventionsrecht in Kuba ein „sowie das Recht, Land in Kuba „zu kaufen oder zu pachten“ und als Marinestützpunkt zu nutzen. Am 12. Juni 1901 wurde das Platt-Amendment von der Verfassungsgebenden Versammlung Kubas nach drei Abstimmungen angenommen.

Im Februar 1903 vereinbarten die USA und Kuba aufgrund dieses Platt-Amendments einen Vertrag über Kohleverlade- und Marineeinrichtungen auf kubanischem Territorium. Dieser Vertrag beinhaltete die Bucht von Guantánamo sowie Stadt und Bucht von Bahía Honda (Provinz Pinar del Río, heute Provinz Artemisa). Bahía Honda wurde im Jahr 1912 an Kuba zurückgegeben, der Stützpunkt Guantánamo dafür wesentlich erweitert. Der US-amerikanische Marinestützpunkt Guantánamo hat heute eine Fläche von 117 Quadratkilometern (78 km² Boden- und 39 km² Wasserfläche). Mit der Vertragsunterzeichnung trat Kuba das Gebiet des Stützpunktes für einen Zeitraum von 99 Jahren an die USA ab, bekam aber das Recht zur freien Durchfahrt seiner Handelsschiffe eingeräumt. Interessant ist auch, dass dieses Abkommen festlegt, „alles Notwendige zu tun, um an diesen Orten die Bedingungen für deren ausschließliche Nutzung als Kohleverlade- oder Marineeinrichtungen – und für keinen anderen Zweck – zu schaffen.“ Am 22. Mai 1903 unterzeichneten beide Staaten einen weiteren Vertrag über die Gestaltung der gegenseitigen Beziehungen, in dem die acht Klauseln des Platt-Amendments wortwörtlich übernommen wurden.

Für die USA besitzt die Bucht von Guantánamo strategische Bedeutung für eine militärische Kontrolle der Region.

Am 29. Mai 1934 wurde unter Präsident Franklin D. Roosevelt ein neuer Vertrag über die Beziehungen zwischen Kuba und den USA unterzeichnet, der den Vertrag von 1903 und das Platt-Amendment außer Kraft setzte. Aber ein Passus zum Weiterbestand des Marinestützpunkts Guantánamo Bay wurde übernommen: „Solange sich die beiden Vertragspartner nicht über die Änderung oder Abschaffung der vom

Präsidenten der Republik Kuba am 16. Februar 1903 und vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika am 23. Februar 1903 unterzeichneten Vertragsklauseln hinsichtlich der Vermietung an die USA von Grundstücken in Kuba für Kohleverlade- oder Marineeinrichtungen einigen, bleiben die Klauseln dieses Vertrages in bezug auf den Marinestützpunkt von Guantánamo gültig.“

Kuba bliebe nach diesem Vertragstext nur das Warten auf einen freiwilligen Verzicht auf den Militärstützpunkt seitens der USA oder auf einen Auflösungsvertrag zwischen beiden Ländern – beide Optionen sind unrealistisch.

Die Pachtgebühr für den Stützpunkt betrug 2 000 US-Dollar pro Jahr. Im Jahr 1938 wurde sie auf 4 085 US-Dollar erhöht. Dieser Betrag wurde – und wird bis heute – als Scheck an den „Generalschatzmeister der Republik Kuba“ geschickt, ein Amt, das es längst nicht mehr gibt. Kuba erkennt den unter Druck der USA zustande gekommenen Vertrag sowie die Vertragsänderung von 1934 nicht an und verweigert seit 1960 die Einlösung dieser Schecks.

Seit der Revolution stehen sich an dieser Grenzlinie in Guantánamo US-amerikanische und kubanische Soldaten direkt gegenüber. Mehr als einmal wurden vom Stützpunkt Schüsse auf kubanisches Staatsgebiet abgefeuert, und einige kubanische Soldaten mussten ihr Leben lassen. Feinde der kubanischen Revolution fanden und finden dort Unterstützung und Zuflucht. In der sogenannten Balsero-Krise im Sommer 1994 versuchten Kubaner, die den Versprechungen des Cuban Adjustment Act erlagen, als Bootsflüchtlinge in den Militärstützpunkt einzudringen, um in die USA zu emigrieren. Umgekehrt versuchten Kubaner, die nach ihrer Flucht im Stützpunkt untergebracht waren, diesen wieder zu verlassen und nach Kuba zurückzukehren. Kubanische Soldaten haben in dieser Zeit mehrfach Menschen aus gefährlichen Situationen gerettet. Diese Ereignisse aber halfen, die offiziellen Kontakte beider Seiten minimal zu verbessern.

Im Januar 2002 richteten die USA auf dem Militärstützpunkt ein Gefangenenlager ein, das seither wegen der unzureichenden Rechtslage der Gefangenen, den Haftbedingungen und der praktizierten Foltermethoden international scharf kritisiert wird. Präsident Obama versprach bei seinem Amtsantritt die Schließung des Lagers innerhalb eines Jahres – was die USA aber bis heute nicht umgesetzt haben.

Kuba fordert seit 1959 die Rückgabe der Bucht von Guantánamo, macht diese Forderung angesichts der großen politischen Differenzen zwischen beiden Ländern aber nicht zu einem erstrangigen Thema. In dem am 19. Februar 2000 formulierten „Schwur von Baraguá“ heißt es dazu: „Und zu gegebener Zeit – denn es ist im Augenblick kein vorrangiges Ziel, aber doch ein äußerst gerechtfertigtes und unabdingbares Recht unseres Volkes – ist das illegal besetzte Gebiet in Guantánamo an Kuba zurückzugeben!“



Briefe an die Linken

Von *Boaventura de Sousa Santos*

Unter diesem Titel stellte der portugiesische Sozialwissenschaftler in den letzten Monaten in der portugiesischen Zeitschrift „Visão“ eine Artikelserie von (bisher) vier Offenen Briefen über Situation und Aufgaben der Linken zur Diskussion, die in vielen Online-Medien Lateinamerikas aufgegriffen wurde. Boaventura de Sousa Santos ist Professor der Soziologie an der Universität Coimbra, Portugal, lehrt an der Universität Yale (USA), Rechtssoziologie und ist emeritierter Professor des Instituts für Öffentliche Studien der Universität Wisconsin-Madison (USA). Seine Schriften zur Rechtssoziologie, zum Staat, zur Globalisierung und zu Demokratie, Menschenrechten und sozialen Bewegungen wurden in viele Sprachen übersetzt. Er ist Förderer und Aktivist des Weltsozialforums und Gast auf vielen Konferenzen und Seminaren der Linken.

Erster Brief

25. August 2011

Der Linken ledig, offenbart der Kapitalismus erneut sein antisoziales Wesen. Es ist dringend, die Linken neu aufzubauen, um die Barbarei zu verhindern. Wie beginnen? Mit der Anerkennung einiger Ausgangsideen. Die Verteidigung der Demokratie hoher Intensität ist das große Banner der Linken.

Ich ziehe nicht in Zweifel, dass es eine Zukunft für die Linken gibt, aber diese wird keine lineare Fortsetzung der Vergangenheit sein. Um zu bestimmen, was sie gemeinsam haben, muss die Frage gestellt werden: Was ist die Linke? Die Linke ist eine Gesamtheit politischer Positionen, die gemeinsam das Ideal teilen, dass alle Menschen gleich sind. Überhaupt ist das ihr höchster Wert. Dieses Ideal wird immer in Frage gestellt, wenn gesellschaftliche Verhältnisse ungleiche Macht, das heißt Herrschaftsverhältnisse beinhalten. In diesem Fall befriedigen einige Individuen oder Gruppen ihre Bedürfnisse, indem sie andere Individuen oder Gruppen zum Mittel ihrer Zwecke machen. Der Kapitalismus ist dafür nicht die einzige Quelle, aber zumindest eine wichtige.

Die unterschiedliche Interpretation dieses Ideals führte zu unterschiedlichen Sichtweisen. Sie ergeben sich hauptsächlich aus unterschiedlichen Antworten auf folgende Fragen: Kann der Kapitalismus so reformiert werden, dass sich die Lage der Beherrschten verbessert oder ist dies nur jenseits des Kapitalismus möglich? Muss der soziale Kampf von einer Klasse (der Arbeiterklasse) oder von verschiedenen Klassen oder Gruppen geführt werden? Muss er im Rahmen der demokratischen Institutionen oder außerhalb von ihnen geführt werden? Ist der Staat an sich ein Herrschaftsverhältnis oder kann er mobilisiert werden, um Herrschaftsverhältnisse zu bekämpfen?

Die gegensätzlich lautenden Antworten auf diese Fragen führten zu tiefen Brüchen. Im Namen der Linken wurden Gräueltaten begangen, aber in ihrer Gesamtheit dominierten die Linken das XX. Jahrhundert (trotz Nazismus, Faschismus und Kolonialismus), und die Welt wurde dank ihnen

freier und gleicher. Dieses kurze Jahrhundert aller Linken endete mit dem Fall der Berliner Mauer. Die letzten dreißig Jahre waren einerseits eine Zeit von Zusammenbrüchen und Stillstand, andererseits zeigten sie das Aufkommen neuer Kämpfe gegen die Herrschaft mit anderen Akteuren und einer anderen Sprache, die die Linken nicht verstehen konnten. Gleichzeitig offenbarte der Kapitalismus, befreit von der Linken, erneut sein antisoziales Wesen. Es ist deshalb dringend erforderlich, die Linken neu aufzubauen, um die Barbarei zu verhindern. Wie müsste begonnen werden? Das könnte ausgehend von folgenden Ideen geschehen:

1. Die Welt ist vielgestaltig und Unterschiedlichkeit besteht auch im Innern jedes Landes. Das Bild der Welt ist viel breiter als das westliche Verständnis der Welt; es gibt keinen Internationalismus ohne Anerkennung der Vielfalt der Kulturen.

2. Der Kapitalismus versteht die Demokratie als Akkumulationsinstrument. Wenn es erforderlich ist, reduziert er sie bis zur Irrelevanz, und wenn er effizientere Instrumente findet, lässt er sie beiseite. Die Verteidigung der Demokratie hoher Intensität ist das große Banner der Linken.

3. Der Kapitalismus ist amoralisch und kann mit dem Prinzip der menschlichen Würde nichts anfangen. Die Verteidigung der Menschenwürde heißt Kampf gegen den Kapitalismus und niemals mit dem Kapitalismus (im Kapitalismus existieren selbst Almosen nur als „public relations“).

4. Die Erfahrungen in der Welt zeigen, dass es weite Sphären nichtkapitalistischer Verhältnisse gibt, die von Gegenseitigkeit und Kooperativismus geleitet sind; sie sollten als Zukunft in der Gegenwart gewertet werden.

5. Das vergangene Jahrhundert macht deutlich, dass das Verhältnis der Menschen zur Natur ein Herrschaftsverhältnis ist, gegen das der Kampf geführt werden muss; das wirtschaftliche Wachstum ist nicht grenzenlos.

6. Das Privateigentum ist nur ein soziales Gut, wenn es als eine unter anderen Formen des Eigentums besteht und wenn alle diese Formen Schutz genießen; es gibt Gemeingüter, die der ganzen Menschheit gehören (wie Wasser oder Luft).

7. Das kurze Jahrhundert der Linken war ausreichend, um einen Geist der Gleichheit zwischen den Menschen zu schaffen, der allen Prüfungen standhielt. Das ist eine Errungenschaft der Linken, die diese keinesfalls vergeuden dürfen.

8. Der Kapitalismus braucht weitere Herrschaftsformen, um gedeihen zu können, vom Rassismus bis zum Sexismus und zum Krieg, und sie alle müssen bekämpft werden.

9. Der Staat ist ein eigentümliches Gebilde, halb Engel, halb Monster. Aber ohne ihn würden viele andere Monster losgelassen, die unersättlich die ungeschützten Engel verfolgten. Einen besseren Staat – immer, weniger Staat – nie.

Wenn man diese Vorstellungen als Grundlagen nimmt, wird es weiter unterschiedliche Linke geben, aber es wird dann nicht wahrscheinlich sein, dass sie sich gegenseitig umbringen, es wird möglich sein, dass sie sich vereinen, um der Barbarei zu entgehen, die auf uns zukommt.

Zweiter Brief

22. September 2011

Ein globaler Prozess der Demontage des demokratischen Staates ist im Gange.

Die politische Demokratie setzt die Existenz des Staates voraus. Die Probleme, die wir gegenwärtig in Europa sehen, zeigen, dass es keine europäische Demokratie gibt, einfach weil es keinen europäischen Staat gibt. Auch deshalb, weil viele souveräne Rechte an europäische Institutionen abgegeben wurden. Die nationalen Demokratien sind heute weniger robust, weil die Nationalstaaten nicht mehr umfassend souverän sind. Die nationalen Demokratiedefizite und die europäischen Demokratiedefizite verstärken einander und verschlimmern sich gegenseitig. Vor allem auch deshalb, weil die europäischen Institutionen beschlossen haben, Teile ihrer Rechte als Nationalstaaten den Finanzmärkten zu überlassen.

Dem normalen Bürger ist es jetzt möglich (leider erst jetzt), festzustellen dass es ein fein abgekartetes Spiel war, die europäischen Staaten unfähig zur Ausübung ihrer Funktionen des Schutzes der Bürger gegen kollektive Risiken und für die Förderung des sozialen Wohlstandes zu machen. Dieser neoliberale Trick wurde für die ganze Welt geplant. Europa hatte nur das Privileg, „auf europäische Art“ eingeseift zu werden. Wir wollen sehen, wie das vor sich ging:

Weltweit ist ein Prozess der Desorganisation des demokratischen Staates im Gange. Die Organisation eines solchen Staates basiert auf drei Funktionen: erstens dem Vertrauen, dass der Staat die Bürger gegen ausländische Kräfte, kriminelle Handlungen und kollektive Risiken schützt, zweitens der Legitimität, mit der er die Förderung des Wohlstandes garantiert, und drittens der Funktion der Akkumulation, durch die er die Reproduktion des Kapitals im Austausch gegen Ressourcen (Steuermittel, Kontrolle strategischer Sektoren) gewährleistet, die es ihm gestatten, die beiden anderen Funktionen auszuführen.

Die Neoliberalen wollen den demokratischen Staat desorganisieren, indem sie der öffentlichen Meinung einreden, dass verschiedene Veränderungen erforderlich sind.

Erstens: Von der kollektiven Verantwortung zur individuelle Verantwortung. Die Neoliberalen vertreten die Auffassung, dass die Lebenserwartungen der Bürger nur durch jeden Einzelnen für sich selbst erfüllt werden können, also keinesfalls durch das, was die Gesellschaft für sie tut. Derjenige hat Erfolg im Leben, der richtige Entscheidungen trifft oder Glück hat. Derjenige hat Misserfolg, der wenig entscheidungsfreudig ist oder wenig Glück hat. Die individuellen Ausgangslagen durch Geburt oder Eltern können durch den Staat nicht wesentlich verändert werden.

Zweitens: Von den Steuerzahlungen als Basis für die Tätigkeit des Staates zur Kreditaufnahme. Die Verteilungslogik der Besteuerung gestattet es dem Staate, auf Kosten des Einkommens der Bürger seine Tätigkeit auszuweiten, was nach Meinung der Neoliberalen ungerecht ist, während die Verteilungslogik des Kredits den Staat verpflichtet, sich zurückzuhalten und die Zinsen an den zu zahlen, der den Kredit gewährte. Diese Transaktion ermöglicht die finanzielle Austrocknung des Staates, die einzige effektive Möglichkeit, dem Staat die finanziellen Mittel für eine Sozialpolitik zu nehmen.

Drittens: Von der Anerkennung der Existenz von Gemeingütern (Bildung, Gesundheit) und solchen strategischen Charakters (Wasser, Telekommunikation, Post), über die der Staat im Allgemeininteresse wacht, zur Vorstellung, dass jede Intervention des Staates in potentiell rentablen Sektoren zu einer illegitimen Einschränkung der Möglichkeit für privaten Gewinn führt.

Viertens: Vom Prinzip des Primats des Staates zum Prinzip des Primats der Zivilgesellschaft und des Marktes. Danach ist der Staat immer ineffizient und autoritär. Die Autorität des Staates ist dem Konsens und der Koordinierung der Interessen feindlich und schränkt die Freiheit des Unternehmers ein, das den Reichtum schafft (die Arbeitenden werden nicht erwähnt). Die imperative Logik der Regierung muss im Maße des Möglichen ersetzt werden durch die kooperative Logik des Lavierens zwischen den sektoriellen Interessen, unter anderen auch denen des Staates.

Fünftens: Von sozialen Rechten zur Unterstützung der Armut oder Erwerbsunfähigkeit in extremen Situationen und zur Philanthropie. Der Sozialstaat hat die Solidarität zwischen den Bürgern überzogen und die soziale Ungleichheit als ein Übel dargestellt, obwohl sie in Wirklichkeit positiv zu sehen ist. Zwischen dem, der Almosen gibt, und dem, der sie erhält, ist keine Gleichheit möglich: einer ist Subjekt der Wohltätigkeit, der andere ihr Objekt.

Angesichts dieses irritierenden neoliberalen Gedankengutes ist es schwer, sich vorzustellen, dass die Linke nicht einverstanden wäre mit dem Prinzip „ein besserer Staat immer, weniger Staat niemals“ und dass sie daraus keine Schlussfolgerungen ziehen würde.

Dritter Brief

15. Dezember 2011

Die neuen Mobilisierungen und politischen Akteure für Forderungen, die historisch den Linken zugerechnet werden, entwickeln sich, ohne auf diese Bezug zu nehmen (außer vielleicht auf die anarchistische Tradition) und oft sogar im Gegensatz zu ihnen. Das kann nicht ohne eine tiefe Reflexion darüber bleiben. Wird diese Reflexion tatsächlich angestellt? Ich habe Gründe, das zu bezweifeln.

Befinden sich die Linken an der Macht, haben sie keine Zeit, die in der Gesellschaft vor sich gehenden Transformationen angemessen zu reflektieren. Oder wenn sie es tun, geschieht es immer als Reaktion auf Ereignisse, die die Ausübung der Regierungsverantwortung in gewisser Weise stören. Dabei ist die Antwort meist eine defensive. Befinden sie sich nicht an der Macht, bzw. Regierung, zerstreiten sie sich untereinander an der Frage, wer ihr Vertreter in den kommenden Wahlen sein soll, und die Reflexionen bleiben immer mit dieser Frage verbunden.

Diese mangelnde Bereitschaft zur Reflexion war schon immer schädlich, jetzt ist sie selbstmörderisch. Aus zwei Gründen:

Der Rechten stehen alle Intellektuellen des Finanzkapitals, der Unternehmervereinigungen, der multilateralen Institutionen, der think tanks, alle Lobbyisten zur Verfügung. Sie alle produzieren täglich Daten und Interpretationen, die nicht immer Folgerichtigkeit und Genauigkeit vermissen lassen und die die Realität immer so auslegen, dass sie Wasser auf ihre Mühlen leiten. Umgekehrt haben die Linken keine In-



strumente für die transparente Reflexion gegenüber der Öffentlichkeit (den Nichtmitgliedern), und intern folgt ihre Reflexion der sterilen Linie der einzelnen Fraktionen.

Heute zirkuliert weltweit ein immenses Material an Informationen und Analysen, die entscheidende Bedeutung für ein Neudenken und eine Neubegründung der Linken nach dem doppelten Kollaps der Sozialdemokratie und des Realsozialismus haben könnten. Das Ungleichgewicht zwischen den Linken und der Rechten, bezogen auf das strategische Verständnis der Welt, ist heute größer als je zuvor.

Der zweite Grund ist, dass die neuen Mobilisierungen und politischen Akteure, die für Forderungen auftreten, die historisch den Linken zukommen, sich ohne jeglichen Bezug zu ihnen (außer vielleicht zur anarchistischen Tradition) und vielfach sogar im Gegensatz zu ihnen entwickeln. Das verlangt nach einer profunden Untersuchung. Ist eine solche schon vorgenommen worden? Ich habe Gründe, anzunehmen, dass dies nicht der Fall ist. Im Gegenteil, es wird versucht, diese neuen Bewegungen zu vereinnahmen, zu belehren, kleinzureden oder gar zu ignorieren.

Für diese Reflexion schlage ich einige Linien vor: Die erste bezieht sich auf die soziale Polarisierung, die sich aus den enormen sozialen Ungleichheiten ergibt. Wir leben in einer Zeit, die einige Ähnlichkeiten aufweist mit den demokratischen Revolutionen, die Europa um 1848 erschütterten. Die soziale Polarisierung war enorm hoch, weil die Arbeiterschaft (damals noch eine junge Klasse), um zu überleben, von ihrer Arbeit abhing (im Gegensatz zu den Vätern und Großvätern). Aber die Arbeit war nicht von ihr abhängig, sie hing ab von dem, der sie vergab oder sie wieder wegnahm nach seinem Gutdünken, vom Fabrikherrn. Und wenn man Arbeit hatte, waren die Löhne so niedrig und der Arbeitstag so lang, dass die Gesundheit untergraben wurde und die Familie immer Hunger litt. Wurde der Arbeiter entlassen, hatte er keinerlei Unterstützung, allenfalls eine kleine solidarische Hilfe. Oder er wurde kriminell. Es ist nicht verwunderlich, dass die zwei Hauptforderungen, um die es in diesen Revolutionen ging, das Recht auf Arbeit und ein kürzerer Arbeitstag waren. 150 Jahre danach ist die Situation nicht vollständig dieselbe, aber die Kampfziele sind weiter aktuell. Und sind es vielleicht mehr als noch vor 30 Jahren.

Die Revolutionen waren blutig und wurden niedergeschlagen. Die konservativen Regierungen, die dann einander folgten, waren gezwungen, Konzessionen zu machen, damit die soziale Lage nicht in einer Katastrophe endete. Wie weit sind wir heute von einer Katastrophe entfernt? Noch sind die Mobilisierungen gegen die skandalöse Ungleichheit (ähnlich wie 1848) friedlich und haben einen starken moralischen, entlarvenden Gehalt. Noch beunruhigen sie das demokratische Finanzsystem nicht. Wer aber kann garantieren, dass es so weitergeht? Die Rechte ist darauf vorbereitet, eine repressive Antwort auf jede Veränderung zu geben, die gefährlich werden kann. Wie aber sehen die Pläne der Linken aus? Werden sie fortfahren, sich zu spalten wie in der Vergangenheit, die einen an der Seite der Unterdrückung und andere im Kampf gegen die Repression?

Die zweite Linie der Reflexion hat ebenfalls viel mit den Revolutionen von 1848 zu tun, mit der Frage, wie kann die Demokratie mit den Hoffnungen und Bestrebungen der Bürger verbunden werden. Die Losungen von 1848 waren Liberalismus und Demokratie. Liberalismus bedeutete eine republikanische Regierung, Trennung zwischen Staat und Reli-

gion, Pressefreiheit; Demokratie hieß „universelles“ Wahlrecht für die Männer. Auf diesem Gebiet hat die Gesellschaft in den letzten 150 Jahren große Fortschritte gemacht. Aber diese Errungenschaften wurden in den letzten dreißig Jahren zunehmend in Frage gestellt. Mehr noch, in den letzten Jahren scheint die Demokratie eher ein geschlossenes Haus geworden zu sein, das von einer Gruppe Außerirdischer besetzt wurde, die demokratisch über ihre eigenen Interessen und diktatorisch über die Interessen der großen Mehrheit entscheidet. Ein gemischtes Regime, eine Demokratur.

Die Bewegung der Empörten und die Occupy-Bewegung lehnen die Expropriation der Demokratie ab und sprechen sich auf ihren Versammlungen für Konsensentscheidungen aus. Sind sie verrückt oder ist es ein Signal der Forderungen, die da kommen werden? Haben die Linken schon einmal bedacht, dass ihnen diese Formen der Demokratie hoher Intensität (innerhalb der Partei oder in ihrem Land) unbequem sein könnten und dass dies das Signal wäre, sich zurückzuziehen oder sich neu zu gründen?

Vierter Brief

11. Januar 2012

Die Rechte interessiert sich für die Demokratie nur in dem Maße, wie diese ihren Interessen dient. Deshalb sind die Linken heute die großen Garanten für die Rettung der Demokratie. Stehen sie auf der Höhe dieser Aufgabe? Haben sie die Courage, die Demokratie neu zu begründen, über den Liberalismus hinaus? Eine antikapitalistische Demokratie gegenüber einem mehr und mehr antidemokratischen Kapitalismus?

Die historischen Spaltungen zwischen den Linken wurden durch eine beeindruckende ideologische Konstruktion gerechtfertigt. Aber in Wahrheit wurde ihre praktische Aufrechterhaltung – oder besser die Glaubwürdigkeit ihrer politischen Ziele, die es ihnen gestattete, Anhänger zu sammeln – durch drei Faktoren bestimmt:

- Einmal durch den Kolonialismus, der die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals (durch gewaltsame Enteignung, mit unzähligen menschlichen Opfern, oft illegal, aber immer straffrei) außerhalb der kapitalistischen Hauptländer, wo sich die als die entscheidenden betrachteten sozialen Kämpfe abspielten, ermöglichte;
- durch die Entstehung eines nationalen Kapitalismus mit sehr unterschiedlichen Merkmalen (Staatskapitalismus, genossenschaftlicher, liberaler, sozialdemokratischer Kapitalismus), was den Glauben beförderte, dass es verschiedene Alternativen zur Überwindung des Kapitalismus gäbe;
- und schließlich durch die Umgestaltungen, die die sozialen Kämpfe in der liberalen Demokratie bewirkten, indem sie eine gewisse soziale Umverteilung ermöglichten und bis zu einem gewissen Grade eine Trennung des Warenmarktes (d. h. der Werte, die Preise haben, gekauft und verkauft werden) und des Ideenmarktes (d. h. der Optionen und politischen Werte, die keinen Preis haben, nicht gekauft und nicht verkauft werden) zuließen. Wenn diese Trennung für einige der Linken eine neue Tatsache war, so war sie für andere eine gefährliche Täuschung.

Die letzten Jahre haben jedoch diese Faktoren so gründlich verändert, dass für die Linke, wie wir sie kennen, nichts so geblieben ist wie ehemals. Was den Kolonialismus betrifft, so



sind in zweierlei Hinsicht radikale Änderungen eingetreten. Einerseits hat sich die Kapitalakkumulation durch gewaltsame Enteignung in die Ex-Metropolen verlagert (sinkende Löhne und Renten, illegaler Transfer kollektiver Fonds zur Rettung privater Banken, völlige Straflosigkeit des Finanzgangesertums), so dass der Kampf antikolonialen Typs jetzt auch in den Metropolen stattfinden muss, ein Kampf, der, wie wir wissen, sich nie durch parlamentarische Höflichkeit auszeichnete. Andererseits sind, obgleich der Neokolonialismus (d. h. die Fortführung von Beziehungen kolonialen Typs zwischen den Ex-Kolonien und den Ex-Metropolen bzw. ihren Nachfolgern wie im Falle der USA) ermöglicht hat, dass die Akkumulation durch Enteignung in der ehemals kolonialen Welt bis heute fortgeführt wird, einige dieser Länder dabei, die Rolle neuer Protagonisten zu übernehmen (Indien, Brasilien, Südafrika und als Spezialfall China, gedemütigt durch den westlichen Imperialismus im 19. Jahrhundert), bis zu dem Punkt, dass wir noch nicht absehen können, ob es zur Bildung neuer Metropolen kommt und damit auch zur Entstehung neuer Kolonien.

Was die nationalen Kapitalismen betrifft, scheint deren Ende durch die Mühlen des Neoliberalismus gekommen zu sein. Klar ist, dass in Lateinamerika und in China neue Formen kapitalistischer Dominanz entstehen, und kurioserweise nutzen sie dabei die Möglichkeiten, die ihnen der Neoliberalismus bietet. Das Jahr 2011 jedoch zeigte, dass die Linke und der Neoliberalismus nicht miteinander vereinbar sind. Es genügt schon, wenn wir uns die Börsennotierungen anschauen, die genau in dem Maße steigen, wie sich die soziale Ungleichheit erhöht und jede soziale Sicherung zerstört wird. Wieviel Zeit lassen die Linken noch verstreichen, ehe sie Konsequenzen ziehen?

Zum Schluss noch soviel: Die liberale Demokratie liegt in Agonie unter dem Druck „faktischer“ Mächte (die Mafia, das Freimaurerwesen, Opus Dei, die transnationalen Unternehmen, der IWF, die Weltbank) und der Straflosigkeit der Korruption, des Machtmissbrauchs und der Abstimmung der Einflussbereiche. Das Ergebnis ist die wachsende Verschmelzung des politischen Marktes der Ideen mit dem Wirtschaftsmarkt der Interessen. Alles ist käuflich, nichts aber wird verkauft, da es niemanden gibt, der kaufen kann. In den letzten fünfzig Jahren haben die Linken (alle) wesentlich dazu beigetragen, dass die liberale Demokratie eine gewisse Glaubwürdigkeit unter den Volksmassen erlangte und soziale Konflikte auf friedlichem Wege gelöst werden konnten. Wenn es richtig ist, dass die Rechte sich nur für die Demokratie in dem Maße interessiert, wie sie ihren Interessen dient, dann sind die Linken heute die große Garantie für die Rettung der Demokratie. Sind sie auf der Höhe dieser Aufgabe? Haben sie den Mut und die Kraft, die Demokratie über den Liberalismus hinaus neu zu begründen? Eine robuste Demokratie gegen die Antidemokratie, eine Demokratie, die die repräsentative mit der partizipativen und der direkten Demokratie verbindet? Eine antikapitalistische Demokratie gegen einen Kapitalismus, der mehr und mehr antidemokratisch ist?

*(Übersetzung aus dem Portugiesischen:
Joachim Wahl, Helma Chrenko)*

Der zivilisatorische Wandel, den die Menschheit braucht, ist nicht nur ökonomischer, sondern auch kultureller Art

Interview mit der argentinischen Philosophin Isabel Rauber, Interviewer: Fernando Arellano Ortiz, kolumbianischer Publizist, Direktor des Observatorio Sociopolítico Latinoamericano; aus: www.Crónica.net, zit. nach dem Online-Magazin Rebelión vom 13. Januar 2012

Die wichtigste Herausforderung, die angesichts der multidimensionalen Krise des Kapitalismus in der Gegenwart vor der Menschheit steht, ist die Gestaltung einer neuen Zivilisation, ausgehend von der aktiven Beteiligung der großen Volksmassen, sagt die argentinische Philosophin und Pädagogin der sozialen Bewegungen Isabel Rauber.

Es geht nicht schlechthin um einen Systemwechsel, erklärt sie, sondern um eine viel anspruchsvollere Herausforderung, die auf einen wesentlichen Wandel der Lebensweise abzielt, und das „erfordert die beständige Transformation der Subjekte der Veränderung“, die sich in den konkreten Kämpfen und Widerstandsaktionen herausbilden, „nicht nur auf lokaler Ebene, sondern auch global“.

Aber dieser Prozess erfordert einen langen Übergang. Rauber meint, dass „der Aufbau einer Zivilisation, die allen bisher gestalteten überlegen ist, nicht Aufgabe einiger Weniger oder Auserwählter sein kann, sondern die Beteiligung der ganzen Menschheit verlangt, zumindest der absoluten Mehrheit. Das bedeutet die Aufeinanderfolge untereinander verbundener konkret-historischer Prozesse, die Kanäle öffnen für die Beteiligung in den verschiedenen Dimensionen und gleichzeitig neue Praktiken der menschlichen Beziehungen auf sozialem, politischem und kulturellem Gebiet erproben und ausprägen. In diesem Sinne stellen die gegenwärtigen sozialen Kämpfe und die Erfahrungen der im Kern transformatorischen Regierungen Lateinamerikas Laboratorien einer neuen Welt dar, die uns helfen können, kollektiv an Wissen zu wachsen, wenn wir fähig sind, auf diesem Wege weiterzugehen und uns die Erfahrungen kritisch anzueignen. Sie bilden daher zugleich Quellen der Inspiration für das Leben. Und der Kompass ist die konstante Wechselbeziehung von Aktion und geistiger Verarbeitung in den Bewegungen.“

Im Dialog mit Observatorio Sociopolítico Latinoamericano in Buenos Aires weist die Sozialwissenschaftlerin auf die Kraft hin, mit der die sozialen Bewegungen, deren verbindendes Element der Kampf für das Leben ist, seit Beginn des 21. Jahrhunderts in Aktion getreten sind. „Für sie ist klar“, sagt sie, „dass die Fortsetzung der Logik von Produktion und Akkumulation des Kapitals in der heutigen Weise die ganze Menschheit bedroht. Und diese Bedrohung wird zusammengefasst und ausgedrückt in dem antagonistischen Widerspruch von Leben und Tod als dem Hauptproblem der Gegenwart, das zugleich neue soziale Widersprüche zusammenfasst und verbindet.“

Die Menschheit braucht kulturelle Instrumentarien

● **In Ihrem Buch „Zwei Schritte vorwärts, einen zurück“ unterstreichen Sie, dass in dieser zivilisatorischen Krise des Kapitalismus die Bedingungen für einen Übergangs-**



prozess liegen, der den Systemwechsel möglich macht. Diese kapitalistische Krise wird also zur Möglichkeit, den Transformationsprozess zu beginnen?

Ich bin davon abgekommen, vom Systemwechsel zu sprechen, und spreche von zivilisatorischem Wandel. Man könnte meinen, das sei dasselbe, aber so ist es nicht, weil ein zivilisatorischer Wandel eine Umgestaltung der tiefsten Denk- und Verhaltensweisen einschließt, die die gegenwärtige Zivilisation beherrschen. Vom Sozialismus des 20. Jahrhunderts lernen wir die Notwendigkeit einer Alternative zum Kapitalismus, die diesen überwindet, und tatsächlich können wir sagen, er erreichte sie mehr oder weniger in dem Sinne, dass es verschiedene Revolutionen gab, aber sie blieben in der Falle des ökonomischen Wettbewerbs mit dem Kapitalismus gefangen. Man dachte, dass die Revolution vor sich gehe, indem die Produktionsmittel durch den Staat angeeignet würden, und reduzierte die Macht auf die institutionellen Ausdrucksformen, ohne andere Ebenen zu sehen, ohne die Hegemonie in Betracht zu ziehen, einfach weil man eine institutionalistische und ökonomistische Vorstellung von der Macht hatte und glaubte, dass diese automatisch die Befreiung des Menschen hervorbringen würde. Die Geschichte ist aber nicht so, und es gab einen Wechsel der Herrschaft, der aber nicht die Wirkungsmechanismen veränderte. Deshalb glaube ich, dass das Problem nicht darin besteht, den Kapitalismus zu überwinden, sondern die gesamte Zivilisation des Kapitals zu überwinden: Die Herausforderung ist größer. Wir erleben eine Zivilisation der Entmenschlichung, in dem Sinne, dass eine ungeheure Entfremdung der Menschen vor sich geht. Jeden Tag mehr sind wir Objekte des Konsums, immer weniger leben wir für uns selbst und immer mehr für den Markt.

● **Aber das stößt an Grenzen.**

Nein, das stößt niemals an Grenzen, sondern vertieft sich immer weiter, das endet nicht auf spontane Weise. Der Mensch ist so sehr sich selbst entfremdet, dass er sich selbst immer mehr unter Druck setzt, um den Forderungen zu entsprechen, die als normal betrachtet werden, ohne an das Wie und Warum zu denken. Die Menschheit gibt sich keine Rechenschaft mehr, was alles passiert: Kriege, Zerstörung der Natur und so weiter, weil sie, um sich dessen bewusst zu werden, die kulturellen Instrumentarien dazu brauchte, und die hat sie nicht. Und die, die die Welt verändern wollen, müssten sich, anstatt einfach auf der Straße zu sein, der Aufgabe widmen, Bewusstsein zu fördern. Ich will damit nicht sagen, dass es eine Dummheit sei, auf der Straße zu sein, denn manchmal muss man dort auftreten. Aber wir müssen vor allem in der Stärkung des strategischen Denkens vorankommen, im Sinne von Paulo Freire, nicht mit Begriffen um uns werfen, ohne die Realitäten zu durchdenken und zu diskutieren. Das Problem der heutigen Welt ist, dass es keine der Lage bewusste Menschheit gibt, die versteht, warum wir eine neue Lebensweise finden müssen. Das erreicht man nicht durch Dekret, sondern das muss aufgebaut werden, dafür erfolgt der Aufbau der Macht von unten her. Das heißt, wir müssen die Produktions- und Reproduktionsweise verändern, und das muss erst durch den Kopf hindurch, das muss man herausfinden machen, und das ist ein Weg über viele Jahre. Vor allem aber muss die Menschheit wissen, warum sie das macht, damit sie es auch machen will.

● **Der Kapitalismus wird nicht von allein zusammenbrechen, aber sind nicht die Krisen und die Kriege, die er selbst hervorbringt, eine Form, sich zu reproduzieren?**

Natürlich, aber vor allem, weil die Menschheit weiter dem Diktat des Marktes folgt. Was wir brauchen, ist eine reale historische, zivilisatorische Überwindung; wir brauchen nicht einzelne revolutionäre Akte, wir sind gefordert, einen neuen Produktions- und Reproduktionstyp zu gestalten, der nicht nur ökonomisch, sondern auch kulturell, im Hinblick auf die Natur und auf die Menschen etwas Neues ist. Die Solidarität einführen kann man nicht mit dem Markt, deshalb muss man damit beginnen, den Konsumismus auf selbständige und bewusste Weise abzulehnen, und das ist ein Prozess von langer Dauer.

● **Aber braucht man dafür nicht die Herausbildung eines neuen politischen Subjekts?**

Das politische Subjekt ist im Entstehen. Der erste Mensch, der sich kritisch verhält, ist bereits in diesem zivilisatorischen Wandel begriffen, der ja ein Prozess über lange Zeit ist. Wer kann sagen, an welchem Punkt wir angekommen sind? All das Bewusstsein, das in Hinblick auf die Achtung vor der Natur sich herausbildet, ist ein Teil dieses Wandels, bedeutet eine Akkumulation, die zu einem bestimmten Zeitpunkt zu einem Ausbruch führt, und die Menschheit bewegt sich vorwärts. In diesem ganzen Prozess haben die Volksregierungen ihren Platz, die demokratischen Revolutionen, alles das ist Teil eines Ganzen.

● **Wenn wir vom politisch-ideologischen Kampf in Lateinamerika sprechen, kann die kubanische Revolution als ein Element des Ausbruchs aus der kapitalistischen Logik angesehen werden?**

Ich glaube, dass Kuba die letzte Revolution in der Typologie des 20. Jahrhunderts ist. Die kubanische Revolution ist vom Gesichtspunkt des paradigmatischen Modells in Lateinamerika die erste und die letzte des vorigen Jahrhunderts, in dem Sinne, dass sie ihren Weg über die Machtergreifung, die Verstaatlichung nahm, dass sie danach Berichtigungen durchführen muss, um die heutigen Bedingungen zu bewältigen, denn sie ist noch nicht an das Weltsystem angepasst. Die kubanische Revolution sieht sich gezwungen, über die Realität des Marktes zu diskutieren, den internationalen Dialog zu führen angesichts des Strudels von Widersprüchen, die sie in der Zeit, da sie dem sozialistischen Block angehörte, nur von außen wahrgenommen hat. Diese Periode war wundervoll trotz all der Mängel, die sie hatte, ich habe sie selbst erlebt und kann Zeugnis davon ablegen, wie es ist, ohne die Gesetze des Marktes und des Geldes zu leben, es ist großartig, wenn die Beziehungen zwischen den Menschen nicht durch den Gewinn vermittelt werden. Ich hatte das historische Privileg, dieses Aufatmen der Geschichte mitzuerleben. Ich werde es als Sehnsucht immer bewahren, denn ebenso wie ich die Mängel gesehen habe, habe ich auch den Adrenalinstoß wahrgenommen, den das geistige Leben empfangen hat. Zudem ist Kuba durch das Gedankengut José Martí eng mit dem Thema der Befreiung verbunden, in dem Sinne, dass man Bildung braucht, um frei zu sein.

● **Stimmen Sie zu, dass Lateinamerika mit Ausnahme einiger mittelamerikanischer Länder, Mexikos und Kolumbiens historisch seine beste politische Zeit erlebt?**



Ich glaube, ja, weil wie nie zuvor Zielstellungen der Vergangenheit wie die Integration voll wirksam sind. Ich glaube, dass wir im Hinblick auf das, was notwendig ist, nämlich die Logiken des Systems in Frage zu stellen, an einem Punkt sind, wo sich Wege öffnen, unabhängig davon, ob wir siegen werden. Es vollzieht sich ein Übergang zu einer anderen Denkweise, und wir werden siegreich sein, bis die Welt anders wird. Es macht mir keine Sorgen in diesem Prozess des Vorwärtsschreitens, ob diese Volksregierungen Lateinamerikas wiedergewählt werden oder nicht, für mich ist wichtig, ob sie das kollektive Subjekt fördern und stärken, und ich kann sagen, dass sie alle gerade das tun. In diesem Sinne hat die kubanische Revolution immer die Beteiligung des Subjekts klargestellt, wenn auch auf eine eigene Art, weil diese Beteiligung in vertikaler Form organisiert war, aber auf jeden Fall hat man sich die Zeit genommen, die Meinungen des Volkes zu hören, und deshalb gibt es Kuba noch.

● **Haben die sozialen Bewegungen Lateinamerikas die beherrschende Rolle beim Aufstieg der Volksregierungen gespielt?**

Ich glaube, dass die sozialen Bewegungen eine grundlegende Rolle in den Kämpfen gegen den Neoliberalismus gespielt haben, dass sie Kämpfe gegen das bestehende System sind, es sind die Widerstandsbewegungen für das Leben. Diese letzten dreißig Jahre zeigen die Herausbildung einer neuen Mentalität in den sozialen Bewegungen, indem der Nachdruck auf die Verteidigung des Lebens gelegt wird, nicht auf die Beseitigung der Ausbeutung, wie es in den siebziger Jahren war. Natürlich ist im Kampf für die Verteidigung des Lebens die Beseitigung der Ausbeutung eingeschlossen, das gibt den Bewegungen eine neue, sehr starke Grundtönung und eine sehr tiefe politische Verwandtschaft untereinander, an der die politischen Parteien nichts ändern und die sie nicht verstehen können, weil sie sich darauf versteifen, dass das Hauptproblem die periodischen Wahlprozesse sind, für die sie stehen, oder weil sie die Revolution als eine Parteiangelegenheit betrachten. Dagegen sind die sozialen Bewegungen mit einer anderen Logik gewachsen und gereift und haben gelernt, dass das Leben auf allen Gebieten verteidigt werden muss und dass diese Verteidigung der erste und letzte politische Akt der Geschichte ist, während die Parteien das nicht begreifen und mit ihrer beschränkten Sichtweise meinen, das oberste Ziel sei die Mitgliedschaft in ihren Reihen. Deshalb kann man bestätigen, dass die sozialen Bewegungen den Weg zu den Volksregierungen bereiteten, denn sie waren die Protagonisten des Widerstandes und der Kämpfe der Völker. Allerdings gibt es Unterschiede in den Prozessen, was unterschiedliche Schrittmaße, Geschichte und Auseinandersetzungen betrifft, wie zum Beispiel in Ecuador und in Bolivien. Aber dass es in diesen politischen Prozessen Spannungen gibt, zeigt auch, dass es Dialog, dass es Debatten gibt.

● **In der Tat, in den Fällen von Bolivien und Ecuador gibt es eine permanente Spannung und es gibt sogar Brüche zwischen den Regierungen Morales und Correa und den indigenen und sozialen Bewegungen ...**

Ja, die Formung des Subjekts ist ein permanenter Prozess, ist Teil des Weges. Deshalb ist es wichtig, immer vor Augen zu haben, dass die Übernahme der Regierung mehr denn je erfordert, in der Auseinandersetzung um die soziale,

kulturelle, ökonomische und politische Gestaltung des Neuen fortzufahren, einschließlich der Akteure im Prozess der Veränderung und Umgestaltung, der immer zugleich und in erster Linie auch ein Prozess der Transformation der Akteure ist und sein wird. Die Errichtung einer Volksregierung bringt die Formierung neuer sozialer Wechselbeziehungen und die Entstehung neuer Widersprüche und Konfliktlagen mit sich, neuer Affinitäten und Interaktionen von sozialen, ökonomischen, kulturellen und politischen Kräften und Interessen entsprechend der neuen politischen und institutionellen Realität. Insgesamt schafft all das eine neue soziopolitische Landschaft, die neue Aufgaben und Herausforderungen an die sozialen Akteure stellt, die sich jetzt klar mit ihren politischen oder soziopolitischen Nuancen gegenüber treten.

● **Sie haben gesagt, dass die Linke eine Selbstveränderungsfähigkeit braucht, ähnlich wie sie die katholische Kirche mit dem II. Vatikanischen Konzil gezeigt hat. Wohin soll diese Umgestaltung der Linken führen?**

Das schließt eine sehr offene Mentalität ein, die Fähigkeit zur Entwicklung mitten im Tagesgeschehen, weil das Subjekt nicht nur durch große Ereignisse geformt wird. Man muss sich mitten hinein in das Subjekt (die Volksmassen) begeben – und der Politiker oder der Intellektuelle befindet sich außerhalb –, man muss seine Widersprüche und seine Veränderungen aufmerksam wahrnehmen. Deshalb braucht die Linke ein II. Vatikanisches Konzil, um sich bewusst zu machen, dass es das Volk ist, das die Veränderungen herbeiführt, und nicht die tausend oder zehntausend Mitglieder, die die Parteien haben; dass es die Grundaufgabe ist, mit den Menschen zu arbeiten, durch die Menschen und für die Menschen. Es gilt die Tore zu öffnen, es gilt herauszutreten aus der Parteikrypta und zu schauen, was sind die neuen Formen. Wenn man bereit ist, allen zuzuhören, kann man eine kollektive Führung aufbauen. Es ist unerlässlich, die Brille abzusetzen, die das Kapital uns systematisch vor die Augen gesetzt hat, und die Fragmentierung der Realitäten und der Bewusstseinsinhalte zu überwinden. Damit der Humanismus die Möglichkeit erhält, über die Barbarei zu siegen, gilt es die Schlacht um die Herausbildung eines neuen, kollektiven Bewusstseins zu schlagen, eines Bewusstseins, das sich von dem hergebrachten, durch den Kapitalismus geschaffenen unterscheidet. Dazu kann die Linke einen Beitrag leisten, wenn sie ihre politische Konzeption und Aktionsweise ändert, wenn sie ihre hierarchisierte Distanzierung beendet und die Horizontalität der Entscheidungen, die Kontrolle des Volkes durch den ständigen Dialog und das wechselseitige Voneinanderlernen ersetzt.

(Übersetzung aus dem Spanischen: Helma Chrenko)



Ein Jahr Arabellion: Zwischen gesteigerten Erwartungen und enttäuschten Hoffnungen

Von Karin Kulow, Mitglied der BAG FIP und des Arbeitskreises „Gerechter Frieden in Nahost“, und Heinz-Dieter Winter, Mitglied der Initiative „Diplomaten für Frieden mit der islamischen Welt“

Noch immer erinnern wir uns an die Fernsehbilder vom Platz der Befreiung in Kairo, dem Midan At-Tahrir, als Tausende Demonstranten dort wochenlang ausharrten, bis Präsident Husni Mubarak nach drei Jahrzehnten autoritärer Regentschaft am 11. Februar 2011 endlich zum Abdanken gezwungen wurde. Ihm erging es ebenso wie dem tunesischen Präsidenten Zine Al-Abidin Ben Ali am 14. Januar. Die Welt erlebte zuvor kaum vorstellbare Vorgänge. Nicht nur, dass zwei vom Westen als politische Stabilitätsanker unterstützte Staatsoberhäupter im Ergebnis spontaner Protestaktionen relativ schnell zu Fall zu bringen waren. Auch die anschließende Welle von Erhebungen im Gros der arabischen Staatenwelt zwischen Atlantischem Ozean und Persisch-Arabischem Golf sorgte für weltweites Erstaunen.

Arabische Welt – eine Zone massenhaften Zorns

Angefangen von Algerien, über Jordanien, Oman, Jemen, Irak, Bahrain, Libyen, Saudi-Arabien, Djibuti, Kuwait, Marokko, Mauretanien und Libanon bis hin zu den Palästinensergebieten und Syrien kam es im Zeitraum Anfang Januar bis Mitte März 2011 zu teilweise machtvollen Protestdemonstrationen. Männer und Frauen, Junge und Alte, Muslime und Andersgläubige bekundeten ihren Willen nach Veränderung der bestehenden, von sozialer Ungleichheit und politischer Entmündigung getragenen Verhältnisse. Sie setzten sogar ihr Leben ein. Angesichts des bei ihnen so tief ausgeprägten Gefühls der Demütigung und Missachtung ihrer menschlichen Würde, traten ideologische wie auch religiöse Symboliken in den Hintergrund. Früher übliche antiwestliche und antiisraelische Losungen fehlten.

Moderne Medien und Kommunikationsmittel, wie Facebook, Twitter, Internet und Handys, dienten der Mobilisierung. Die arabisch-islamische Welt, in westlichen Medien häufig als demokratiefeindlich und regressiv etikettiert, strafte alle diese Klischees Lügen.

Als bald jedoch offenbarte sich die ganze Komplexität und Widersprüchlichkeit der mit den Aufständen einhergehenden und ihnen nachfolgenden Entwicklungen. Die Ereignisse wurden besonders durch die NATO-Intervention in Libyen gewalttätiger. Hoffnungen nach Verbesserung der sozialen Lage und Fortschritten in der Errichtung demokratischer Institutionen wurden hier und dort enttäuscht.

Dennoch ist unstrittig: Der mit den Präsidentenstürzen in Tunesien und in Ägypten Anfang 2011 eingeläutete Transformationsprozess markiert in der arabischen Welt eine tiefe Zäsur. Leitet er eine Zeitenwende ein mit nachhaltigen, weit über sie selbst hinausreichenden Wirkungen und Konsequenzen?

Erfolgt in vergangenen historischen Epochen neue Zäsursetzungen zumeist durch mehr oder weniger direkte Einflussnahmen „von außen“, so kam der Anstoß nunmehr im Wesentlichen aus dem Innern heraus. Was jedoch äußere

Einwirkungen auf die Entwicklungen in den arabischen Staaten keinesfalls ausschließt.

Den autoritären Herrschern, ob nun republikanisch oder monarchistisch, wurde mit den Massenerhebungen vor Augen geführt, dass die bestehenden Zustände nicht mehr so einfach hingenommen werden. Insbesondere die jungen, gebildeten unter der Perspektivlosigkeit der verkrusteten Strukturen am meisten leidenden und bis in den Mittelstand hineinreichenden Bevölkerungsschichten begehren gegen die jahrzehntelange politische Entmündigung und die immer extremer werdende soziale Ungerechtigkeit auf.

Die Arabellion ist auch das Ergebnis der sich unter den Bedingungen der neoliberalen Globalisierung immer weiter verschärfenden sozioökonomischen Notlagen und politischen Drangsalierungen, selbst wenn sich dies nicht in antiwestlichen Slogans manifestierte.

Der Transformationsprozess wird langfristig, kompliziert und geprägt von Widersprüchen sein. Mit Rückschlägen, Brüchen oder gar Gegenbewegungen ist zu rechnen. Schon gar nicht ist davon auszugehen, dass er unisono in der arabischen Welt voranschreitet.

Mit dem Sturz der Präsidenten allein ist es eben nicht getan. Auch deren Macht stützte sich auf eine mehr oder weniger breite Basis, deren Vertreter ihre bisherigen Pfründe keinesfalls freiwillig aufzugeben bereit sind. Den Herrschaftsstrukturen lediglich die Spitze zu nehmen, bedeutet noch lange nicht, sie schon insgesamt umgewälzt zu haben. Nicht umsonst haben die Aufständischen in Ägypten nach dem Sturz von Mubarak gerade den nahezu in analoger Manier herrschenden Militärrat ins Visier ihrer fortgesetzten Protestaktionen genommen.

Neue Herausforderungen und Unwägbarkeiten

Mit ihrer Entschlossenheit und ihrem persönlichen Mut haben die Aufständischen bewirkt, dass außer in Tunesien und Ägypten auch in Marokko der Weg zu freien und demokratischen Wahlen geebnet wurde. In einer wachsenden Zahl von Ländern finden öffentliche Verfassungsdebatten statt. In einigen sind neue Parteien gegründet worden und Zivilgesellschaften entwickeln sich, unabhängige Gewerkschaften und Medien treten auf den Plan. Auch offene Kritik an den bestehenden patriarchalischen Herrschaftsstrukturen ist mehr und mehr möglich. Doch zugleich haben sich vielerlei neue Problem- und Widerspruchsfelder – sowohl im Innern der jeweiligen Länder als auch im Verhältnis zueinander – aufgetan. Daraus könnten neue Konflikte entstehen.

Besonders auffällig jedenfalls ist die weitere Stärkung des konservativen Elements innerhalb der arabischen Welt.

Sichtlicher Gewichtszuwachs von Parteien des politischen Islam

Natürlich wirft es viele Fragen auf, wenn im Zuge dieser Arabellion bei den erstmals durchgeführten freien Wahlen Parteien des politischen Islam, zumeist als islamistische Parteien bezeichnet, Wahlgewinner sind. Zumal sie zumeist nicht zu den Initiatoren der wochenlangen Massenproteste gehört haben. Nicht von der Hand zu weisen ist deshalb auch der Eindruck, dass – wie nicht zum ersten Mal in der Geschichte – auch hier die Revolution ihre „Kinder zu fressen“ scheint. Wovon in besonderem Maße noch die Frauen betroffen sind, ungeachtet deren tapferem Einsatzes – ob jung oder alt –, teilweise sogar an vorderster Front. Wurde ihnen doch bei



den Demonstrationen das Gefühl vermittelt, gleichberechtigt und so respektiert zu sein.

Säkulare, liberale Parteien und Kräfte sehen sich als Verlierer und bringen ihre Enttäuschung zum Ausdruck. Ebenso verständlich ist, wenn insbesondere linke Parteien in der arabischen Welt diese teilweise erdrutschartigen Wahlergebnisse zugunsten islamistischer Parteien als einen extremen Rückschlag gegenüber der Situation davor werten, als einen Beleg dafür, dass die Initiatoren der Aufstandsbewegung nicht über die entsprechenden Fähigkeiten verfügen, auch Wahlen gewinnen zu können.

Zweifellos widerspiegelt sich darin die Schwäche der sich noch im Prozess der Formierung befindlichen neuen Parteien, insbesondere aber deren ungewöhnlich große Zahl, die für Wähler kaum zu überblicken war. Insofern waren islamistische Parteien durchaus begünstigt.

Allerdings liegt die Entscheidung darüber, welchen grundlegenden Einfluss dieser Trend auf den Verlauf weiterer Entwicklungen haben wird, noch im Ungewissen. Entscheidend dabei wird sein, welchen Differenzierungs- und inhaltlichen Reifeprozess die islamistischen Parteien künftig nehmen werden, wie sich deren Beziehungen zu den säkular ausgerichteten Parteien und Kräften in ihren Ländern sowie auch zu religiösen Minderheiten gestalten, welche gesellschaftliche Rolle sie den Frauen zubilligen, inwieweit sie sich in bisherige Herrschaftsstrukturen und deren Verstrickungen mit westlichen Interessen einbinden lassen, ob sie sich demokratischen Normen unterzuordnen bereit sind. Oder anders gesagt: ob sie sich zum Prinzip freier und fairer Wahlen bekennen, zu einer transparenten und berechenbaren Regierungsführung und unabhängigen Justiz, die die Rechte aller Bürger, gleich welchen Geschlechts oder Glaubens, achtet, statt nur zur Errichtung einer diktatorischen Herrschaft in neuem Gewand.

Monarchien im anscheinenden Aufwind

Auch wenn sich die Monarchen in ihren Ländern gleichfalls mit teilweise machtvollen Erhebungen konfrontiert sahen, so wankte dennoch zu keiner Zeit irgendwo ein Thron.

Obwohl sich Sachlage, Intensität der Erhebungen und konkrete Vorgehensweisen in den einzelnen Monarchien erheblich unterscheiden, sticht dennoch ins Auge: Offenbar vermögen die monarchistischen Potentaten dem Sturm der Arabellion besser zu trotzen als republikanische Präsidenten. Einerseits zeigen sie sich zu Zugeständnissen gegenüber den Aufständischen bereit, kommen sich notfalls mit Gewalt gegenseitig zu Hilfe, gerieren sich andererseits als Unterstützer der politischen Neuordnung in der arabischen Welt und helfen gleichzeitig jene politischen Kräfte zu befördern, die ihrem eigenen konservativen Weltbild am ehesten entsprechen.

In besonderem Maße trifft dies auf die Golfmonarchien – darunter an erster Stelle Katar – zu, die den begonnenen Aufbruch in der arabischen Welt für eine Verschiebung der innerregionalen Kräftekonstellation zu ihren Gunsten anscheinend gut zu nutzen verstehen. Mit einer besonderen Penetranz gebärden sie sich als Hüter von Demokratie und Menschenrechten, obwohl bei ihnen selbst nicht einmal politische Parteien erlaubt sind. Auch ansonsten werden die universellen Menschenrechte in vieler Hinsicht mit Füßen getreten, ganz zu schweigen von den außerordentlich eingeschränkten Frauenrechten.

Mittels ihres TV-Mediums und ihrer Finanzmacht suchen sie nicht nur von den eigenen Verhältnissen abzulenken. Vielmehr sind sie darum bemüht, die Arabische Liga möglichst zu vereinnahmen und zu einem Instrument ihrer politischen Ambitionen in der arabischen Welt zu machen.

Insbesondere der Emir von Katar, Hamad bin Khalifa II., fühlt sich zur Vorhutrolle in der arabischen Welt berufen, dabei sicherlich eingedenk dessen, dass Saudi-Arabien aufgrund seines vorherrschenden wahhabitischen Weltbildes, welches insbesondere Salafisten auch anderswo als Vorbild dient, für das 21. Jahrhundert wohl doch schon zu antiquiert erscheint. Als Oberhaupt des – gemessen am Bruttoinlandsprodukt/Kopf der Bevölkerung – reichsten Staates der Welt sieht er offenbar die Gelegenheit für gekommen, unter gezielter Nutzung des von ihm 1996 installierten TV-Senders „Al-Jazeera“ nun bestimmenden politischen Einfluss ausüben zu können. Dementsprechend nimmt es nicht wunder, dass Katar spiritus rector des Antrages der Arabischen Liga auf die Einrichtung einer Flugverbotszone über Libyen war, sich aktiv militärisch an den NATO-Kampfhandlungen gegen das Qaddafi-Regime beteiligte und unter Bruch der UN-Sicherheitsratsresolution 1973 die libyschen Rebellen mit Waffen und Munition sowie anderem Kriegsggerät versorgt hat und sich auch die Milizen-Ausbildung in der Hand katarischer Militärexperten befand. Auch an der Verhängung von Sanktionen gegen das Baath-Regime in Syrien durch die Arabische Liga war es maßgeblich beteiligt bis dahin, sogar einen Militäreinsatz von außen ins Gespräch zu bringen. Zum vorrangigen Interesse der GCC-Staaten gehört zweifellos, die sich im Ergebnis des Irak-Krieges der USA 2003 ausprägende deutliche Verschiebung der Kräftebalance in der Region zugunsten der beiden regionalen „Groß“mächte Iran und Türkei aufzuhalten und zu eigenen Gunsten zu verändern.

Der Westen vor dem Scherbenhaufen seiner Nahostpolitik

Mit dem Sturz der beiden Präsidenten stand der Westen vor dem Scherbenhaufen seiner seit Jahrzehnten im Nahen und Mittleren Osten verfolgten Politik. Immerhin hatten Mubarak und Ben Ali zu den treuesten Verbündeten des Westens gehört; erhielt Ägypten eine der höchsten Auslandshilfen der USA, besonders auf militärischem Gebiet. Im Rahmen des Projektes „Greater Middle East“ hatten die USA und die Europäische Union vor Jahren zwar auf Reformen im Rahmen einer „Demokratisierung von oben“ gedrängt, um damit Druck „von unten“ abzufangen. Doch diese dann mit wenig Nachdruck weiter betrieben. Vielmehr wurden – im Interesse von „Stabilität“, sprich der Gewährleistung westlichen Einflusses – die herrschenden Regimes unterstützt und hofiert.

Der Westen war völlig überrascht von dem Ausmaß der Ereignisse, diese gingen ihm auch deutlich gegen den Strich. So hatte die französische Außenministerin Alliot-Marie noch am 11. Januar 2011 polizeiliche Hilfe zur Unterdrückung der tunesischen Protestbewegung angeboten. Die Münchener Sicherheitskonferenz dann Anfang Februar, insbesondere die dortigen Erklärungen von Bundeskanzlerin Merkel und US-Außenministerin Hillary Clinton, machten deutlich, dass offensichtlich versucht werden sollte, strategische Positionen des Westens in Ägypten durch einen „Chaos vermeidenden“ Übergang mit Mubarak und seiner Regierung zu sichern. Bemühungen, die Entwicklungen in Ägypten im westlichen Sinne zu beeinflussen, scheiterten bereits auf dem Tahrir-Platz.



Das hieß allerdings nicht, dass die Einflussnahme des Westens aufhörte. Eine wichtige Rolle sollte nun die eng mit den USA verbundene Armeeführung spielen, die bis heute in Gestalt des Obersten Militärates seit dem 11. Februar 2011 in Ägypten die Macht ausübt und von deren künftigen Verhalten der weitere Fortgang der Entwicklungen hier entscheidend abhängen wird.

Der Westen sucht sich auf die neue Lage einzustellen

Nach anfänglicher Überraschung erfolgte eine recht widersprüchliche Neuorientierung westlicher Politik gegenüber arabischen Staaten. Unter der Berücksichtigung spezifischer Bedingungen einzelner Länder zeigen sich folgende Varianten des Herangehens:

Erstens, da, wo es die Möglichkeit gibt, das bestehende Regime durch Reformen zu stabilisieren, wurde zu diesem Zweck versucht, Einfluss auszuüben. So, wie es besonders die US-Administration gegenüber dem Mubarakregime anfänglich versucht hatte. In diesem Sinne wird auch auf Jemen, Algerien, Bahrain und andere eingewirkt. Entsprechende Schritte in Jordanien und Marokko wurden begrüßt.

Reformen und ein entsprechender Dialog zwischen Regime und Opposition wurden jedoch in Syrien, obwohl Präsident Assad dazu prinzipielle Bereitschaft erklärte, von Anfang an ausgeschlossen. Hier ging es den USA darum, ein eng mit dem Iran verbundenes Regime, das bislang auch die palästinensische Hamas und die libanesische Hizbollah unterstützt, zu beseitigen.

Zweitens, wenn Reformen mit den alten Machthabern sich als nicht mehr möglich erweisen und die Machtübernahme durch die Opposition unvermeidbar geworden ist, soll durch eine so genannte Transformationspartnerschaft – ein Begriff, der von der Bonner Außenpolitik erstmalig bezüglich Ägypten Ende Dezember 2010 angewendet wurde – Einfluss auf den Demokratisierungsprozess, verbunden mit einer breiten Palette von Hilfsmaßnahmen, genommen werden.

Drittens, wie die Entwicklung in Libyen und die faktische Umwandlung der UN-Sicherheitsratsresolution 1973 zur Einrichtung einer Flugverbotszone in Libyen in ein militärisches Interventionsinstrument der NATO zeigt, bleibt die militärische Einmischung Mittel der Politik des Westens dort, wo missliebige Regimes durch entsprechende Unterstützung einheimischer bewaffneter Oppositionskräfte, die selbst dazu nicht stark genug sind, zu Fall gebracht werden können. Zudem bestanden nach Medienberichten vorher schon Kontakte der USA-Geheimdienste zu libyschen Exilorganisationen, die dann Unterstützung für ihren bewaffneten Kampf erhielten.

Viertens, Duldung oder gar Förderung der Rolle Saudi-Arabiens und anderer Golf-Staaten zur Erhaltung bestehender Regimes, einschließlich militärischer Intervention, wie z. B. in Bahrain oder Einflussnahme auf einen Machtwechsel von oben, wie beispielsweise in Jemen (Straffreiheit und Ehrenpräsidentenschaft für den bisherigen Machthaber), um nach Möglichkeit demokratische Entwicklungen von unten auch durch Reformen zu verhindern.

Fünftens, die westliche Ablehnung aller Dialogbemühungen zwischen dem Assad-Regime und der Opposition sowie das Zerwürfnis zwischen Russland und China mit der Mehrheit des Sicherheitsrates zeigen, dass die USA und ihre NATO-Verbündeten es offensichtlich darauf abgesehen ha-

ben, die im Frühjahr in der arabischen Welt 2011 entstandene Situation auszunutzen und die ihnen unangenehmen arabischen Regimes zu beseitigen. Was speziell im Zusammenwirken mit den Golfstaaten, insbesondere Katar, geschieht.

Wollte sich westliche Staatenpolitik jedoch tatsächlich ernsthaft den ihr mit der Arabellion erwachsenden neuen Herausforderungen stellen, so würde dies zu allererst ein grundsätzliches Umdenken erfordern, und zwar in Richtung auf eine echte Politik „auf Augenhöhe“ mit allen diesen Staaten. Dazu gehörte an vorderster Stelle, dass Europa einen wirksamen Beitrag zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation in den Ländern südlich des Mittelmeeres leisten müsste und ernst machte mit dem 1995 auf der Europa-Mittelmeer-Konferenz in Barcelona verkündeten Ziel, eine „Zone des gemeinsamen Wohlstandes“ zu schaffen. Doch das scheint unter Bedingungen der bestehenden, auf Ungleichheit beruhenden und an neoliberalen Prinzipien ausgerichteten internationalen Weltwirtschaftsordnung kaum möglich.

Der Westen und der politische Islam

Völlig wider Willen sieht sich der Westen nunmehr damit konfrontiert, sich auf bislang mehr oder weniger scharf befehdete politische Parteien und Kräfte einstellen zu müssen. Ihm bleibt nichts anderes übrig, als mit jenen Kräften Beziehungen aufzunehmen, die bisher von den diktatorischen Regimes der arabischen Welt mit westlicher Unterstützung bekämpft wurden. Was für ihn gleichzeitig zur Konsequenz haben wird, ein jahrzehntelanges Feindbilddenken gegenüber dem politischen Islam korrigieren zu müssen. So kündigte US-Außenministerin Hillary Clinton bereits im Juni 2011 einen Kurswechsel gegenüber der ägyptischen Muslimbruderschaft an. Man habe bereits Kontakt mit dieser gehabt, nun wollten die USA die Beziehung ausbauen, verkündete sie in Budapest. Es sei »im Interesse der USA, mit allen Parteien Kontakte zu pflegen, die sich in einem friedlichen Wettbewerb um Einfluss im Parlament und im Präsidentenamt befinden«, stellte Clinton zudem fest und gab gleich noch die Eckpfeiler vor, die die zukünftigen religiös motivierten politischen Machthaber in Rabat, Tunis und Kairo zu befolgen hätten, um weiterhin von den USA unterstützt zu werden. Nämlich, die Achtung demokratischer Prinzipien und der Gewaltfreiheit, der Respekt vor den Rechten für Minderheiten und Frauen und natürlich die Anerkennung Israels. Im Übrigen haben die USA durchaus Erfahrungen im Umgang mit Islamisten. Sie bedienten sich ihrer, wenn es ihren Interessen entgegenkam – so halfen sie bekanntlich islamistischen Freischärlern in Afghanistan gegen die dortigen Sowjettruppen. Und sie haben beste Beziehungen zu Saudi-Arabien, das seinerseits weltweit insbesondere salafistische islamistische Kräfte unterstützt.

Gemäß einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ vom 15. November 2011 hat sich auch das deutsche Auswärtige Amt daran gemacht, Richtlinien für den Umgang mit Wahlerfolgen islamistischer Parteien zu erarbeiten.

Dementsprechend sprach sich Außenminister Westerwelle in einem am 13. Januar 2012 in der FAZ veröffentlichten Grundsatzartikel für einen nüchternen und unvoreingenommenen Blick sowie für ein differenziertes Herangehen im Umgang mit dem politischen Islam aus. Politischer Islam sei nicht das Gleiche wie radikaler Islamismus. Islamische Orientierung bedeute „nicht per se rückwärts gewandte, anti-



moderne, anti-demokratische und unfreiheitliche Gesinnung“. Wenn man auch mit der Art seiner Differenzierung nicht so recht einverstanden sein kann, weil der politische Islam eigentlich ein Oberbegriff ist zur Kennzeichnung jener Parteien, die sich auf den Islam als ihre politisch-ideologische Grundrichtung berufen, er folglich sowohl moderate als auch radikale umfasst, so stellt diese veränderte Position gegenüber dem bisherigen Verhalten durchaus einen Fortschritt dar. Zumal noch von ihm konstatiert wird, dass der Westen respektieren müsse, „wenn Parteien in den Ländern Nordafrikas Politik mit einem islamischen Wertekompass gestalten möchten, so wie es in Europa selbstverständlich ist, dass viele Parteien sich christlichen Werten verpflichtet fühlen und auf dieser Grundlage ihre politischen Vorstellungen verwirklichen möchten“.

Die Reisen von Außenminister Westerwelle im Januar nach Nordafrika, insbesondere seine Besuche in Tunesien und Ägypten, dienten dazu, mit den Wahlgewinnern Kontakt herzustellen, um dann mit ihnen, wenn diese an der Regierung sind, die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik wahrnehmen zu können.

Inwieweit es sich bei alledem um ein wirklich verändertes Herangehen und nicht nur um reinen Pragmatismus handelt, bleibt abzuwarten. Denn die Frage, wie mit jenen Kräften umzugehen ist, denen das Etikett „radikale Islamisten“ angehängt wird, bleibt offen. Ebenso wird es nicht ausreichen, Bekenntnisse zur Akzeptanz des „demokratischen Wandels“ zu verkünden und Forderungen an islamistische Parteien zu stellen. Die Interessen des Westens und islamistischer Bewegungen sind durchaus widersprüchlich. Interessensgegensätze werden deutlich werden, wenn es in der Politik konkret wird. Wie wird sich der Westen zukünftig gegenüber der palästinensischen Hamas verhalten, die in der palästinensischen Bevölkerung großen Rückhalt hat? Wie sich zur libanesischen Hizbollah, die im Parlament stark vertreten und an der Regierung beteiligt ist? Wird der Westen einen neuen Ansatz im Umgang mit dem Iran finden? Wenn es um das zukünftige Verhältnis zu Israel geht, stellt die Haltung der islamistischen Parteien in Ägypten, Tunesien und anderswo den Westen vor die Entscheidung, ob die völkerrechtswidrige antipalästinensische Politik Israels so wie bisher geduldet und unterstützt werden kann. Darum ist es von erheblicher Bedeutung, wie sich die Regierung Israels und die anderen in der Knesseth vertretenen Partei selbst auf die Entwicklung in der arabischen Region einstellen. Solange diese allerdings auf ihrer starren, undifferenzierten Position beharrt, ist wohl kaum damit zu rechnen, dass sich im Verhältnis westlicher Staatenpolitik zu beiden genannten Parteien grundsätzlich etwas ändert.

Für ein neues Verhältnis Europas zur islamischen Welt

Eine weitgehende strategische Umorientierung der westlichen Politik gegenüber islamischen Staaten haben 28 ehemalige deutsche Botschafter bereits im Februar 2005 in einem Brief an den damaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments gefordert. Dessen Inhalt ist angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen im arabischen Raum aktueller denn je, zumal jetzt die grundsätzliche Veränderung in der strategischen Haltung Europas zur Region südlich des Mittelmeeres unaufschiebbar zwingend ist.

In diesem Schreiben wiesen die Botschafter darauf hin,

dass der Einsatz militärischer Mittel und westlicher Interventionen in islamischen Regionen, wie gerade wieder in Libyen erlebt, „die Welt nicht friedlicher, sondern unsicherer gemacht hat.“ Europa müsse sich auf eine lang anhaltende Periode einstellen, in der in islamischen Ländern politische Bewegungen ihre Forderungen religiös auf der Grundlage des Islam artikulieren. Der Brief enthielt zugleich Vorschläge zur friedlichen Regelung bestehender Streitfragen zwischen dem Westen und der islamischen Welt und schlug die Demonstration europäischer Bereitschaft zu einem „Neuanfang“ im Verhältnis zur islamischen Welt vor. Die Anerkennung der Ganzheitlichkeit gemeinsamer Sicherheit, die Respektierung der jeweiligen zivilisatorischen Werte und Entwicklung würden den Kern neu zu schaffender Beziehungen bilden, die auf Kooperation und Koexistenz beruhen.*

So spricht beispielsweise der bekannte palästinensische Publizist Rami G. Khoury von den signifikantesten 12 Monaten in der Geschichte moderner arabischer politischer Ordnung seit deren Herausbildung nach dem ersten Weltkrieg; also seit Zusammenbruch des Osmanischen Reiches. Der renommierte ägyptische Wissenschaftler Samir Amin ist davon überzeugt, dass in der arabischen Welt nichts mehr so sein werde wie zuvor: Die Protestbewegung werde sowohl die innere soziale Ordnung der arabischen Länder herausfordern als auch deren jeweilige Stellungen auf dem regionalen wie globalen Schachbrett.

In Ägypten sind die Helden des Tahrir-Platzes mit ihrer „Koalition für fortgesetzte Revolution“ bei den Wahlen im Prinzip leer ausgegangen, ebenso die Frauen, deren Präsenz an nur reichlich einer Hand abzuzählen ist. Auch Kopten sind noch weniger im Parlament präsent als zu Zeiten Mubaraks. Während demgegenüber auf Islamisten reichlich 70 Prozent der Parlamentssitze entfielen.

In Marokko wurde den von Jugendlichen Anfang 2011 initiierten Demonstrationen die Wucht insbesondere dadurch genommen, dass sich König Mohammed VI. zum Oberreformer aufschwang, indem er und seine loyalen politischen Eliten auffällig schnell zu bestimmten Reformschritten – kulminierend in der Erarbeitung einer neuen Verfassung – aufriefen. Zudem noch in einem beeindruckenden Tempo. Zwischen deren Ankündigung Anfang März 2011 durch den König und dem dann am 1. Juli 2011 dazu durchgeführten und mit 98-prozentiger Zustimmung verabschiedeten Referendum lag kaum ein Vierteljahr. Ungeachtet aller positiven Elemente hinsichtlich ihrer Verbindlichkeit und der Bürgerpartizipation in Form der Verankerung eines Petitionsrechts ändert jedoch auch die neue Verfassung grundsätzlich nichts an den autarken Machtstrukturen und der uneingeschränkten Machtstellung des Königs. Es wird abzuwarten bleiben, inwieweit dieses königliche Stabilisierungskonzept auch fortan tragen wird und ob sich die bei den Parlamentswahlen Ende November 2011 siegreiche islamistische Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung, wie andere Regierungsparteien zuvor, darin mehr oder weniger widerstandslos einbinden lässt.

Zum besagten Bild ihrer doppelgleisigen Stabilitätspolitik gehört zum einen, verschiedene soziale Programme aufzulegen, um so der Protestbewegung den Schneid abzukaufen. Immerhin wurde vom saudischen König Abdullah dafür die erkleckliche Summe von 130 Milliarden USD bewilligt. Bezeichnenderweise einzusetzen nicht nur im eigenen Land, sondern ebenso in den sichtlich weniger liquiden Monar-



chien Bahrain, Oman, Marokko und Jordanien. Übrigens auch der ägyptische Militärrat soll offenbar daran noch partizipieren.

Zum anderen die gewaltsame Niederschlagung der seit Anfang 2011 auf dem Perlenplatz in der bahrainischen Hauptstadt Manama entflammenden Protestbewegung durch den dortigen König im Verbund mit einmarschierenden GCC-Truppen. Was bezeichnenderweise weder Gegenstand irgendwelcher kritischer Beratungen innerhalb der Arabischen Liga war noch einen nennenswerten Protest seitens westlicher Politiker ausgelöst hat. Wie vergleichsweise übrigens auch das repressive Vorgehen des inzwischen unter großzügigen Immunitätszusagen für sich und seinen Machtklüngel von der Staatsspitze verdrängten jemenitischen Präsidenten Saleh.

Darin eingeschlossen ist, einem möglichen Aufbegehren von jeweiligen schiitischen Minderheiten unter dem Einfluss speziell des Iran einen Riegel vorzuschieben. Vor allem Iran wird – sowohl wegen der geografischen Nähe als auch seiner ungeschminkten Vormachtambitionen unter gezielter Nutzung seiner schiitischen Herrschaftsideologie – von den mehrheitlich sunnitisch ausgerichteten Golfstaaten als größte Bedrohung angesehen. Besondere Gefahren sehen sie im iranischen Atomprogramm, dessen alleinige friedliche Nutzung expressis verbis angezweifelt wird. Nicht minder argwöhnisch wird auch das Streben der Türkei nach politischer wie ökonomischer Einflussnahme auf die arabischen Staaten beobachtet, vor allem die Attraktivität, die das AKP-Modell auf bestimmte islamistische Kräfte bzw. Teile einzelner betreffender Parteien, darunter insbesondere die En-Nahda-Partei in Tunesien, auszuüben scheint.

Dabei kam es zu widersprüchlichen Erklärungen und Dementis. Der von Präsident Obama nach Ägypten entsandte Sonderbotschafter Frank G. Wisner plädierte in einer Fernsehübertragung für die Teilnehmer der Münchener Sicherheitskonferenz für ein Weiter mit Mubarak. So rief er dazu auf, Präsident Mubarak als Übergangspräsidenten zu akzeptieren, mit der von ihm neu eingesetzten Regierung zusammenzuarbeiten, dieser „nicht feindlich zu begegnen“, um vor freien Wahlen entsprechende Strukturen zu schaffen. Hingegen ließ Präsident Obama das krasse Gegenteil verlauten, indem er den sofortigen Rücktritt von Präsident Mubarak entsprechend dem Willen des ägyptischen Volkes forderte. So wurde denn auch Wisners Erklärung, die immerhin nach München übermittelt worden war, vom State Department dementiert.

So meint der russische Nahostexperte, der frühere Außenminister und Ministerpräsident Russlands, Jewgeni Primakow, in der Tageszeitung *Rossijskaja Gaseta* vom 6. Februar 2012, dass Syrien hauptsächlich deshalb zum Opfer geworden sei, weil es dem Iran nahe stehe. „Die Beseitigung des jetzigen Regimes in Syrien ist ein Teil des Plans zur Isolation des Iran.“

In einem so genannten Non-paper, heißt es: „Da die gemäßigten Islamisten wichtige politische Akteure sein werden, sollten wir zum politischen Dialog mit diesen Gruppen bereit sein. Ohne dabei ideologische Differenzen zu ignorieren, müssen wir in eine Position kommen, in der wir in eine Diskussion über konkrete politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Angelegenheiten eintreten können. Wir sollten unsere diplomatischen Vertretungen auffordern, Kontakte mit gemäßigten islamistischen Parteien zu intensivieren. Wir

könnten auch in Erwägung ziehen, Vertreter solcher Parteien in nationale Besucher-Programme einzubeziehen. Es wird wichtig sein zu differenzieren zwischen gemäßigten Islamisten als pragmatischen Akteuren und extremistischen Gruppen, die wir verurteilen. Um Gruppen zu finden, die für einen derartigen Dialog in Frage kommen, müssen wir Kriterien entwickeln wie: Befolgung demokratischer Prinzipien, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und Menschenrechte, Ablehnung politischer Gewalt, Respektierung internationaler Vereinbarungen und Verträge, ein konstruktives Vorgehen bei regionalen Problemen des Mittleren Ostens. Bezüglich Israels, der Zwei-Staaten-Lösung und der arabischen Friedensinitiative sollten wir klare Erwartungen artikulieren. ... Bezüglich der Resultate von freien und fairen Wahlen sollten unsere Reaktionen wohl abgewogen sein. Wir sollten in der Lage sein, dem/den Sieger(n) zu gratulieren und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit anzubieten (vorausgesetzt, dass es sich hierbei nicht um Extremisten handelt).“

Anmerkung

* Brief der Initiative „Diplomats for Peace with the Islamic World“ an den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Josep Borrell Fontelles, und die Vorsitzenden der im Parlament vertretenen Fraktionen sowie die Antworten darauf. In: *Islamismus. Konflikt oder Koexistenz?* Schriften zur internationalen Politik. Verband für internationale Politik und Völkerrecht e. V. Berlin 2008, S. 44 ff.

Petersberg II und die Realitäten in Afghanistan

Vortrag von Diethelm Weidemann im Rahmen des Linken Asienforums, Berlin, 25. Januar 2012

Die zweite Petersberger Konferenz ist im Verlaufe des Jahres 2011 mit großem PR-Aufwand als die Weichenstellung für eine friedliche Entwicklung in Afghanistan beworben worden. Das bedeutet, dass ihre Ergebnisse an diesem Anspruch zu messen sind. Eine Einordnung dieser Zusammenkunft erfordert die Fokussierung auf folgende Fragen:

1. Mit welcher Grundsituation war die Petersberger Konferenz konfrontiert?
2. Worin bestand der objektiv gesetzte Anspruch an diese Konferenz?
3. Gibt es ein Junktum zwischen Truppenabzug und Konfliktregulierung?
4. Welche Hindernisse gibt es auf dem Weg zu einer friedlichen Entwicklung in Afghanistan?

Auf diese Fragen, von denen jede ein Thema für sich ist, möchte ich in kurzen Thesen eingehen.

I

Der Gesamtentwicklung Afghanistans liegt seit den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ein tief greifender innerafghanischer Gesellschafts-, Modernisierungs- und Identitäts-Konflikt zugrunde, der sich 1929–1931, 1979–1992 und 1992–2001 in blutigen Bürgerkriegen entlud und dessen Konfliktpotentiale bis heute fortbestehen. Das, was gemeinhin in Medien und Politik als Afghanistan-Konflikt bezeichnet wurde und wird, sind militärische Eingriffe von außen in eine existierende Konfliktsituation, sind Interventionen, die mit großen zusätzlichen menschlichen und materiellen Verlusten für Afghanistan verbunden waren und sind. Sie



haben 1980–1989 und seit 2001 die eigentliche Konfliktkonstellation nur überlagert – diese aber zugleich dramatisch verschärft. Das bedeutet, dass es in Afghanistan den einen Konflikt nicht gibt.

Wir haben es somit in Afghanistan mit drei Konfliktebenen zu tun,

- dem afghanischen Grundkonflikt, der viele Facetten hat, und der periodisch gewaltförmig ausgetragen wird,
- einem Anti-Regime-Krieg, also einem noch territorial begrenzten Bürgerkrieg einer stark differenzierten bewaffneten Opposition gegen die Zentralgewalt (das war 1979–1992 die DVPA-Regierung und seit 2002 das Karzai-Regime);
- und einem Krieg, der gegen die militärische Intervention ausländischer Truppen gerichtet ist und von seinen Akteuren als Widerstandskrieg verinnerlicht wird (1979–1989 gegen die Sowjetunion und seit 2004/2005 gegen die USA und die NATO) und der je nach ideologischer Position der Handelnden als Jihad, als ethnonationalistischer oder nationaler Widerstand firmierte.

Wir haben heute zu akzeptieren, dass in Afghanistan gegenwärtig zwei Kriege geführt werden – ein Widerstandskrieg einer äußerst buntscheckigen Irredenta gegen die NATO-Intervention und ein Bürgerkrieg vornehmlich militant-islamistischer Kräfte gegen das Regime Karzai – der aber zugleich gegen alle liberalen und demokratischen Kräfte gerichtet ist.

Der Verweis auf die existierenden drei Konfliktebenen macht auch deutlich, dass es in Afghanistan keineswegs allein um die Beendigung der NATO-Intervention geht, sondern um die Bewältigung einer gleichermaßen komplexen wie komplizierten Konfliktkonstellation. Ohne Klarheit über die Probleme, um die es in Afghanistan tatsächlich geht, wird jeder Anlauf zur Regelung des Afghanistan-Problems nur der Auftakt zu einer neuen Konfliktspirale sein.

II

Damit waren auch die objektiven Herausforderungen an die Konferenz Petersberg II gesetzt, die mit einem erheblichen personellen und materiellen Aufwand vorbereitet und Anfang Dezember 2011 durchgeführt wurde. Auch wenn vorher klar war, dass der Westen nicht zu einer nüchternen Evaluierung seines seit 2001 geführten Krieges bereit ist, hätte angesichts der von ihm selbst formulierten Ansprüche folgende Zielstellung bestehen müssen:

- Vorlage eines realistischen Konzepts für den Weg zu einem Waffenstillstand
- Weichenstellung für eine friedliche Nachkriegsentwicklung mit klaren Kriterien für eine demokratischen und rechtsstaatlichen Mindeststandards entsprechende Entwicklung nach einer Einstellung der Kampfhandlungen
- Kompromisslose Bindung einer weiteren finanziellen Alimentierung des Karzai-Regimes an Governance-Auflagen (Nachweis der Regierungsfähigkeit, tatsächliche Eindämmung der Korruption, Gewährleistung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung, Erhaltung der Einheit Afghanistans)
- Verbindliche Aussage, welche Bereiche bzw. Projekte nach einem Kriegsende vom Westen konkret und nachhaltig gefördert werden.

Petersberg II hat zu all dem nichts Substantielles und Verbindliches gesagt. Es wurde weder ein strategisches Konzept für eine friedliche Entwicklung Afghanistans noch ein

konkretes Programm für den Weg dahin sichtbar. Entscheidungen wurden für die anstehende Tokioter Konferenz angekündigt. Die Konferenz bot von westlicher Seite die gewohnten diplomatischen Sonntagsreden mit vagen Bekenntnissen und vom Karzai-Regime die gewohnten Versprechungen, die bisher niemals eingehalten wurden. Nicht umsonst bezeichneten Printmedien Petersberg II als „sinnlose Konferenz“, die überdies zwei Tage später bereits aus dem Blätterwald verschwunden war. Sinnlos nicht etwa nur, weil Pakistan die Tagung boykottierte und die Taliban nicht anwesend waren, sondern weil sie lediglich als Bühne konzipiert war, auf der Krieg führende Staaten sich als „Freunde Afghanistans“ produzieren konnten und das Karzai-Regime international hoffähig gemacht werden sollte. Der ehemalige Außenminister Rangin Dadfar Spanta hatte das bereits vorher offen zugegeben, als er sagte, es gehe weder um eine Friedens-, Hilfs- oder Evaluierungskonferenz, sondern vielmehr „um eine starke politische Botschaft ...“. Für ein Resümee gibt es im deutschen Sprachschatz den treffenden Begriff „Hornberger Schießen“.

III

Aus dem bisher Gesagten wird deutlich, dass ein Truppenabzug nicht die Lösung des Afghanistan-Problems sein wird und auch nicht sein kann. Dennoch ist die Beendigung dieses von den USA wie im Irak mit vorgeschobenen Begründungen begonnenen Interventionskrieges ein unbedingtes Erfordernis, wenn man in Afghanistan überhaupt etwas in Richtung Frieden bewegen will. Die NATO hat es in zehn Jahren Intervention weder geschafft noch ernstlich versucht, die fatalen Mechanismen der afghanischen Konfliktkonstellation zu stoppen oder zu durchbrechen. Sie hat den Afghanistan-Konflikt vielmehr in für die Existenz Afghanistans als Staat gefährlicher Weise noch verschärft. Insofern besteht durchaus ein Junktim zwischen dem Abzug der Interventionsstruppen und einer wirklichen Chance zur Konfliktregelung.

Wir sind jedoch mit der unerfreulichen Realität konfrontiert, dass hinter einem tatsächlichen Abzug der ausländischen Truppen ein großes Fragezeichen steht. Die USA haben in Afghanistan niemals Krieg geführt, um das Land von der Taliban-Herrschaft zu befreien. Es ging um eine militärische Machtdemonstration als Antwort auf den 11. September und um die Durchsetzung der regionalstrategischen Interessen der USA in diesem Raum. Die Verhandlungen über die so genannte strategische Partnerschaft zwischen Washington und Kabul zeigen, dass die USA ihre militärische Präsenz auf lange Zeit beibehalten wollen, auch wenn alle Strategien der USA und der NATO in Afghanistan bisher offenkundig gescheitert sind. Wir sollten auch niemals übersehen, dass alle Abzugsankündigungen der Interventionspartner immer unter dem Vorbehalt stehen, „wenn die Sicherheitslage es gestattet“. Aus meiner Sicht ist trotz aller Schwüre kein tatsächlicher Truppenabzug in Aussicht (wenn die Bundeswehr bis 2014 abgezogen werden soll, warum ist dann für 2013 noch die Verlegung neuer Einheiten mit schwerem Gerät in der Planung?).

Aber eine weitere Anwesenheit ausländischer Truppen – unabhängig davon, ob diese von Kampftruppen zu Sicherheits- oder Ausbildungskontingenten umfirmiert werden – wird den Beginn einer wirklichen Regelung des Afghanistan-Problems in weite Ferne rücken, denn das würde die existie-



renden enormen Probleme weiter verfestigen. Ein Einlenken der Taliban ist unter derartigen Bedingungen kaum zu erwarten. Es sieht daher so aus, dass bis 2014/15 im günstigsten Fall ein Zustand zwischen einem Stillhalte-Abkommen und einem Waffenstillstand erreicht werden könnte.

IV

Neben den militärischen Aspekten des Afghanistan-Problems, aber ursächlich mit ihnen verbunden, gibt es eine Reihe von inneren Problemen, die gravierende Hindernisse auf dem Weg zu einem dauerhaften Frieden und einem Minimum von rechtsstaatlichen Verhältnissen sind und von denen nur drei hier kurz benannt werden können.

Der Geburtsfehler des politischen Systems der Nach-Taliban-Ära, nämlich die Einsetzung eines Regimes von außen auf der ersten Petersberger Konferenz und seine Rekrutierung aus den alten korrupten Machteliten, hat von Anfang an zu einem gravierenden politischen Dissens und zu einer dauerhaften Entfremdung von Staat und Bevölkerung geführt. Es ist nach zehn Jahren Intervention, nach diversen Wahlen und trotz der eingesetzten Milliardensummen (die überdies mehrheitlich im grassierenden Korruptionssumpf versickerten) nicht gelungen, das direkt von den USA installierte System Karzai zu stabilisieren und zu einem handlungsfähigen Machtfaktor im Lande zu machen. Es wird im Gegenteil von einem großen Teil der Bevölkerung nicht nur abgelehnt, sondern auch verachtet. Die heutige politische Situation in Afghanistan ist die Konsequenz der 2001 bis 2008 von der Bush-Administration betriebenen politischen Taktik, die nach der Niederwerfung der Taliban aus vordergründigen Machtinteressen keinen wirklichen Neuanfang in Afghanistan zuließ.

Vor diesem Hintergrund besitzen die Taliban und ihre Verbündeten ein außerordentlich günstiges Manövrierfeld. Sie können auf die Fehler, das Versagen und die faktische Nichtexistenz des Regimes in einer Reihe von Provinzen nach Belieben reagieren und sie haben im Unterschied zur NATO und zu Karzai Zeit. Seit 2001 haben sie nicht nur operativ, sondern auch strategisch viel dazugelernt – zum Beispiel, sich niemals der überlegenen US-Militärmaschine in offener Feldschlacht zu stellen. Sie können ihr bisheriges Operationschema beibehalten und darauf vertrauen, dass die NATO ihnen zur Absicherung eines Rückzuges ohne drastischen Gesichtverlust eine Machtteilhabe anbieten wird – eine völlige Umkehrung des Ziels, für das die USA 2001 offiziell in den Krieg gezogen sind. Das heißt schlicht und ergreifend, dass die NATO nach zehn Jahren diesen Krieg nicht nur militärisch, sondern auch politisch eindeutig verloren hat. Die Taliban können das alles abwarten und erst dann den offensiven Kampf um die Macht in Afghanistan beginnen, wenn sie davon überzeugt sind, selbst die Spielregeln bestimmen zu können.

Der lang anhaltende, seit 1979 gnadenlos geführte Bürgerkrieg hat durch massive Fluchtbewegungen nicht nur eine umfangreiche Emigration, sondern auch eine Millionen Menschen erfassende Binnenmigration ausgelöst und die traditionellen Bevölkerungsstrukturen und Siedlungsgebiete erheblichen Veränderungen ausgesetzt (z.B. kriegsbedingte Landflucht und Wachstum der Städte). Die bewusste Ethnisierung des Bürgerkrieges zwischen 1992 und 2001 (Pashunen contra Tadshiken, Usbeken und Hazara) schuf ein gravierendes ethnopolitisches Konfliktpotential, das heute weite Bereiche der Innenpolitik dominiert (Wahlen), weiter-

hin hochgradig instrumentalisiert wird und politische Lösungen nicht selten blockiert. Die gegenwärtige Sachlage – eine unterentwickelte und zugleich als US-Marionettenregime abgelehnte Staatlichkeit, ein politisch und teilweise auch bewaffnet eingesetzter Ethnonationalismus sowie das Fehlen eines gesamtafghanischen nationalen Bewusstseins, ist nicht nur ein ernstes Hindernis für eine tatsächliche Befriedung Afghanistans. Diese Faktoren machen auch das viel zitierte „nation-building“ zu einer Farce, sie sind in letzter Instanz eine elementare Gefahr für das Bestehen des afghanischen Staates an sich.

Für die Bewältigung dieser Probleme, die wie der zwingend notwendige Wiederaufbau einer afghanischen Volkswirtschaft, die Schaffung zumindest der Grundlagen eines Sozialsystems, die Entwicklung eines Berufsbildungssystems und die Sicherung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung existentielle Fragen der weiteren Entwicklung Afghanistans sind, hat nicht nur der Westen kein Konzept, sondern auch das Karzai-Regime und die Taliban nicht. Dabei wird die volle Brisanz dieser Probleme erst nach einem Truppenabzug zu Tage treten. Vorstellungen der noch schwachen liberalen und demokratischen Kräfte, soweit sie uns bekannt sind, haben viele grundsätzliche Fragen richtig diagnostiziert, die angedachten Lösungswege werden allerdings angesichts der realen machtpolitischen Situation noch längere Zeit keine Chance auf Verwirklichung haben.

Aus den vorgetragenen Positionen wird ersichtlich, dass ich die Aussichten auf Frieden in Afghanistan – ob mit oder ohne Truppenabzug – als nicht besonders verheißungsvoll betrachte, weil die Mehrheit der Konfliktfaktoren weiter bestehen wird. Häufig anzutreffende Auffassungen, dass nach einem Abzug der Truppen die Afghanen sich relativ schnell auf eine Lösung einigen könnten, halte ich für einen Kinder glauben. Es geht auch in Afghanistan um brutale Machtpolitik. Eine grundsätzliche gesellschaftliche Konfrontation, die seit den Tagen von König Amanullah virulent ist, wird nicht durch einen Abzug der NATO gelöst oder gegenstandslos.

Frieden in Afghanistan ist möglich, aber nur in einem wahrscheinlich langen, schwierigen und mit Rückschlägen verbundenen Prozess, bei dem die Gewalt der letzten Jahrzehnte und die Gewalttäter mit am Tisch sitzen werden.

Das Kreuz mit dem Kreuz: Zum Verhältnis des polnischen Staates zur katholischen Kirche

Von Lars Leschewitz, Politikwissenschaftler

I. Einleitung

I.1 Die Parlamentswahlen 2011

Mit den Parlamentswahlen in Polen am 09. Oktober 2011 ist die Thematik des Verhältnisses von Staat und katholischer Kirche in Polen erneut mit Vehemenz in die öffentliche Debatte eingedrungen. Die Palikot-Bewegung (Ruch Palikota, RP) um den reichen Unternehmer und ehemaligen Sejmabgeordneten für die heute regierende Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO) Janusz Palikot erzielte aus dem



Stand ein Traumergebnis von rund 10 Prozent der Wahlstimmen. Die Partei hat sich besonders als liberale und antiklerikale Partei für ein aufgeklärtes, gebildetes, vornehmlich junges und männliches, pro-europäisches Klientel stilisiert. Ihr Vorsitzender, Patron und Namensgeber ist mit markigen Sprüchen zur Kirche („Wir kämpfen nicht gegen den Glauben, sondern gegen die Kirche, die wie eine politische Partei oder ein Finanzunternehmen geworden ist.“) und spektakulären Auftritten im Fernsehen bekannt geworden.

Zwar lässt sich der Erfolg der RP nicht allein auf ihren Antiklerikalismus, sondern auch auf das Fehlen einer originär liberalen Partei zurückführen, doch ist gerade dieser Aspekt der Partei besonders unter denjenigen attraktiv, die die eherne Religiosität (fast 95 Prozent der Polen sind katholisch, 13 Prozent sehen sich als tiefgläubig an, über 80 Prozent nehmen zumindest mehrmals im Jahr an Messen, Gottesdiensten oder religiösen Treffen teil) in Polen für einen Anachronismus halten und als Wurzel der „Rückständigkeit“ der polnischen Gesellschaft im Vergleich zum „aufgeklärten“ (West-)Europa betrachten. Die hohe Religiosität der Bevölkerung geht einher mit einer besonderen Stellung der Kirche im öffentlichen Leben. Ähnlich wie in Deutschland schreibt die polnische Verfassung zwar eine Gleichstellung der Kirche und anderer Glaubensgemeinschaften, sowie die Unbefangtheit des Staates in Fragen der Religion fest (Artikel 25), faktisch nimmt die katholische Kirche aber eine Sonderstellung ein.

1.2 Die Debatte über das „Kreuz im Sejm“ als Beispiel des Konflikts

Das „Kreuz im Sejm“, ein schwarzes Kreuz, das über dem linken Eingang zum Podium der polnischen Parlaments hängt, ist ein gutes Beispiel für das schwierige Verhältnis von Staat und Religion und für den Kampf um Laizismus in Polen. Es wurde im Jahre 1997 in einer „Nacht-und-Nebel-Aktion“ nach dem Wahlsieg des rechten Post-Solidarność-Wahlbündnisses Akcja Wyborcza Solidarność (AWS), von zwei Abgeordneten der AWS ohne Verständigung mit den anderen Fraktionen aufgehängt (bei dieser Aktion wurde nebenbei noch der Rahmen der Tür, über der das Kreuz hängt, beschädigt, als einer der besagten Abgeordnete bei der Aktion auf einem Stuhl stehend aus dem Gleichgewicht kam). Abgeordnete des linken, post-kommunistischen Bündnisses der demokratischen Linken (Sojusz Lewicy Demokratycznej, SLD) legten zwar umgehend Protest gegen das religiöse Symbol in einer staatlichen Institution ein, konnten sich aber gegen die rechte Parlamentsmehrheit nicht durchsetzen. Auch nach ihrem Wahlsieg setzte das SLD – ob aus parlamentarischer Schwäche oder Bedenken um die Beziehungen zur Kirche – nicht viel daran, das Kreuz zu entfernen. Erst mit dem Erfolg der RP kam die Angelegenheit wieder auf die Agenda. Die RP hat allerdings angekündigt, nicht selbst Hand anlegen zu wollen, sondern den Parlamentspräsidenten um das Beachten der Verfassung (Trennung Staat-Kirche) zu bitten, und bei negativem Votum im Sejm das Verfassungsgericht oder gar den Europäischen Gerichtshof anzurufen. Jedoch haben sowohl die regierende Koalition aus PO und der Polnischen Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL) als auch die oppositionelle Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) ihren Widerstand angekündigt und sich für den Erhalt des Kreuzes ausgesprochen.

Die Zustimmung der Bevölkerung zum Kreuz hat aus der

Kraft des Faktischen schöpfend in Umfragen von ehemals 54 Prozent (1997) auf fast 70 Prozent zugenommen. 57 Prozent sind der Auffassung, dass die polnische Gesellschaft als christliche ein „Recht“ auf das Kreuz im öffentlichen Raum habe, während 17 Prozent dafür plädieren, das Kreuz zu entfernen, wenn sich jemand gestört fühlt. 24 Prozent ist das Thema egal. Dennoch bleibt es Gegenstand einer der symbolhaftesten Kontroversen in Fragen des Laizismus in Polen. Doch diese Kontroverse ist nicht das einzige. Die in-vitro-Behandlung, die Frage der Abtreibung und damit die Frage um die Selbstbestimmung der Frau über ihren Körper und den Schutz ungeborenen Lebens, der Einfluss der Kirche auf die Politik, der sich u. a. am Konkordat von 1993/1998 manifestiert, sind weitere „heiße Eisen“.

II. Die Beziehungen des polnischen Staates zur katholischen Kirche in historischer Perspektive

II.1 Seit der Unabhängigkeit 1919 bis 1989

Das Konkordat von 1925 wird allgemein als eines der vorteilhaftesten für den Heiligen Stuhl angesehen, das gleichzeitig als Grundlage für einige andere Konkordate diente. Der Katholizismus wurde zur Staatsreligion, und der katholischen Kirche wurde eine eigene Gerichtsbarkeit gegenüber Geistlichen auf polnischem Boden zuerkannt, katholischer Religionsunterricht wurde in allen Schulen außer Universitäten verpflichtend. Während des Zweiten Weltkriegs brach der Vatikan das Konkordat, als Pius XII. deutsche Bischöfe berief und damit die besetzten Diözesen in Polen reorganisierte. Auf der Grundlage dieser Entscheidung erklärte die polnische Provisorische Regierung das Konkordat am 12. September 1945 für nichtig und bis 1989 gab es keinen Nuntius in Warschau. Im Nachkriegspolen machte sich die sozialistische Regierung daran, die Rechte der Kirche einzuschränken: Kirchliches Eigentum an Boden wurde beschlagnahmt, kirchliche Presse und Verlage geschlossen, die Caritas aufgelöst, die Kirche unter Überwachung des stasiähnlichen Sicherheitsdienstes gestellt.

II.2 Das Konkordat von 1993/1998

Der Status der katholischen Kirche änderte sich mit dem Konkordat von 1993, das 1998 in Kraft trat, wieder komplett. Die Verhandlungen um das Konkordat und auch seine Ratifizierung, die erst 5 Jahre nach der Unterzeichnung stattfanden, zogen sich lange hin, weil die Linke, vor allem das SLD, Widerstand leistete und ihr Widerstand erst in langwieriger Weise von der Rechten gebrochen werden konnte. Das Konkordat ließ die Kirche in ihrer Mission in Polen wieder frei gewähren, billigte ihr den Besitz von Eigentum, von Presse und Druckereien zu und bestätigte auch die polnische Schulgesetzgebung, nach der Religionsunterricht in polnischen Schulen garantiert wird, der zwar nicht verpflichtend ist, aber oft die einzige Option darstellt und auf Wunsch der Eltern oder des Schülers bei Religionsmündigkeit organisiert wird.

Die von 1989 bis 2011 eingesetzte Vermögenskommission mit der katholischen Kirche (Komisja Majątek dla Kościoła katolickiego), die nach 1989 mit der „Rückgabe“ kirchlichen Eigentums betraut war, sprach der Kirche eine Entschädigung von fast 150 Mio. Złoty (rund 34 Mio. Euro)



und Immobilien im Wert von 5 Mrd. Złoty (rund 1,1 Mrd. Euro) zu. Kritik an der Kommission entzündete sich an dem großen Einfluss der Kirche in der Kommission wegen deren für sie vorteilhaften Besetzung. Die Arbeit der Kommission zeichnete sich durch hohe Geheimhaltung aus. Der Kirche gelang es so, sich große Güter, wie Immobilien und Grundstücke weit unter Marktwert zu sichern. Das Zentrale Antikorruptionsbüro (Centralne Biuro Antykorupcyjny, CBA) sandte den alarmierenden Befund an die Regierung und den Präsidenten der Republik, wonach das Handeln der Kommission intransparent und die Ergebnisse für den polnischen Staat höchst ungünstig gewesen seien. Heute besitzt die Kirche in Polen Grundstücke von rund 160 000 Hektar, seit 1989 hat sie rund 120 000 Hektar Land dazu gewonnen und ist nach dem polnischen Fiskus der größte Grundeigentümer. Sie unterhält über 1500 Bildungseinrichtungen von Kindergärten und Grundschulen (1 240) bis zu Universitäten und Hochschulen (69). Sie gibt 300 Printmedien heraus und unterhält 50 Radiosender, davon mit Radio Maryja einen landesweit empfindlichen, und den Fernsehsender Trwam („ich halte durch“/„ich bin standhaft“ [im Glauben]). Beide, sowohl Trwam als auch Radio Maryja werden von dem berühmten-berühmten Redemptoristenpastor Tadeusz Rydzyk betrieben und verbreiten ultrakatholische und antiliberalen, oft mit antisemitischen und fremdenfeindlichen Ressentiments vermengte Nachrichten. Bekannt geworden ist der Radiosender durch die Beteiligung seiner Hörer, vor allem älterer erzkatholischer Frauen, die ironisch auch als mohair-berety (eine ironische Bezeichnung für die oft ein Mohair-Baskenmütze tragenden Frauen) bezeichnet werden. Diese Beteiligung beinhaltet vor allem telefonische Anrufe – mit für liberale Ohren oft großem Unterhaltungswert, aber auch finanzielle Zuwendungen, die Pater Rydzyk zu einer Villa und teuren Autos verholpen haben. Der Anteil der Radiosender an der Radiohörerschaft lag 2010 bei rund 2,5 Prozent, steht also repräsentativ nur für einen kleinen Teil der Bevölkerung.

III. Katholizismus und Antiklerikalismus in der Bevölkerung

Innerhalb der Gesamtbevölkerung lässt sich eine grundsätzliche Gespaltenheit in Hinblick auf die katholische Kirche feststellen. Während der oberflächliche Blick ein erzkatholisches Land zu erkennen meint, ist die Beziehung der polnischen Gesellschaft zur Kirche eine differenzierte. Zum einen wird die Kirche vielerorts noch als Hort des Kampfes für die nationale Unabhängigkeit und gegen das Regime der Volksrepublik angesehen. Anders als beispielsweise in Westeuropa, wo die Kirche schnell als Teil des unterdrückerischen Feudal-systems gesehen wurde, oder in Tschechien, wo die Kirche mit Österreich-Ungarn verbunden war und an der Germanisierung partizipierte, wurde die Kirche in Polen, trotz ihrer bisweilen opportunistischen Handlungsweise lange als Bastion der polnischen Nation angesehen. Um die katholische Kirche formierte sich in der Gesellschaft der Widerstand gegen die deutsche und sowjetische Besetzung. Rund 3 000 Geistliche (20 Prozent des Klerus) wurden von der deutschen Besatzungsmacht ermordet, eine genaue Zahl von Opfern des Stalinismus ist aus Quellenmangel nicht klar, aber sie liegt möglicherweise inklusive der in Gulag Deportierten deutlich höher. Doch infolge des EU-Beitritts, der Hebung

des Lebensstandards durch EU-Gelder in Polen, die eine wohlhabende Mittelschicht erzeugen, bröckelt das positive Bild der Kirche in der Mittelschicht und vermehrte Kritik an ihrer reaktionären Politik und Einstellung wird laut. Lediglich viele ältere, besonders Verlierer des Umbruchs, rekurrieren weiterhin positiv auf die Kirche.

Überwiegend wird die Kirche zwar weiterhin als ein wichtiger Teil der polnischen Gesellschaft gesehen, der allerdings in der Politik nicht unbedingt mehr Einfluss haben sollte, und dessen Lehren und Moralvorstellungen größtenteils obsolet und zu missachten sind. Obwohl weiterhin das Bild der Kirche nicht das schlechteste ist und z. B. auch der verstorbene polnische Papst Johannes Paul II. ein hohes Ansehen genießt, sind die in der Gesellschaft vorherrschenden Moralvorstellungen stark von der kirchlichen Doktrin abweichend, wie unzählige Untersuchungen bestätigen. Dem Satz, dass „die Kirche unser hohes Allgemeingut“ sei, stimmen rund 70 Prozent der Befragten zu und ein Viertel lehnt das ab. In einer Testgruppe, die den Urheber des Satzes, Papst Johannes Paul II., genannt bekommt, stimmen aber sogar 86 Prozent zu und nur 9 Prozent lehnen den Satz immer noch ab. Bei der Frage der Legalisierung von nicht-ehelichen Partnerschaften stimmen inzwischen über 80 Prozent der Polen für eine solche Legalisierung, 55 Prozent sogar mit „eindeutig ja“. Anders sieht es allerdings bei gleichgeschlechtlichen Partnerschaften aus. Hier stimmen 65 Prozent dagegen, 45 Prozent sogar „entschieden nein“. Bei der hochemotionalen Debatte um die Legalisierung der Abtreibung, hat sich über die 1990er- und 2000er-Jahre ein interessanter Wandel in der Meinung der polnischen Öffentlichkeit abgespielt. Während sich 1990 etwa 55 Prozent Befürworter und 45 Prozent Ablehnende gegenüber standen, und 1993 das Verhältnis sogar fast 65 Prozent Befürworter zu 30 Prozent Ablehnende war, hat die ablehnende Haltung auch in Folge der Debatte über das Konkordat und nach dem Wahlsieg der national-konservativen PiS zugenommen. 2005/06 waren die Ablehnenden mit über 50 Prozent erstmals in der Mehrzahl gegenüber rund 40 Prozent Abtreibungsbefürwortern. Heute herrscht praktisch Parität – 45 Prozent zu 45 Prozent.

In der Frage des Laizismus lässt sich grundsätzlich eine Stärkung laizistischer Positionen feststellen. Die Zustimmung zu der Frage, ob mehr tiefgläubige Personen Staatsämter übernehmen sollen, hat auch infolge der rechten pro-kirchlichen Kaczyński-Regierung abgenommen, von 31 Prozent Ja-Stimmen bei 27 Prozent Nein-Stimmen im Jahre 2007 zu 23 Prozent Ja-Stimmen bei 46 Prozent Nein-Stimmen im Jahre 2011. Rund ein Drittel aller Polen glaubt, dass Gläubige in den Medien und bei Gesetzesverabschiedungen zu wenig beachtet werden, rund die Hälfte hält die Beachtung für ausreichend und 10 Prozent meint zuviel Beachtung für die Ansichten und Wünsche von Gläubigen erkennen zu können. In den Medien wird die Wertschätzung als leicht größer für Gläubige erachtet.

IV. Die katholische Kirche und ihre politische Einflussnahme¹

IV.1 Einflussnahme auf politische Institutionen

Doch wie sieht der politische Einfluss der Kirche wirklich aus? Hier gilt es zwischen offiziellem, institutionalisiertem und informellem Einfluss zu unterscheiden. Obwohl allge-



mein angenommen wird, dass die Kirche offizielle institutionalisierte Kontakte zu den rechten, pro-kirchlichen Parteien hat, besitzt die Kirche keinen solch direkten Einfluss auf die politischen Parteien. Informelle Kontakte und die religiöse Einstellung von Parlamentariern sowie der mediale Einfluss der Kirche und ihr Einfluss auf die Lebenswelt aller Polen sind dagegen eine Realität. Gerade dadurch ist es für die Kirche gar nicht nötig, sondern fast kontraproduktiv, sich auf feste Kontakte zu einer oder mehreren Parteien zu stützen. Einerseits verhindert das volatile Parteienspektrum dies, andererseits versteht sich die Kirche als zuständig für die ganze Nation, nicht für Partikularinteressen. Das Episkopat hat es sogar vermieden mit der Liga der Polnischen Familien (Liga Polskich Rodzin, LPR), einer ultrakatholischen, in Grundzügen faschistoiden, antisemitischen und antikommunistischen Partei, trotz etlicher Vereinnahmungsversuche von Seiten der Partei engere Beziehungen aufzubauen.

In den Parteien nimmt die Kirche aber Einfluss über gute Beziehungen zu Abgeordneten und Parteimitgliedern aller Parteien, die sich als religiös positionieren. Natürlich ist der Umgang und das Einbringen von eigenen Positionen bei rechten Parteien leichter. Die Kirche hat trotz des Fehlens formaler Kontakte in den Sejm, die Möglichkeit, über gute persönliche Verbindungen zu einzelnen Abgeordneten Gesetzgebungsprozesse zu beeinflussen oder sogar Initiativen zu starten. Sie verfügt über eine recht umfangreiche Lobby im Parlament, d. h. Abgeordnete, auf die sie sich verlassen kann. Sie wird von diesen über neue Gesetzesvorhaben informiert und kann sich besonders in den relevanten Fragen zu Konkordat, Abtreibungsregelungen und Verfassung in Abstimmungen auf diese verlassen. Einen Zugriff auf Informationen aus Ausschüssen und Ministerien bei der Ausarbeitung und Bearbeitung von Gesetzesinitiativen hatte das Sekretariat des Episkopats bis zum Regierungswechsel im Jahre 2001 gehabt, nach dem Wahlsieg des SLD ist der direkte Informationsfluss zum Episkopat abgebrochen.

Auch der Versuch der Beeinflussung von Wahlentscheidungen durch mediale Meinungsmache oder die direkte Beeinflussung von Regierungsentscheidungen ist der Kirche nicht fremd. So hat das Episkopat etwa während der Mazowiecki-Regierung Anfang der 1990er-Jahre direkten Einfluss auf die Besetzung von Staatsämtern genommen. Gegenüber der Regierung vermag das Episkopat in der Gemeinsamen Kommission der Regierungsvertreter der Republik Polen und des Bischofskonferenz Polens seine Anliegen vorzubringen. Dadurch hat es gegenüber anderen Verbänden und Interessengruppen eine privilegierte Stellung inne. Die Kirche hat somit weniger zu den Parteien als direkt zur Regierung und der Verwaltung einen wichtigen institutionalisierten Kontakt.

IV.2 Das Parteienspektrum

Bei der Einstellung zur katholischen Kirche teilt sich das Parteienspektrum grundsätzlich in drei Ausrichtungen. Auf der einen Seite sind die pro-kirchlichen Parteien, von denen die PiS als größte Oppositionspartei die Federführung übernommen hat. Die PiS legt großen Wert auf die enge Anbindung der katholischen Kirche an die staatlichen Institutionen. Sie vertritt offen die Interessen der Kirche und setzt bei Wahlen und Mobilisierungen, z. B. in der Frage um das riesige Holzkreuz vor dem Präsidentenpalast zur Andacht an den verstorbenen Präsidenten Lech Kaczyński, dezidiert auf das national-katholische Klientel.

Auf der anderen Seite stehen die antiklerikalen Parteien mit – momentan – der RP an der Spitze, während das SLD die Führungsrolle auf dem Feld anscheinend zumindest vorübergehend verloren hat. Das SLD selbst ist intern gespalten. Zwar ist noch immer ein bedeutender Teil der Partei antiklerikal eingestellt und versucht, dieses Profil der Partei zu erhalten. Doch ein weiterer Teil ist dem Klerus gegenüber wohlgesonnen und befürwortet eine stärkere Berücksichtigung klerikaler Positionen. Der Großteil der Partei vertritt zudem wie auch die Parteiführung die Position, dass ein gutes Verhältnis mit dem Klerus nötig sei, um gute Wahlergebnisse zu erzielen. Gerade auf dem Land ist die Rhetorik der Partei grundsätzlich pro-klerikal als in der Stadt. Doch gerade diese anbiedernde Haltung stellt auch ein Problem für die Partei da, weil sie viele junge, moderne, weltoffene Wähler vergrault. Das SLD hat sich durch eine gegenüber der Kirche taktierende Haltung um die Glaubwürdigkeit gebracht.

In der Mitte zwischen diesen beiden Positionen liegt die rechts-konservative Mitte, die parlamentarisch vor allem aus der Regierungskoalition PO und PSL gestellt wird. Während die PO zwar liberalere Ansichten vertritt als die national-konservative PiS, ist sie doch nach westeuropäischen Maßstäben konservativ und hat eine grundsätzlich pro-kirchliche Haltung mit nur schwachen laizistischen Untertönen.

V. Zusammenfassung und Ausblick auf das zukünftige Verhältnis von Staat und Kirche in Polen

Das Verhältnis zwischen dem polnischen Staat, der katholischen Kirche und der polnischen Gesellschaft ist wie beschrieben ein recht komplexes. Während zwar formal die Trennung von Staat und Kirche erfolgt ist, stellt die Kirche noch immer eine machtvolle Institution dar, die im formellen Kontakt mit den politischen Institutionen des Landes, informell über die rechten Parteien und über die öffentliche Meinungsmache und das Bildungssystem ihre Interessen durchsetzen kann. Durch ein sehr vorteilhaftes Konkordat und die pro-kirchlichen post-kommunistischen Regierungen ist die Kirche zum größten nichtstaatlichen Eigentümer und einer sehr reichen Institution geworden. Ihre überkommenen Moralvorstellungen und ihr hoher informeller Einfluss finden aber in der Bevölkerung immer weniger Rückhalt.

Für die Zukunft lässt sich eine weitere Laisierung der polnischen Gesellschaft erwarten, die vor allem in den Städten und unter Hochgebildeten stattfinden wird. Weiterhin wird allerdings beim Voranschreiten einer neoliberalen Politik, die weite Teile der Bevölkerung, namentlich vor allem einfache Arbeiter, Rentner und Bauern, materiell schlechter stellt, ein breiter Block der Unterstützung für die Kirche bestehen bleiben. Dieser Block stellt für die national-konservativen Parteien ein durch antiliberalen, xenophoben und antieuropäischen Ressentiments mobilisierbares Reservoir dar. Interessant wird die weitere Entwicklung der antiklerikalen Parteien sein. Möglicherweise wird der Erfolg der RP, unter der Voraussetzung, dass diese nicht wieder in der Bedeutungslosigkeit verschwindet, was anhand ihres austauschbaren neoliberalen Wirtschaftsprogramms durchaus im Bereich des Möglichen liegt, auch das SLD anspornen, sein antiklerikales Profil zu schärfen. Es wäre sicherlich begrüßenswert, die Trennung von Staat und Kirche gerade in Polen noch weiter



voranzutreiben. Und auch wenn der direkte, institutionalisierte Kontakt der Kirche zu den politischen Parteien nicht besteht, ist doch der indirekte Einfluss über die Abgeordneten und der über das Konkordat institutionalisierte Einfluss auf einige Institutionen, auf Erziehung und Bildung sowie auf die Medien ein immenser.

Anmerkung

1 Vgl. für die folgenden Ausführungen u. a.: Hierlemann, Dominik (2005): Lobbying der katholischen Kirche. Das Einflussnetz des Klerus in Polen, Wiesbaden.

EU am Ende? Unsere Zukunft jenseits von Kapitalismus und Kommandowirtschaft

Annotation von Günter Buhlke, Berlin-Koordinator der IFPÖ. Die Internationale Forschungsgemeinschaft für Politische Ökonomie (IFPÖ) ist ein offener Zusammenschluss von Forschern, die das Ziel verfolgen, die Produktionsweise einer postkapitalistischen Gesellschaft wissenschaftlich zu durchdenken. Sie vereint gegenwärtig Wissenschaftler aus Deutschland, Großbritannien, Österreich, Finnland, China, den USA, Russland, Mexiko, Kuba und Venezuela.

Dieses Buch mit Alternativen ist zur rechten Zeit erschienen. Eine Systemkrise erschüttert seit 2008 die westlichen Industriestaaten. Krisenzentrum ist gegenwärtig Europa, die Krise wird fälschlich als Eurokrise bezeichnet. Permanent beraten die Regierungsspitzen untereinander und mit den Verantwortlichen der EU. Sie finden keinen Ausweg. Die Hauptvertreter des Finanzkapitals zwingen die EU-Regierungen zu Maßnahmen, damit die Bankkredite, die die Verschuldung erst hochgetrieben haben, mit Zinseszins wieder in die Tresore zurückfließen.

Monatlich sind zur Rückzahlung der Schulden an die Banken Milliardenbeträge fällig, die nur bedient werden können, wenn die Regierungen vom Finanzkapital neue Kredite erhalten (Umschichtung). Wie das so üblich ist, verlangt das Finanzkapital von den Regierungen für neue Gelder Rückzahlungssicherheiten. Den Regierungen und den Abgeordneten fallen nur zwei Möglichkeiten ein: erstens die Sozialschöpfen zu reduzieren, um die Steuereinnahmen an die Banken umzuleiten und zweitens Gemeinschaftseigentum zu privatisieren, um Einnahmen zu erzielen und den Finanzinvestoren neue Geschäftsfelder zur Gewinnerwirtschaftung anzubieten. Die Macht der Regierungen gegenüber dem Finanzkapital reicht offensichtlich nicht aus, um Spekulationsgewinne zu besteuern oder eine Reichensteuer einzuführen. Präsident Roosevelt hatte den Mut, in der großen Krise 1929 bis 1936 die Großinvestoren mit einer zeitweiligen Steuer von 75 Prozent zu belegen.

Das Perfide in der schwierigen Verschuldungssituation Europas ist die Herabstufung der Länder durch die in den USA beheimateten Rating-Agenturen. Scheinheilig wird die Rückzahlungssicherheit der Kredite als Argument ins Feld geführt. In der Realität aber beschert eine Abstufung in jedem Teilschritt dem Finanzkapital immer höhere Zinsen. Eine Lawine wird in Gang gesetzt, die die Welt schon einmal in Lateinamerika erlebt hat. Dort wurden die Länder bis auf das

Niveau „C“ herabgestuft. Das brachte den Finanzinvestoren und dem Internationalen Währungsfonds über Jahre hinweg Zinsen von rund 20 Prozent ein und führte Lateinamerika in eine Zeit der „Zehn verlorenen Jahre“. Die Folgen für die Verschlechterung der Lebenslage der Bevölkerung sind bekannt.

Die Lehre aus dieser Zeit? Die Profitmaschine ist innerhalb des Systems nicht zu stoppen, auch nicht von den Regierungen.

Zu den Kritikern, die das kapitalistische System in Frage stellen, gehören die Autoren des Buches. Sie leben in Deutschland, Österreich, Großbritannien, den USA, Mexiko und Kuba. Sie bringen unterschiedliche Erfahrungen und Sichten ein. Ihre wissenschaftlichen Lösungsvorschläge sind konstruktiv. Sie beschreiben ein europäisches Übergangsprogramm, eine Solidarwirtschaft und setzen sich mit der Frage Markt versus demokratische Planung auseinander. Die Entwicklungswege Chinas und Kubas werden in die Überlegungen einbezogen. Die Autoren gehen in ihren Analysen davon aus, dass die Transformation in eine neue Gesellschaft nur in Übereinstimmung mit den Vorstellungen der Bevölkerung und der sozialen Bewegungen erfolgreich sein kann.

● **EU am Ende? Unsere Zukunft jenseits von Kapitalismus und Kommandowirtschaft**, Verlag am Park, Berlin, 2011, 290 Seiten, 9,95 Euro



Notizen

Notizen

Impressum

DIE LINKE International wird herausgegeben vom Bereich Internationale Politik beim Parteivorstand der LINKEN und erscheint in unregelmäßigen Abständen.

Redaktion: Helmut Ettinger (V.i.S.d.P. Oliver Schröder)

Telefon: (030) 24 009 352, Fax: 24 009 425

E-Mail: fip@die-linke.de, Web-Site: <http://die-linke.de>

Redaktionsschluss: 2. März 2012

Besonderer Dank für Unterstützung bei der Herstellung dieses Heftes gilt Helma Chrenko und Hilde Ettinger.

Gestaltung: Jörg Rückmann

Die abgedruckten Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors, nicht der Redaktion wieder. Ausdrücklich erbeten sind Meinungen, Wünsche und Vorschläge an die Redaktion.

